

- **Editorial: Die COVID-19-Pandemie als historische Herausforderung für die Wirtschaftspolitik**
- **Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024**
- **Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik**
- **Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise**
- **Wirtschaftsentwicklung 2019**
- **Finanzmärkte 2019**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

93. Jahrgang, Heft 4/2020

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Redaktionsschluss: 22. 4. 2020

Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

Druck- und Online-Version

2020 erscheinen die Monatsberichte in ihrem 93. Jahrgang. Neben den gedruckten Heften stehen alle Artikel seit der Gründung des Institutes 1927 auf der WIFO-Website im PDF-Format zur Verfügung. Der Download der älteren Ausgaben ist durchwegs kostenlos. Die aktuellen Ausgaben können online bestellt und gekauft werden, wobei Förderer und Mitglieder des WIFO sowie Abonnentinnen und Abonnenten kostenlosen Zugriff haben.

Preise 2020

Jahrgang (12 Hefte, Printversion und Online-Zugriff): 270 € • Einzelheft (Druckversion und Online-Zugriff): 27,50 € • Einzelartikel (Online-Zugriff): 16 €

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2020 • monatsberichte.wifo.ac.at

Impressum

Herausgeber: Christoph Badelt

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: Andreas Reinstaller

Lektorat: Ilse Schulz • **Technische Redaktion:**
Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Information für Autorinnen und Autoren:
monatsberichte.wifo.ac.at/WIFO_MB_Autoreninfo.pdf

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at



93. Jahrgang, Heft 4/2020

235-237 ■ **Editorial: Die COVID-19-Pandemie als historische Herausforderung für die Wirtschaftspolitik**

Christoph Badelt, Andreas Reinstaller

Editorial: The COVID-19 Pandemic as a Historical Challenge for Economic Policy

239-265 ■ **Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024**

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Jürgen Bierbaumer-Polly, Christian Glocker, Ulrike Huemer, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Hans Pitlik

Die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung legen weite Teile der Weltwirtschaft vorübergehend lahm. Die schwerste Rezession seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist für die österreichische Volkswirtschaft damit 2020 unvermeidbar. Das reale BIP wird zumindest um 5,2%, die Beschäftigung um 1,7% zurückgehen und die Arbeitslosenquote auf 8,7% steigen. Die fiskalischen Maßnahmen zur Abfederung der Rezession und die Steuerausfälle haben 2020 einen Anstieg des Budgetdefizits auf 7,4% und der Staatsverschuldung auf 80,2% des nominellen BIP zur Folge. Unter der Voraussetzung, dass die Pandemie unter Kontrolle bleibt, sollte sich die Wirtschaft ab der zweiten Jahreshälfte 2020 schrittweise erholen. 2021 ergäbe sich dann ein Wachstum von 3,5%, die Arbeitslosenquote sollte auf 7,9% zurückgehen. Mittelfristig wird sich das Wirtschaftswachstum dem Trendwachstum (+1,1% p. a.) annähern, welches durch die Verringerung von Investitionstätigkeit und Beschäftigungswachstum infolge der COVID-19-Pandemie verringert wird. Die Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt der Periode 2022 bis 2024 7½% betragen. 2021 dürfte die öffentliche Verschuldung einen Höchstwert von 80,5% des BIP erreichen, zum Ende des Projektionszeitraumes wird sie auf 78,5% geschätzt. In einem pessimistischeren Szenario wird für die Weltwirtschaft eine schwächere Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2020 unterstellt. Die österreichische Wirtschaft würde dann 2020 um 7,5% schrumpfen, die Arbeitslosenquote auf 9,1% und das Budgetdefizit auf 10,0% steigen.

The Economic Outlook for Austria in the Wake of the COVID-19 Pandemic. Medium-term Forecast 2020 to 2024

266 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

267-273 ■ **Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik**

Thomas Url

Die COVID-19-Pandemie wird auf das österreichische Bruttoinlandsprodukt einen größeren negativen Effekt haben als die Finanzmarktkrise der Jahre 2007/08. Zusätzlich zum starken Rückgang des Außenhandels vermindern großflächige Betriebsschließungen die auf den Inlandsmarkt ausgerichtete Wertschöpfung, die allgemeine Sperre der Schulen senkt das Arbeitskräfteangebot. Eine Pandemie stört den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf von Gütern und Dienstleistungen direkt und verringert die damit verbundenen Zahlungsströme zwischen den Wirtschaftssektoren. Das verursacht nicht nur einen Rückgang von Nachfrage und Wertschöpfung, sondern drängt die Unternehmen in einen Liquiditätsengpass. Während automatische Stabilisatoren rasch gegensteuern können, haben konventionelle Instrumente der Stabilisierungspolitik in der aktuellen Situation wenig Aussicht auf Erfolg. Unkonventionelle fiskalpolitische Instrumente und Eingriffe in privatwirtschaftliche Verträge können eine Insolvenzwelle wesentlich besser verhindern und erhalten so die Produktionskapazität für einen dynamischen Aufschwung nach der Lockerung der gesundheitspolitischen Maßnahmen.

Macroeconomic Effects of the COVID-19 Pandemic in Austria and the Opportunities for Stabilisation Policy

275-284 ■ **Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise**

Atanas Pekanov

Die meisten EU-Länder reagierten rasch auf die negativen Folgen der behördlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie auf die Wirtschaft, um den Wirtschaftsschock möglichst zu begrenzen. Unter die zahlreichen angekündigten finanzpolitischen Maßnahmen fallen z. B. Liquiditätshilfen für die Unternehmen in Form von Krediten, Steuerstundungen bzw. Steuerherabsetzungen sowie nicht rückzahlbare Unterstützungszahlungen, Unterstützungen für private Haushalte, die gegenwärtig unter Arbeitslosigkeit, Einkommensverlusten und großer Unsicherheit leiden, sowie Hilfen für besonders stark betroffene Branchen. Hinzu kommen zusätzliche Mittel für bestimmte staatliche Aktivitäten und Bereiche, wie etwa das Gesundheitssystem oder die Forschung. Auch Österreich definierte ein im internationalen Vergleich ambitioniertes Hilfspaket, um die wirtschaftlichen Turbulenzen abzufangen. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Kurzarbeitsmodell sowie den massiven Liquiditätshilfen für Unternehmen zu, die wie in den meisten anderen Ländern ein zentraler Baustein der finanzpolitischen Reaktion auf die Krise sind.

International Economic Policy Responses to the COVID-19 Crisis

285-298 ■ **Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf 2019.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Sandra Bilek-Steindl, Thomas Leoni, Christine Mayrhuber, Stefan Schiman

Wie im Ausland war die makroökonomische Entwicklung 2019 in Österreich von einem Nachlassen der Dynamik geprägt. In Österreich wurde das BIP-Wachstum hauptsächlich vom Konsum der privaten Haushalte, den Dienstleistungsbranchen und der Bauwirtschaft getragen, während die Schwäche von Industrie und Außenhandel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dämpfte. Die sich abzeichnende Erholung der Industriekonjunktur wurde durch die zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie Mitte März 2020 gesetzten Maßnahmen abrupt beendet.

Economic Slowdown in the Course of 2019. Austrian Economy in 2019

299-309 ■ **Finanzmärkte 2019 durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen geprägt**

Thomas Url

Die Zentralbanken schwenkten im Jahresverlauf 2019 wieder auf einen expansiven geldpolitischen Kurs ein. Die daraus folgenden günstigen Finanzierungsbedingungen veranlassten die nichtfinanziellen Unternehmen zur verstärkten Nutzung von Fremdkapital. Zugleich bauten die privaten Haushalte ihre Einlagen im Kreditwesen und den Bestand an börsennotierten Aktien aus. Bei nur leicht steigenden Erlösen verschlechterte sich die Ertragslage im Kreditwesen vorwiegend durch die kräftige Kostensteigerung. Die expansivere Geldpolitik gab auch den Aktienkursen weltweit positive Impulse und stärkte den Wechselkurs des Dollars. Für Österreich folgte daraus eine nominell- und real-effektive Abwertung.

Financial Markets in 2019 Characterised by Continued Favourable Financing Conditions

311-323 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Redaktionsschluss für das vorliegende Heft: 22. 4. 2020 • Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten und Abonnentinnen

Alle Artikel im Volltext online verfügbar • All German articles with English abstracts • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>

Editorial: Die COVID-19-Pandemie als historische Herausforderung für die Wirtschaftspolitik

Christoph Badelt, Andreas Reinstaller

Innerhalb nur weniger Wochen führte im Frühjahr 2020 eine dramatische Verkettung von Ereignissen die Weltwirtschaft in die tiefste Kontraktion seit den 1930er-Jahren und stellt die Wirtschaftspolitik vor bisher unbekannte Herausforderungen. Die COVID-19-Pandemie nahm von China ihren Ausgang und kostete in der Folge zigtausend Menschenleben. Die zu ihrer Eindämmung gesetzten gesundheitspolitischen Restriktionen legten zunächst weltweite Wertschöpfungsketten lahm, unterbrachen die Lieferung medizinischer Hilfsgüter zwischen ansonsten verbündeten Ländern und hatten in weiterer Folge einen Lockdown im weltweiten Maßstab zur Folge, der in einem bisher unbekanntem Ausmaß Einschränkungen der Wirtschaftsaktivitäten nach sich zog.

Die in diesem Heft veröffentlichte mittelfristige WIFO-Prognose (Baumgartner et al., 2020) zeigt, dass durch die weltweite Verbreitung der vom SARS-CoV-2 hervorgerufenen COVID-19-Viruserkrankung die internationale und auch die österreichische Wirtschaft im März dieses Jahres in einen markanten Abschwung gestoßen wurden und im II. Quartal 2020 mit einer weltweiten Rezession von einzigartigem Umfang und Synchronität gerechnet werden muss. Das WIFO erwartet daher 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um mindestens 5,25% und einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 8,75%.

Diese Rezession unterscheidet sich von früheren Wirtschaftskrisen, weil sich in vielschichtiger Weise Angebotschocks und Nachfrageschocks vermischen. Thomas Url diskutiert diese Effekte und mögliche Reaktionen der Wirtschaftspolitik zur Bewältigung der Rezession in seinem Kurzbeitrag "Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik".

Der Angebotschock ist die Folge der zur Eindämmung der Verbreitung der Virusinfektion notwendigen behördlichen Schließungsmaßnahmen. Diese ziehen zunächst einen Produktionsausfall nach sich. Viele Unternehmen schränken als Reaktion ihre Belegschaft ein, und andere schließen ganz. Damit gehen Arbeitsplätze verloren. Sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ zum Vorjahresbestand war der Beschäftigungsrückgang in Österreich nicht nur höher als zum Höhepunkt der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009, er war auch der höchste seit dem Winter 1952/53. Die Arbeitslosigkeit stieg im März 2020 innerhalb von nur zwei Wochen um knapp 200.000 auf ein Rekordniveau von 563.000 Personen zu Ende des Monats (Bock-Schappelwein – Huemer – Hyll, 2020). Die Betroffenheit variiert zwar zwischen Wirtschaftszweigen und Regionen erheblich, nach Berechnungen des WIFO sind aber insgesamt 28,2% der Erwerbstätigen in Branchen beschäftigt, die ihre Geschäftstätigkeit derzeit maßnahmenbedingt nicht ausüben können. Das entspricht österreichweit rund 1,320.000 Erwerbstätigen

(Bachtrögler et al., 2020). Besonders betroffen ist der Tourismus (Fritz, 2020).

Der Nachfrageschock hat hingegen mehrere kumulative Ursachen. Der Beschäftigungsrückgang bedingt Einkommensausfälle, und in der Folge werden Konsumausgaben aufgeschoben oder entfallen, teilweise unterbinden die behördlichen Schließungsmaßnahmen den Konsum. Dadurch verschlechtert sich wiederum die Geschäftslage der Unternehmen, sodass Angebots- und Nachfrageschocks einander verstärken. Der Nachfrageschock bezüglich des Konsums der privaten Haushalte beträgt gemäß der Hauptvariante der mittelfristigen WIFO-Prognose real knapp –5 Mrd. €. Der reale Konsum wird somit 2020 um 2,6% geringer sein als 2019. Die Bruttoanlageinvestitionen sinken gegenüber 2019 real um 8,1% (Baumgartner et al., 2020, Bierbaumer-Polly, 2020). Der Wertverlust von Finanzvermögen wird die weltweite Nachfrage zusätzlich dämpfen.

Es ist besonders die Gleichzeitigkeit dieser Angebots- und Nachfrageschocks, vor allem auch über wirtschaftlich eng verflochtene Länder hinweg, die die gegenwärtige Situation so außergewöhnlich und gefährlich macht und mit einem massiven Anstieg der Unsicherheit einhergeht. Wie Baker et al. (2020) zeigen, nahm die wirtschaftliche Unsicherheit seit Ausbruch der COVID-19-Krise in einer Größenordnung zu, die jener während der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 entspricht.

Die Ursachen dieser Unsicherheit sind vielschichtig. Einerseits ist es unklar, wie lange die Restriktionen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie gelten werden. In den meisten Ländern zeigen sie Erfolge, und man beginnt nun bereits in Österreich ebenso wie in anderen Ländern, die behördlichen Beschränkungen zu lockern. So lange jedoch kein Impfstoff und keine Medikamente zur Behandlung der COVID-19-Erkrankung vorliegen, birgt dies auch die Gefahr einer neuerlichen Infektionswelle und die Notwendigkeit, die behördlichen Maßnahmen zu verschärfen und zeitlich auszudehnen (Earle – Park – Schmedders, 2020).

Andererseits ist die Persistenz der beobachteten Auswirkungen der Krise auf Produktivitätswachstum, Beschäftigung und Einkommen schwierig zu beurteilen. Dies liegt in der komplexen Verflechtung der Weltwirtschaft begründet, wie sie sich etwa in der Entwicklung auf den Rohstoffmärkten infolge der COVID-19-Pandemie spiegelt: Der Rohölpreis je Barrel sank massiv, und die Notierungen für Kupfer, Kakao und Palmöl brachen seit Anfang 2020 ein. Dies kann geopolitische Reaktionen nach sich ziehen, die in der Vergangenheit schon weltweite Wirtschaftskrisen zur Folge hatten und auch diesmal Folgeschocks auslösen könnten (Mulder – Tooze, 2020). Die Lieferprobleme in weltweiten Wertschöp-

fungsketten infolge der COVID-19-Pandemie trugen auch dazu bei, bereits bestehende Bedenken zur Resilienz und Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten zu verstärken. Der Umstand, dass rund 90% des weltweit konsumierten Penicillins in China hergestellt werden und China auch im Bereich der Seltenen Erden sowie wesentlicher Komponenten der Elektronik- und Telekommunikationsindustrie mittlerweile de facto ein Produktionsmonopol innehat und damit eine maßgebliche technologische Abhängigkeit besteht, wird möglicherweise den in den vergangenen Jahren aufkeimenden Protektionismus und Autarkiebestrebungen verschärfen. Die sich daraus ergebenden denkbaren kurz- bis mittelfristigen Versorgungsengpässe bei bestimmten Gütern und Handelsbeschränkungen könnten weitere Einkommensverluste nach sich ziehen und die Lage verschlimmern (Sinabell, 2020, Wolfmayr, 2020).

Diese komplexe Gemengelage macht es nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die Wirtschaftsforschung schwierig, die weitere Wirtschaftsentwicklung im nationalen wie weltweiten Maßstab einzuschätzen. Während diese grundlegende Unsicherheit in der Ökonomie möglicherweise Fehlprognosen zur Folge hat, können Unsicherheit, Umsatzrückgänge und auch die Schließung von Unternehmen einen längerfristigen Rückgang ihrer Investitionen und Innovationsanstrengungen bedeuten, was sich wiederum negativ auf das künftige Produktivitätswachstum auswirken könnte (Janger – Reinstaller, 2020).

Angesichts der komplexen und vor allem einzigartigen Vorgänge wurden wichtige und richtige wirtschaftspolitische Maßnahmen rasch umgesetzt. Dabei standen in Österreich vor allem die soziale Absicherung und die Liquiditätssicherung von Unternehmen im Vordergrund. Die Europäische Zentralbank griff im März 2020 in mehreren Schritten mit einem Pandemie-Notfallprogramm zum Ankauf von Staatsanleihen, Refinanzierungsgeschäften zu günstigen Konditionen oder Kapitalerleichterungen für Banken expansiv ein. Allein das Notfallprogramm zum Ankauf von Staatsanleihen (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wurde im Ausmaß von 750 Mrd. € implementiert. Damit konnten günstige Finanzierungsbedingungen für öffentliche Haushalte und Unternehmen sichergestellt werden.

Die österreichische Bundesregierung beschloss Soforthilfemaßnahmen im Ausmaß von rund 38 Mrd. € oder 10,8% des österreichischen BIP. Diese werden zur Finanzierung von Kurzarbeit, für Soforthilfe und einen Härtefallfonds, einen Hilfsfonds, Kreditgarantien und Haftungen sowie Steuerstundungen und zur Herabsetzung von Steuervorauszahlungen herangezogen. Damit hat Österreich ähnlich wie Deutschland sehr expansiv und vor allem sehr kurzfristig auf die Krise reagiert.

Auf europäischer Ebene lief die Koordination der wirtschaftspolitischen Reaktionen der Mitgliedsländer nur schleppend an. Die Europäische Kommission passte zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen für außerordentliche fiskalische Maßnahmen der Mitgliedsländer an. Nicht verwendete oder zugewiesene Mittel des EU-Budgets wurden umgelenkt und teilweise umgewidmet. So wurden von der Europäischen Kommission bis Mitte April 2020 rund 38 Mrd. € zur Verfügung gestellt.

Literaturhinweise

Bachtrögler, J., Firgo, M., Fritz, O., Klien, M., Mayerhofer, P., Piribauer, Ph., Streicher, G., "Regionale Unterschiede der ökonomischen Betroffenheit von der aktuellen COVID-19-Krise in Österreich. Ein Strukturansatz auf Ebene der Bundesländer", WIFO Working Papers, 2020, (597), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65871>.

Auf Einladung des Europäischen Rates rief die Eurogruppe dann Anfang April ein Hilfspaket ins Leben, das von der COVID-19-Pandemie besonders betroffenen EU-Mitgliedsländern finanzielle Unterstützung bieten soll, mit dem Ziel eine raschere Bewältigung der Krise zu ermöglichen. Es umfasst neben Anpassungen des Europäischen Stabilitätsmechanismus, Finanzhilfen zur Unterstützung von Kurzarbeitsprogrammen, die Einführung eines Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (EIB) zur Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen auch einen Wiederaufbaufonds und spezifische Maßnahmen im Rahmen des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens der EU. Die Finanzierung und insbesondere die finanzielle Lastenteilung vor allem der Mittel des Wiederaufbaufonds sind zu Redaktionsschluss noch in der Schwebe. Der Artikel von Atanas Pekanov zu den "Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise" gibt einen Überblick über die verschiedenen Maßnahmen, die bis kurz vor Erscheinen des vorliegenden Heftes ergriffen oder diskutiert wurden.

Wieweit all diese Maßnahmen ausreichen werden, die Auswirkung der Krise zeitlich zu begrenzen und die Wirtschaftsleistung wieder rasch auf den Stand von Februar 2020 zu bringen, wird sich erst mittelfristig zeigen. Wie hier ausgeführt wurde, besteht aufgrund der vielfältigen Verflechtungen im weltweiten Wirtschaftsleben und vielfachen Unsicherheitsfaktoren die Möglichkeit, dass sich der Erholungsprozess über einen längeren Zeitraum erstrecken wird. Hier wird einer wohlüberlegten Strategie zum neuerlichen Hochfahren der Wirtschaftsaktivitäten unter Berücksichtigung gesundheitspolitischer Notwendigkeiten und einer klugen Politik des Schuldenabbaus in den Folgejahren maßgebliche Bedeutung zukommen.

Die Dynamik, Stärke und weltweite Verbreitung der Gesundheits- und Wirtschaftskrise macht es schwierig, in einer monatlich erscheinenden Zeitschrift ein befriedigendes Maß an Aktualität zu bieten. Das WIFO erlebte diese Problematik u. a. daran, dass neue Fakten die übliche vierteljährliche Konjunkturprognose schon innerhalb von nur zwei Wochen als völlig überholt erscheinen ließen. Umso mehr erschiene ein Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im vergangenen Jahr, wie er im Heft 4 der WIFO-Monatsberichte traditionell erschienen ist, heute als Blick weit zurück. Wir haben uns daher entschlossen, in diesem Heft mehr Gewicht auf die mittelfristige Prognose (mit zwei Szenarien) und, neben zwei kurzen Bestandsaufnahmen zur Wirtschaftsentwicklung 2019 und zu den Finanzmarktendenzen 2019, auf Artikel zu legen, die den Zustand der (österreichischen) Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik während der Pandemie analysieren. Auch diese Informationen mögen schon in wenigen Wochen mehr als Beschreibung der Vergangenheit denn als aktueller Diskussionsbeitrag erscheinen. Wir sehen es allerdings als eine Verantwortung des Wirtschaftsforschungsinstitutes, sozusagen mitten aus der Krise heraus eine solche deskriptive Betrachtung der gegenwärtigen ökonomischen und wirtschaftspolitischen Entwicklung festzuhalten. Die beiden ebenfalls in diesem Heft enthaltenen Jahresberichte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Österreich und den Finanzmärkten im Jahr 2019 führen vor Augen, wie rasch und wie drastisch sich die Rahmenbedingungen innerhalb weniger Wochen verändert haben.

- Baker, S. R., Bloom, N., Davis, S. J., Stephen, T. J., "COVID-Induced Economic Uncertainty", NBER Working Paper, 2020, (26983).
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., Bierbaumer-Polly, J., Glocker, Ch., Huemer, U., Loretz, S., Mahringer, H., Pitlik, H., "Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 239-265, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65916>.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W., "COVID-19-Pandemie: Höchste Beschäftigungseinbußen in Österreich seit fast 70 Jahren", WIFO Research Briefs, 2020, (2), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65886>.
- Bierbaumer-Polly, J., Der private Konsum in Zeiten der Corona-Krise und danach, WIFO, 31. 3. 2020, https://www.wifo.ac.at/news/der_private_konsum_in_zeiten_der_corona-krise_und_danach.
- Earle, R., Park, J., Schmedders, K., Coronavirus: the economic recovery won't only be U-shaped – it'll look like a wheelbarrow, 14. 4. 2020, <https://www.weforum.org/agenda/2020/04/coronavirus-the-economic-recovery-won-t-only-be-u-shaped-it-ll-look-like-a-wheelbarrow>.
- Fritz, O., Corona-Shutdown: Szenarienrechnung belegt massive Auswirkungen auf den Tourismus, WIFO, 7. 4. 2020, https://www.wifo.ac.at/news/corona-shutdown_szenarienrechnung_belegt_massive_auswirkungen_auf_den_tourismus.
- Janger, J., Reinstaller, A., Coronavirus-Pandemie: Potentiell stark negativer Effekt auf Innovationsaktivitäten, WIFO, 6. 4. 2020, https://www.wifo.ac.at/news/coronavirus-pandemie_potentiell_stark_negativer_effekt_auf_innovationsaktivitaeten.
- Mulder, N., Tooze, A., The Coronavirus Oil Shock Is Just Getting Started. Foreign Policy, 23. 4. 2020, <https://foreignpolicy.com/2020/04/23/the-coronavirus-oil-shock-is-just-getting-started/>.
- Pekanov, A., "Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 275-284, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65918>.
- Sinabell, F., Agrargüter: Bei Export-Restriktionen droht enormer Schaden, WIFO, 25. 3. 2020, https://www.wifo.ac.at/news/agrargueter_bei_export-restriktionen_droht_enormer_schaden.
- Url, Th., "Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 267-273, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65917>.
- Wolfmayr, Y., Versorgungsengpässe bei medizinischer Schutzausrüstung, WIFO, 3. 4. 2020, https://www.wifo.ac.at/news/versorgungsengpaesse_bei_medizinischer_schutzausruestung.

- 583/2019** **What Explains Aggregate Telecom Investments? Evidence From an EU-OECD Panel**
Klaus S. Friesenbichler
- 584/2019** **Cutting Red Tape for Trade in Services**
Milena Kern, Jörg Pätzold, Hannes Winner
- 585/2019** **Armutsindex**
Julia Bock-Schappelwein
- 586/2019** **A Bayesian Spatial Autoregressive Logit Model With An Empirical Application to European Regional FDI Flows**
Tamás Krisztin, Philipp Piribauer
- 587/2019** **Sustainability-oriented Future EU Funding. A European Border Carbon Adjustment**
Alexander Krenek, Mark Sommer, Margit Schratzenstaller
- 588/2019** **Keynes und die Finanzmärkte. Auf halbem Weg vom "homo oeconomicus" zum "homo humanus"**
Stephan Schulmeister
- 589/2019** **About Time: The Narrowing Gender Wage Gap in Austria**
René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner
- 590/2019** **Bullen, Bären, Krisen. Fatale Folgen idealistischer Wirtschaftstheorien**
Stephan Schulmeister
- 591/2019** **The Causal Economic Effects of Olympic Games on Host Regions**
Matthias Firgo
- 592/2019** **Das EU-Budget 2021 bis 2027 – Optionen für eine Stärkung des europäischen Mehrwerts**
Julia Bachtrögl, Angela Köppl, Atanas Pekanov, Margit Schratzenstaller, Franz Sinabell
- 593/2019** **Trade Costs in Services. Firm Survival, Firm Growth and Implied Changes in Employment**
Elisabeth Christen, Michael Pfaffermayr, Yvonne Wolfmayr
- 594/2019** **Radical Distrust: Are Economic Policy Attitudes Tempered by Social Trust?**
Hans Pitlik, Martin Rode
- 595/2020** **High-growth Firm Shares in Austrian Regions: The Role of Economic Structures**
Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl
- 596/2020** **A WTO-compatible Border Tax Adjustment for the ETS to Finance the EU Budget**
Alexander Krenek, Mark Sommer, Margit Schratzenstaller
- 597/2020** **Regionale Unterschiede der ökonomischen Betroffenheit von der aktuellen COVID-19-Krise in Österreich. Ein Strukturansatz auf Ebene der Bundesländer**
Julia Bachtrögl, Matthias Firgo, Oliver Fritz, Michael Klien, Peter Mayerhofer, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher
- 598/2020** **Labour Markets in a Post-Keynesian Growth Model. The Effects of Endogenous Productivity Growth and Working Time Reduction**
Stefan Ederer, Armon Rezai
- 599/2020** **Distributional National Accounts (DINA) with Household Survey Data. Methodology and Results for European Countries**
Stefan Ederer, Stefan Humer, Stefan Jestl, Emanuel List

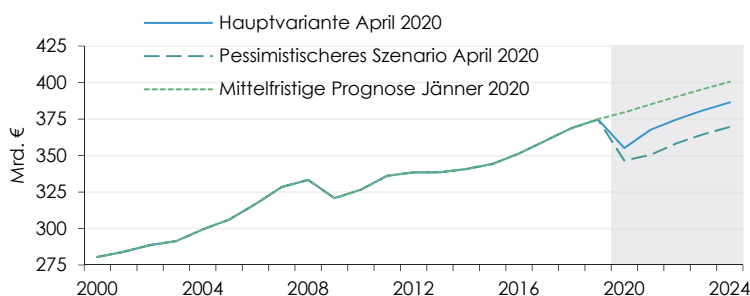
Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie

Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Jürgen Bierbaumer-Polly, Christian Glocker, Ulrike Huemer, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Hans Pitlik

- Die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung stoßen die Weltwirtschaft in die größte Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.
- 2020 wird die Wirtschaftsleistung in Österreich um zumindest 5,2% schrumpfen und die Arbeitslosenquote auf 8,7% steigen.
- Für 2021 wird mit einer verhaltenen Erholung gerechnet, die Wirtschaft wird um 3½% wachsen. Das BIP-Niveau von 2019 dürfte frühestens Anfang 2022 wieder erreicht werden.
- Durch umfangreiche fiskalische Maßnahmen werden die ökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung auf die Erwerbsbevölkerung und die Unternehmen gemildert. Für 2020 wird ein Budgetdefizit von 7,4% des BIP erwartet.
- In den Jahren 2022 (+1,9%) bis 2024 (+1,4%) wird sich das Wirtschaftswachstum dem Trendwachstum (+1,1%) annähern.
- In einem pessimistischeren Szenario würden das reale BIP 2020 um 7,5% und die Beschäftigung um 2,5% sinken, die Arbeitslosenquote auf 9,1% und das Budgetdefizit auf 10,0% steigen.

Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich für unterschiedliche Szenarien



Wie der Vergleich der Jahre 2009 und 2020 zeigt, geht die COVID-19-Rezession in Österreich tiefer als die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. Das BIP-Niveau, das vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie prognostiziert wurde, wird wohl in den nächsten Jahren nicht erreicht werden (Q: WIFO-Berechnungen).

"Infolge der COVID-19-Pandemie und der gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung stürzt die Weltwirtschaft in die tiefste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Österreich kann sich diesem Sog trotz umfangreicher Gegenmaßnahmen nicht entziehen. Die österreichische Wirtschaft wird 2020 um 5,2% schrumpfen – deutlich stärker als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 (–3,8%)."

Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie

Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Jürgen Bierbaumer-Polly, Christian Glocker, Ulrike Huemer, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Hans Pitlik

Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024

Die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung legen weite Teile der Weltwirtschaft vorübergehend lahm. Die schwerste Rezession seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist für die österreichische Volkswirtschaft damit 2020 unvermeidbar. Das reale BIP wird zumindest um 5,2%, die Beschäftigung um 1,7% zurückgehen und die Arbeitslosenquote auf 8,7% steigen. Die fiskalischen Maßnahmen zur Abfederung der Rezession und die Steuerausfälle haben 2020 einen Anstieg des Budgetdefizits auf 7,4% und der Staatsverschuldung auf 80,2% des nominellen BIP zur Folge. Unter der Voraussetzung, dass die Pandemie unter Kontrolle bleibt, sollte sich die Wirtschaft ab der zweiten Jahreshälfte 2020 schrittweise erholen. 2021 ergäbe sich dann ein Wachstum von 3,5%, die Arbeitslosenquote sollte auf 7,9% zurückgehen. Mittelfristig wird sich das Wirtschaftswachstum dem Trendwachstum (+1,1% p. a.) annähern, welches durch die Verringerung von Investitionstätigkeit und Beschäftigungswachstum infolge der COVID-19-Pandemie verringert wird. Die Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt der Periode 2022 bis 2024 7½% betragen. 2021 dürfte die öffentliche Verschuldung einen Höchstwert von 80,5% des BIP erreichen, zum Ende des Projektionszeitraumes wird sie auf 78,5% geschätzt. In einem pessimistischeren Szenario wird für die Weltwirtschaft eine schwächere Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2020 unterstellt. Die österreichische Wirtschaft würde dann 2020 um 7,5% schrumpfen, die Arbeitslosenquote auf 9,1% und das Budgetdefizit auf 10,0% steigen.

JEL-Codes: E32, E37, E66 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich, COVID-19

Begutachtung: Christoph Badelt, Ulrike Famira-Mühlberger, Margit Schratzenstaller, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at) • Berechnungen für die Hauptvariante abgeschlossen am 17. 4. 2020, Berechnungen für das pessimistischere Szenario am 22. 4. 2020

Kontakt: Mag. Dr. Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Dr. Jürgen Bierbaumer-Polly (juergen.bierbaumer-polly@wifo.ac.at), Mag. Dr. Christian Glocker, MSc (christian.glocker@wifo.ac.at), Mag. Ulrike Huemer (ulrike.huemer@wifo.ac.at), Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at), Dr. habil. Simon Loretz (simon.loretz@wifo.ac.at), Mag. Dr. Helmut Mahringer (helmut.mahringer@wifo.ac.at), apl. Prof. Dr. Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at)

1. Vorbemerkung

Die COVID-19-Pandemie führte im März 2020 weltweit zu einem Einbruch der Aktienkurse und einem enormen Anstieg der Aktienkursvolatilität (Baker – Bloom – Davis – Kost et al., 2020). In weiterer Folge wurde gegen Ende

des I. und auch noch im II. Quartal 2020 die **Weltwirtschaft in Teilen** (vor allem im Dienstleistungssektor) fast vollständig **lahmgelegt**. Die **schwerste Rezession seit Ende des Zweiten Weltkrieges** ist für die österreichische

Volkswirtschaft damit 2020 **unvermeidbar**. Das WIFO erwartet für heuer in Österreich einen **Rückgang der Wirtschaftsleistung um zumindest 5,2%**. Das **Produktionsniveau des Jahres 2019** wird voraussichtlich frühestens **Anfang 2022 wieder erreicht** (Abbildung 1). *Jordà – Singh – Taylor* (2020) weisen nach, dass tiefgreifende Pandemien in den betroffenen Volkswirtschaften noch 40 Jahre später Auswirkungen zeigen.

Die Wirtschaftswissenschaften betreten in dieser Situation Neuland. Erst die COVID-19-Krise gab den Anstoß, die Forschung zu den ökonomischen Effekten von Pandemien zu vertiefen (siehe Kasten "Eine (kleine) Auswahl aktueller wirtschaftshistorischer, wirtschaftstheoretischer und empirischer Forschungsarbeiten zu den ökonomischen

Effekten von Pandemien"). Damit steht auch die angewandte Wirtschaftsforschung vor neuen Herausforderungen.

Die Kombination aus **staatlich verordnetem Produktions- und Nachfrageverzicht**, die in **Asien, Europa und Nordamerika beinahe synchron** implementiert wurde, gab es so noch nie, empirische Vergleichsperioden fehlen deshalb. Entscheidend ist zunächst, ob, wie lange und wie umfassend Wirtschaftsbereiche stillgelegt werden müssen, um die Ausbreitung von Infektionen mit SARS-CoV-2 ausreichend kontrollieren zu können. Gleichzeitig ist weltweit mit einer gewissen Persistenz der Krankheit zu rechnen, was die Gefahr neuer, auch saisonaler Infektionswellen in näherer Zukunft birgt¹⁾.

Die Kombination aus staatlich verordnetem Produktions- und Nachfrageverzicht, die im Großteil der Weltwirtschaft beinahe synchron implementiert wurde, führt zur schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Da es eine ähnlich gelagerte Situation noch nie gab, fehlen empirische Vergleichsperioden, und die Wirtschaftswissenschaft betritt in dieser Situation Neuland.

Eine (kleine) Auswahl aktueller wirtschaftshistorischer, wirtschaftstheoretischer und empirischer Forschungsarbeiten zu den ökonomischen Effekten von Pandemien

Da Pandemien sehr selten auftreten, sind dazu nur spärliche Daten verfügbar. Auf Basis ihrer Untersuchung von 15 größeren Pandemien (jeweils über 100.000 Todesfälle) aus den letzten 600 Jahren finden *Jordà – Singh – Taylor* (2020), dass diese noch 40 Jahre nachwirken, die realen Renditen niedriger, die Reallöhne etwas und das Vorsichtssparen deutlich erhöht sind.

Barro – Ursúa – Weng (2020) versuchen auf Basis von Daten zur Pandemie der "Spanischen Grippe" von 1918 bis 1920 aus 48 Ländern eine Abschätzung des Influenza-bedingten Rückganges der Wirtschaftsleistung und kommen zu dem Schluss, dass ihre Ergebnisse "... imply flu-generated economic declines for GDP and consumption in the typical country of 6 and 8 percent, respectively". *Eichenbaum – Rebelo – Trabandt* (2020) und *Bethune – Korinek* (2020) schließen aus ihren Untersuchungen anhand der Kombination typischer Epidemie-Modelle mit ökonomischen Standard-Verhaltensmodellen, dass infizierte Personen in ihren ökonomischen Entscheidungen die negativen externen Effekte ihres Handelns nicht ausreichend berücksichtigen würden und gesundheitspolitische Einschränkungen des individuellen Handelns daher notwendig seien.

Nach *Baker – Bloom – Davis – Kost et al.* (2020) kam seit 1900 kein Ausbruch einer Infektionskrankheit auch nur annähernd an die Wirkung der COVID-19-Pandemie auf den Aktienmarkt der USA heran; der Grund dafür sei im Umfang und der Schärfe der getroffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen zu suchen.

Zur Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie identifizieren *Baker – Bloom – Davis – Terry* (2020) drei Indikatoren – Aktienmarktvolatilität, tageszeitungsbasierte wirtschaftliche Unsicherheit und umfragenbasierte subjektive Unsicherheit zu den Geschäftserwartungen – und konstruieren daraus ein vorausschauendes Unsicherheitsmaß in Echtzeit. Sie verwenden diese Indikatoren, um den enormen Anstieg der wirtschaftlichen Unsicherheit in den letzten Wochen zu dokumentieren und zu quantifizieren. Auf dieser Basis schätzen sie eine jährliche Abnahme des realen BIP der USA um fast 11% ab dem IV. Quartal 2020, wobei etwa die Hälfte des prognostizierten Outputrückganges den Effekt der COVID-19-induzierten Unsicherheit widerspiegelt.

In dieser unübersichtlichen Gemengelage müssen für eine Analyse für jeden Wirtschaftssektor **Annahmen** getroffen werden, die vor allem die **Dauer, Breite und Intensität der gesundheitspolitischen Einschränkungen** (von Hygieneempfehlungen bis zum Lockdown) betreffen. Weiters muss eingeschätzt werden, welche Wirtschaftsbereiche wie schnell wieder aktiviert werden können, welche Auflagen beachtet bzw. welche Hindernisse bewältigt werden müssen, um die Wirtschaft nach schwerwiegenden Produktionseinschränkungen wieder hochzufahren (Kapitel 2).

Zusätzlich ändern sich die Bedingungen für die gesundheits- und/oder wirtschaftspolitischen Entscheidungen und damit auch für die Analyse sehr rasch. Auf der Grundlage

des üblichen, überwiegend auf Erhebungen der amtlichen Statistik und eigenen Umfragen (im Monats- bzw. Quartalsabstand) aufbauenden Instrumentarium wäre es aber auch unter den besten Umständen nicht möglich, eine rezente und fundierte wöchentliche ökonomische Analyse zu erstellen. Aus diesem Grund hat das WIFO mit dem wöchentlichen BIP-Indikator ein neues Instrument entwickelt (siehe Kasten "**Weekly WIFO GDP Indicator for Austria** – ein hochfrequentes Modell zur Erstellung von kurzfristigen Prognosen" und Abbildung 2). Zudem orientieren sich die Einschätzungen stärker als in früheren Prognosen an der Produktionsseite der Wirtschaft (*Ederer*, 2020).

Auf Basis der wöchentlichen BIP-Schätzungen, der Einschätzungen der Entwicklung

¹⁾ NDR-Corona-Podcast mit Prof. Drosten, Charité Berlin, <https://mediandr-a.akamaihd.net/download/podcasts/podcast4684/AU-20200420-1353-5700.mp3>.

nach Wirtschaftssektoren und verschiedener plausibler Annahmen zur weiteren Entwicklung der gesundheits- und/oder fiskalpolitischen Maßnahmen sowie der internationalen Wirtschaft wurden für die vorliegende mittelfristige WIFO-Prognose mit dem WIFO-Macromod (Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2005) **zwei Szenarien der künftigen Wirtschaftsentwicklung** simuliert.

Obwohl eine günstigere Wirtschaftsentwicklung als in der **Hauptvariante** dargestellt noch nicht vollkommen ausgeschlossen werden kann, ist das Eintreten eines noch schlechteren Ergebnisses als jenes der Hauptvariante sehr viel wahrscheinlicher. Im abschließend präsentierten **pessimistischeren Szenario** wird deshalb von einer **schwächeren Erholung der Wirtschaftsleistung von Österreichs wichtigsten Handelspartnern im III. und IV. Quartal 2020** ausgegangen. Diese Annahme stützt sich auf zwei Gründe: Zum einen wurde im Ende März vorgestellten WIFO-Konjunkturszenario (Ederer, 2020) die kurzfristige Entwicklung (vor allem auf dem Arbeitsmarkt) in Österreich wesentlich zutreffender eingeschätzt als die dem Konjunkturszenario unterlegte internationale Entwicklung. Der zweite Grund, das internationale Umfeld als unsicherer als die Entwicklung im Inland zu sehen, liegt im Verlauf der internationalen Rohölpreisnotierungen: Der Preisverfall in der 16. Kalenderwoche 2020 (Mitte April) wird neben bereits sehr hohen Lagerbeständen in erster Linie auf den Einbruch der Energienachfrage durch die von den Marktteilnehmern zuvor nicht in diesem Ausmaß erwartete Rezession zurückgeführt. Im pessimistischeren Szenario erwartet das WIFO einen Rückgang des realen BIP um 7,5%, einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 9,1% und ein Budgetdefizit von 10,0% des nominellen BIP (Kapitel 4).

Aus wirtschaftstheoretischer Sicht ist die COVID-19-Rezession die Folge eines Zusammenstößens negativer Angebots- und Nachfrageschocks, die sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland stammen.

Aus wirtschaftstheoretischer Sicht ist die COVID-19-Rezession die Folge eines **Zusammentreffens** mehrerer **negativer Schocks**, die sowohl **von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite** sowie **aus dem Aus- wie auch aus dem Inland** herrühren. Negative Angebotschocks sind die verordnete Schließung von Produktionsstätten, Geschäften, Hotels und Gastronomiebetrieben sowie das Verbot der Ausübung fast aller persönlichen Dienstleistungen zur Eindämmung von Infektionen mit SARS-CoV-2. Aufgrund der Grenzschließungen fehlen Arbeitskräfte aus Ostmitteleuropa in der Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitenden Industrie, in der Bauwirtschaft, der Sachgütererzeugung und im Gesundheitsbereich (24-Stunden-Pflege); die Folge sind Behinderungen und Engpässe in der Produktion. Darüber hinaus wirken sich besonders in der Sachgütererzeugung Verzögerungen oder Ausfälle von Rohstoff- und Vorproduktlieferungen innerhalb der internationalen Lieferketten negativ auf die Produktionsmöglichkeiten aus (Kapitel 4.1). Die Schließung von Kindergärten und Schulen

sowie das Ausbleiben von Pflegekräften aus Osteuropa wegen der Grenzschließungen behindern das im Inland ansässige Arbeitskräfteangebot und die Produktivität von Berufstätigen mit Betreuungspflichten.

Auf der Nachfrageseite bewirken die Ausgangsbeschränkungen und die Einschränkung der Konsummöglichkeiten ein Zwangsparen der privaten Haushalte (Kapitel 4.3). Die Unternehmen stellen angesichts der Stornierung bestehender Aufträge und der schwierigen Akquisition neuer Aufträge Investitionsprojekte zurück (Kapitel 4.2). Vor diesem Hintergrund werden sowohl die Exporte als auch die Importe erstmals seit 2009 erheblich sinken.

Zwar wirkt eine deutliche Ausweitung fiskalpolitischer Maßnahmen dem entgegen, doch wird trotz einiger Nachholeffekte im weiteren Jahresverlauf nach der schrittweisen Aufhebung der gesundheitspolitischen Restriktionen ein Rückgang der Gesamtnachfrage 2020 erwartet. 2021 dürften die Nachholeffekte eine kräftige Ausweitung der Nachfrage mit sich bringen. Mittelfristig wird sich das Wirtschaftswachstum wieder dem Trendwachstum der österreichischen Volkswirtschaft annähern (Kapitel 4.4).

Der Einbruch der Wertschöpfung hat erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, das Arbeitsvolumen geht kurzfristig massiv zurück. Die Anpassung erfolgt hier zum größten Teil über die **starke Verringerung der Arbeitsstunden pro Kopf**. Dies ist eine direkte Konsequenz der vom österreichischen Parlament beschlossenen Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung durch die **COVID-19-Kurzarbeit**. Die **Arbeitslosenquote** dürfte **2020 auf 8,7%** steigen, das Niveau des Vorjahres (2019: 7,4%) wird aus heutiger Sicht erst mittelfristig wieder erreicht werden (Kapitel 4.5 und 4.6).

Die **öffentlichen Haushalte** werden durch die COVID-19-Pandemie massiv belastet. Die Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verringern sich kurzfristig wegen des Einbruches der wirtschaftlichen Aktivität deutlich. Daneben dürften die Maßnahmen wie eine Herabsetzung und/oder Stundung von Steuervorauszahlungen und Sozialversicherungsbeiträgen den Einnahmeverlauf auch 2021 noch beeinflussen.

Die im internationalen Vergleich günstige fiskalische Ausgangssituation erlaubt es, den Einbruch der Wirtschaftsleistung durch weitreichende ausgabenseitige Maßnahmen abzufedern. Neben zusätzlichen Beschaffungen im Gesundheitswesen werden mit der Ausweitung des Kurzarbeitsgeldes die unselbständig Beschäftigten und mit der Bereitstellung der Härtefallfonds und Notfallfonds die Selbständigen und Unternehmen unterstützt. Die Folge sind ein **gesamstaatliches Rekorddefizit von 7,4% des nominellen BIP**

und ein **Anstieg der öffentlichen Verschuldungsquote um etwa 10 Prozentpunkte** (Kapitel 4.7). Der zum Abbau dieser Schulden

notwendige zeitliche Horizont übersteigt den Fünfjahresausblick der vorliegenden Projektion²⁾.

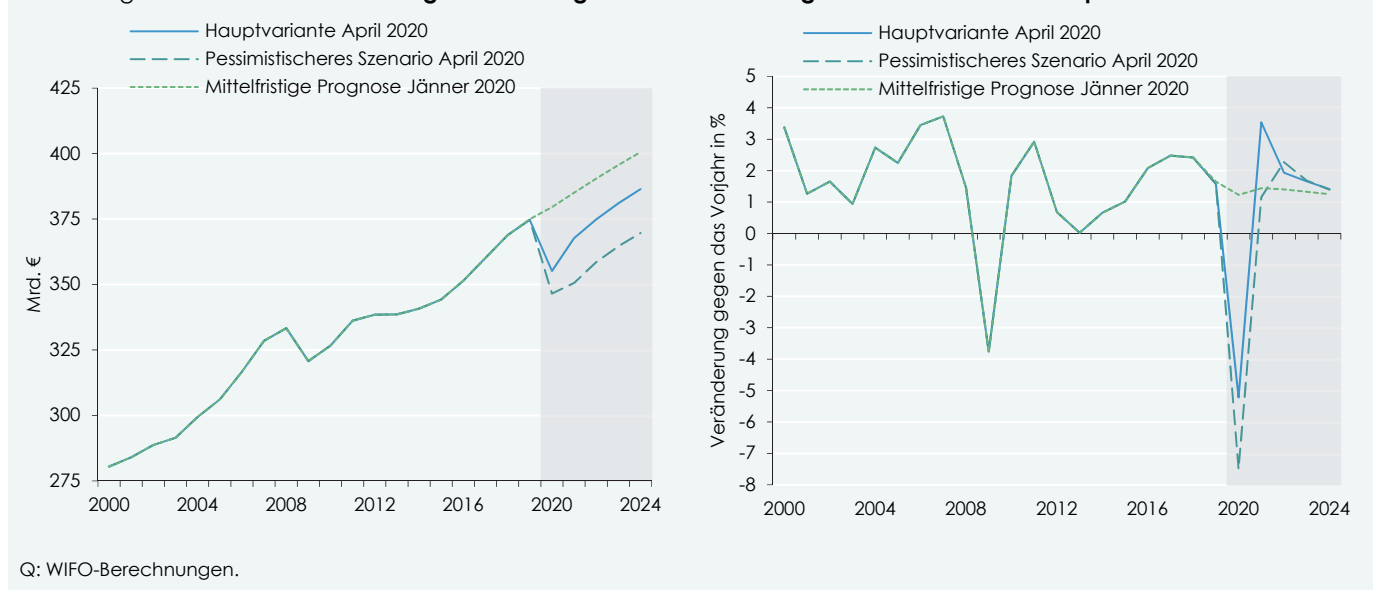
"Weekly WIFO GDP Indicator for Austria" – ein hochfrequentes Modell zur Erstellung von kurzfristigen Prognosen

Das Bruttoinlandsprodukt, der wichtigste Indikator der Wirtschaftsaktivität, wird in der Regel vierteljährlich mit einer Verzögerung von mindestens einem Monat nach Ende eines Quartals als Schnellschätzung publiziert. Das rechtzeitige Vorliegen von Informationen über die aktuelle Wirtschaftslage ist jedoch für eine rasche und angemessene wirtschaftspolitische Beurteilung unabdingbar – besonders wenn sich die Entwicklung so rasch vollzieht wie derzeit in der COVID-19-Krise: Innerhalb von nur zwei Wochen verschärfte sich die Einschätzung von "der Abschwung verstärkt sich durch Lieferverzögerungen im Bereich von Rohstoffen, Vor- und Endprodukten aus China" zu "größte weltweite Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg". Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, entwickelte das WIFO ein Zeitreihenmodell, das es erlaubt, mit rezent verfügbaren hochfrequenten Wirtschaftsdaten unterschiedlicher Periodizität und Stichprobenlänge die Aktivität der österreichischen Volkswirtschaft wöchentlich zu prognostizieren und zu analysieren. Aufbauend auf *Fräle et al. (2011)* wurde ein dynamisches Faktormodell mit drei verschiedenen Frequenzen (vierteljährlich, monatlich und wöchentlich) spezifiziert. Die Auswahl der Indikatoren erfolgte unter der Prämisse, das Modell für eine Bewertung der aktuellen Lage und für kurzfristige Vorhersagen einsetzen zu können. So wurde ein Ein-Faktor-Modell mit einer umfangreichen dynamischen Struktur aufgesetzt. Der Ansatz von *Mariano – Murasawa (2003)* wurde mit den Ergänzungen von *Boivin – Ng (2006)* übernommen. Das Modell wird, wie von *Fräle et al. (2011)* vorgeschlagen, in eine Zustandsraumdarstellung gebracht, um die Einschränkungen zu berücksichtigen, die sich aus der zeitlichen Aggregation von drei verschiedenen Frequenzen ergeben. Die modifizierte Struktur ist explizit so konstruiert, dass fehlende Beobachtungen berücksichtigt werden können. In einem weiteren Schritt wird der Kalman-Filter eingesetzt, um fehlende Beobachtungen zu schätzen und Prognosen zu generieren.

Der Ansatz von *Glocker – Wegmueller (2020)* wird verwendet, um Variable zu identifizieren, die repräsentativ für die Wirtschaftsaktivität sind. Die ausgewählten Indikatoren bilden möglichst unterschiedliche Wirtschaftsbereiche wie das verarbeitende Gewerbe, den Finanzmarkt, den Außenhandel und den Arbeitsmarkt ab. Die Auswahl berücksichtigt jedoch auch die zeitliche Verfügbarkeit von Indikatoren: So werden jene Indikatoren als nachrangig betrachtet, deren Daten erst mit großer Verzögerung verfügbar sind. Die Kombination all dieser Anforderungen ergibt letztlich einen Satz von zehn Indikatoren: Kreditkartentransaktionen, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, realisierte Aktienmarktvolatilität, Volatilität der Zinsstrukturkurve und des Zinssatzdifferentials gegenüber Deutschland, Lkw-Fahrleistung auf Autobahnen laut Asfinag sowie drei Stimmungsindikatoren aus den WIFO- und ifo-Unternehmensumfragen. Die Volatilität der Indikatoren wird im Vorfeld mit Hilfe eines stochastischen Volatilitätsmodells geschätzt.

Unter Verwendung dieses Indikatorensatzes wird das Modell für eine Prognose des vierteljährlichen und jährlichen österreichischen BIP eingesetzt. Abbildung 2 zeigt die Wachstumsrate für das Jahr 2020, wie sie vom Modell in den ersten Kalenderwochen 2020 prognostiziert wurde. Das Modell lieferte im Jänner und Februar noch eine Prognose positiver Veränderungsrate, ab Anfang März jedoch bereits einen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Die anhaltende Verschlechterung der Indikatoren schlug sich in der Folge in weiteren Abwärtskorrekturen der BIP-Prognose nieder. Besonders ausgeprägt waren diese in der ersten März-Hälfte. Ab der 16. Kalenderwoche pendelte sich der geschätzte jährliche Produktionsrückgang bei 6% ein.

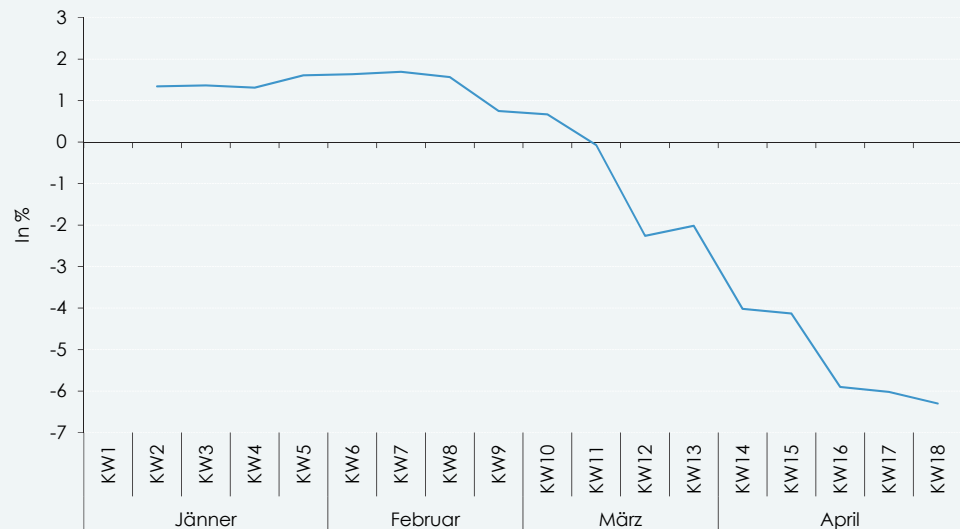
Abbildung 1: Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognose zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



²⁾ Durch die unterstellte No-Policy-Change-Annahme werden außer den bereits beschlossenen COVID-19-Maßnahmen keine weiteren fiskalpolitischen Maßnahmen unterstellt, d. h. es werden in der Prognose

keine weiteren Annahmen zu etwaigen Konjunkturprogrammen, Steuerreform- oder Budgetkonsolidierungsmaßnahmen getroffen.

Abbildung 2: **Wöchentliche Modellschätzungen des realen BIP-Wachstums für das Jahr 2020**



Q: WIFO-Berechnungen. KW . . . Kalenderwoche.

Die aktuelle Datenlage lässt noch keine Aussagen darüber zu, wie gut die Rettungspakete für die Unternehmen greifen – ob und wie schnell sie bei den Adressaten tatsächlich ankommen. Davon hängt es aber ab, ob eine Insolvenzwelle verhindert werden kann und die Wirtschaft mit der Lockerung der Beschränkungen wieder in Schwung kommt.

Aufgrund des Einkommensrückganges der privaten Haushalte und der Ertragsausfälle der Unternehmen wurden die privaten Konsum- und Investitionsausgaben markant verringert. Durch die enorme Verunsicherung genügen geringe weitere Störungen, um den privaten Konsum und die Investitionstätigkeit aus Vorsichtsmotiven noch weiter

einzu­schränken (*Baker – Bloom – Davis – Terry, 2020*).

Weitere Gefahren drohen auch vom außenwirtschaftlichen Umfeld: Der **Abfluss von kurzfristiger Liquidität aus den Schwellenländern** oder eigenartige Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten (**negative Notierungen für bestimmte Rohölsorten**) aufgrund einer erheblichen Überproduktion bei bereits gefüllten Lagerkapazitäten sind hier zu nennen. Der Großteil der Handelspartner in Europa und Amerika befindet sich bereits in einer Rezession. Die medizinische und wirtschaftliche Krise in den Schwellenländern in Afrika und Südamerika steht gerade erst am Anfang und trübt damit das Bild für die weltweite Wirtschaftsentwicklung zusätzlich ein.

2. Grundannahmen zu den gesundheitspolitischen Beschränkungen und deren Lockerung

In dieser Prognose wird angenommen, dass die mit 16. März 2020 in Kraft gesetzten restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Epidemie in Österreich nach den von der Bundesregierung in der Karwoche und danach bekanntgegebenen Plänen schrittweise aufgehoben werden:

- **14. 4.:** Kleinere Geschäfte und Baumärkte dürfen (mit Zugangsbeschränkungen) wieder öffnen.
- **2. 5. bzw. 4. 5.:** Auch größere Geschäfte dürfen wieder öffnen.
- Der Schulbetrieb wird in Abschlussklassen (Maturaklassen) wieder aufgenommen.

- Anbieter von (bestimmten) persönlichen Dienstleistungen dürfen den Betrieb wieder aufnehmen.
- **11. 5. bzw. 15. 5.:** Der Schulbetrieb im Klassenverband wird (mit Beschränkung der Schülerzahlen im Raum) allgemein wieder aufgenommen.
- Restaurants und Gaststätten sowie kleinere Beherbergungsbetriebe dürfen öffnen.
- **Anfang Juni** dürfen auch größere Hotels wieder öffnen.
- Für Veranstaltungen (Konzerte, Festivals), Messen, Sportveranstaltungen u. a. sowie den grenzüberschreitenden Personen-

verkehr, insbesondere Flugreisen bleiben die Beschränkungen **zunächst aufrecht**.

Damit liegt der Prognose ein gewisser **Grundoptimismus zugrunde ("Wir schaffen das!")**. Die Behörden und die Bevölkerung lernen fortschreitend mit dem Infektionsrisiko und den Schutzmaßnahmen verantwortungsvoll umzugehen. Die Hygiene- und Kontaktregeln werden weiterhin konsequent eingehalten.

Darüber hinaus implementiert Österreich auf Basis der eigenen Erfahrungen und der Best-Practice-Beispiele anderer Länder im Umgang mit der COVID-19-Pandemie eine österreichweite (kleinräumige) Testinfrastruktur

zur Seuchenprävention und -kontrolle. Damit soll es möglich werden, lokale Infektionsherde frühzeitig zu erkennen und zu behandeln, um drastischere Maßnahmen für das ganze Land vermeiden zu können (OECD, 2020).

In diesem Sinne unterstellt die mittelfristige WIFO-Prognose nicht, dass die COVID-19-Epidemie in Österreich ein einmaliges Ereignis bleibt, sondern dass bei Auftreten einer neuen Welle damit "smart" umgegangen werden kann, denn nach den bisher vorliegenden internationalen Erfahrungen dürften mit zunehmender Dauer des Lockdown die gesamtwirtschaftlichen Kosten überproportional steigen.

3. Internationale Rahmenbedingungen

3.1 Wirtschaftsentwicklung der wichtigsten Handelspartner

Die Weltwirtschaft verlor Ende 2018 bereits an Dynamik, vor allem in der Sachgütererzeugung verschlechterte sich die Entwicklung bis zum IV. Quartal 2019 weiter – im Euro-Raum geriet die Industrie in der zweiten Jahreshälfte 2019 bereits in eine Rezession. Den ersten Ansätzen zu einer Konjunkturstabilisierung Anfang 2020 bereiteten der Ausbruch der COVID-19-Pandemie und die deshalb erforderlichen gesundheitspolitischen Restriktionen ein jähes Ende. Ein Großteil der Weltwirtschaft wurde beinahe zeitgleich von den Folgen der Pandemie erfasst. In vielen Ländern wurde die Aktivität vor allem des Dienstleistungssektors – der noch bis Februar und Anfang März die Entwicklung stabilisiert hatte – per Dekret stark eingeschränkt, in manchen Bereichen sogar zum Erliegen gebracht. Als Konsequenz dieser Entwicklung stürzte die Weltwirtschaft im März beinahe synchron in die **schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg**.

Für Österreich als kleine, sehr offene Volkswirtschaft sind daher nicht nur die im Inland wirksamen Maßnahmen maßgeblich, sondern auch die Einschränkungen und die Tiefe der Rezession in den wichtigsten Handelspartnerländern. In die fünf wichtigsten Handelspartner(-regionen) gehen traditionell 85% der österreichischen Exporte.

Übersicht 1 fasst die internationalen Annahmen der Hauptvariante der vorliegenden Prognose für die fünf wichtigsten Exportpartner (Hauptvariante) zusammen. Sie orientieren sich am Global Recession Scenario von Oxford Economics vom 8. April 2020. Übersicht 8 zeigt die entsprechenden Annahmen für ein pessimistischeres Szenario, das – bei gleichen gesundheitspolitischen Maßnahmen im Inland – eine Vertiefung der weltweiten Rezession unterstellt. Es stützt sich auf den World Economic Outlook des IWF vom 15. April 2020. Beide internationalen

Szenarien wurden den Erfordernissen für die Implementation ins Prognose- und Simulationsmodell WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005) entsprechend, gemäß den Einschätzungen der WIFO-Expertinnen und -Experten, für die Bereiche internationale und monetäre Ökonomie angepasst. Für beide Szenarien wurde der Verlauf im I. und II. Quartal 2020 identisch angenommen, im pessimistischeren Szenario wurde danach aber eine verzögerte Erholung unterstellt. Abbildung 3 illustriert den unterstellten Wachstumsverlauf für die drei größten Handelsdestinationen im Vergleich mit der mittelfristigen WIFO-Prognose vom Jänner 2020 (d. h. vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie; Baumgartner – Kaniowski, 2020).

In der Hauptvariante wird für alle fünf Haupt-handelspartner im Jahr 2020 eine Rezession unterstellt, der ein V-förmiger unvollkommener Rebound folgt, da das Produktionsniveau des Ausgangsjahres 2019 im Jahr nach der Rezession (noch) nicht erreicht wird. Für den Zeitraum 2022 bis 2024 wird eine langsame Rückkehr zum durch die Rezession etwas verringerten Trendwachstum angenommen. Basierend auf der für die fünf angeführten Haupthandelspartner mit den österreichischen Exportanteilen gewichteten durchschnittlichen Veränderungsrate, schrumpft die Wirtschaft dieser Ländergruppe 2020 um 5% (Euro-Raum –6,1%) und wächst 2021 um 3,5% (+2,9%). In den folgenden Jahren flacht das durchschnittliche Wachstum auf 1½% p. a. ab.

3.2 PEPP zur Stabilisierung der langfristigen Zinssätze und Liquiditätssicherung im Finanzsektor

Die Geldpolitik wurde im Euro-Raum ab dem Herbst 2019 aufgrund der Konjunkturabschwächung wieder expansiver ausgerichtet. Die zwischen März 2015 und Dezember 2018 angekauften Wertpapiere behielt die EZB in ihrem Bestand und ersetzte die Tilgungen aushaftender Wertpapiere mit Nach-

Als Konsequenz des Ausbruches der COVID-19-Pandemie und der deshalb erforderlichen gesundheitspolitischen Restriktionen stürzte die Weltwirtschaft im März beinahe synchron in die schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.

käufen in selber Höhe. Darüber hinaus senkte die EZB im September 2019 den Zinssatz für die Einlagenfazilität auf -0,5% und begann im November 2019 zusätzlich ein neues unbefristetes Wertpapierankaufprogramm (Asset Purchase Programme – APP) in der Höhe von 20 Mrd. € pro Monat. Am 18. März 2020 beschloss der EZB-Rat das **Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP)** als geldpolitische Unterstützung, um dem außerordentlichen Rückgang der Wirtschaftsaktivität im Euro-Raum infolge der COVID-19-Krise zu begegnen.

Das Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) sieht ein historisch einmaliges Ausmaß an Liquiditätsunterstützung für den Finanzsektor vor. Daneben soll es die Fragmentierung der Finanzmärkte im Euro-Raum verhindern.

Das PEPP umfasst ein temporäres Ankaufprogramm **in Höhe von 750 Mrd. €** für Anleihen öffentlicher und privater Schuldner, wie sie bereits im Rahmen des APP angekauft werden. Die Ankäufe im Rahmen des PEPP erfolgen zusätzlich und getrennt von jenen des APP, das selbst wiederum am 12. März 2020 bis zum Jahresende 2020 um 120 Mrd. € aufgestockt wurde. Die PEPP-Ankäufe begannen am 26. März 2020 und sind als temporäre Maßnahme zumindest bis Ende 2020 vorgesehen. Wie bereits im APP führen auch im PEPP nationale Zentralbanken und die EZB die Ankäufe gemeinsam durch. Das PEPP sieht (wie auch das vergleichbare Programm der Fed) ein **historisch einmaliges Ausmaß an Unterstützung** vor und soll zu einer Verringerung der Unsicherheit auf den Finanzmärkten beitragen.

Im PEPP ist ein Abweichen des Ankaufvolumens von den regionalen Quoten und Anlagelassen des APP möglich. Dadurch kann **einer Fragmentierung der Finanzmärkte innerhalb des Euro-Raumes** durch größere Zinssatzunterschiede zwischen den einzelnen

Ländern des Euro-Raumes **entgegengewirkt werden**. Bereits in den ersten Tagen nach dem Inkrafttreten wurden die seit Anfang März zunehmenden Zinsunterschiede zwischen Deutschland und den Peripherieländern des Euro-Raumes deutlich verringert³⁾.

Gegenüber der mittelfristigen WIFO-Prognose vom Jänner 2020 ändert sich damit die Einschätzung zum weiteren Verlauf der Geldpolitik. Unter den neuen Voraussetzungen wird frühestens im Jahr 2023 eine Erhöhung der Leitzinssätze erwartet, da die EZB zuvor ihren stark vergrößerten Bestand an staatlichen Wertpapieren zumindest teilweise abbauen dürfte. Der **Dreimonatsgeldmarktsatz** wird unter diesen Bedingungen **bis 2023 negativ** bleiben und erst im Jahr 2024 leicht auf +1/4% steigen. Diese Lockerung der Geldpolitik sollte in den kommenden Jahren auch die langfristigen Zinssätze im Euro-Raum niedrig halten. Zum Ende der Prognoseperiode wird die Sekundärmarktrendite deutscher 10-jähriger Staatsanleihen mit 1 1/4% angenommen, um knapp 1 Prozentpunkt unter der Annahme vom Jänner 2020. Damit wird unterstellt, dass das Volumen des PEPP ausreicht (oder entsprechend ausgedehnt wird), um die Wirkung der Erhöhung der Staatsverschuldung infolge der COVID-19-Krise auf das langfristige Zinsniveau zu neutralisieren. Wenn sich die Weltwirtschaft wie in der Hauptvariante dieser Prognose unterstellt (Übersicht 1) erholt, dürfte das beschlossene PEPP-Volumen genügen, um eine Erhöhung der kumulierten zusätzlichen Staatsverschuldung (in Prozent des nominalen BIP) der Euro-Länder um 6 1/4 Prozentpunkte zu absorbieren.

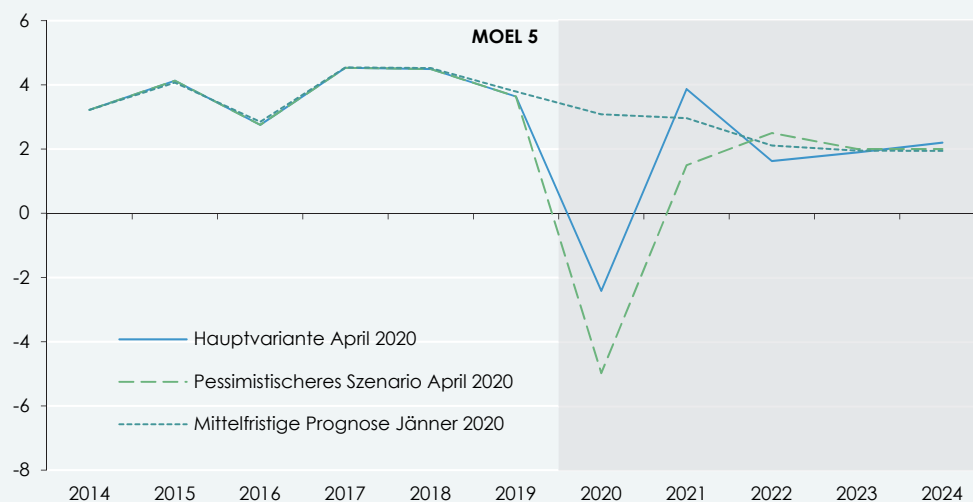
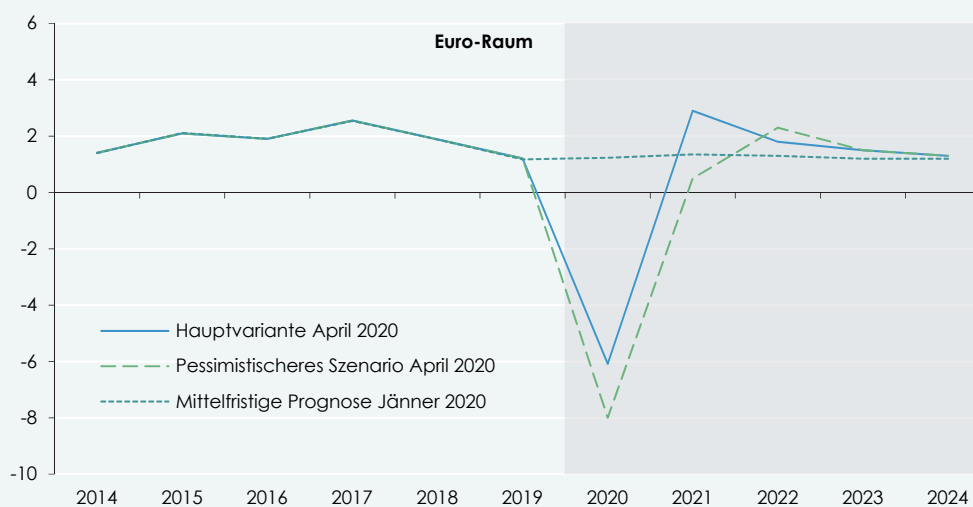
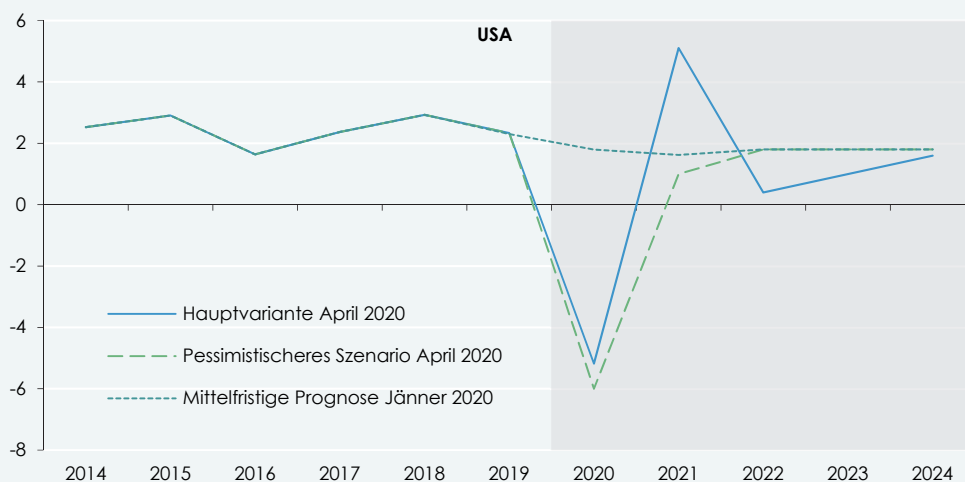
Übersicht 1: Internationale Konjunktur – Hauptvariante

		Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum		+ 0,8	+ 1,9	+ 0,2	+ 1,2	- 6,1	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3
MOEL 5 ¹⁾		+ 2,2	+ 3,9	+ 1,4	+ 3,6	- 2,4	+ 3,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,2
USA		+ 2,1	+ 2,4	+ 0,5	+ 2,3	- 5,2	+ 5,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,6
Schweiz		+ 2,0	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,9	- 3,7	+ 3,8	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,2
China		+ 8,6	+ 6,7	+ 4,6	+ 6,1	- 1,0	+ 7,7	+ 5,4	+ 5,7	+ 5,7
		Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Annahmen zur Prognose										
Erdölpreis, Brent	Dollar je Barrel	102	57	47	64	40	45	48	50	52
Wechselkurs	\$ je €	1,33	1,13	1,13	1,12	1,12	1,12	1,13	1,14	1,15
Internationale Zinssätze, Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,9	0,2	0,4	- 0,3	- 0,3	0,0	0,3	0,5	1,3

Q: WIFO-Berechnungen. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

³⁾ <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2020/html/ecb.blog200403-54ecc5988b.en.html>.

Abbildung 3: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in drei Haupthandelspartnerregionen**
 BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen; Oxford Economics, 8. April 2020; IWF, World Economic Outlook, 15. April 2020.
 MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

3.3 Rohölpreise und Wechselkurs

Die Annahmen zur Entwicklung der Rohölpreise (Brent, Dollar je Barrel) basieren auf den Futures-Notierungen vom 16. April 2020, d. h. nach der Einigung der OPEC+-Gruppe auf eine Senkung der Rohölfördermenge um 10 Mio. Barrel pro Tag⁴). Ausgehend von 64 \$

im Jahresdurchschnitt 2019 wird ein Rückgang auf 40 \$ 2020 unterstellt (Juni unter 30 \$ je Barrel) danach ein leichter Anstieg auf 52 \$ im Jahr 2024. Für den Dollar-Euro-Wechselkurs wird eine leichte Aufwertung des Euro von 1,12 \$ auf 1,15 \$ je Euro erwartet.

4. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich – Hauptvariante

4.1 COVID-19-Maßnahmen legen den Dienstleistungssektor weitgehend lahm

Am Sonntag, den 15. März 2020 beschloss das österreichische Parlament das erste COVID-19-Gesetzespaket. Dieser Rechtsakt bildete die Grundlage für umfangreiche gesundheitspolitische Maßnahmen zur Vermeidung einer großflächigen Ausbreitung von Infektionen mit SARS-CoV-2 in Österreich: Mit 16. März 2020 trat ein weitgehendes Betretungsverbot des öffentlichen Raumes in Kraft. Neben Ausgangsbeschränkungen für Privatpersonen bedeutete dies umfangreiche Betriebsschließungen in Dienstleistungsbereichen, in denen persönliche Interaktionen zwischen Kunden und Personal erfolgen (z. B. Handel, Tourismus oder persönliche Dienstleistungen) oder viele Personen auf

sehr engem Raum zusammenkommen (wie Sport-, Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen). Davon ausgenommen wurden systemrelevante Bereiche zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung (wie z. B. der Lebensmitteleinzelhandel, Apotheken und Drogerien, Tankstellen u. a.). Für den produzierenden Bereich (Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft, Landwirtschaft) wurden keine generellen Betriebsschließungen verordnet, sondern lediglich zusätzliche Hygienevorschriften erlassen.

Die ökonomischen Folgen der gesundheitspolitischen Einschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie sind naturgemäß in jenen Bereichen, in denen wirtschaftliches Handeln per Dekret stark eingeschränkt oder gänzlich untersagt wurde, am stärksten zu spüren.

In vielen Dienstleistungsbereichen wurde wirtschaftliches Handeln per Dekret stark eingeschränkt oder gänzlich untersagt. Am stärksten schrumpft deshalb 2020 die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie.

Übersicht 2: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche zu Herstellungspreisen – Hauptvariante

	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020		
				WIFO-Prognose April 2020 ¹⁾				Konjunkturszenario März 2020 ²⁾	WIFO-Prognose April 2020 ¹⁾	
	Mio. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4.167	4.336	4.365	4.059	+ 2,5	+ 4,1	+ 0,7	- 5,0	- 7,0	
Herstellung von Waren, einschließlich Bergbau	64.066	67.310	67.915	61.803	+ 4,8	+ 5,1	+ 0,9	- 4,0	- 9,0	
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9.603	10.117	10.429	10.273	+ 4,8	+ 5,4	+ 3,1	- 1,5	- 1,5	
Bauwirtschaft	20.084	20.870	21.396	20.433	+ 4,3	+ 3,9	+ 2,5	- 4,0	- 4,5	
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	37.782	38.501	38.890	36.751	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,0	- 1,8	- 5,5	
Verkehr	18.382	19.211	20.060	18.556	+ 3,7	+ 4,5	+ 4,4	- 5,0	- 7,5	
Beherbergung und Gastronomie	16.076	16.554	16.943	12.283	+ 0,2	+ 3,0	+ 2,3	- 10,5	- 27,5	
Information und Kommunikation	11.602	11.914	12.284	12.468	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,5	+ 1,5	
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	13.781	13.715	14.197	13.913	+ 3,7	- 0,5	+ 3,5	- 2,5	- 2,0	
Grundstücks- und Wohnungswesen	30.421	30.708	31.246	30.933	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,8	- 0,5	- 1,0	
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ³⁾	31.394	32.342	33.082	32.421	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,3	- 1,2	- 2,0	
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	55.212	55.587	55.907	57.026	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,0	+ 2,0	
Sonstige Dienstleistungen ⁵⁾	8.887	8.848	8.908	6.681	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	- 13,0	- 25,0	
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁶⁾	321.436	329.908	335.511	317.599	+ 2,6	+ 2,6	+ 1,7	- 2,4	- 5,3	

Q: WIFO. – ¹⁾ Vorliegende WIFO-Prognose laut WIFO-Expertinnen und -Experten vom April 2020. – ²⁾ WIFO-Konjunkturszenario vom März 2020. – ³⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ⁴⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ⁵⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁶⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

⁴⁾ Die vorliegende Hauptvariante der Prognose wurde zum Redaktionsschluss 17. April 2020 abgeschlossen, um dem Bundesministerium für Finanzen an diesem Datum ausgewählte Ergebnisse vorab für interne

Berechnungen zur Verfügung zu stellen. Der starke Rückgang der Rohölpreise ab 20. April 2020 konnte daher in den Berechnungen der Hauptvariante nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur Abschätzung der Größenordnung des im Jahr 2020 in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zu erwartenden Wertschöpfungsverlustes wurde als Richtwert der geschätzte Konsumnachfragerückgang (Kapitel 4.3) herangezogen. Auf Grundlage der Input-Output-Systematik wurden im ersten Schritt Wertschöpfungsquoten bestimmt und

Sektorverflechtungen sowie Importanteile berücksichtigt, um nicht nur die unmittelbaren (direkten), sondern auch die indirekten Wertschöpfungseffekte zu berücksichtigen. Unter der Annahme eines entsprechenden Deflators wurde in einem zweiten Schritt der reale Wertschöpfungseffekt für die jeweiligen Sektoren berechnet.

Übersicht 3: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Hauptvariante

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,6	- 5,2	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4
Nominell	+ 3,0	+ 3,6	+ 1,9	+ 3,3	- 4,1	+ 4,2	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,1
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,1	+ 4,0	+ 2,9	+ 4,3	- 0,8	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,7
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	- 0,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,6	- 1,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,6	- 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,1	5,3	4,9	4,5	5,5	5,0	4,8	4,7	4,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,3	8,3	7,9	7,4	8,7	7,9	7,6	7,5	7,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,0	3,6	3,1	3,6	2,0	3,0	3,3	3,6	3,8
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition									
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 2,8	- 0,5	- 3,2	+ 0,7	- 7,4	- 3,3	- 2,3	- 1,7	- 1,2
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 2,3	- 0,9	- 2,7	- 0,8	- 5,6	- 3,0	- 2,1	- 1,6	- 1,2
WIFO-Methode ⁸⁾	- 2,1	- 0,7	- 2,1	- 0,4	- 4,9	- 2,1	- 1,5	- 1,3	- 0,9
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 1,7	- 0,8	- 2,1	- 0,8	- 2,4	- 3,0	- 2,1	- 1,6	- 1,2
WIFO-Methode ⁸⁾	- 1,6	- 0,6	- 1,5	- 0,4	- 1,7	- 2,1	- 1,5	- 1,3	- 0,9
Staatsschuld	82,5	78,1	79,8	70,4	80,2	80,5	80,5	79,6	78,5
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	8,1	7,6	8,4	8,3	9,6	7,7	7,9	8,4	8,6
	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Trendoutput, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9
WIFO-Methode ⁸⁾	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2
	Ø 2010 /2014	Ø 2015 /2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In % des Trendoutputs								
Outputlücke, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 0,8	+ 0,7	- 0,9	+ 2,7	- 3,2	- 0,5	- 0,4	- 0,2	± 0,0
WIFO-Methode ⁸⁾	- 1,1	+ 0,4	- 1,9	+ 2,0	- 4,4	- 2,2	- 1,4	- 0,8	- 0,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2019. – ⁸⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Der kräftigste Rückgang ist demnach im Jahr 2020 für den Bereich **Beherbergung und Gastronomie** zu erwarten: Die reale Wertschöpfung **schrumpft** auf Basis der aktuellen Berechnungen (Letztstand 21. April 2020) gegenüber dem Vorjahr **um 27,5%** (Übersicht 2). Die Nächtigungszahlen werden im Jahresverlauf das durchschnittliche Niveau der letzten Jahre nicht erreichen. Ausländische Gäste dürften bis zum Beginn der kommenden Wintersaison weitgehend ausbleiben. Wegen anhaltender (Flug-)Reisebeschränkungen sollte sich hingegen im Inlandstourismus bereits in den Sommermonaten eine Entspannung abzeichnen ("Urlaub zu Hause"). Zugleich wird auch die Zahl der Tagestouristinnen und -touristen erheblich niedriger sein als im Vorjahr, auch wenn mit

einer Lockerung der Bewegungsbeschränkungen und einer (teilweisen) Öffnung von Beherbergungsbetrieben Erholungssuchende zur Minimierung des Ansteckungsrisikos Tagesausflüge einem Aufenthalt mit Nächtigung in weiter entfernten Destinationen vorziehen dürften.

In der Gastronomie stammt rund die Hälfte der Umsätze aus dem Tourismus, die andere Hälfte wird durch Konsumation einheimischer Gäste "außer Haus" erwirtschaftet. Die Erholung sollte in diesem Bereich mit der angekündigten Öffnung ab Mitte Mai (abhängig von den Abstandsregeln und Hygienevorschriften) damit rascher als im Beherbergungswesen einsetzen und dessen Einbruch etwas entgegenwirken.

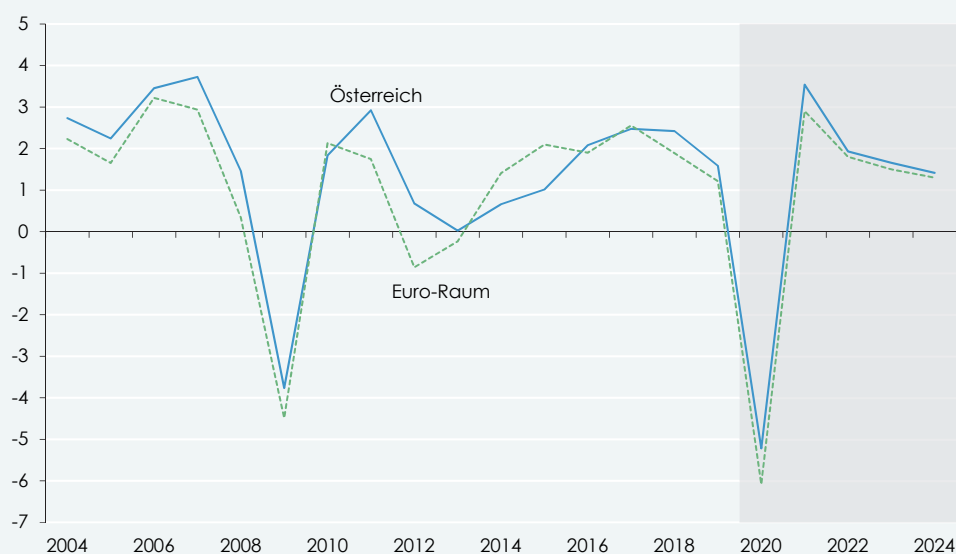
Übersicht 4: **Komponenten der realen Nachfrage – Hauptvariante**

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,4	- 2,9	+ 3,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5
Staat	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 5,3	- 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7
Bruttoanlageinvestitionen									
Ausrüstungen ²⁾	+ 2,5	+ 4,7	- 0,2	+ 3,3	-11,6	+ 5,2	+ 3,0	+ 1,8	+ 1,4
Bauten	- 0,3	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,4	- 5,3	+ 3,8	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,3
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,6	- 3,7	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3
Exporte	+ 4,7	+ 3,9	+ 1,0	+ 2,7	-12,0	+ 8,8	+ 3,5	+ 3,4	+ 2,7
Importe	+ 4,4	+ 3,9	+ 1,0	+ 2,8	- 9,7	+ 6,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,6	- 5,2	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Abbildung 4: **Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum**

Reales BIP, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Bereiche **Unterhaltung und sonstige persönliche Dienstleistungen** verzeichnen 2020 den zweitstärksten Wertschöpfungsverlust (ÖNACE R bis U real **-25%**). Der Umsatz der Sport-, Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen brach durch Sperren, Absagen und Verschiebungen von Veranstaltungen ein. Diese Wirtschaftsbereiche werden vermutlich aufgrund der engen persönlichen Kontakte als letzte wieder ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen können (mit Abstands- oder Personenbeschränkungen). Sonstige persönliche Dienstleistungen dürfen ab Anfang Mai 2020 unter Einhaltung strikter Hygienemaßnahmen wieder angeboten werden. Im Unterhaltungsbereich dauert der Lockdown nach aktuellem Stand noch zumindest bis Ende Juni. Einzelne Bereiche, in denen Abstandsregeln nur schwer oder gar nicht umsetzbar sind (z. B. Fußballstadien, Rockkonzerte, Festivals), werden wohl bis zur Verfügbarkeit effektiver Medikamente oder einer Impfung gegen SARS-CoV-2 gar nicht oder nur unter sehr restriktiven Bedingungen geöffnet werden.

Im **Handel** stand die Zunahme der Ausgaben für Lebensmittel und sonstige Waren des täglichen Bedarfs dem scharfen Rückgang im Bereich halbdauerhafter und dauerhafter Konsumgüter (Bekleidung und Schuhe, Möbel sowie Kfz-Handel) gegenüber. Insgesamt wird die reale Wertschöpfung hier 2020 **um 5,5% geringer** sein als im Vorjahr.

Im Bereich **Verkehr** sind insbesondere die Personenbeförderung (Bahn, Nahverkehr, Taxi, Seilbahnen usw.) sowie die Luft- und Schifffahrt und angeschlossene Dienstleistungsbereiche stark betroffen. Im Flugverkehr wird die Wertschöpfung 2020 aufgrund der Erosion der Passagierzahlen auf den heimischen Flughäfen seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie am deutlichsten schrumpfen, und auch der Ausblick für den weiteren Jahresverlauf ist äußerst pessimistisch. Wegen seines geringen Wertschöpfungsanteils (weniger als 5% des Sektors Verkehr) schlägt dies aber nur gedämpft durch. In Summe wird unter den getroffenen Annahmen die Wertschöpfung 2020 im Bereich Verkehr **um 7,5% unter dem Vorjahresniveau** bleiben.

Die **produzierenden Bereiche** sind in Österreich **nicht von verordneten Betriebsschließungen betroffen**. Produktionseinschränkungen in der **Sachgütererzeugung** (die teilweise Betriebsschließungen erzwangen) waren anfangs auf den Mangel an Vorprodukten und Rohstoffen wegen der Unterbrechung der Lieferketten zurückzuführen (durch Engpässe bei Transportkapazitäten oder großräumige Abriegelung einzelner Regionen in China). Mittlerweile wiegt der Mangel an Aufträgen schwerer. 2020 wird die Wertschöpfung deshalb **um 9% geringer**

sein als im Vorjahr. In der **Bauwirtschaft und der Landwirtschaft** ist der Hauptgrund der Produktionsengpässe ein **Mangel an Arbeitskräften aus Ostmitteleuropa**. Trotz der enormen Zunahme der Arbeitslosigkeit scheinen diese Sektoren derzeit nicht ausreichend Personal zu finden.

4.2 Außenhandel und Investitionen

4.2.1 Außenwirtschaft

Die sich zu Jahresbeginn abzeichnende Erholung der Exporte brach wegen der COVID-19-Pandemie ab. Vor allem in der ersten Jahreshälfte 2020 geht die Ausfuhr massiv zurück. Lieferengpässe im Bereich importierter Vorprodukte, aber auch gesundheitspolitische Maßnahmen beeinträchtigen die inländische Produktion auf der Angebotsseite und beschränken damit die Warenexporte. Zugleich belastet der weltweite Nachfrageausfall die heimischen Exporte. Darüber hinaus erschweren **Reisebeschränkungen und Grenzkontrollen** die Auslieferung der Exportgüter und die Dienstleistungsexporte, wobei letzteres vor allem den Tourismus betrifft. Insgesamt wird für das Jahr 2020 auf Basis unterschiedlicher Nächtigungsszenarien (Annahmen zur Entwicklung auf den wichtigen europäischen Zielmärkten Deutschland, Italien und Niederlande sowie den Auslandsmärkten in Asien) mit einem Rückgang der Zahl der Nächtigungen ausländischer Gäste im Inland von 27% bis 33% gerechnet, wobei für den Zeitraum von Mitte März bis Mitte Mai (Lockdown) von einem vollständigen Ausfall ausgegangen werden muss. Teilweise werden sich die Märkte bis zum Spätherbst 2020 erholen, mit Ausnahme des Städte- und Kongresstourismus (vor allem in Wien), der erheblich durch die (internationalen) Flugverkehrsbeschränkungen belastet wird.

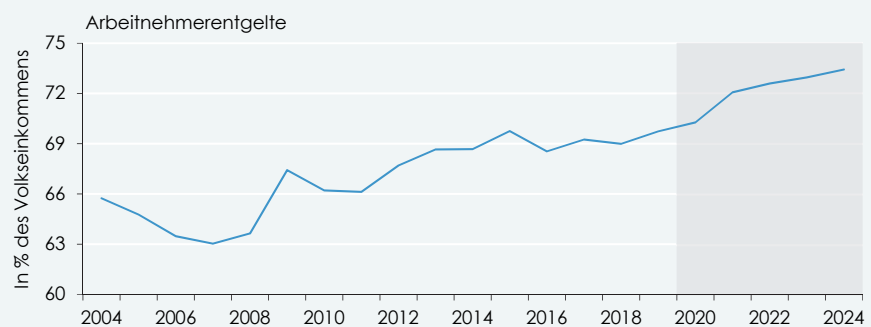
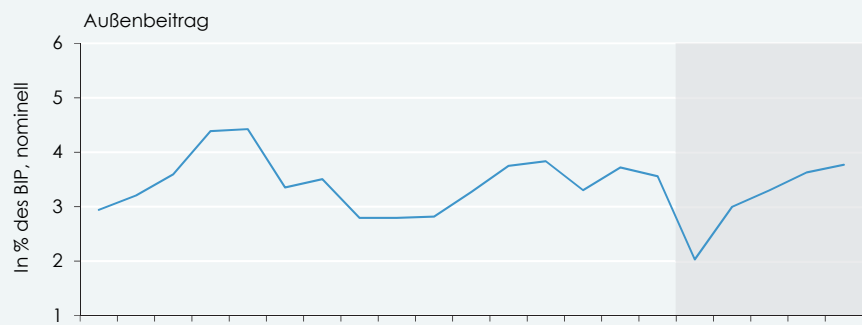
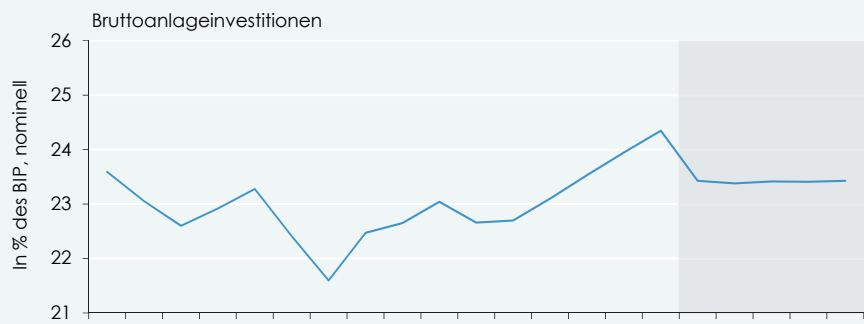
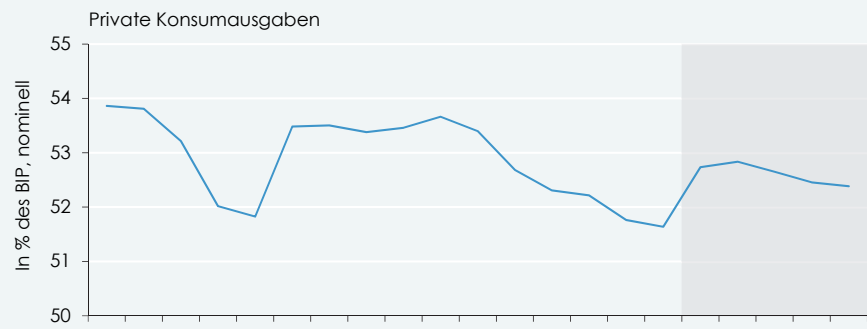
Die Warenexporte dürften sich bereits ab dem III. Quartal 2020 allmählich wieder beleben, wenn die Beschränkungen für den internationalen Handel abgebaut werden und die weltweite Nachfrage wieder in Gang kommt. 2021 dürften sich die Exporte von Waren und Dienstleistungen einschließlich des Reiseverkehrs wieder dynamischer entwickeln. Neben nachfrageseitigen Aufholeffekten, getrieben von der weltweiten Nachfragesteigerung, wird ein Abbau angebotsseitiger Hindernisse hohe Zuwächse der Exporte fördern.

2020 werden die **Exporte um 12% unter dem Vorjahresniveau** bleiben. Mit der Erholung der Weltwirtschaft sollte das Ausfuhrwachstum 2021 mit knapp 9% wieder kräftig ausfallen. Für den Zeitraum 2022 bis 2024 wird mit Exportsteigerungen von gut 3% pro Jahr gerechnet.

Produktionseinschränkungen in der Sachgütererzeugung waren anfangs auf die Unterbrechung der Lieferketten zurückzuführen. Mittlerweile wiegt der Mangel an Aufträgen schwerer.

Die Warenexporte könnten sich bereits ab dem III. Quartal 2020 wieder beleben, wenn die Beschränkungen für den internationalen Handel abgebaut werden und die weltweite Produktion und Nachfrage wieder in Gang kommen.

Abbildung 5: Nachfrage und Einkommen



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Weiträumige Störungen der internationalen Lieferketten und verschärfte Grenzkontrollen, Produktionsstilllegungen im In- und Ausland und fehlende Transportkapazitäten beeinträchtigen und verzögern den Güterverkehr. Die Reiseverkehrausgaben der österreichischen Bevölkerung im Ausland brachen mit dem Inkrafttreten der Reisebeschränkungen massiv ein. Die Unsicherheit darüber, welche Urlaubsdestinationen nach Lockerung der gesundheitspolitischen Maßnahmen als "sicher" angesehen werden und wie etwa die Verpflichtung zum Tragen von Mundschutzmasken und zum Abstandhalten das Urlaubsverhalten beeinträchtigt, belasten zusätzlich die Entwicklung der Reiseverkehrsimporte und dürfte über das Jahr 2020 hinaus wirken. Der Warenimport wird sich hingegen bereits im 2. Halbjahr 2020 im Einklang mit der erwarteten Exportentwicklung allmählich erholen, wenn die anfänglichen Probleme beim Hochfahren der Wirtschaftsaktivität abklingen. Das Anziehen der Inlandsnachfrage im Laufe des Jahres 2021 dürfte die Einfuhr insbesondere von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern beleben. Als Folge der Rezession wird das **Importvolumen 2020 um knapp 10% schrumpfen** und 2021 um 7% wachsen. Für die folgenden Jahre bis 2024 wird ein Importzuwachs von knapp unter 3% p. a. erwartet. Die Nettoexporte liefern damit einen positiven Wachstumsbeitrag, der jedoch wesentlich geringer ausfällt als in der Vergangenheit.

4.2.2 Investitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen werden 2020 vom massiven Wertschöpfungsrückgang am stärksten getroffen. Derzeit bestehen **angebotsseitige wie auch nachfrageseitige Investitionshemmnisse**. Die Unterbrechung der internationalen Wertschöpfungsketten beeinträchtigt die Investitionsgüterproduktion im In- und Ausland erheblich. Die Störung der Lieferketten oder Produktionsstopps belasten den Cash-Flow der Unternehmen. Der Ausfall von Aufträgen schwächt zudem die Ertragslage und die Investitionsbereitschaft vieler Unternehmen. Aufgrund der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der COVID-19-Rezession werden bereits **geplante Investitionsprojekte im besten Fall lediglich aufgeschoben**. In diesem Umfeld wird 2020 ein **Rückgang der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen um 11½%** erwartet. Trotz einer Erholung der Wirtschaftsleistung 2021 steigen die Ausrüstungsinvestitionen vergleichsweise verhalten (+5¼%) und bleiben bis zum Ende des Prognosezeitraumes schwach (Übersicht 4).

Die **Bauinvestitionen** werden 2020 ebenfalls eingeschränkt, aber deutlich weniger als die Ausrüstungsinvestitionen. Die Einbußen betreffen alle Bausparten, vor allem aber Gewerbebauten. Mit dem kräftigen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen werden auch weniger zusätzliche Gebäude benötigt bzw.

werden Projekte zurückgestellt. Zugleich fehlen Arbeitskräfte und Baustoffe, vor allem wegen der Grenzsicherungen zu den ostmitteleuropäischen Nachbarländern. Die **öffentliche Baunachfrage sollte von der Rezession weniger betroffen** sein, da sie mittel- bis längerfristigen Investitionsplänen folgt. Die Nachfrage nach Wohnraum dürfte insbesondere in den Städten und stadtnahen Bereichen weiterhin groß sein, die Wohnbautätigkeit damit kaum verringert werden. Insgesamt wird 2020 mit einer **Abnahme der gesamten Bauinvestitionen um 5¼%** und einer Erholung 2021 auf knapp +4% gerechnet. Bis 2024 wird ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs der Bauinvestitionen um 1½% erwartet.

4.3 Privater Konsum

Der private Konsum hat aufgrund seines hohen Nachfrageanteils (gut die Hälfte des BIP) üblicherweise eine konjunkturstabilisierende Rolle: In Schwächephasen stützt er die Nachfrage, in Hochphasen dämpft ein stabiles Konsumverhalten eine gewisse Überhitzung.

Die Auswirkungen auf den privaten Konsum durch die COVID-19-Rezession entsprechen jedoch nicht diesem Schema. Der negative Angebotsschock (temporäre Schließung der meisten Handels- und Dienstleistungsbetriebe) verringerte auch die Konsummöglichkeiten erheblich und induzierte einen **negativen Konsumnachfrageschock**. Die Ausgaben der privaten Haushalte sinken dadurch 2020 kräftig (vor allem im II. Quartal; 2020 real -2,9%). Aufgrund der unterstellten schrittweisen Aufhebung der meisten Betriebsschließungen zwischen Mitte April und Ende Juni sollte sich ab dem III. Quartal 2020 eine Erholung einstellen. 2021 ermöglicht dies (nicht zuletzt durch Basiseffekte) einen kräftigen Konsumzuwachs um 3,1%. In den weiteren Prognosejahren wird die Konsumdynamik wieder von der Entwicklung des verfügbaren Haushaltseinkommens bestimmt; das WIFO rechnet mit einem durchschnittlichen jährlichen realen Konsumzuwachs von rund 1½%. Die Kurzarbeitsbeihilfe trägt zu einer Stabilisierung der Einkommen im Jahr 2020 bei, sodass wegen des erzwungenen Konsumverzichts bzw. der Konsumzurückhaltung aus dem Vorsichtsmotiv die Sparneigung deutlich zunimmt. Die Sparquote steigt deshalb im Jahr 2020 deutlich auf 9,6% (2019: 8,3%) und sinkt 2021 infolge von Nachholeffekten im Konsum auf 7,7%; bis 2024 wird ein Anstieg der Sparquote auf 8,6% erwartet.

Zur Bestimmung der Größenordnung des Konsumausfalls im Jahr 2020 wurde ein detailliertes monatliches Konsumprofil erstellt. Es basiert auf mehr als hundert COICOP-Viersteller-Positionen, welche anhand der Konsumgüterarten (nichtdauerhafte, halbdauerhafte und dauerhafte Konsumgüter sowie

2020 wird ein Rückgang der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen um 11½% erwartet. Trotz einer Erholung der Wirtschaftsleistung steigen die Ausrüstungsinvestitionen 2021 vergleichsweise verhalten und bleiben bis zum Ende des Prognosezeitraumes schwach.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben den größten Konsumentfall seit Jahrzehnten zur Folge. Betroffen sind vor allem Dienstleistungen und langlebige Konsumgüter. Die Ausgaben für Waren des täglichen Bedarfs steigen hingegen.

Die Sparquote erhöht sich im Jahr 2020 deutlich auf 9,6% (+1,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

Dienstleistungen) gruppiert wurden. Diese Herangehensweise erlaubt nicht nur eine feingliedrige Zuweisung der unterschiedlichen Betroffenheit der Branchen vom Lockdown zu den relevanten Konsumpositionen, sondern auch die Festlegung unterschiedlicher Zeitpfade auf Basis der schrittweisen Lockerungsmaßnahmen. Dieses **COVID-19-Konsumprofil** wurde in einem nächsten Schritt einem Baseline-Konsumpfad gegenübergestellt. Die Abweichung zwischen den beiden Pfaden gibt Aufschluss über den Konsumausfall.

Darüber hinaus entfallen Ausgaben für halbdauerhafte (Bekleidung und Schuhe) und dauerhafte Konsumgüter (Pkw und Möbel) in der Lockdown-Phase, die aber in der zweiten Jahreshälfte 2020 oder im Jahr 2021 nachgeholt werden könnten.

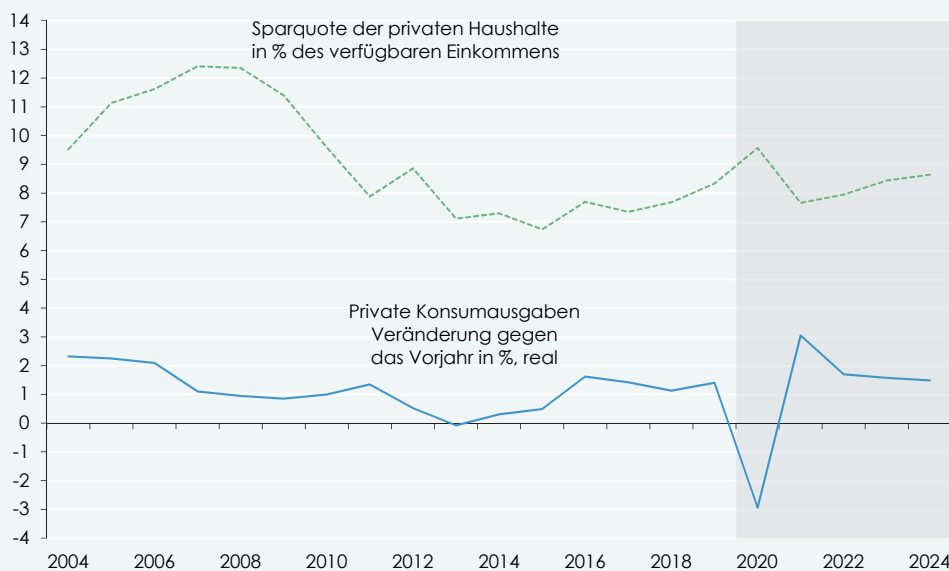
Die Ausgaben für nichtdauerhafte Konsumgüter (Güter des täglichen Bedarfs) – sie machen rund ein Viertel der Gesamtausgaben aus – werden 2020 insgesamt (teilweise deutlich) höher sein als im Vorjahr (Nahrungsmittel). Der Lebensmittelhandel ist, da systemrelevant, nicht vom Lockdown betroffen, und die Ausgangsbeschränkungen machen es notwendig, sich fast zur Gänze zu Hause zu verpflegen.

Insgesamt ergibt sich aus dem Vergleich mit dem Basisszenario ein **Nachfrageausfall im Inländerkonsum von nominell 10,5 Mrd. €**. Mehr als vier Fünftel davon entfallen auf den Inländerkonsum im Inland.

Ein Großteil des Konsumausfalls im Bereich der Dienstleistungen kann nicht nachgeholt werden.

Auf Dienstleistungen entfällt rund die Hälfte der privaten Konsumausgaben. Sie sind besonders und teilweise noch lange vom Lockdown betroffen (Reisebeschränkungen). Somit entfallen Ausgaben für Tourismus, Gastronomie, Verkehrsdienstleistungen und Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Nachholeffekte sind hier nur in einem geringen Ausmaß möglich. Dem stehen Ausgaben gegenüber, die weiterhin getätigt werden müssen (Miete, Betriebskosten), oder Bereiche, für die mehr aufgewandt wird (Gesundheit).

Abbildung 6: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Wirkung der Krise ähnelt der eines scharfen Konjunkturerinbruchs, in dem die wichtigsten Produktionsfaktoren – Arbeit und Kapital – per Verordnung unterausgelastet bleiben.

4.4 Trendoutput und Outputlücke

Eine mittelfristige Prognose beschreibt den Übergang von rezenten Konjunkturschwankungen zum langfristigen Wachstumspfad. Dieser wird überwiegend von der demographischen Entwicklung, Strukturfaktoren auf dem Arbeitsmarkt, der Investitionstätigkeit und dem technischen Fortschritt bestimmt. Der aktuelle Einbruch geht nicht auf den durch Schwankungen der aggregierten Nachfrage verursachten Konjunkturzyklus

zurück. Die unmittelbaren Auswirkungen der COVID-19-Rezession sind **vor allem auf der Angebotsseite** zu sehen. Jedoch ähnelt die Wirkung der Krise einem scharfen Konjunkturerinbruch, in dem die wichtigsten Produktionsfaktoren – Arbeit und Kapital – per Verordnung unterausgelastet bleiben.

Die **langfristigen Folgen** der gegenwärtigen Krise **hängen maßgeblich von der Dauer der Produktionseinschränkungen ab**. Dabei spielen insbesondere die Geschwindigkeit der

Erholung auf dem Arbeitsmarkt, die Liquiditätsausstattung der Unternehmen und die Wirksamkeit der fiskalischen Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen der Rezession eine Rolle. Mit steigender Dauer der Krise ist sowohl mit zunehmenden Humankapitalverlusten (Dequalifikation) als auch mit einer deutlichen Schwächung der Eigenfinanzierungskraft von Unternehmen zu rechnen. Diese Entwicklungen könnten mittelfristig die Innovations- und Investitionstätigkeit und folglich Produktivitätsfortschritte und Kapitalakkumulation eindämmen, also jene Faktoren, die für das Trendwachstum einer Volkswirtschaft entscheidend sind.

Der Trendoutput⁵⁾ wird im Ansatz der Europäischen Kommission als Trend verstanden, um den das reale BIP im Laufe eines Konjunkturzyklus schwankt. Die Outputlücke – als relative Abweichung des realen BIP vom Trendoutput – beschreibt dabei den gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrad; eine negative Outputlücke deutet auf eine Unterlastung hin.

Die Europäische Kommission schätzt den **Trendoutput** mit Hilfe eines Produktionsfunktionsansatzes, in dem das Arbeitsvolumen und die Produktivität (TFP) um Konjunkturschwankungen bereinigt werden (Havik et al., 2014). Mittelfristig geht die Methode von einer Schließung der Outputlücke am Ende des Prognosehorizonts (2020/2024) und

einer Annäherung der Arbeitslosenquote an die NAWRU aus. Die NAWRU (non-accelerating wage rate of unemployment) wird durch Strukturfaktoren und anhaltende Konjunkturfälle bestimmt und ist jene gleichgewichtige Arbeitslosenquote, die mit einer konstanten Lohninflation vereinbar ist (Hristov et al., 2017). Basierend auf historischen Daten bis 2019 wird für die Jahre 2020/2024 mittels einer ökonometrischen Schätzung des Produktivitätstrends und einer Annahme über den Verlauf der NAWRU der Trendoutput prognostiziert.

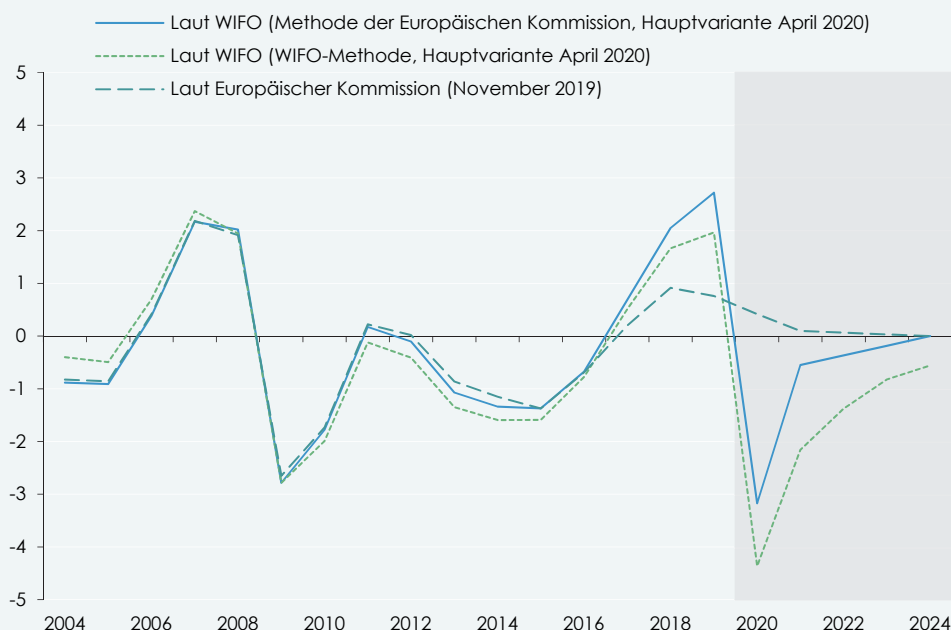
Als Folge der COVID-19-Rezession wird die österreichische Wirtschaft auch mittelfristig schwächer wachsen. So rechnete das WIFO in seiner mittelfristigen Prognose vom Jänner 2020 mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung des realen BIP 2022/2024 von 1,3% p. a. In der aktuellen Einschätzung geht das WIFO von einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 0,6% aus. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung wird bis zum Ende der Fünfjahresperiode nicht ausgeglichen (Abbildung 1), sodass das reale BIP in Österreich 2024 um 3,5% geringer ausfallen wird als im Jänner erwartet. Damit werden die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise noch lange nachwirken. Der Einbruch in der Dynamik der Wirtschaftsleistung spiegelt sich auch in der Wachstumsrate des Trendoutputs.

Mit steigender Dauer der Krise ist sowohl mit zunehmenden Humankapitalverlusten (Dequalifikation) als auch mit einer deutlichen Schwächung der Eigenfinanzierungskraft von Unternehmen zu rechnen.

Als Folge der COVID-19-Rezession wird die österreichische Wirtschaft auch mittelfristig schwächer wachsen. Das Niveau des realen BIP wird deshalb in Österreich 2024 um 3,5% geringer ausfallen als in der mittelfristigen WIFO-Prognose vom Jänner 2020 erwartet.

Abbildung 7: **Outputlücke**

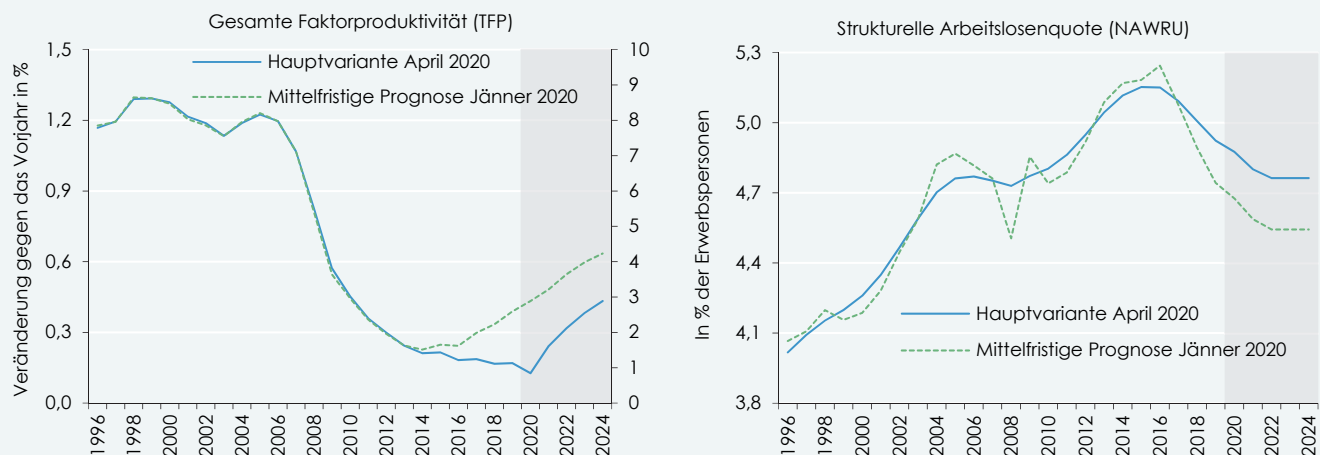
Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

⁵⁾ In der Terminologie der Europäischen Kommission ist das der Potentialoutput.

Abbildung 8: WIFO-Prognosen zur Entwicklung der gesamten Faktorproduktivität (TFP) laut Methode der Europäischen Kommission und zur strukturellen Arbeitslosenquote (NAWRU)



Q: WIFO-Berechnungen.

Übersicht 5: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs – Hauptvariante

		Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Methode der Europäischen Kommission¹⁾										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,2	+ 1,6	- 5,2	+ 3,5	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,8	+ 0,7	- 0,9	+ 2,7	- 3,2	- 0,5	- 0,4	- 0,2	± 0,0
WIFO-Methode²⁾										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,6	- 5,2	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 1,1	+ 0,4	- 1,9	+ 2,0	- 4,4	- 2,2	- 1,4	- 0,8	- 0,6
Schätzung der Europäischen Kommission (Herbst 2019)										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,7	- 0,0	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	± 0,0

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2019. – ²⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Gemäß der Berechnungsmethode der Europäischen Kommission beträgt das Trendwachstum in den Jahren 2020 bis 2024 0,8% p. a. Es liegt damit um 0,8 Prozentpunkte unter der Einschätzung vom Jänner 2020 und um 0,3 Prozentpunkte unter jenem der vorangegangenen fünf Jahre (2015/2019 +1,1% p. a.). Diese Revision ist vor allem auf eine pessimistischere Einschätzung der Produktivitätsentwicklung und eine deutlich höhere NAWRU zurückzuführen (Abbildung 8).

Der Konjunkturverlauf 2018/19 wird vor diesem Hintergrund deutlich günstiger eingeschätzt: Die Jahre vor der aktuellen Krise waren durch eine Hochkonjunktur geprägt. Laut der Methode der Europäischen Kommission wird sich die Outputlücke ausgehend von -3,2% des Trendoutputs im Jahr 2020 bis 2024 annahmegemäß schließen (Abbildung 7). Eine Zerlegung des Trendwachstums zeigt etwa gleich große Beiträge des Produktivitätswachstums und der

Kapitalakkumulation (Übersicht 5). Der Beitrag des Faktors Arbeit ist in der aktuellen Schätzung auf Null gesunken, nachdem die Beiträge aller drei Produktionsfaktoren in der Schätzung vom Jänner 2020 beinahe ausgeglichen gewesen waren.

Wie ein Vergleich gängiger Methoden zur Berechnung des Trendoutputs zeigt, erzeugt der Produktionsfunktionsansatz oftmals zu volatile und prozyklische Trend-Schätzungen. Wenn die Prozyklizität hoch ist, sind Schwankungen des Trendoutputs eng mit jenen des realen BIP verbunden, wodurch die Outputlücke und der Budgetspielraum tendenziell unterschätzt werden (Cotis – Elmeskov – Mourougane, 2005, Maidorn, 2018, EU IFIs, 2018). Das WIFO legt zum Vergleich eine **alternative Schätzung der Outputlücke** vor. Diese Variante glättet die Erwerbsquote und die Arbeitsstunden pro Kopf stärker. Als Ergebnis sollten der Trendoutput weniger und die Outputlücke stärker schwanken. Zusätzlich unterstellt die alternative WIFO-Trendoutput-Schätzung als Folge der COVID-19-Rezession weder ein nachhaltig niedrigeres Wachstum der gesamten Faktorproduktivität noch einen dauerhaften Anstieg der NAWRU, d. h. sie geht davon aus, dass die Politikmaßnahmen zur Abfederung des Beschäftigungsrückganges und der Liquiditätsengpässe der Unternehmen greifen. Weiters wird in dieser Variante die Schließung der Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes nicht erzwungen. Sie ergibt sich endogen aus der Prognose für das reale BIP und den Trendoutput und zeigt den Konjunkturverlauf bis 2024. Gegenwärtig liefern die Methode der Europäischen Kommission und die WIFO-Variante stärker abweichende Ergebnisse: Während das Trendwachstum laut WIFO-Methode durch die COVID-19-Rezession nur leicht zurückgeht, bricht es nach der Methode der Kommission ein. Laut WIFO-Variante erreicht das durchschnittliche jährliche Wachstum des Trendoutputs 2020/2024 1,1%. Im Jahr 2020 beträgt die Outputlücke -4,4% des Trendoutputs (laut Methode der Kommission -3,2%).

4.5 Arbeitsmarkt

Die aktuellen Maßnahmen zur Bekämpfung **der COVID-19-Pandemie** haben international und in Österreich **enorme Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt**. Die verhängten Angebotsbeschränkungen beeinträchtigen einerseits die Produktionsmöglichkeiten und ziehen andererseits Nachfrageausfälle nach sich. Die unmittelbare starke Reaktion auf dem Arbeitsmarkt prägt auch die mittelfristige Arbeitsmarktentwicklung. Derzeit zeigt sie sich in einem beispiellosen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Beschäftigungsrückgang und einer massiven Inanspruchnahme von Kurzarbeit. Ende März stieg die Zahl der beim AMS registrierten Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr um beinahe 200.000, die aktive unselbständige

Beschäftigung sank um rund 182.000. Das Ausmaß dieser Reaktion alleine lässt befürchten, dass – auch im Falle einer raschen Rücknahme der gesundheitspolitischen Restriktionen zur Bekämpfung der Pandemie – die wirtschaftlichen Folgen und damit auch die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt noch länger spürbar sein werden.

Massiv sind die Auswirkungen vor allem in jenen Wirtschaftsbereichen, die unmittelbar von Schließungen betroffen sind und in denen Stabilisierungsmaßnahmen, insbesondere die Kurzarbeit, aufgrund (saisonal) stark fluktuierender Beschäftigung kaum in Anspruch genommen werden. Das betrifft besonders das Beherbergungs- und Gaststättenwesen und die Arbeitskräfteüberlassung: Die Hälfte des Beschäftigungsrückganges im März 2020 entfiel auf das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (-90.760 bzw. -41,2%).

In anderen Wirtschaftsbereichen greift dagegen das Kurzarbeitsmodell stärker und wirkt beschäftigungsstabilisierend. Im Handel etwa betrug der Beschäftigungsrückgang trotz der Betriebssperren im Bereich der nicht versorgungskritischen Güter nur 1,8% (-9.950 Beschäftigungsverhältnisse). Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hat eine ähnliche Struktur wie der Rückgang der Beschäftigung: Knapp ein Drittel des Anstieges im März 2020 entfiel allein auf das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (+61.110 Arbeitslose).

Um in dieser Phase hoher Unsicherheit eine plausible Einschätzung der weiteren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erstellen zu können, wurden auf Basis erster Daten folgende Annahmen zur Arbeitsmarktreaktion auf das Wachstumsszenario getroffen:

- Das Arbeitsvolumen entwickelt sich in der Krisenphase 2020 und im Jahr 2021 parallel zum Wirtschaftswachstum, d. h. die Stundenproduktivität bleibt etwa gleich.
- Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit einer Arbeitskraft sinkt jedoch deutlich; diese Entwicklung wird erheblich von der Kurzarbeit bestimmt, aber auch von der Arbeitszeitverringerung in Form von Überstunden-, Urlaubs- oder Zeitguthabenabbau.
- Kurzarbeit und andere Formen der Arbeitszeitverkürzung dämpfen die Beschäftigungseinbußen. Dadurch sinkt die Beschäftigung 2020 schwächer als die Wirtschaftsleistung. 2021 ist hingegen ein umgekehrter Effekt zu beobachten: Zuvor Kurzarbeitende weiten ihre geleistete Arbeitszeit wieder aus, das Wirtschaftswachstum schlägt sich nicht voll in einer Zunahme der Beschäftigungsverhältnisse nieder.
- Die Arbeitslosigkeit steigt infolge des Beschäftigungsabbaus und der Verschlechterung der Abgangschancen aus Arbeitslosigkeit. Die Inanspruchnahme der

Die alternative WIFO-Schätzung des Trendoutputs geht davon aus, dass die Politikmaßnahmen zur Abfederung des Beschäftigungsrückganges und der Liquiditätsengpässe der Unternehmen greifen und sich die Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes nicht zwingend schließt.

Die COVID-19-Rezession bewirkt einen beispiellosen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der Beschäftigungsrückgang wird durch eine massive Inanspruchnahme der Kurzarbeit abgedeckt. Alleine das Ausmaß dieser Reaktion lässt befürchten, dass die Folgen auf dem Arbeitsmarkt noch länger spürbar sein werden.

Die Hälfte des Beschäftigungsrückganges und knapp ein Drittel des Anstieges der Arbeitslosigkeit im März 2020 entfielen auf das Beherbergungs- und Gaststättenwesen.

Kurzarbeit und damit die dämpfende Wirkung auf die Beschäftigungsverluste und den Anstieg der Arbeitslosigkeit

fallen jedoch nach Branchen sehr unterschiedlich aus.

COVID-19-Kurzarbeit – Berechnung der Auswirkungen und der Kosten

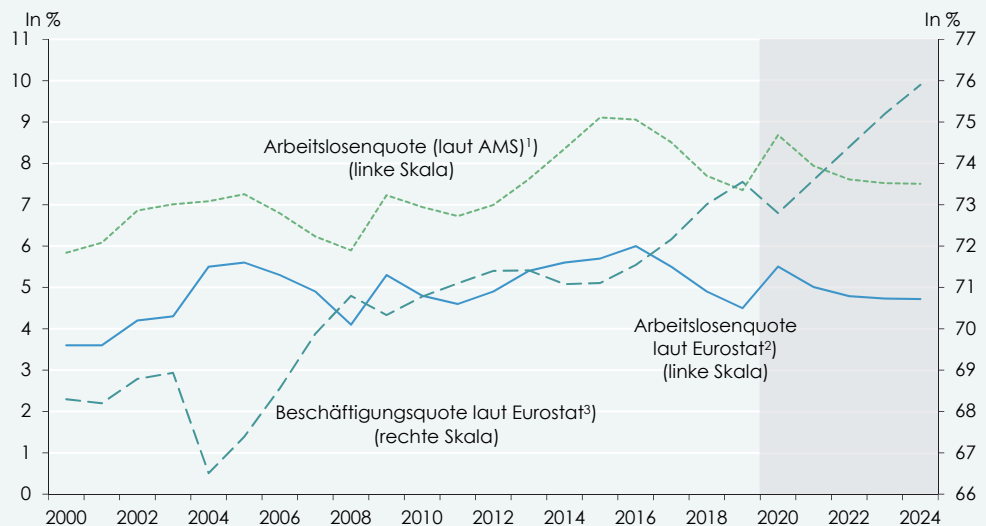
Ausgangspunkt für die Schätzung der Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit ist der Beschäftigungsstand nach Sektoren Ende Februar 2020, unmittelbar vor dem Lockdown der Wirtschaft. Auf Basis der Anmeldezahlen zur Kurzarbeit wurde pro Branche (NACE-Abschnitt) der Anteil der von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten geschätzt. Generell wurde eine Inanspruchnahme von 3 Monaten unterstellt, für die Herstellung von Waren (ÖNACE C) aber 4,5 Monate und für die Branche Kunst, Unterhaltung und Erholung (ÖNACE R) 6 Monate. Die angenommene Arbeitszeitverringerung beträgt im Durchschnitt über alle Branchen knapp 50%.

Auf diese Weise wurde eine Zahl an Kurzarbeitsfällen von gut 700.000 ermittelt. Aufgrund der Annahmen zur Arbeitszeitverringerung und Dauer der Inanspruchnahme ergeben sich 88.000 Jahresäquivalente mit einer Arbeitszeit von Null; das entspricht 2,4% der Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2019.

Zur Ermittlung der Kosten der Kurzarbeit wurde die Höhe der COVID-19-Kurzarbeitsbeihilfe¹⁾ unter Berücksichtigung der unterstellten Arbeitszeitverringerung und des durchschnittlichen Branchenlohnes mit der Zahl der Kurzarbeitsfälle je Branche und der Dauer der Inanspruchnahme multipliziert. Die Kosten des Einsatzes der COVID-19-Kurzarbeit werden für 2020 auf 4,6 Mrd. € geschätzt.

¹⁾ Gemäß dem AMS-Kurzarbeitsrechner: <https://www.ams.at/unternehmen/personalsicherung-und-fruehwarnsystem/kurzarbeit/rechner-fuer-kurzarbeit>.

Abbildung 9: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – ²⁾ In % der Erwerbspersonen laut Labour Force Survey. – ³⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), laut Labour Force Survey.

Für 2020 erwartet das WIFO einen Rückgang der aktiven Beschäftigung um 1,7%. 2021 wird die Beschäftigtenzahl bei einem BIP-Wachstum von 3,5% um 1,4% steigen. Die Arbeitslosenquote erhöht sich 2020 auf 8,7% und sinkt 2021 auf 7,9%.

Da die Arbeitskräfte nach dem Ende der COVID-19-Kurzarbeit 2021 wieder ausgelastet werden, sind keine Produktivitätsgewinne zu erwarten.

Entsprechend der Annahmen zur Arbeitsmarktreaktion wird für 2020 ein **Rückgang der aktiven Beschäftigung** von 1,7% erwartet. Gemildert wird er durch die massive Inanspruchnahme der Kurzarbeit, die – umgerechnet auf ein volles Jahr (siehe Kasten "COVID-19-Kurzarbeit – Berechnung der Auswirkungen und der Kosten") – Ausfallzeiten von 88.000 Beschäftigungsverhältnissen abdecken könnte. Die **Arbeitslosenquote** erhöht sich in der Folge von 7,4% im Jahr 2019 auf 8,7% im Jahr 2020.

2021 wird, bei einem BIP-Wachstum von 3,5%, die aktive Beschäftigung um 1,4% steigen. Die Beschäftigungsdynamik ist damit geringer als die der Wertschöpfung, weil jene 88.000 Jahresäquivalente, die 2020 in Kurzarbeit waren, wieder ausgelastet werden. Insofern sind auch 2021 keine Produktivitätsgewinne (gemessen an der Stundenproduktivität) zu erwarten. Die Arbeitslosenquote wird auf 7,9% sinken.

Bis zum 19. April 2020 gingen beim AMS gut 80.000 Anträge auf Kurzarbeit ein. Bewilligt wurden bis zu diesem Zeitpunkt gut die Hälfte der Anträge (44.000) mit Kurzarbeitsbeihilfen für 608.000 unselbständig Beschäftigte. Angesichts der großen Zahl noch unerledigter Anträge dürften wesentlich mehr Arbeitskräfte von Kurzarbeit betroffen sein. Allerdings kann das beantragte vom abgerechneten Ausmaß des Arbeitsausfalls erheblich abweichen, da die Kurzarbeitsbeihilfe im Nachhinein – jeweils nach Vorliegen der tatsächlichen Arbeitszeitverringerung – abgerechnet wird.

Die intensive Nutzung der COVID-19-Kurzarbeit verringert die Zahl der Kündigungen und bremst den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Mittels **Arbeitszeitanpassung** – nicht nur im Rahmen von Kurzarbeit, sondern auch durch

die Einschränkung von Überstunden oder den Abbau von Zeit- und Urlaubsguthaben – kann verhindert werden, dass der Rückgang des geleisteten Arbeitsvolumens voll auf die Zahl der Beschäftigten durchschlägt, wie dies bereits in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 gelang. Doch auch wenn die Wirtschaft rasch wieder in Schwung kommt, könnten besonders Arbeitslose mit geringeren Wiederbeschäftigungschancen länger in Arbeitslosigkeit verbleiben. Insofern wird bis 2024 die Zahl der Arbeitslosen über dem Niveau von 2019 liegen. Die Arbeitslosenquote geht von 8,7% im Jahr 2020 bis 2024 auf 7,5% zurück. Die Entwicklung der aktiven unselbständigen Beschäftigung nähert sich nach den krisenbedingten Ausschlägen einem mittelfristigen Wachstumspfad von etwas über +1% (2022 +1,3%, 2023 +1,2%, 2024 +1,1%).

Dank der Arbeitszeitanpassung durch die intensive Nutzung der COVID-19-Kurzarbeit, schlägt der Rückgang des geleisteten Arbeitsvolumens nicht voll auf die Beschäftigung durch. Diese nähert sich nach den krisenbedingten Ausschlägen einem mittelfristigen Wachstumspfad von etwas über +1%.

Übersicht 6: Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise – Hauptvariante

	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	5,1	5,3	4,9	4,5	5,5	5,0	4,8	4,7	4,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	7,3	8,3	7,9	7,4	8,7	7,9	7,6	7,5	7,5
	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Veränderung in % p. a.									
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,6	- 1,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,6	- 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Selbständige ⁵⁾	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,4	- 1,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4
Arbeitslose	+ 4,2	- 1,2	+ 1,1	- 3,5	+ 17,7	- 8,1	- 3,2	- 0,1	+ 0,8
Produktivität ⁶⁾	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	- 3,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5
Lohn- und Gehaltssumme ⁷⁾	+ 3,1	+ 4,0	+ 2,9	+ 4,3	- 0,8	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,7
Pro Kopf, real ⁸⁾	- 0,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	- 0,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁶⁾ BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁷⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁸⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

4.6 Löhne und Preise

4.6.1 Preisentwicklung

Der **Preisanstieg** (gemäß Verbraucherpreisindex) fällt mit 0,9% im Jahr 2020 wesentlich geringer aus als im WIFO-Konjunkturszenario von Ende März unterstellt (+1,3%), vor allem weil inzwischen der beträchtliche Rückgang der Rohölpreise (Sorte Brent) unmittelbar auf die Endverbraucherpreise von Mineralölprodukten durchschlägt⁶⁾. Diese Verbilligung ist durch den Ausfall an Energienachfrage (vor

allem nach Rohöl bzw. verarbeiteten Mineralölprodukten) durch die tiefe COVID-19-Rezession verursacht.

Nachdem sich die erdölfördernden Länder Anfang März nicht auf eine Beschränkung der Förderquoten geeinigt hatten und daraufhin Saudi-Arabien eine Ausweitung seiner Fördermengen ab Mai angekündigt hatte, sank der Rohölpreis bis Ende März auf zeitweise unter 20 \$ je Barrel.

Der Preisanstieg fällt 2020 mit 0,9% wesentlich geringer aus als bisher erwartet, vor allem der beträchtliche Rückgang der Rohölpreise dämpft die Teuerungsrate.

⁶⁾ Aufgrund der Ausgangsbeschränkungen und des Lockdown verbrauchen die privaten Haushalte im Berufsverkehr (Homeoffice, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit)

und auch im Freizeitverkehr weniger Treibstoff. Da das Gewicht in der gemessenen Preisentwicklung konstant bleibt, wird der Preisrückgang im VPI überschätzt.

Die weltweite Rezession lässt die Rohölnachfrage sinken und setzt die Rohölpreise erheblich unter Druck.

Die Nahrungsmittelpreise werden wegen eines geringeren Angebotes und höherer Nachfrage wahrscheinlich steigen, während der Lockdown im Handel mit Saisonprodukten und im Tourismus deutliche Preissenkungen zur Folge haben dürfte.

Die Pro-Kopf-Löhne werden 2020 aufgrund der geringeren geleisteten Arbeitszeit wesentlich schwächer zunehmen, als in den Lohnrunden 2019 ausverhandelt wurde. Wegen der negativen Effekte der Krise auf die bevorstehenden Lohnrunden wird für 2021 ein nur mäßiger Lohnanstieg erwartet.

Die Ankündigung der Präsidenten Trump und Putin, sich für eine deutliche Einschränkung der Fördermengen einzusetzen, führte schließlich zu einer Einigung innerhalb der OPEC+-Gruppe auf eine **Senkung der täglichen Rohölfördermenge um 10 Mio. Barrel** – die größte jemals beschlossene Fördereinschränkung. Dies stabilisierte die Rohölpreise aber nur kurzfristig. Die sich weiter vertiefende weltweite Rezession lässt die Rohölnachfrage sinken und setzt die Preise weiter unter Druck. Die **weltweite Überproduktion an Rohöl wird derzeit auf 20 bis 30 Mio. Barrel pro Tag geschätzt**. Da die Lagerkapazitäten bereits ausgeschöpft sind, dürften die Rohölpreise bis zur Überwindung der COVID-19-Rezession nachhaltig niedrig bleiben.

Dieser Prognose liegen Daten mit Informationsstand bis 16. April 2020 zugrunde. In der Hauptvariante bewegt sich (auf Basis der Futures-Kontrakte) der Preis der Sorte Brent bis Juni zwischen 25 \$ und 30 \$ je Barrel, der Rohölpreis steigt mit der einsetzenden Erholung der Wirtschaft bis zum Jahresende leicht auf rund 40 \$.

Direkte COVID-19-Preiseffekte betreffen in erster Linie **Nahrungsmittel** – hier sind **Preiserhöhungen** sehr wahrscheinlich – und **Saisonprodukte**, die wegen des Lockdown derzeit nicht verkauft werden können, sowie den **Tourismus** (vor allem Hotelzimmer). **Größere Rabatte im Sommerschlussverkauf** und **deutliche Abschläge auf die Zimmerpreise** dürften die Folge sein: Im Bekleidungs- und Schuhhandel muss Platz für die Herbst- und Winterkollektion geschaffen werden, im Tourismus werden die Preise angesichts freier Bettenkapazitäten im Sommer wesentlich sinken, nicht zuletzt um vermehrt heimische Urlauberinnen und Urlauber anzuziehen.

In der **Lebensmittelerzeugung** (vor allem Frischgemüse, Obst und Fleischverarbeitung) gehen mit der Einschränkung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs zumindest bis Juni nicht nur in Österreich, sondern auch in Italien, Deutschland und den Niederlanden Arbeitskräfteknappheit und damit Produktionseinbußen einher. Dieser Angebotsrückgang wirkt tendenziell preiserhöhend. Zugleich steigt der Haushaltsverbrauch wegen Homeoffice und Ausgangsbeschränkungen; dies und die Zunahme der Lagerhaltung erhöhen die Nachfrage, was ebenfalls preisstärkend wirkt.

Insgesamt wird für 2020 mit einer **Inflationsrate von 0,9%** gerechnet. Nicht zuletzt wegen der Spätfolgen der Rezession 2020 wird der Preisauftrieb in den folgenden Jahren durchschnittlich 1,3% p. a. betragen. Von der Lohnseite wird kein Inflationsdruck erwartet.

4.6.2 Lohnentwicklung

Die massiven Auswirkungen der Krise auf die wirtschaftliche Aktivität und den Arbeitsmarkt dämpfen auch den Anstieg der Löhne und Gehälter 2020 und in den kommenden Jahren. In den Lohnrunden im Herbst 2019 und den folgenden Monaten wurden überwiegend Abschlüsse in einer Bandbreite von +2,3% bis +2,8% erzielt. Der Tariflohnindex stieg in den ersten drei Monaten 2020 gegenüber dem Vorjahr um etwa 2,6%.

Die Pro-Kopf-Löhne werden 2020 jedoch mit nominell +0,9% voraussichtlich deutlich schwächer steigen. Nach Berücksichtigung der Inflation entspricht dies einer Stagnation der Pro-Kopf-Reallohne. Diese Entwicklung geht auf die starke Abnahme der geleisteten Arbeitszeit zurück (-7,3%; Kurzarbeit, Verringerung von Mehr- und Überstunden) und betrifft fast ausschließlich den privaten Sektor. Im Gegensatz dazu steigen die Pro-Kopf-Löhne im öffentlichen Bereich heuer sehr kräftig. Das ist auf zwei Sonderfaktoren zurückzuführen, die das Gehaltsniveau aber nicht nachhaltig vom üblichen Entwicklungspfad abbringen (Nachzahlungen für die Anerkennung von Vorverdienstzeiten für Beamte im öffentlichen Dienst und bei der Post sowie Lehrkräfte, Überstunden im Bereich der öffentlichen Sicherheit und im Gesundheitswesen). 2021 werden die Pro-Kopf-Löhne im öffentlichen Sektor aufgrund eines Ausgleichseffektes sehr schwach steigen. Wegen der negativen Effekte der Krise auf die bevorstehenden Lohnrunden und auf die effektive Entlohnung der Beschäftigten (einschließlich der Überzahlungen) werden die Pro-Kopf-Löhne auch 2021 nur mäßig zunehmen.

Da die COVID-19-Kurzarbeit die entfallene Arbeitszeit mit einer sehr hohen Ersatzrate deckt und ein Teil der Arbeitszeitverringerung durch den Abbau von Urlaubsrückständen und Zeitkonten erfolgt, gehen die geleisteten Arbeitsstunden deutlich stärker zurück als die bezahlten Arbeitsstunden.

Die schwache Pro-Kopf-Dynamik der Löhne bewirkt 2020 in Verbindung mit dem erheblichen Beschäftigungsrückgang einen leichten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Gehaltssumme gegenüber dem Vorjahr. Die Kurzarbeit, die auf die Pro-Kopf-Löhne eine dämpfende Wirkung hat, trägt wesentlich zur Stabilisierung der Einkommen und somit auch der gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Gehaltssumme bei.

Die tiefe Rezession im Jahr 2020 wird sich – im Zusammenspiel mit der Abflachung der Inflation – dämpfend auf die Abschlüsse der

kommenden Lohnrunden und somit auf die Lohndynamik auswirken. Gleichzeitig ist für 2021 von einem starken Anstieg der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit und des Arbeitsvolumens insgesamt auszugehen. Das angenommene Auslaufen der Kurzarbeit und der Beschäftigungsanstieg werden den Rückgang des Arbeitsvolumens 2020 nicht vollständig, aber doch zu einem guten Teil kompensieren. In Summe werden die Löhne und Gehälter pro Kopf um 2,4% steigen (real +1,1%), die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme wird um 3,6% wachsen. Für den Zeitraum 2022 bis 2024 wird ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg der Nominallöhne pro Kopf um 2% erwartet.

4.7 Staat

Infolge der COVID-19-Pandemie verschlechtert sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte sowohl durch **substantielle zusätzliche Ausgaben** – vor allem das Corona-Hilfspaket des Bundes in Höhe von 38 Mrd. €⁷⁾ und die Hilfspakete der Bundesländer im Gesamtvolumen von 1,4 Mrd. € – als auch durch den **Entfall von Abgabeneinnahmen** aufgrund des Einbruchs der Wirtschaftsleistung. Nach einem Maastricht-Überschuss von 0,7% des BIP im Jahr 2019 wird für das Jahr 2020 daher ein Defizit von 7,4% prognostiziert. Mit der Erholung der Wirtschaft und dem Auslaufen der Hilfsprogramme verbessert sich der Finanzierungssaldo (2021 auf –3,3% des BIP), bleibt aber bis 2024 negativ. Im Durchschnitt des Zeitraumes 2020/2024 ergibt sich daher ein Maastricht-Defizit von 3,2%.

Die kurzfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird wesentlich durch die zusätzlichen Ausgaben im Rahmen des COVID-19-Hilfspaketes bestimmt. Die Prognose ist dabei jedoch mit beträchtlichen Unsicherheiten verbunden, da die **tatsächliche Budgetbelastung von der effektiven Inanspruchnahme und Umsetzung der einzelnen Hilfsmaßnahmen abhängt**. Gemäß dem Zugang der Bundesregierung "Alles, was es braucht – koste es, was es wolle – für Arbeitsplätze und Unternehmen" könnten die jeweiligen Budgetmittel nötigenfalls noch aufgestockt werden. So wurden die budgetierten Mittel für den Härtefallfonds auf 2 Mrd. € verdoppelt und für die COVID-19-Kurzarbeitsbeihilfe in mehreren Schritten von 0,4 Mrd. € auf 5 Mrd. € angehoben⁸⁾. Die vorliegende Prognose geht (per 16. April 2020) für das Jahr 2020 von insgesamt 12,4 Mrd. € an budgetrelevanten Subventionen aus (Härtefallfonds 2 Mrd. €, Kurzarbeit 4,6 Mrd. €, budgetwirksame Zuschüsse aus dem Notfallfonds 5,8 Mrd. €). Insbesondere die Inanspruchnahme des Notfallfonds, der mit

⁷⁾ Die Corona-Soforthilfe von ursprünglich 4 Mrd. € wurde um 15 Mrd. € für den Corona-Hilfsfonds, 9 Mrd. € für Garantien und Haftungen und 10 Mrd. € für Steuerstundungen auf insgesamt 38 Mrd. € aufgestockt.

einem Mix aus Kreditgarantien und Zuschüssen die Liquidität der von der Krise besonders betroffenen Unternehmen und Wirtschaftssektoren sichern soll, ist derzeit schwierig einzuschätzen. Zusätzlich sind Kredithaftungen und Garantien erst bei tatsächlichen Ausfällen budgetrelevant. Die Budgetprognose berücksichtigt für 2020 Haftungen von 0,5 Mrd. € und für 2021 von 0,8 Mrd. €.

Zusätzlich werden aus der Soforthilfe annahmegemäß 4 Mrd. € an **öffentlichen Konsumausgaben**, vorwiegend zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung und zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit, sowie an staatlichen Bruttoinvestitionen und Leistungsentgelten für die Inanspruchnahme nicht-staatlicher Hilfsorganisationen zur Bewältigung der Krisenfolgen finanziert.

Auf der **Einnahmenseite** wirken Steuerstundungen unmittelbar auf das Budget, während gestundete Sozialbeiträge das Defizit erst bei Nichteinbringung erhöhen. Die Herabsetzung der Steuervorauszahlungen für die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer im Jahr 2020 ist budgetär von den Einnahmenseitigen auf Grund der Gewinneinbußen kaum zu trennen. In Summe werden die Einkommen- und Vermögensteuereinnahmen 2020 mit rund –10% deutlich sinken, wobei die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (–25%) am stärksten auf die Rezession reagieren. Die Sozialversicherungsabgaben werden zusätzlich durch uneinbringliche Stundungen um 0,5 Mrd. € geringer ausfallen.

Weitere **automatische Stabilisatoren** senken die Einnahmen aus der Lohnsteuer (–2,5 Mrd. €) und der Mehrwertsteuer (–1,5 Mrd. €), während die prognostizierten Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung um 0,5 Mrd. € zunehmen (jeweils gegenüber der WIFO-Prognose vom Dezember 2019).

Der **längerfristige Pfad** der öffentlichen Finanzen wird erheblich vom unvollständigen Aufholprozess der Wirtschaft nach der COVID-19-Pandemie geprägt. Da das BIP-Niveau im Zeitraum 2020/2024 unter dem vor der Krise angenommenen Niveau bleibt, steigen die Staatseinnahmen um 1,9%, während die Ausgaben mit durchschnittlich +2,8% deutlich schneller zunehmen. Sowohl die Entwicklung der Einnahmen (insbesondere aus der Mehrwertsteuer) als auch der Ausgaben (Arbeitnehmerentgelte und Ausgaben für Pensionen) werden durch die erwartete Verringerung des Preisaufrübes gedämpft. Auf der Einnahmenseite kommt jedoch die stärkere zyklische Komponente der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie

⁸⁾ Der *Budgetdienst* (2020) rechnet die Mittel für die COVID-19-Kurzarbeit zu den 38 Mrd. € hinzu, da sie aus unterschiedlichen Quellen finanziert werden. Zusätzliche Mittel für Kurzarbeit werden aber die notwendigen Ausgaben aus dem Corona-Notfallfonds senken.

Infolge der COVID-19-Pandemie verschlechtert sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte sowohl durch substantielle zusätzliche Ausgaben als auch durch den Entfall von Abgabeneinnahmen von 0,7% des BIP im Jahr 2019 auf –7,4% 2020.

Die automatischen Stabilisatoren senken die Einnahmen aus der Lohnsteuer und der Mehrwertsteuer, während die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung höher ausfallen.

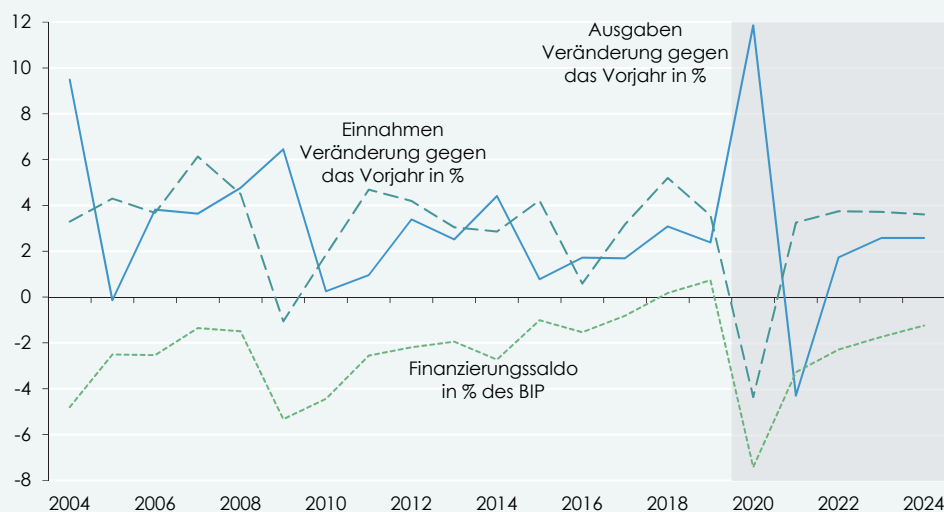
Die Einnahmenquote nähert sich nach einem mäßigen Rückgang bis 2024 wieder dem Wert von 49% des BIP, während die Ausgabenquote nach dem sprunghaften Anstieg im Jahr 2020 wieder auf knapp 50% sinkt.

der Kapitalertragsteuern hinzu. Die Staatseinnahmenquote nähert sich somit nach einem mäßigen Rückgang bis zum Ende des Prognosezeitraumes wieder dem Wert von 49% des BIP, während die Staatsausgabenquote nach dem sprunghaften Anstieg auf 56,2%

im Jahr 2020 wieder auf knapp 50% sinkt. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Staatsschuldenquote, welche im Jahr 2020 auf über 80% des nominellen BIP steigt und ab 2022 langsam wieder zurückgeht.

Abbildung 10: **Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates**

Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 7: Staat – Hauptvariante

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Veränderung in % p. a.									
Laufende Einnahmen	+ 3,3	+ 3,3	+ 1,9	+ 3,6	- 4,4	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,6
Laufende Ausgaben	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,8	+ 2,4	+ 11,9	- 4,3	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,6
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,0	+ 3,6	+ 1,9	+ 3,3	- 4,1	+ 4,2	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,1
In % des BIP									
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,8	- 0,5	- 3,2	+ 0,7	- 7,4	- 3,3	- 2,3	- 1,7	- 1,2
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 2,3	- 0,9	- 2,7	- 0,8	- 5,6	- 3,0	- 2,1	- 1,6	- 1,2
WIFO-Methode ²⁾	- 2,1	- 0,7	- 2,1	- 0,4	- 4,9	- 2,1	- 1,5	- 1,3	- 0,9
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 1,7	- 0,8	- 2,1	- 0,8	- 2,4	- 3,0	- 2,1	- 1,6	- 1,2
WIFO-Methode ²⁾	- 1,6	- 0,6	- 1,5	- 0,4	- 1,7	- 2,1	- 1,5	- 1,3	- 0,9
Staatsschuld	82,5	78,1	79,8	70,4	80,2	80,5	80,5	79,6	78,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2019. – ²⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der vorliegenden mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Für den **strukturellen Budgetsaldo**⁹⁾ ergeben sich zunächst maßgebliche Änderungen aufgrund der tiefen Rezession. So dreht sich

die im Jahr 2019 positive Outputlücke 2020 ins Negative, der zyklisch bereinigte Budgetsaldo erreicht im Jahr 2020 -5,6%. Da die

⁹⁾ Gemäß der WIFO-Schätzung der Outputlücke auf Basis der Methode der Europäischen Kommission.

Kosten der kurzfristigen Hilfsmaßnahmen (Kurzarbeit, Härtefall- und Notfallfonds) bei der Ermittlung des strukturellen Saldos als Einmalmaßnahmen herauszurechnen sind, beträgt das strukturelle Defizit im Jahr 2020 2,4% des BIP. Nach dem erwarteten Wegfall der Einmalmaßnahmen im Jahr 2021 verschlechtert sich der strukturelle Budgetsaldo kurzfristig, verbessert sich aber gegen Ende des Prognosezeitraumes auf einen Wert von – 1,2% des BIP. Die Europäische Kommission wird angesichts der COVID-19-Pandemie voraussichtlich die "General Escape Clause" aktivieren und somit den Spielraum im Stabilitäts- und Wachstumspakt deutlich erhöhen.

Die vorliegende Prognose beruht neben dem unterstellten Konjunkturverlauf auf der "No-Policy-Change"-Annahme. Somit werden weder die ursprünglich geplante Umsetzung des Anfang Jänner 2020 vorgestellten Regierungsprogrammes (Bundeskanzleramt, 2020) noch weitere wahrscheinliche wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Konjunktur Stabilisierung nach dem Ende der COVID-19-Pandemie berücksichtigt. Das im Regierungsprogramm genannte Ziel eines ausgeglichenen öffentlichen Haushaltes bei gleichzeitiger Verringerung der Abgabenbelastung wird unter den aktuellen Rahmenbedingungen mittelfristig nur über Konsolidierungsanstrengungen zu erreichen sein.

Die Europäische Kommission wird angesichts der COVID-19-Pandemie voraussichtlich die "General Escape Clause" aktivieren und somit den Spielraum im Stabilitäts- und Wachstumspakt deutlich erhöhen.

5. Ein pessimistischeres Szenario

Der in vielen Ländern beinahe zeitgleich verordnete Produktions- und Nachfrageverzicht belastet die Weltwirtschaft in einem enormen Ausmaß. Im aktuellen Umfeld außerordentlich **erhöhter Prognoseunsicherheit** weicht das WIFO deshalb von seiner üblichen Vorgehensweise ab, nur ein Prognose-szenario zu präsentieren: Die **Abwärtsrisiken** haben derzeit eine weitaus höhere Eintrittswahrscheinlichkeit als die Aufwärtsrisiken.

Das dargestellte **pessimistischere Szenario teilt** mit der Hauptvariante den **Grundoptimismus zum Verlauf der Epidemie in Österreich** (Kapitel 2).

Für eine kleine, eng in die internationalen Lieferketten integrierte Volkswirtschaft wie Österreich gilt grundsätzlich: Auch wenn im eigenen Land zur Eindämmung der COVID-19-Epidemie alles richtig gemacht wird und die größten Schäden vermieden oder abgefedert werden können, einer Vertiefung der weltweiten Rezession kann es sich nicht entziehen.

Ein möglicher Indikator für eine tiefere Rezession könnte die aktuelle Entwicklung der Rohölpreise (Brent) sein: Sie gaben trotz der Ankündigung einer Fördereinschränkung um fast 10 Mio. Barrel pro Tag ab Mai 2020 Ende April deutlich nach.

Sollte sich die weltweite Rezession vertiefen, dann würde die Wirtschaftsleistung in Österreich 2020 um 7½% und die Beschäftigung um 2½% zurückgehen. Die Arbeitslosenquote würde sich auf 9,1% und das Budgetdefizit auf 10% des BIP erhöhen.

Übersicht 8: Internationale Konjunktur – Pessimistischeres Szenario

		Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum		+ 0,8	+ 1,9	– 0,6	+ 1,2	– 8,0	+ 0,5	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,3
MOEL 5 ¹⁾		+ 2,2	+ 3,9	+ 0,6	+ 3,6	– 5,0	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0
USA		+ 2,1	+ 2,4	+ 0,0	+ 2,3	– 6,0	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Schweiz		+ 2,0	+ 1,7	– 0,1	+ 0,9	– 6,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,1
China		+ 8,6	+ 6,7	+ 4,7	+ 6,1	– 2,2	+ 8,8	+ 6,1	+ 5,5	+ 5,7
		Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Annahmen zur Prognose										
Erdölpreis, Brent	Dollar je Barrel	102	57	39	64	32	35	40	43	45
Wechselkurs	\$ je €	1,33	1,13	1,09	1,12	1,11	1,10	1,09	1,09	1,08
Internationale Zinssätze, Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,9	0,2	0,4	– 0,3	– 0,3	± 0,0	0,3	0,5	1,3

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Diese Alternativrechnung versucht daher, die Folgen einer tieferen internationalen Rezession, als im Hauptszenario unterstellt, für die österreichische Wirtschaft abzuschätzen. Dabei wird für die ersten zwei Quartale 2020 dieselbe Entwicklung wie in der Hauptvariante unterstellt, die internationale Erholung ab dem III. Quartal aber schwächer angenommen. Darüber hinaus wird ein deutlich

niedriger Rohölpreispfad unterstellt. Die europäische Geldpolitik weitet aufgrund der tieferen Rezession das PEPP um rund 400 Mrd. € aus, um die langfristigen Zinssätze im Euro-Raum zu stabilisieren. Da für die USA keine symmetrische Aktion unterstellt wird, ergibt sich eine Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar (Übersicht 8).

Unter den genannten Bedingungen einer tieferen internationalen Rezession mit einer schwächeren Erholung würde sich diese Entwicklung über einen noch deutlicheren Exportausfall als in der Hauptvariante auf die heimische Wirtschaft übertragen. Die Wirtschaftsleistung würde dadurch stärker einbrechen mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Um diesen Effekt zu verringern, werden in diesem Szenario die budgetrelevanten Subven-

tionen auf 20½ Mrd. € ausgeweitet. Die Unterstützungsmaßnahmen für unselbständige Beschäftigte (Kurzarbeitsbeihilfe) betragen dann 8 Mrd. €, und die Mittel für den Härte- und Notfallfonds für Selbständige und Unternehmen werden mit 12½ Mrd. € dotiert. Gemäß dieser Simulationsrechnung würde die Wirtschaftsleistung 2020 um 7½% und die Beschäftigung um 2½% sinken. Die Arbeitslosenquote würde auf 9,1% und das Budgetdefizit auf 10% des BIP steigen (Übersicht 9).

Übersicht 9: **Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Pessimistischeres Szenario**

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,2	+ 1,9	- 0,3	+ 1,6	- 7,5	+ 1,2	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,4
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,1	+ 4,0	+ 2,3	+ 4,3	- 1,3	+ 1,4	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,6
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,7	- 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,1
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,6	- 2,5	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,6	- 2,5	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,1
	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,1	5,3	5,6	4,5	5,7	5,8	5,5	5,4	5,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,3	8,3	8,8	7,4	9,1	9,1	8,7	8,6	8,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,0	3,6	1,4	3,6	0,8	1,0	1,4	1,8	1,9
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,8	- 0,5	- 5,6	+ 0,7	-10,0	- 5,5	- 4,6	- 4,1	- 3,6
Staatsschuld	82,5	78,1	90,0	70,4	84,5	89,1	91,0	92,2	93,2
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	8,1	7,6	7,8	8,3	9,7	6,2	7,0	7,8	8,2

Q: Dachverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

6. Literaturhinweise

- Baker, S. R., Bloom, N., Davis, St. J., Kost, K. J., Sammon, M. C., Viratyasin, T., "The Unprecedented Stock Market Impact of COVID-19", NBER Working Paper, 2020, (26945).
- Baker, S. R., Bloom, N., Davis, St. J., Terry, St. J., "COVID-Induced Economic Uncertainty", NBER Working Paper, 2020, (26983).
- Barro, R. J., Ursúa, J. F., Weng, J., "The Coronavirus and the Great Influenza Pandemic: Lessons from the 'Spanish Flu' for the Coronavirus's Potential Effects on Mortality and Economic Activity", NBER Working Paper, 2020, (26866).
- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., "Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(1), S. 33-40, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62440>.
- Bethune, Z. A., Korinek, A., "Covid-19 Infection Externalities: Trading Off Lives vs. Livelihoods", NBER Working Paper, 2020, (27009).
- Boivin, J., Ng, S., "Are More Data Always Better for Factor Analysis?", Journal of Econometrics, 2006, 127, S. 169-194.
- Budgetdienst, Update COVID-19-Maßnahmenpakete und Budgetentwurf 2020. Wien, 2020.
- Bundeskanzleramt, Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024. Wien, 2020.

- Cotis, J. P., Elmeskov, J., Mourougane, A., "Estimates of potential output: Benefits and pitfalls from a policy perspective", in Reichlin, L. (Hrsg.), *The Euro Area Business Cycle: Stylized Facts and Measurement Issues*, CEPR, London, 2005, S. 35-60.
- Ederer, St., WIFO-Konjunkturszenario: Scharfer, aber im besten Fall kurzer Einbruch der Konjunktur infolge der Coronavirus-Pandemie, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65840>.
- Eichenbaum, M. S., Rebelo, S., Trabandt, M., "The Macroeconomics of Epidemics", NBER Working Paper, 2020, (26882).
- EU Independent Fiscal Institutions (EU IFIs), *A practitioner's guide to potential output and the output gap*, 2018.
- Frale, C., Marcellino, M., Mazzi, G. L., Proietti, T., "EUROMIND: a monthly indicator of the euro area economic conditions", *Journal of the Royal Statistical Society Series A*, 2011, 174, S. 439-470.
- Glocker, Ch., Wegmueller, P., "Business cycle dating and forecasting with real-time Swiss GDP data", *Empirical Economics*, 2020, 58(1), S. 73-105.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Roeger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., Vandermeulen, V., "The production function methodology for calculating potential growth rates & output gaps", *European Economy, Economic Papers*, 2014, (535).
- Hristov, A., Planas, C., Roeger, W., Rossi, A., "NAWRU estimation using structural labour market indicators", *European Economy, Discussion Papers*, 2017, (69).
- Jordà, O., Singh, S. R., Taylor, A. M., "Longer-run Economic Consequences of Pandemics", NBER Working Paper, 2020, (26934).
- Maidorn, S., "Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations?", *Empirica*, 2018, 45(1), S. 59-82.
- Mariano, R. S., Murasawa, Y., "A new coincident index of business cycles based on monthly and quarterly series", *Journal of Applied Econometrics*, 2003, 18, S. 427-443.
- OECD, *Testing for COVID-19. A way to lift confinement restrictions*, Paris, 2020, https://read.oecd-ilibrary.org/view/?ref=129_129658-l62d7lr66u&title=Testing-for-COVID-19-A-way-to-lift-confinement-restrictions.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, maria.riegler@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Gegensatz zu den an Eurostat gelieferten und auch von Statistik Austria veröffentlichten "saison- und arbeitstägig bereinigten Veränderungen" der vierteljährlichen BIP-Daten bereinigt das WIFO diese zusätzlich um irreguläre Schwankungen. Diese als Trend-Konjunktur-Komponente bezeichneten Werte weisen einen ruhigeren Verlauf auf und machen Veränderungen des Konjunkturverlaufes besser interpretierbar.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbrau-

cherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

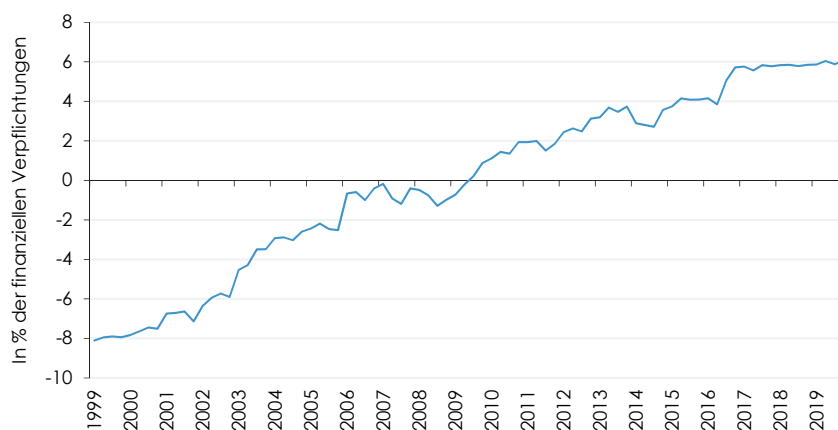
Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik

Thomas Url

- Der Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit ist immer mit einem entsprechenden Zahlungsstrom verbunden.
- Eine Pandemie unterbricht den gesamtwirtschaftlichen Zahlungskreislauf.
- Automatische Stabilisatoren (Entgeltfortzahlung, Arbeitslosenunterstützung usw.) sichern unmittelbar die Einkommen der Unselbständigen.
- Diskretionäre Maßnahmen (Kurzarbeit, Härtefallfonds usw.) stützen die Einkommen der privaten Haushalte zusätzlich.
- Unkonventionelle Instrumente (Garantien, Steuerstundungen, Subventionen usw.) sichern die Liquiditätslage der nichtfinanziellen Unternehmen.
- Das mit den COVID-19-Gesetzen beschlossene Paket gibt der österreichischen Wirtschaft einen diskretionären fiskalpolitischen Impuls im Umfang von 38 Mrd. € oder 9,5% des Bruttoinlandsproduktes.

Liquiditätsposition nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich



Die nichtfinanziellen Unternehmen verbesserten ihre Liquiditätsposition in den letzten zwei Jahrzehnten insgesamt deutlich. Seit dem Abklingen der Finanzmarktkrise lagen die kurzfristigen finanziellen Forderungen ständig über den kurzfristigen Verbindlichkeiten. Bei Ausbruch der COVID-19-Pandemie betrug dieser Überschuss etwa 6% der gesamten finanziellen Verbindlichkeiten (Q: OeNB, WIFO-Berechnungen. Liquidität gemessen als kurzfristige Finanzaktiva abzüglich der kurzfristigen Finanzpassiva, Bestandszahlen).

"Der negative außenwirtschaftliche Schock der COVID-19-Pandemie wurde in Österreich durch gesundheitspolitische Maßnahmen (Lockdown) verstärkt. Der damit verbundene rasche Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Verschlechterung der Liquiditätsposition nichtfinanzieller Unternehmen wurden durch konventionelle und unkonventionelle Maßnahmen bekämpft. Dies sichert eine dynamische Erholung nach dem Ende des Lockdown."

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik

Thomas Url

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik

Die COVID-19-Pandemie wird auf das österreichische Bruttoinlandsprodukt einen größeren negativen Effekt haben als die Finanzmarktkrise der Jahre 2007/08. Zusätzlich zum starken Rückgang des Außenhandels vermindern großflächige Betriebsschließungen die auf den Inlandsmarkt ausgerichtete Wertschöpfung, die allgemeine Sperre der Schulen senkt das Arbeitskräfteangebot. Eine Pandemie stört den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf von Gütern und Dienstleistungen direkt und verringert die damit verbundenen Zahlungsströme zwischen den Wirtschaftssektoren. Das verursacht nicht nur einen Rückgang von Nachfrage und Wertschöpfung, sondern drängt die Unternehmen in einen Liquiditätsengpass. Während automatische Stabilisatoren rasch gegensteuern können, haben konventionelle Instrumente der Stabilisierungspolitik in der aktuellen Situation wenig Aussicht auf Erfolg. Unkonventionelle fiskalpolitische Instrumente und Eingriffe in privatwirtschaftliche Verträge können eine Insolvenzwelle wesentlich besser verhindern und erhalten so die Produktionskapazität für einen dynamischen Aufschwung nach der Lockerung der gesundheitspolitischen Maßnahmen.

JEL-Codes: E62, E20, H12 • **Keywords:** Pandemie, automatische Stabilisatoren, diskretionäre Fiskalpolitik, Unternehmensliquidität

Begutachtung: Atanas Pekanov • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 6. 4. 2020

Kontakt: Dr. Thomas Url (thomas.url@wifo.ac.at)

Macroeconomic Effects of the COVID-19 Pandemic in Austria and the Opportunities for Stabilisation Policy

The COVID-19 pandemic will have a greater negative effect on Austrian GDP than the financial market crisis of 2007-08. In addition to the sharp decline in foreign trade, large-scale plant closures will reduce value added geared to the domestic market, and the general closure of schools will reduce the supply of labour. A pandemic directly disrupts the overall economic cycle of goods and services and reduces the associated payment flows between economic sectors. This not only causes a decline in demand and value added, but also pushes companies into a liquidity squeeze. While automatic stabilisers can quickly counteract this, conventional instruments of stabilisation policy have little chance of success in the current situation. Unconventional fiscal policy instruments and interventions in private-sector contracts are much better at preventing a wave of insolvencies and thus preserving the production capacity for a dynamic upswing following the relaxation of health policy measures.

1. Störung des gesamtwirtschaftlichen Zahlungs-, Güter- und Dienstleistungskreislaufes

Die Auswirkungen einer Pandemie auf eine Volkswirtschaft lassen sich mit dem Schema der gesamtwirtschaftlichen Güter und Zahlungsströme gut veranschaulichen (Abbildung 1). Dieses Schema fasst die Transaktionen zwischen den fünf volkswirtschaftlichen Sektoren zusammen:

- nichtfinanzielle Unternehmen,
- Finanzintermediäre,
- Staat,
- private Haushalte und
- das Ausland.

Zwischen den meisten Sektoren werden Güter bzw. Dienstleistungen ausgetauscht (blaue Pfeile), mit denen jeweils Zahlungsströme (grüne Pfeile) verbunden sind. Beim

Kauf von Lebensmitteln durch einen Privathaushalt strömen Güter vom Einzelhandelsunternehmen zum Privathaushalt, und gleichzeitig fließt mit der Bezahlung Geld vom Privathaushalt an das Unternehmen. Umgekehrt bietet ein Privathaushalt einem Unternehmen Arbeitskraft an und erhält dafür einen Zahlungsstrom in Form der Lohnzahlung.

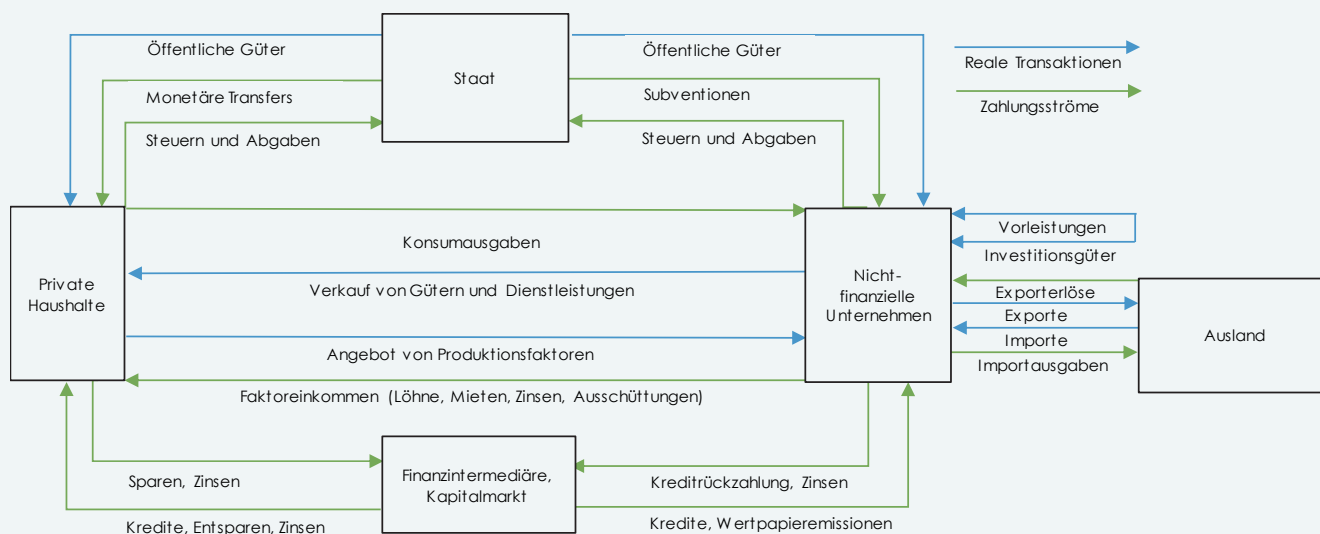
Abbildung 1 zeigt vereinfacht diese Beziehungen zwischen den fünf Sektoren. Mit den Finanzintermediären werden überwiegend Zahlungsströme ausgetauscht. Vereinfachend werden die Transaktionen zwischen Unternehmen (Vorleistungen und Investitionsgüter) nur als Güterstrom dargestellt, im

Prinzip stehen diesen Transaktionen ebenso Zahlungsströme gegenüber.

In einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie Österreich stammen negative Nachfrageschocks üblicherweise aus dem Ausland und breiten sich über Exportausfälle und die Ver-

ringerung der Exporteinnahmen im Inland aus. In Abbildung 1 sind der Güterstrom ins Ausland (blauer Pfeil "Exporte") und die damit verbundenen Zahlungseingänge (grüner Pfeil "Export Erlöse") geringer als vor dem negativen Nachfrageschock.

Abbildung 1: Schematische Darstellung des gesamtwirtschaftlichen Zahlungs-, Güter- und Dienstleistungskreislaufes 2019



Q: WIFO. Die realen Ströme bzw. Transaktionen (Güter und Dienstleistungen; blau) zwischen den fünf Wirtschaftssektoren (nichtfinanzielle Unternehmen, Finanzintermediäre, Staat, private Haushalte und Ausland) sind von entsprechenden Zahlungsströmen (grün) begleitet.

So brechen auch infolge einer Pandemie die Exporterlöse ein, weil die Nachfrage ausländischer privater Haushalte und Unternehmen ausbleibt. Eine Pandemie hat aber darüber hinaus stark negative Auswirkungen auf

das aktuelle und künftige Aktivitätsniveau im Inland (Eichenbaum – Rebello – Trabandt, 2020), die mit den Instrumenten der Stabilisierungspolitik gemildert werden können.

2. Funktionen der Stabilisierungspolitik

Die Stabilisierungspolitik setzt im Normalfall zum Ausgleich negativer Nachfrageschocks in einer Wirtschaft geld- und fiskalpolitische Instrumente expansiv ein, um einen Teil der entfallenen Nachfrage zu ersetzen. Dazu zählen Zinssenkungen, die Einkommenssicherung durch automatische Stabilisatoren und diskretionäre zusätzliche Staatsausgaben. Zu den automatischen Stabilisatoren gehören alle Instrumente, die im Fall der Krise ohne weitere Aktivität des Gesetzgebers anspringen, z. B. die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, das Arbeitslosengeld oder die geringere Belastung der Einkommen mit Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben. Mit diskretionären Eingriffen kann die Wirtschaftspolitik darüber hinaus gezielte Maßnahmen treffen, die die Einkommenslage bzw. Liquidität der privaten Haushalte, der Unternehmen und der Finanzintermediäre unterstützen.

Eine Pandemie hat direkte und indirekte negative Effekte auf den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf:

- Direkt werden durch eine Pandemie Arbeitskräfte krank und stehen nicht mehr als Arbeitskräfteangebot für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung.
- Indirekte Effekte ergeben sich durch die Folgewirkungen des Produktionsausfalles und aufgrund von gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Unterbindung der Ausbreitung der Krankheit.

In Abbildung 1 ist also das mit einem blauen Pfeil symbolisierte von den privaten Haushalten an die Unternehmen strömende Arbeitskräfteangebot kleiner. Wenn die Regierung zur Verlangsamung der Ausbreitung einer Infektion Ausgangsbeschränkungen verhängt, wird das Arbeitskräfteangebot zusätzlich verringert, und im Fall eines allgemeinen Ausgangsverbotes würde das Arbeitskräfteangebot vollständig ausfallen. Für systemrelevante Unternehmen und Nahversorger müsste die Regierung dann entsprechende Ausnahmen setzen. Mit dem eingeschränkten Arbeitskräfteangebot ist auch ein

Automatische Stabilisatoren springen in einer Krise ohne weitere Aktivität des Gesetzgebers an.

kleinerer Zahlungsstrom an Löhnen und Gehältern verbunden (grüner Pfeil Faktoreinkommen). Der Umfang des Einkommensentfalls bzw. des verminderten Arbeitsinputs hängt vom Vorhandensein einiger Institutionen bzw. der Reaktion der Unternehmen ab:

- Wenn z. B. eine Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall vorgesehen ist, bleibt der Zahlungsstrom erhalten (grüner Pfeil Faktoreinkommen), obwohl das Arbeitskräfteangebot ausfällt.
- Wenn Eltern wegen der Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen ihre Arbeitszeit verringern, könnte durch ein "Corona-Elterngeld" ihr Einkommensentfall vermindert werden (Sachverständigenrat, 2020). Das Arbeitskräfteangebot (blauer Pfeil Produktionsfaktoren) wird kleiner, und an die Stelle der Faktoreinkommen (grüner Pfeil Faktoreinkommen) treten monetäre Transfers vom Staat an die privaten Haushalte (grüner Pfeil Transfers).

- Wenn ein Unternehmen die Arbeitskräfte kündigt und die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld gegeben sind, wird die Entgeltzahlung (grüner Pfeil Faktoreinkommen) zu etwas mehr als der Hälfte durch einen staatlichen monetären Transfer (grüner Pfeil Transfers) ersetzt; gleichzeitig sinkt der Arbeitseinsatz (blauer Pfeil Produktionsfaktoren).
- Wenn die Regierung ein Kurzarbeitsprogramm einrichtet und die Unternehmen dieses Programm in Anspruch nehmen, bleibt ein Teil der Entgeltzahlung erhalten, ein Teil wird durch einen monetären staatlichen Transfer ersetzt, und ein geringer Teil geht durch die Entgeltkürzung verloren. Die Arbeitszeit wird an den Bedarf angepasst.
- Wenn die Regierung monetäre Transfers in Form eines Schecks direkt an die privaten Haushalte auszahlt, wird das Haushaltseinkommen unabhängig vom Arbeitskräfteangebot vor dem Ausbruch der Pandemie gestützt.

3. Konventionelle und unkonventionelle fiskalpolitische Maßnahmen

Die konventionellen automatischen Stabilisierungsinstrumente (Entgeltfortzahlung, Arbeitslosenunterstützung usw.) können in Kombination mit dem unkonventionellen Instrument der Kurzarbeit die Folgen des negativen Arbeitsangebotsschocks auf die Einkommen der unselbständig Beschäftigten weitgehend abfedern. Darüber hinaus bleibt bei Kurzarbeit die Beziehung zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten aufrecht, d. h. die Erfahrung und das betriebsspezifische Wissen der Arbeitskräfte gehen nicht verloren, und die Unternehmen können ihre vor dem Ausbruch der Pandemie bestehende Produktionskapazität erhalten. Dadurch ist nach Lockerung der Ausgangsverbote eine rasche Nutzung der Produktionskapazitäten möglich.

Die Stützung des Arbeitseinkommens hat während einer Pandemie kaum positive Auswirkungen auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen und damit auf die Einkommen und Liquidität der Unternehmen bzw. der Selbständigen. Unternehmen geraten bei einer Pandemie von zwei Seiten gleichzeitig unter Druck:

- Einerseits bestehen Zahlungsverpflichtungen aus den laufenden Verträgen und Verpflichtungen (Entgeltfortzahlung, Miete, Lieferverbindlichkeiten, Kreditraten, Abgaben, Steuern usw.). Das entspricht den grünen Pfeilen, die von den nichtfinanziellen Unternehmen wegweisen.
- Andererseits gehen die laufenden Erlöse durch Ausgangsbeschränkungen zurück oder bleiben im Fall von Betriebssperren ganz aus (blauer Pfeil Güter- und

Dienstleistungsverkauf bzw. grüner Pfeil Konsumausgaben).

Diese Kombination kann einen Liquiditätsengpass im Unternehmen und die Insolvenz zur Folge haben, obwohl das Geschäftsmodell in Normalzeiten gut funktioniert und das Unternehmen überlebensfähig wäre. Da einzelne Branchen von dieser Entwicklung besonders betroffen sind, wie z. B. Beherbergung und Gastronomie oder die sonstigen Dienstleistungen, haben alle Unternehmen dieser Wirtschaftsbereiche gleichzeitig denselben Liquiditätsengpass, der nicht nur die Existenz der Unternehmen innerhalb der Branche bedroht, sondern auch eine Kettenreaktion zu den Lieferanten auslöst.

Da sich die Zahlungsunfähigkeit auch auf die Rückzahlung von Kreditraten und Zinsen erstreckt (grüner Pfeil Kreditrückzahlung), wäre das Kreditwesen innerhalb weniger Wochen mit einer Welle notleidender Kredite konfrontiert, die entsprechende Wertberichtigungen erfordert. Ohne einen stabilitätspolitischen Eingriff würde die Wirtschaft rasch in eine negative Abwärtsspirale geraten. Angesichts der zu erwartenden Insolvenzwellen würde auch nach dem Abklingen der Pandemie die Dynamik des Aufschwunges verhalten bleiben, weil

- sich viele Unternehmen in einem Ausgleichs- oder Konkursverfahren befinden und gleichzeitig
- das Kreditwesen mit der Wiederherstellung der Eigenkapitalquote beschäftigt ist und die Kreditfinanzierung nur zögerlich anläuft (grüne von den Finanzintermediären wegweisende Pfeile).

Die Einkommenssicherung privater Haushalte hat während einer Pandemie kaum positive Auswirkungen auf die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, weil Konsumausgaben durch Ausgehverbote behindert sind.

Wenn die Liquidität nichtfinanzieller Unternehmen stark beeinträchtigt ist, bleibt die Dynamik eines Aufschwungs auch nach dem Abklingen einer Pandemie verhalten.

Konventionelle diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen – wie z. B. die Steigerung von Infrastrukturinvestitionen oder Prämien für den Pkw-Kauf – wirken bei einer Pandemie nur unzureichend, weil die Unternehmen teilweise nicht produzieren können und weil gleichzeitig die privaten Haushalte durch Krankheit oder Ausgangsbeschränkungen ihre Konsumnachfrage einschränken. Die Güter- und Dienstleistungsströme von den Unternehmen zu den privaten Haushalten (blauer Pfeil) werden ebenso beeinträchtigt wie die Zahlungsströme von den privaten Haushalten zu den Unternehmen (grüner Pfeil Konsumausgaben). Der negative Erlösschock für die Unternehmen kann auch mit konventionellen geldpolitischen Instrumenten – wie der Senkung des Leitzinssatzes – kaum ausgeglichen werden, weil in diesem Fall eine Verringerung der Finanzierungskosten keine Ausweitung der Nachfrage bewirkt (überdies wurde im Euro-Raum bereits ein Nullzinssatz erreicht).

Es bedarf unkonventioneller Instrumente, die die Liquidität in den Unternehmen halten und im Fall von Kleinunternehmen den Selbständigen eine Einkommenssicherung während der Krise gewähren. Die grünen Pfeile in Abbildung 1, die von den Unternehmen wegweisen, zeigen potentielle Eingriffsmöglichkeiten für die unkonventionelle Stabilisierungspolitik auf, die die Liquiditätslage der Unternehmen stützen können.

Während der Unternehmerlohn und die Entlohnung für das Eigenkapital bei einem Umsatzeinbruch rasch eingeschränkt werden können, laufen etliche Zahlungsverpflichtungen weiter:

- die Zahlungen von Steuern und Abgaben an den Staat,
- Kreditrückzahlungen und Zinszahlungen an die Finanzintermediäre,
- Entgelte und Mieten an die privaten Haushalte und
- die Begleichung von Lieferverbindlichkeiten an andere Unternehmen.

Zu den unkonventionellen Instrumenten, die an diesen Zahlungsströmen anknüpfen, zählen u. a. die folgenden (vgl. auch Baldwin – Weder di Mauro, 2020, Sachverständigenrat, 2020):

- Staatliche Garantien und Haftungen zur Absicherung von Zwischenfinanzierungen durch Kredite zielen darauf ab, dass der Zahlungsstrom von den Finanzintermediären zu den Unternehmen nicht versiegt (grüner Pfeil Kredite an Unternehmen). Wenn sie mit einer ausreichenden

Liquiditätsversorgung der Kreditwirtschaft durch die Zentralbank bzw. mit einem erweiterten Ankaufsprogramm für Staatsanleihen verknüpft sind, haben die Garantien und Haftungen einen noch größeren Multiplikator (Ramey, 2019).

- Die Stundung der Kreditrückzahlungen bzw. der Zinszahlungen für einen festgelegten Zeitraum kann durch freiwillige Zusagen der Kreditwirtschaft oder durch gesetzliche Maßnahmen umgesetzt werden. Sie verringert fixe Zahlungsverpflichtungen und damit temporär den Abfluss von Liquidität von den Unternehmen zur Kreditwirtschaft (grüner Pfeil Kreditrückzahlung). Wenn diese Maßnahme mit einer ausreichenden Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute durch die Zentralbank und einer Lockerung der Vorgaben der Finanzmarktaufsicht zur Klassifikation eines Zahlungsverzuges kombiniert wird, leidet auch die Neuvergabe von Krediten und Überbrückungsfinanzierungen nicht.
- Den Abfluss von Liquidität aus den Unternehmen zum Staat verringert die Stundung der Zahlung von Unternehmenssteuern, Abgaben und Gebühren. Dieselbe Wirkung erzielt eine beschleunigte Anpassung der Steuervorauszahlungen an niedrigere erwartete Gewinne. Auch die Aussetzung von Vollstreckungsmaßnahmen für säumige Steuerschuldner bzw. der Verzinsung einer Steuerschuld wirkt in diese Richtung (grüner Pfeil Steuern und Abgaben).
- Direkte Subventionszahlungen (grüner Pfeil Subventionen) führen den Unternehmen Liquidität zu, um fixe Verbindlichkeiten bedienen zu können (Miete, Energie, Telekommunikation, Entgelt bei Kurzarbeit usw.). Die Subvention kann gleichzeitig die Einkommenssituation der Selbständigen (unter Umständen beschränkt auf Ein-Personen-Unternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen) temporär absichern. Solche Maßnahmen müssen mit dem EU-Beihilfenrecht im Einklang stehen.
- Durch direkte Staatsbeteiligungen können Unternehmen in besonders belasteten Branchen, die infolge der Pandemie in die Insolvenz geraten, aufgefangen werden. So bleibt ihre Produktionskapazität für die Zeit nach der Lockerung behördlicher Sperren erhalten (Sachverständigenrat, 2020). Diese Maßnahme führt Unternehmen nachträglich Liquidität in Form von Eigenkapital zu und erfordert ebenfalls eine Abstimmung mit dem EU-Beihilfenrecht.

Zur Erhaltung der Liquidität in den Unternehmen bedarf es unkonventioneller Instrumente.

4. Die aktuellen Maßnahmen der österreichischen Wirtschaftspolitik

Mit Ausnahme direkter Staatsbeteiligungen und der Ausgabe von Schecks an private Haushalte setzten die österreichische

Bundesregierung und das Parlament bisher alle erwähnten Instrumente relativ rasch in COVID-19-Gesetzespaketen um (Parla-

mentskorrespondenz Nr. 263 vom 15. März 2020 und Nr. 282 vom 20. März 2020). Die mit diesen beiden COVID-19-Gesetzen verbundenen Ausgaben und Garantierahmen umfassen insgesamt 38 Mrd. € oder 9,5% des Bruttoinlandsproduktes. Sie werden zum Teil unmittelbar, zum Teil aber auch erst sehr verzögert (nach Abrechnung des Geschäftsjahres eines Unternehmens, d. h. auch 2021) wirksam.

Zusätzlich wurde am 3. April 2020 die Möglichkeit zur Kündigung von Mietverträgen wegen Mietausständen in den Monaten April, Mai und Juni 2020 vorübergehend

ausgesetzt. Für private Haushalte und Kleinunternehmen mit Kreditschulden werden Rückzahlung und Zinsendienst automatisch drei Monate lang ausgesetzt und die Kreditlaufzeit kostenfrei um drei Monate verlängert (Parlamentskorrespondenz Nr. 306 vom 3. April 2020). Weiters erreichte die Bundesregierung mit den Energieversorgern und der E-Control eine Branchenlösung, die für private Haushalte, Ein-Personen- und Kleinunternehmen die Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung auch bei einem Zahlungsverzug sichert. Diese Stundungen entlasten die Liquiditätslage temporär und erzeugen keine weiteren Staatsausgaben.

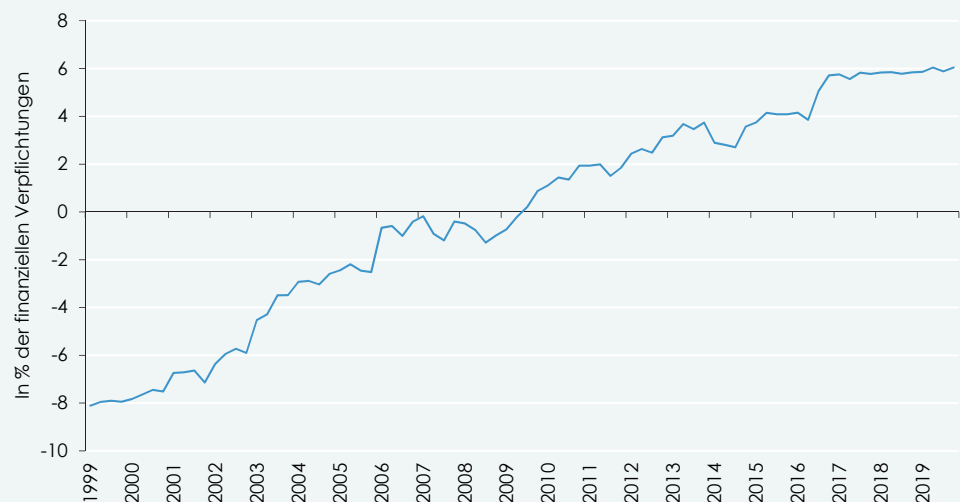
5. Einschätzung der Folgen der COVID-19-Pandemie für die österreichische Wirtschaft

Die COVID-19-Gesetze erzeugen zusätzlich zu den automatischen Stabilisatoren einen fiskalpolitischen Impuls von 9,5% des Bruttoinlandsproduktes. Ein Teil davon wird erst 2021 wirksam.

Das WIFO erwartet im aktuellen Konjunkturszenario für das 1. Halbjahr 2020 weltweit erhebliche Einbußen der Wirtschaftsleistung. Das betrifft die österreichische Wirtschaft sowohl durch Nachfrageausfälle im Export als auch durch Lieferengpässe für importierte Vorleistungen. Die negativen internationalen Vorgaben werden durch gesundheitspolitische Restriktionen im Inland verstärkt. Sie wirken sich auf einzelne Wirtschaftsbereiche in unterschiedlichem Umfang aus und treffen die nichtfinanziellen Unternehmen in einer historisch starken Liquiditätsposition (Abbildung 2). In dieser Situation ermöglicht der österreichische fiskalpolitische Impuls im Ausmaß von 9,5% des BIP, in Verbindung mit ähnlichen Programmen im Ausland und der vollständig akkommodierenden Geldpolitik

der Europäischen Zentralbank, eine Stabilisierung der Liquiditätslage in den Unternehmen sowie der Einkommenssituation der privaten Haushalte. Daher sollte im 2. Halbjahr 2020 eine Korrekturbewegung in Wertschöpfung und Nachfrage einsetzen, die sich erst im Jahr 2021 voll entfaltet. Dementsprechend unterstellt das WIFO-Konjunkturszenario einen V-förmigen unterjährigen Konjunkturverlauf mit einem Tiefpunkt im II. Quartal und einem zeitlich längeren, d. h. weniger steilen Verlauf des Aufschwunges. Da die Maßnahmen in den COVID-19-Gesetzen nicht durchwegs mit Staatsausgaben im Jahr 2020 verbunden sind (Haftungen bzw. verzögerte Subventionen 2021), wird das Maastricht-Defizit 2020 nur auf 7,4% des Bruttoinlandsproduktes steigen.

Abbildung 2: Liquiditätsposition nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich



Q: OeNB, WIFO-Berechnungen. Liquidität gemessen als kurzfristige Finanzaktiva abzüglich der kurzfristigen Finanzpassiva (Bestandszahlen).

6. Literaturhinweise

Baldwin, R., Weder di Mauro, B., Economics in the Time of COVID-19, Centre for Economic Policy Research, London, 2020.

Eichenbaum, M., Rebello, S., Trabandt, M., "The Macroeconomics of Epidemics", CEPR Discussion Paper, 2020, (14520).

Ramey, V. A., "Ten Years After the Financial Crisis: What Have we Learned From the Renaissance in Fiscal Research?", Journal of Economic Perspectives, 2019, 33(2), S. 89-114.

Sachverständigenrat, Die Gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2020.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

1/2020 **COVID-19, Klimawandel und Konjunkturpakete**

Angela Köppl (WIFO), Stefan Schleicher (Wegener Center und WIFO), Margit Schratzenstaller (WIFO), Karl W. Steininger (Wegener Center)

Durch die COVID-19-Pandemie werden die Verwundbarkeit und die Systemrisiken von komplex vernetzten, globalen Wirtschaftsstrukturen sichtbar. Systemrisiken und Verwundbarkeit der bestehenden Strukturen sind nicht nur für Pandemie-Ereignisse gegeben, sondern treffen auch auf andere mögliche Störungen wie etwa die absehbare Klimakrise zu. Entsprechend gilt es, die Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie über die Verwundbarkeit unseres Wirtschaftssystems in Hinblick auf eine Vermeidung von Klimarisiken zu nutzen. Meldungen, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitungsgeschwindigkeit des Coronavirus und damit die COVID-19-Krise eine Verringerung der Emissionen zu Folge haben, sind kritisch zu bewerten: Nicht die Emissionen eines Jahres bestimmen die klimaverändernde Wirkung, sondern die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre. Um tatsächlich eine Trendwende zu erreichen, müssen die Treibhausgasemissionen in Österreich wie weltweit mit strukturell wirksamen Maßnahmen dauerhaft gesenkt werden. Entsprechend sind auch die staatlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise so zu setzen, dass sie auch zur Abmilderung des Klimawandels beitragen und unser Wirtschaftssystem weniger verletzlich machen.

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65874>

2/2020 **COVID-19-Pandemie: Höchste Beschäftigungseinbußen in Österreich seit fast 70 Jahren**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie haben dramatische Folgen für den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit stieg innerhalb von zwei Wochen um knapp 200.000 auf ein Rekordniveau von 563.000 Personen Ende März, und parallel dazu sank im März – erstmals seit Februar 2010 – im Vergleich zum Vorjahresmonat die unselbständige Beschäftigung um 186.974 Beschäftigungsverhältnisse auf 3.589.401 (-5,0%). Betroffen vom Beschäftigungsrückgang sind – mit erheblichen Unterschieden – alle Bundesländer und die meisten Wirtschaftsbereiche, insbesondere die Dienstleistungen, aber auch Teilbereiche der Sachgütererzeugung bis hin zum Bauwesen, Männer stärker als Frauen, jüngere Altersgruppen und ausländische Arbeitskräfte stärker als inländische Arbeitskräfte.

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65886>

3/2020 **COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger, Christine Mayrhuber

Die COVID-19-Pandemie bewirkt auf dem Arbeitsmarkt Beschäftigungseinbußen wie zuletzt vor rund 70 Jahren und einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der Beschäftigungsrückgang der Frauen fällt zwar geringer aus als jener der Männer, konzentriert sich aber auf für die Frauenbeschäftigung bedeutende Wirtschaftsbereiche. Auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist unter Frauen geringer, betrifft aber eher Höherqualifizierte, während bei den Männern Geringqualifizierte stärker betroffen sind. Die Doppelbelastung durch Beruf und Betreuungspflichten, infolge von Home-Office oder einer Beschäftigung in den systemrelevanten Wirtschaftsbereichen, trifft Frauen stärker als Männer.

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65897>

4/2020 **Welches Home-Office-Potential birgt der österreichische Arbeitsmarkt?**

Julia Bock-Schappelwein

Home-Office war bislang, wenn überhaupt, ein Instrument, das nur von wenigen Personengruppen und häufig zeitlich beschränkt genutzt wurde. Mit den Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wurde für viele Arbeitskräfte das Zuhause recht unvermittelt zur Arbeitsstätte. Auf Grundlage der Tätigkeitsschwerpunkte der unselbständigen Beschäftigung ermittelt das WIFO ein Home-Office-Potential von rund 45%; für Frauen fällt dieses Potential etwas höher aus als für Männer.

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65899>

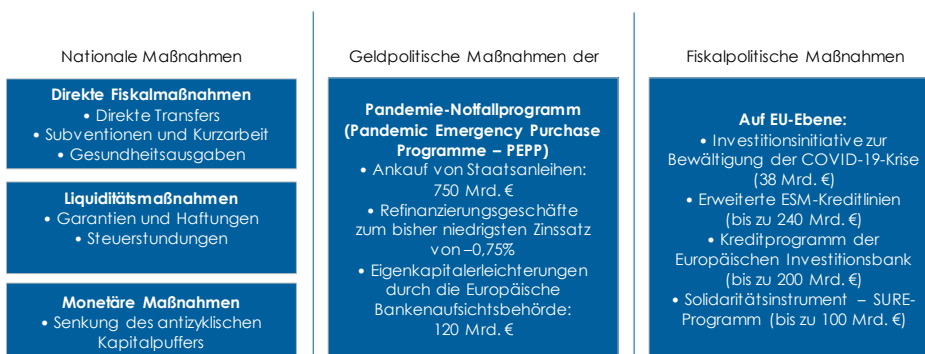
Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise

Atanas Pekanov

- Die europäischen Länder haben die wirtschaftlichen Gefahren der COVID-19-Pandemie erkannt und notwendige Eingriffe rechtzeitig kommuniziert.
- Vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik ist es in dieser Zeit, eine V-förmige Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen: Um die Verbreitung der Krankheit zu beschränken, sollen die Wirtschaftsaktivitäten möglichst schonend "eingefroren" werden, d. h. der wirtschaftliche Schaden soll so gering wie möglich gehalten werden.
- International werden mehrere Fiskalmaßnahmen mit direkter Auswirkung auf den Staatshaushalt eingesetzt. Manche davon sind dauerhaft wie Transfers an Haushalte, Subventionen an Unternehmen sowie öffentlicher Konsum bzw. Investitionen – vor allem Gesundheits- und Forschungsausgaben; andere haben temporäre Effekte wie zeitlich befristete Steuersenkungen. Dazu kommen massive Liquiditätsmaßnahmen in Form von Garantien und Haftungen für Kredite.
- Ein Kurzarbeitsmodell wird zur Stabilisierung der Beschäftigung, aber auch für die spätere Erholung der Wirtschaft als hilfreich erachtet.
- Auch Österreich definierte ein im internationalen Vergleich ambitioniertes Hilfspaket, um die wirtschaftlichen Turbulenzen abzufangen. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Kurzarbeitsmodell sowie den massiven Liquiditätshilfen für Unternehmen zu.

Kategorien von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Krise



"Ähnlich wie die europäische Politik versuchte, die Kurve der Ausbreitung der COVID-19-Infektionen abzuflachen, geht es in der Folge darum, durch geeignete Maßnahmen auch die Rezessionskurve abzuflachen."

Die Dauer und Tiefe der Rezession hängt vom Ausmaß der wirtschaftspolitischen Hilfe ab. Diese erfolgt auf der nationalen und internationalen Ebene über verschiedene fiskal- und geldpolitische Interventionen (Q: WIFO-Darstellung).

Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise

Atanas Pekanov

Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise

Die meisten EU-Länder reagierten rasch auf die negativen Folgen der behördlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie auf die Wirtschaft, um den Wirtschaftsschock möglichst zu begrenzen. Unter die zahlreichen angekündigten finanzpolitischen Maßnahmen fallen z. B. Liquiditätshilfen für die Unternehmen in Form von Krediten, Steuerstundungen bzw. Steuerherabsetzungen sowie nicht rückzahlbare Unterstützungszahlungen, Unterstützungen für private Haushalte, die gegenwärtig unter Arbeitslosigkeit, Einkommensverlusten und großer Unsicherheit leiden, sowie Hilfen für besonders stark betroffene Branchen. Hinzu kommen zusätzliche Mittel für bestimmte staatliche Aktivitäten und Bereiche, wie etwa das Gesundheitssystem oder die Forschung. Auch Österreich definierte ein im internationalen Vergleich ambitioniertes Hilfspaket, um die wirtschaftlichen Turbulenzen abzufangen. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Kurzarbeitsmodell sowie den massiven Liquiditätshilfen für Unternehmen zu, die wie in den meisten anderen Ländern ein zentraler Baustein der finanzpolitischen Reaktion auf die Krise sind.

JEL-Codes: E60, H12, F01 • **Keywords:** Fiskalpolitik, Maßnahmen zur Krisenbekämpfung, Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Begutachtung: Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nathalie Fischer (nathalie.fischer@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 15. 4. 2020

Kontakt: Atanas Pekanov, MSc (atanas.pekanov@wifo.ac.at)

International Economic Policy Responses to the COVID-19 Crisis

Most EU countries have reacted quickly to the negative economic impact of the lockdown measures to contain the COVID-19 pandemic in an attempt to limit the economic shock as much as possible. Among the many economic policy measures announced are liquidity support for businesses in the form of loans, tax deferrals or tax reductions and non-repayable support payments, support for households currently suffering from unemployment, loss of income and great uncertainty, and support for particularly hard-hit sectors. In addition, there are funds for certain government activities and areas, such as the health system or research. Austria, too, defined an ambitious aid package by international standards to cushion the economic turbulence. Particular importance is attached to the short-time working model and the massive liquidity support for companies, which, as in most other countries, are a central component of the economic policy response to the crisis.

Die COVID-19-Krise ist eine komplexe Kombination aus Angebots- und Nachfrageschock. Dauer und Tiefe der Rezession hängen vor allem von der Dauer der Restriktionen zur Bekämpfung der Pandemie ab, aber auch vom Ausmaß der wirtschaftspolitischen Hilfe für Unternehmen und private Haushalte.

Die Weltwirtschaft befindet sich aufgrund der COVID-19-Pandemie seit Jänner 2020 in einem nachhaltigen Abschwung. Die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben die Wirtschaft stillgelegt und ziehen massive Verluste für Unternehmen und private Haushalte nach sich. Davon ausgehend gerät die Weltwirtschaft 2020 in eine schwerwiegende Rezession. Wie erste Studien bereits argumentieren, weisen die gesundheits- und wirtschaftspolitischen Erwägungen bei Ausbruch der Pandemie in dieselbe Richtung: Stark restriktive Maßnahmen sind im Interesse der Gesundheit, aber auch essentiell für eine schnellere Erholung der Wirtschaft. Im "IGM Economic Experts Panel" halten drei Viertel der befragten Experten und Expertinnen offensive Restriktionsmaßnahmen mittelfristig für besser für die Wirtschaft als weniger offensive Maßnahmen, und über 90% fordern gesamteuropäische finanzpolitische Maßnahmen¹⁾. Untermauert werden diese Einschätzungen durch

eine aktuelle Studie von *Correia – Luck – Verner (2020)*, wonach massive Interventionen zu Beginn der Pandemie der Spanischen Grippe 1918/1920 nicht nur die Ausbreitung und Sterblichkeit dämpften, sondern auch die Erholung der Wirtschaft unterstützten.

Dauer und Tiefe der Rezession hängen an erster Stelle von der Dauer der restriktiven Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ab, aber auch vom Ausmaß der wirtschaftspolitischen Hilfe, welche die Regierungen den betroffenen Unternehmen und Haushalten zukommen lassen. Die lahmgelegte Wirtschaft muss daher mit massiven wirtschaftspolitischen Interventionen gestützt werden. Die Ökonomie forderte bereits sehr früh umfangreiche koordinierte Maßnahmen (z. B. *Baldwin, 2020, Bénassy-Quéré – Marimon et al., 2020*).

¹⁾ <http://www.igmchicago.org/european-economic-experts-panel/>.

Die derzeitige Krise ist eine komplexe Kombination aus Angebots- und Nachfrageschock. Durch die Beschränkungen des Wirtschaftslebens wird die Beschäftigung von Millionen Arbeitskräften eingestellt, und Lieferketten werden unterbrochen. Weiters schrumpft der Konsum der privaten Haushalte, und Unternehmen revidieren aufgrund der hohen Unsicherheit ihre Investitionspläne (Bloom et al., 2020). Die behördliche Schließung von Unternehmen ist ein Angebotschock, welcher sogar einen noch höheren Nachfrageeinbruch auslösen könnte (Guerrieri et al., 2020). Durch den Rückgang der Ausgaben von Haushalten und Unternehmen in den betroffenen Sektoren können jedoch auch in nicht direkt von der behördlichen Schließung oder der Unterbrechung von Vorleistungslieferungen betroffenen Branchen große Verluste auftreten (Guerrieri et al., 2020). Die massive Einschränkung der wirtschaftlichen Aktivität wird zudem auch solide Unternehmen unter Druck setzen, wenn sie wegen der Umsatzeinbußen in einen Liquiditätssengpass geraten.

Vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik ist es in dieser Zeit, eine V-förmige Wirtschaftsent-

wicklung zu unterstützen: Nach der ersten Phase des deutlichen Einbruches soll sich nach der Normalisierung der Situation die Wirtschaft möglichst rasch wieder erholen. Die Wirtschaftsaktivitäten sollen also möglichst schonend "eingefroren" werden, um die Verbreitung der Krankheit zu beschränken, ohne dabei einen zu großen wirtschaftlichen Schaden anzurichten. Gourinchas (2020) spricht von einem Versuch, ähnlich wie die Kurve der Ausbreitung der COVID-19-Infektionen auch die "Rezessionskurve abzuflachen". Weltweit kündigten Regierungen dazu zahlreiche finanzpolitische Maßnahmen an, wie z. B. Liquiditätshilfen für die Unternehmen in Form von Krediten, Steuerstundungen bzw. -herabsetzungen sowie nicht rückzahlbare Unterstützungszahlungen einerseits und Unterstützung für private Haushalte, die unter Arbeitslosigkeit, Einkommensverlusten und großer Unsicherheit leiden, sowie Hilfe für besonders betroffene Branchen andererseits. Hinzu kommen zusätzliche Mittel für bestimmte staatliche Aktivitäten und Bereiche, wie etwa das Gesundheitssystem oder die Forschung.

Die Wirtschaftspolitik strebt eine V-förmige Wirtschaftsentwicklung an: Nach dem Einbruch der Wirtschaftsaktivität soll der Normalisierung der Situation eine möglichst rasche Erholung folgen.

1. Europäische Länder agieren schnell und entschlossen mit wirtschaftspolitischen Hilfspaketen

Die europäischen Länder erkannten die Gefahren der COVID-19-Pandemie für die Wirtschaft und kommunizierten notwendige Eingriffe rechtzeitig. Österreich und Deutschland waren unter jenen Ländern, die am schnellsten reagierten und erste Hilfsmaßnahmen setzten, die seither mehrmals erweitert wurden. Sie setzen mehrere Fiskalmaßnahmen mit direkter Auswirkung auf den Staatshaushalt ein. Manche davon sind dauerhaft, wie Transfers an private Haushalte, Subventionen an Unternehmen sowie öffentlicher Konsum bzw. Investitionen – vor allem Gesundheits- und Forschungsausgaben. Andere haben temporäre Budgeteffekte, wie zeitlich befristete Steuersenkungen (z. B. in Österreich Steuerfreiheit von Bonuszahlungen 2020 für Angehörige systemkritischer Berufe). Dazu kommen massive Liquiditätsmaßnahmen. Manche davon haben keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Staatshaushalt (Garantien und Haftungen für Kredite), allerdings können zeitverzögerte Effekte auftreten (wenn Haftungen und Garantien schlagend werden oder die gestundete Steuerzahlung aufgrund von Insolvenz des Unternehmens endgültig ausfällt). Manche Liquiditätsmaßnahmen haben durchaus unmittelbare Budgetwirkungen, diese bedeuten jedoch nur eine zeitliche Verschiebung, d. h. sie werden später wieder kom-

pensiert (Steuerstundungen und -herabsetzungen).

Neben Maßnahmen für Unternehmen (Ein-Personen- sowie kleine und mittlere Unternehmen), Maßnahmen zur sozialen Sicherung, steuerlichen Maßnahmen (für Unternehmen und private Haushalte) und sonstigen Maßnahmen (Ausgaben für Gesundheit und Forschung, Pflege, Medienförderung) setzten alle Länder zahlreiche Maßnahmen zur Unterstützung des Gesundheitssystems mit zusätzlichen Mitteln (Abbildungen 1 und 2, Übersicht 1) – diese werden im folgenden Überblick nicht explizit erwähnt.

In **Österreich** umfasst das Hilfspaket 39,4 Mrd. € (etwa 10% des BIP); davon entfallen 38 Mrd. € auf den Bund und knapp 1,4 Mrd. € auf die Länder (Stand 15. April 2020). Es sieht einen Notfallfonds von 15 Mrd. €, 9 Mrd. € für Kreditgarantien und -haftungen, die Unterstützung der Unternehmen durch Steuerstundungen und Steuerherabsetzungen (10 Mrd. €)²⁾ sowie einen Härtefallfonds für Ein-Personen-Unternehmen und kleine und mittlere Unternehmen (2 Mrd. €) und verschiedene weitere Maßnahmen (z. B. zusätzliche Ausgaben für Gesundheit und Pflege, Medienförderung sowie Forschung) im Umfang von 2 Mrd. € vor.

Die von der COVID-19-Pandemie betroffenen Länder reagierten auf den Einbruch der Wirtschaftsaktivität rasch, aber international noch unkoordiniert.

In Österreich stehen Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität von Unternehmen und zur Unterstützung von privaten Haushalten im Mittelpunkt.

²⁾ Das erwartete Gesamtvolumen der steuerlichen Maßnahmen von 10 Mrd. € umfasst auch kleinere Steuererleichterungen mit einem sehr geringen Umfang (die Verschiebung der Tabaksteuererhöhung

vom 1. April 2020 auf den 1. Oktober 2020 sowie die Steuerfreiheit von Bonuszahlungen für Angehörige systemkritischer Berufe).

Ein erweitertes Corona-Kurzarbeitsmodell wurde ursprünglich mit 400 Mio. € veranschlagt und in mehreren Schritten auf inzwischen 5 Mrd. € aufgestockt, die aus dem Notfallfonds von 15 Mrd. € kommen. Die Hilfsmaßnahmen wurden von der Bundesregierung angekündigt mit dem Ziel, die Volkswirtschaft gegen die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise so umfassend wie möglich zu schützen. Auf Bundesländerebene wurden Hilfsmaßnahmen von knapp 1 Mrd. € angekündigt.

In den meisten europäischen Ländern wurden ähnliche Kombinationen expansiver Maßnahmen ergriffen (Abbildungen 1 und 2, Übersicht 1).

Deutschland setzte bereits Mitte März Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie mit Fokus auf Kurzarbeit und Liquiditätssicherung.

Deutschland kündigte bereits am 13. März 2020 ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Abfederung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie an. Dieses enthielt ein unbegrenztes Kreditprogramm für Unternehmen und ein Hilfspaket für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Dieses erste Paket wurde mit einer Abstimmung im Bundestag am 23. März 2020 zu einem umfassenden Rettungspaket mit einem Gesamtvolumen von 1,2 Bio. € (35% des BIP) ausgedehnt. Es umfasst 122,5 Mrd. € für unterschiedliche Hilfsprogramme, wie etwa Soforthilfen für Klein- und Ein-Personen-Unternehmen (50 Mrd. €), eine Lockerung der Bedingungen für Kurzarbeitsgeld (10 Mrd. €) und weitere Mittel für das Gesundheitssystem. Der Rückgang der Steuereinnahmen macht darüber hinaus 33,5 Mrd. € aus³). Soforthilfe kann beim Bundesland bzw. der Kommune beantragt werden; Unternehmen mit bis zu 5 Beschäftigten können so einen Zuschuss zu den Betriebskosten für drei Monate bis zu 9.000 € erhalten, Unternehmen mit höchstens 15 Beschäftigten bis zu 15.000 €. Ein neu eingerichteter Wirtschaftsstabilisierungsfonds dient als Liquiditätshilfe für Unternehmen. Davon entfallen 400 Mrd. € auf Garantien zur Absicherung von Unternehmensverbindlichkeiten, 100 Mrd. € auf direkte vorübergehende Unternehmensbeteiligungen und 100 Mrd. € auf Kreditaufnahmen zur Refinanzierung COVID-19-bedingter Sonderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Zudem wurde der Garantierahmen für die KfW auf 449 Mrd. € erweitert.

Frankreich und Spanien kombinieren direkte budgetäre Maßnahmen und Liquiditätshilfen.

In **Frankreich** betragen die bis Mitte April 2020 angekündigten fiskalpolitischen Maßnahmen insgesamt rund 100 Mrd. € (4,0% des BIP); das bedeutet eine Verdoppelung der ursprünglich angekündigten Hilfsmaßnahmen von 2% des BIP (45 Mrd. €). Das Paket kombiniert direkte budgetäre Maßnahmen und Liquiditätshilfen. Es umfasst einen Fonds für kleine Unternehmen, die Stundung der Körperschaftsteuerschuld und der

Zwei Pakete sehen in Italien Hilfen im Ausmaß von einem Viertel des BIP vor. Die direkten Fiskalausgaben wurden aber zunächst geringer dimensioniert als in Deutschland und Österreich.

Sozialversicherungsbeiträge für kleine Unternehmen, die Zahlung der bisherigen Bezüge an entlassene Arbeitskräfte für zwei Monate und ein Kurzarbeitsmodell ("chomage partiel")⁴). Überdies werden direkte Zahlungen an Klein- und Ein-Personen-Unternehmen, freiberuflich Tätige und Selbständige gewährt. Für Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen gilt ein Aufschub von Miet- und Fixkosten sowie Zahlungen für Strom, Gas und Telekommunikation. Die zugesagten Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität betragen zurzeit etwa 312 Mrd. € (13% des BIP).

Spanien kündigte ein Hilfspaket von 17 Mrd. € (1,4% des BIP) an direkten Fiskalmaßnahmen an, die erweitert werden können. Es sieht die Unterstützung von Wohnungsmieten, die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen für Unternehmen und Arbeitsmarktmaßnahmen vor. Darunter fallen der Anspruch auf Arbeitslosengeld für Arbeitskräfte, die aufgrund der COVID-19-Krise vorübergehend entlassen wurden (ERTE), die Erhöhung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für COVID-19-Infizierte oder in Quarantäne gestellte Arbeitskräfte von 60% auf 75%, eine befristete monatliche Beihilfe von 430 € für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen, deren Vertrag (Laufzeit mindestens zwei Monate) während des Ausnahmezustandes ausläuft und die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Dazu kommen 8% des BIP in Form von Kredithilfen und Garantien (100 Mrd. €).

Italien stellte mit dem am 17. März 2020 vorgestellten Notfallpaket "Cura Italia" im ersten Schritt 25 Mrd. € zur Verfügung. Davon sollen etwa 12 Mrd. € auf unmittelbare Gesundheitsausgaben, Überbrückungskredite für kleine und mittlere Unternehmen, eine Steuerstundung und einen umfassenderen Arbeitnehmerschutz verwendet werden (die Nettoausgaben steigen dadurch um 20 Mrd. € oder 1,1% des BIP). Am 6. April wurde ein weiteres "Liquidity Decree" präsentiert, welches zusätzlich staatliche Garantien von bis zu 400 Mrd. € (22% des BIP) zur Verfügung stellt. Der Garantierahmen dieses und früherer Programme zielt darauf ab, mehr als 750 Mrd. € (fast 50% des BIP) an Liquidität für Unternehmen und private Haushalte bereitzustellen. Zu den wichtigsten Maßnahmen, die im Rahmen der Pakete "Cura Italia" und "Liquidity Decree" genehmigt wurden, gehören: ein Moratorium für die Rückzahlung von Darlehen für bestimmte private Haushalte und Klein- und Mittelbetriebe (einschließlich Hypotheken und Überziehungskredite), staatliche Garantien für Darlehen an alle Unternehmen, eine staatliche Garantie für die staatliche Entwicklungsbank ("Cassa Depositi e Prestiti")

³) Die Steuermindereinnahmen umfassen Steuerstundungen und wegfallende Steuereinnahmen und können somit nicht eindeutig zugeordnet werden. Im Folgenden werden sie aber als Liquiditätsmaßnahmen

eingeorordnet, da die Steuerstundungen als vorerst temporäre Maßnahmen zur Liquiditätshilfe dienen.
⁴) <https://www.economie.gouv.fr/coronavirus-soutien-entreprises>.

zur Unterstützung der Kreditvergabe und Liquidität der Banken, damit diese mittlere und große Unternehmen finanzieren können,

sowie Exporthaftungen durch die Exportkreditagentur SACE.

Übersicht 1: Wirtschaftspolitische Maßnahmen ausgewählter Länder

Stand 15. April 2020

	Fiskalmaßnahmen		Liquiditätsmaßnahmen	
	Mrd. €	In % des BIP	Mrd. €	In % des BIP
Österreich	9	2,3	29	7,3
Kurzarbeit	5			
Härtefallfonds	2			
Sonstige Ausgaben (Gesundheit, Forschung, Medienförderung)	2			
Notfallfonds (ohne Kurzarbeit) ¹⁾			10	
Kreditgarantien und Haftungen			9	
Steuerstundungen und Herabsetzung von Steuervorauszahlungen			10	
Deutschland	90	2,6	1.100	32
Soforthilfen für Klein- und Ein-Personen-Unternehmen	50			
Lockerung der Bedingungen für Kurzarbeitsgeld	10			
Hilfspaket für die Kultur- und Kreativwirtschaft, Ausgaben für das Gesundheitssystem ²⁾				
Frankreich	45	1,9	312	12,9
Fonds für kleine Unternehmen, Stundung der Körperschaftsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge für kleine Unternehmen, zwei Monate staatliche Zahlungen an entlassene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Kurzarbeitsmodell ("chomage partiel"), Garantien und Haftungen, Liquiditätshilfe und direkte Zahlungen für Selbstständige und Klein- und Mittelbetriebe, steuerliche Maßnahmen, Kreditmoratorium, Aufschub von Miet- und Fixkosten und Zahlungen für Strom, Gas und Telekommunikation für betroffene Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen				
Spanien	17	1,4	100	8
Kurzarbeit, Unterstützung für Arbeitslose und Selbständige, Stundung von Sozialbeiträgen, Kreditgarantien				
Italien	25	1,4	400	22,4
Gesundheitsausgaben	3,2			
Arbeitsschutz	10,3			
Verschiebung von Steuerabgaben	6,4			
Überbrückungskredite für kleine und mittlere Unternehmen	5,1			
Vereinigtes Königreich	22	0,9	369	15,0
Kurzarbeit (UK Coronavirus Job Retention Scheme), Kreditgarantien, Unterstützung von Mieterinnen und Mietern, Stundung der Mehrwertsteuer, zusätzliche Mittel für das Sozialsystem				
Portugal	5,5	2,5	4	1,8
Kurzarbeit, Unterstützung für Arbeitslose und Selbständige, Kreditgarantien, Steuerstundungen				
Schweiz	9,5	1,4	30	4,6
Kurzarbeit, Unterstützung für Arbeitslose und Selbständige, Kreditgarantien und Haftungen, Finanzhilfe für stark betroffene Unternehmen, Kompensation für abgesagte Veranstaltungen, Stundung von Sozialbeiträgen				

Q: IMF Policy Tracker (<https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/Policy-Responses-to-COVID-19>), OECD Policy Tracker (<https://www.oecd.org/coronavirus/en/>), nationale und internationale Medienberichte. – ¹⁾ Direkte Fiskalmaßnahmen für Kurzarbeit 5 Mrd. €. Der österreichische Notfallfonds ist eine Mischung aus Zuschüssen und Kreditgarantien und ist daher schwierig einzuordnen. Teile des Notfallfonds können z. B. später (in Phase 2) direkte fiskalische Kosten verursachen. – ²⁾ Ohne Steuermindereinnahmen (33,5 Mrd. €).

Die osteuropäischen Länder sind von der COVID-19-Pandemie bisher weniger betroffen. Dennoch kündigten sie ebenfalls wirtschaftspolitische Hilfspakete an.

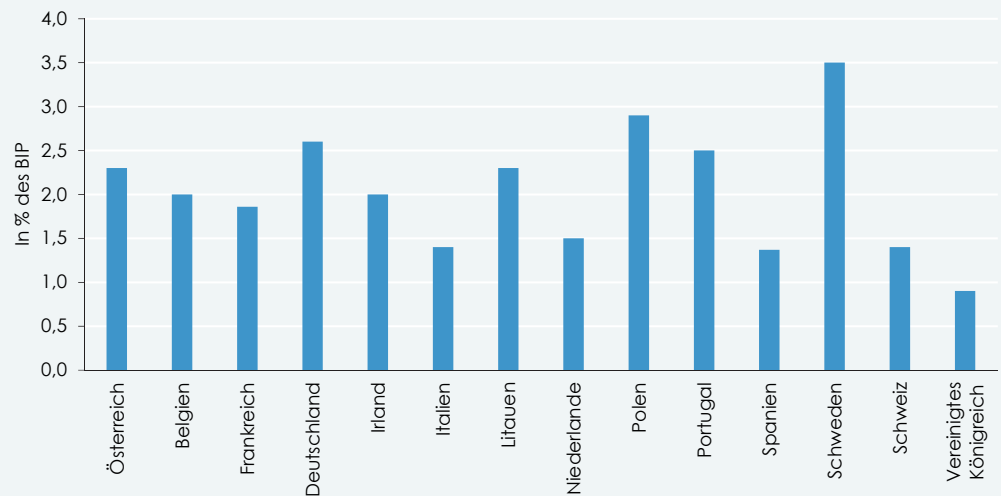
In **Osteuropa** stieg die Zahl der COVID-19-Infizierten bisher weniger stark als in den meisten westeuropäischen Ländern. Dazu trug auch die Implementierung von strikten restriktiven Maßnahmen bei. Trotzdem wird die Wirtschaft der Region substantiell und tief betroffen sein, das wiiw erwartet für die meisten Länder eine Rezession im Ausmaß von -3% bis -5% des BIP⁵⁾. Die meisten Länder haben auch substantielle Hilfspakete angekündigt. Einschließlich direkter Fiskalmaßnahmen und Liquiditätshilfen betragen diese Hilfsmaßnahmen in Kroatien 11% des BIP, in Tschechien 3%, in Ungarn bis zu 20% und in Slowenien 6,3%. Unter Österreichs Nachbarländern hat Tschechien als erstes Land die Restriktionen frühzeitig gelockert.

Das Ziel der Liquiditätssicherung dominiert die Hilfsmaßnahmen im Vereinigten Königreich.

Das **Vereinigte Königreich** kündigte am 20. März 2020 einen "Plan for People's Jobs and Incomes" an, mit der Zusage, 80% der Löhne und Gehälter der Beschäftigten zu übernehmen. Mehrere weitere Maßnahmen

(Steuerstundungen 30 Mrd. £, zusätzliche Mittel für das Sozialsystem 7 Mrd. £, pauschale Transfers an kleine Unternehmen bis zu 25.000 £, Unterstützung für Hypothekenrückzahlungen – Local Housing Allowance, Unterstützungen für Selbständige) sollen einen Einbruch der Wirtschaftsaktivitäten verhindern. Insgesamt umfasst das Hilfspaket 350 Mrd. £ (knapp 16% des BIP), wobei 20 Mrd. £ (22 Mrd. €) auf steuerliche Maßnahmen und nicht rückzahlbare Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen und 330 Mrd. £ (369 Mrd. €) auf Kreditgarantien entfallen. Das Kurzarbeitsmodell (Coronavirus Job Retention Scheme) sieht eine Beurlaubung ("furlough") von Beschäftigten vor; der Staat erstattet den Unternehmen 80% der Arbeitnehmerlöhne bis zu 2.500 £. Darüber hinaus richtete die Regierung einen speziellen Fonds (1,25 Mrd. £) zur Unterstützung durch direkte Transfers und Kredite für innovative Unternehmen im Bereich Forschung und Entwicklung ein.

Abbildung 1: Umfang der direkten Fiskalmaßnahmen in ausgewählten Ländern



Q: IWF, WIFO-Berechnungen.

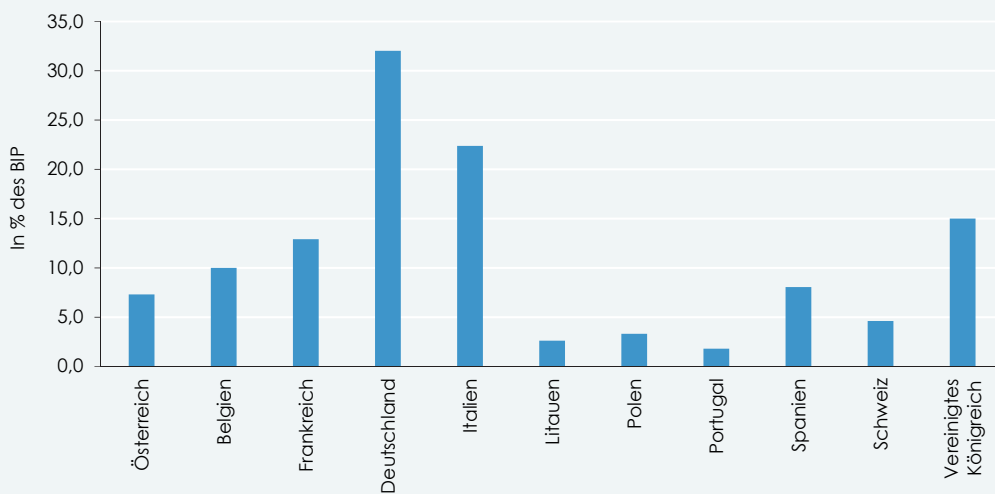
Österreich, Dänemark und Norwegen richteten darüber hinaus Härtefallfonds ein für Unternehmen mit besonders großen Umsatzeinbußen: Unter bestimmten Bedingungen erhalten diese Unternehmen zur Deckung ihrer Fixkosten nicht rückzahlbare Mittel. Mehrere Länder (etwa Österreich, Deutschland, Belgien, Frankreich, Irland, Estland, Slowenien) führten eine Soforthilfe für kleine und mittlere Unternehmen, Selbständige und freiberuflich Tätige ein. Diese Pauschalzahlungen stellen eine vorübergehende Hilfe bei Entfall von Umsätzen bereit. Auch Moratorien für unterschiedliche Zahlungen, wie etwa Mieten, Hypothekarkredite, Fixkosten von Unternehmen

oder Darlehen an Kleinunternehmen, wurden in mehreren Ländern implementiert.

Der auf dieser Basis und anhand des IMF Policy Tracker, zusammengestellte internationale Überblick (Übersicht 1, Abbildungen 1 und 2) des Anteils der Maßnahmen am BIP ist nur begrenzt vergleichbar, da die Implementierung der Maßnahmen in den einzelnen Ländern mit unterschiedlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte einhergeht. Vor allem Steuerstundungen und Steuerherabsetzungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf den Staatshaushalt.

⁵⁾ <https://wiiw.ac.at/eastern-europe-coronavirus-tracker-preparing-for-the-worst-n-430.html>.

Abbildung 2: Umfang der Liquiditätsmaßnahmen in ausgewählten Ländern



Q: IWF, WIFO-Berechnungen.

In den **USA** wird heftig über eine angemessene wirtschaftspolitische Reaktion auf die COVID-19-Krise diskutiert, besonders hinsichtlich des drastischen Anstieges der Arbeitslosigkeit. Schließlich stimmte der Senat einem Gesamtpaket von 2 Bio. \$ zu (rund 1,85 Bio. €, etwa 10% des BIP). Es umfasst die Erweiterung der Unterstützungszahlungen von 231 Mrd. € für Arbeitslose, 324 Mrd. € für Kredite an Kleinunternehmen, 462 Mrd. € für andere Unternehmenskredite (einschließlich des notleidenden Unternehmens Boeing) und Steuerstundungen von 204 Mrd. €. 138 Mrd. € sind als Hilfe für die einzelnen Bundesstaaten geplant, darüber hinaus 108 Mrd. € für das Gesundheitssystem, Krankenhäuser und die Pflege. Einer der am heftigsten diskutierten Punkte betraf die Frage, ob alle Bürgerinnen und Bürger Direktzah-

lungen oder nur Arbeitslose eine Unterstützung erhalten sollen, welche die Hauptverlierer der Krise stärker unterstützen würde. Letztlich werden 278 Mrd. € an Direktzahlungen an die Bevölkerung geleistet: alle Personen mit einem Bruttojahreseinkommen unter 75.000 \$ erhalten einen Scheck über 1.200 \$, hinzu kommen 500 \$ für jedes Kind. Wie ein Vergleich des Ansatzes der USA zur Bekämpfung der COVID-19-Krise mit jenem der deutschen Bundesregierung (Abbildung 3) zeigt, konzentrieren sich die USA auf Arbeitslosen-zahlungen und Direkttransfers, um den Einkommenschock für die privaten Haushalte abzufedern. In Deutschland wird hingegen wie in den meisten anderen europäischen Ländern versucht, Beschäftigungsverhältnisse durch Subventionen (oft in Form von Kurzarbeit) aufrechtzuerhalten.

In den USA wurden erweiterte Arbeitslosen-zahlungen und Direkt-transfers eingeführt, um den Einkommenschock für die privaten Haushalte abzufedern, besonders hinsichtlich des drastischen Anstieges der Arbeitslosigkeit.

2. Ein Kurzarbeitsmodell zur Stabilisierung der Beschäftigung und für die spätere Erholungsphase

In mehreren EU-Ländern erweist sich als wichtige Krisenbekämpfungsmaßnahme ein Kurzarbeitsmodell, welches zur Stabilisierung der Beschäftigung, aber auch zur Stützung einer rascheren Erholung der Wirtschaft empfohlen wird. In Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, Italien und Spanien wurde ähnlich wie in Österreich und Deutschland ein solches Kurzarbeitsmodell eingeführt oder bestehende Kurzarbeitsmodelle erweitert. Kurzarbeitsprogramme ermöglichen es Arbeitgebern, bei einem vorübergehenden Nachfrage- oder Produktionseinbruch die Arbeitszeit der Beschäftigten zu verringern statt sie zu entlassen. Die Arbeitskräfte erhalten je nach Einkommensniveau 80% bis 90% des vorherigen Nettoeinkommens; der Staat erstattet den Arbeitgebern die Sozialversicherungsbeiträge und ersetzt

die Mehrkosten im Vergleich mit der tatsächlichen Arbeitszeit. Das Horten von Arbeitskräften im Unternehmen während der Rezession ermöglicht es dem Unternehmen, spezifisches Humankapital im Unternehmen zu halten und den kostspieligen Prozess der Entlassung, Neueinstellung und Ausbildung bzw. Einarbeitung zu vermeiden. Für die Arbeitskräfte erhält diese Maßnahme den Wert ihres (unternehmens-)spezifischen Humankapitals, und die häufig langfristig nachwirkenden materiellen, psychischen und sozialen Kosten der Entlassung werden vermieden (Davis – von Wachter, 2011, Schmieder – von Wachter – Heining, 2019). Gut konzipierte und zielgerichtete Kurzarbeitsregelungen können daher ein wirksames Instrument sein, um Arbeitsplätze und Unternehmen zu retten und die Erholung der Wirtschaft nach der

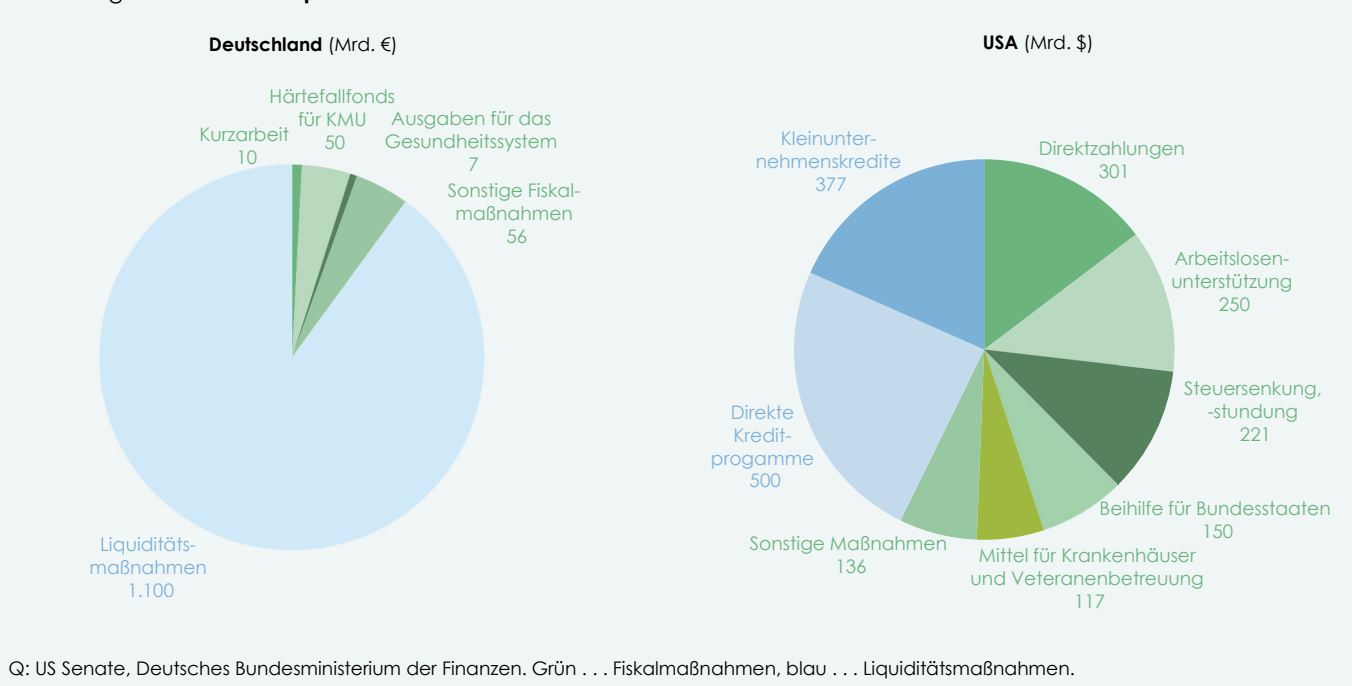
Das Kurzarbeitsmodell von Österreich und Deutschland inspirierte teilweise auch den EU-Vorschlag für ein Instrument zur Unterstützung kurzfristiger Arbeitsprogramme in den Mitgliedsländern.

Krise zu beschleunigen. Nach *Giupponi – Landais (2020)* kann das Kurzarbeitsmodell positive Auswirkungen auf die Beschäftigung haben und wirksamer als die Arbeitslosenversicherung oder universelle Transfers sein.

Das Ausmaß der übernommenen Zahlung variiert in den einzelnen EU-Ländern zwischen 60% und 100% der Brutto- oder Nettogehälter. In Dänemark übernimmt der Staat 75% der Gehälter, unter der Bedingung, dass das Unternehmen keine Arbeitskräfte kündigt; das Gesamtvolumen der erforderlichen Ausgaben für das Hilfspaket könnte somit bis zu 13% des BIP erreichen. Das österreichische Modell erlaubt eine vorübergehende Arbeitszeitverkürzung um bis zu 90% bei Auf-

rechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses und nahezu vollem Lohnausgleich. Diese Maßnahme kann zur Überbrückung des wirtschaftlichen Einbruches beitragen, da sie durch eine Stabilisierung der Nachfrage die Rückkehr zur regulären Wirtschaftsaktivität nach der Krise erleichtert (*Schnitzer – Tamesberger – Theurl, 2020*). Das österreichische Modell gewann – zusammen mit dem sehr ähnlichen deutschen und dänischen Modell – jüngst an Popularität und inspirierte auch den Vorschlag der Europäischen Kommission für ein Instrument zur Unterstützung kurzfristiger Arbeitsprogramme in den Mitgliedsländern (*SURE; Vandenberg et al., 2020*).

Abbildung 3: Fiskal- und Liquiditätsmaßnahmen in Deutschland und den USA



3. EU-weite und internationale Antwort der Wirtschaftspolitik

Die raschen ersten Reaktionen der betroffenen Länder auf den Ausbruch der COVID-19-Krise werden ergänzt durch Maßnahmen auf internationaler Ebene.

Die ersten Reaktionen auf den Ausbruch der COVID-19-Krise waren auf nationaler Ebene, vor allem in Europa, rasch und umfassend. Sie werden ergänzt durch Maßnahmen auf internationaler Ebene. So kündigte der Internationale Währungsfonds an, die außerordentlichen fiskalischen Maßnahmen, die viele Länder bereits ergriffen haben, durch Hilfgelder bis zu 1 Bio. \$ zu unterstützen. Davon entfallen 50 Mrd. \$ auf Notfallkredite für Schwellen- und Entwicklungsländer, wobei 10 Mrd. \$ zu einem Zinssatz von 0% zur Verfügung gestellt werden. Auf EU-Ebene ergreift die Europäische Kommission außerordentliche fiskalische Maßnahmen: Durch Aktivierung der Notfallklausel im Fiskalpakt wurden die Defizitregeln für 2020 außer Kraft gesetzt⁶⁾. Zudem wurden die Regeln für Staats-

hilfen gelockert, um die massiven Unterstützungsmaßnahmen der Mitgliedsländer für Unternehmen zu ermöglichen, die andernfalls nicht EU-rechtskonform wären. Im Rahmen einer "Investitionsinitiative zur Bewältigung der Corona-Krise" sollen zudem 37 Mrd. € an nicht verwendeten und noch nicht zugewiesenen Strukturfondsmitteln aus dem EU-Budget umgelenkt werden. Eine Erweiterung des Anwendungsbereiches des Europäischen Solidaritätsfonds erlaubt darüber hinaus, 2020 bis zu 800 Mio. € an von der COVID-19-Krise betroffene Mitgliedsländer auszuschiütten. Weitere 179 Mio. € können aus dem Europäischen Globalisierungsfonds für die Unterstützung krisenbedingt Arbeitsloser verwendet werden. Die Europäische Kommission stellte so bis Anfang April

⁶⁾ [https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/03/23/statement-of-eu-ministers-of-](https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/03/23/statement-of-eu-ministers-of-finance-on-the-stability-and-growth-pact-in-light-of-the-covid-19-crisis)

[finance-on-the-stability-and-growth-pact-in-light-of-the-covid-19-crisis.](https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/03/23/statement-of-eu-ministers-of-finance-on-the-stability-and-growth-pact-in-light-of-the-covid-19-crisis)

2020 insgesamt bis zu 38 Mrd. € an Mitteln für die Mitgliedsländer zur Verfügung.

Die Europäische Zentralbank hat ein neues Pandemie-Notfallprogramm zum Ankauf von Staatsanleihen (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) im Ausmaß von 750 Mrd. € implementiert. Dieses Programm hilft, den Druck auf die Finanzmärkte zu vermindern, und gewährleistet die Vergabe von Krediten an Regierungen und Unternehmen für jetzt erforderliche stabilisierende Maßnahmen. Es kommt zusätzlich zum Volumen von 120 Mrd. €, das am 12. März 2020 bereits beschlossen wurde. Die Maßnahmen dämpften unmittelbar die Renditen auf Staatsanleihen im Euro-Raum und sicherten somit zunächst die günstigen Finanzierungsbedingungen für Unternehmen. Wenn die Verzinsung der Staatsanleihen zwischen den Ländern zu weit divergiert, kann die EZB ihre auf den ganzen Euro-Raum gerichtete Politik kaum effizient durchführen. Das neue Programm wirkt dem effektiv entgegen, indem die Ankäufe von Anleihen durch die EZB flexibel gestaltet werden – die Ankäufe können auch hinsichtlich der Anlageklassen und Länder variieren. Kurzfristige Hindernisse oder Beschränkungen für den Ankauf von Staatsanleihen wurden dadurch beseitigt.

Weiters stellte die EZB Refinanzierungsgeschäfte von bis zu 3 Bio. € zu einem Zinssatz von –0,75% – dem bisher niedrigsten Zinssatz überhaupt – zur Verfügung, um den Banken jene Liquidität zu verschaffen, die die Realwirtschaft benötigen wird. Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde stellte zusätzlich rund 120 Mrd. € in Form von Eigenkapitalerleichterungen für die Banken bereit. Das Programm ermöglicht zudem, Unternehmensanleihen mit hinreichender Bonität anzukaufen und die Sicherheiten im Rahmen von Refinanzierungsgeschäften auszuweiten.

Allerdings wird befürchtet, dass die Maßnahmen der Regierungen und der Zentralbanken nicht ausreichen werden, um die wirtschaftlichen Turbulenzen in der EU ausreichend abzufedern. Deshalb wird diskutiert, wie bestehende oder neue Institutionen oder Instrumente der EU den Fiskalimpuls weiter stärken könnten, damit nicht die gesamte Last auf die öffentlichen Haushalte der Mitgliedsländer fällt (Bénassy-Quéré – Boot et al., 2020, Südekum et al., 2020). So könnten etwa weitere Finanzierungshilfen an einzelne Länder aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geleistet werden. Allerdings ist die ESM-Finanzierung an Reformbedingungen geknüpft, welche in der aktuellen Krise nicht angemessen erscheinen. Dazu wurde auch die Diskussion wiederbelebt, ob dem Euro-Raum nicht ein Instrument zur gemeinsamen Verschuldung zur Verfügung stehen sollte, damit alle Länder die notwendigen Ausgaben unter möglichst rentablen Konditionen in den nächsten Monaten tätigen können. Neun EU-Regierungsoberhäupter forderten den Europäischen Rat am 25. März 2020 in einem offenen Brief auf, die Option von Eurobonds zu diskutieren.

Insbesondere die Euro-Länder an der Peripherie mit höherer Verschuldung könnten mangels Budgetspielraumes nicht ausreichend in der Lage sein, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Eine unzureichende fiskalpolitische Reaktion dieser Länder würde eine ungleichmäßige Erholung aus der COVID-19-Krise bedeuten und somit das Risiko einer weiteren Divergenz im Euro-Raum bergen (Gourinchas, 2020). Daher wurde eine Lastenteilung der Krise durch einen EU-Wiederaufbaufonds als Option vorgeschlagen, mit dem Argument, eine rasche Erholung der Wirtschaft nach der Krise sei im Eigeninteresse aller Euro-Länder.

Die EZB implementierte ein neues Pandemie-Notfallprogramm zum Ankauf von Staatsanleihen (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP), das kurzfristig die Finanzmärkte stabilisiert hat.

Ergänzend zu den Maßnahmen der Regierungen und der Zentralbanken werden in der EU verschiedene fiskalpolitische Ansätze diskutiert, um eine gemeinsame EU-weite Hilfe bereitzustellen, etwa Kredite des ESM, ein neues gemeinsames Finanzinstrument oder einen EU-Wiederaufbaufonds.

Übersicht 2: Kategorien von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Krise

Nationale Maßnahmen	Geldpolitische Maßnahmen der EZB	Fiskalpolitische Maßnahmen
<p>Direkte Fiskalmaßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Direkte Transfers • Subventionen und Kurzarbeit • Gesundheitsausgaben <p>Liquiditätsmaßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Garantien und Haftungen • Steuerstundungen <p>Monetäre Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Senkung des antizyklischen Kapitalpuffers 	<p>Pandemie-Notfallprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ankauf von Staatsanleihen: 750 Mrd. € • Refinanzierungsgeschäfte zum bisher niedrigsten Zinssatz von –0,75% • Eigenkapitalerleichterungen durch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde: 120 Mrd. € 	<p>Auf EU-Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Investitionsinitiative zur Bewältigung der COVID-19-Krise (38 Mrd. €) • Erweiterte ESM-Kreditlinien (bis zu 240 Mrd. €) • Kreditprogramm der Europäischen Investitionsbank (bis zu 200 Mrd. €) • Solidaritätsinstrument – SURE-Programm (bis zu 100 Mrd. €)

Q: WIFO-Darstellung.

Anlässlich des Treffens am 7. und 9. April 2020 nahm die Eurogruppe ein erstes EU-weites Hilfspaket an⁷⁾. Es umfasst erweiterte ESM-Kreditlinien (bis 240 Mrd. €) für Staaten, die sich auf dem Markt nicht ausreichend

finanzieren können, sowie ein breites Kreditprogramm der Europäischen Investitionsbank (bis 200 Mrd. €), um kleinen Unternehmen zusätzliche günstige Kredite zur Verfügung zu stellen. Das SURE-Programm der

⁷⁾ <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/04/09/report-on-the-comprehensive->

[economic-policy-response-to-the-covid-19-pandemic/.](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/04/09/report-on-the-comprehensive-economic-policy-response-to-the-covid-19-pandemic/)

Europäischen Kommission (bis zu 100 Mrd. €) sieht zudem die Unterstützung der Staaten bei der Finanzierung nationaler Kurzarbeitsmaßnahmen vor. Eine Einigung auf ein gemeinsames Finanzinstrument oder eine Euro-Anleihe wurde bislang nicht erzielt. Allerdings wurde die Möglichkeit, solche gemein-

samen Instrumente weiter zu diskutieren, nicht ausgeschlossen, sondern in den Bericht aufgenommen. Am 14. April wurde auch ein mögliches Wiederaufbauprogramm der Europäischen Kommission im Ausmaß von bis zu 1,5 Bio. € diskutiert, Details stehen noch aus.

Jene Maßnahmen, die der Soforthilfe folgen werden, sollten auch wichtige längerfristige Ziele (wie soziale Aspekte und Klimaschutz) berücksichtigen.

4. Schlussfolgerung

Die meisten EU-Länder reagierten nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie sehr rasch, um den Wirtschaftsschock infolge der behördlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu begrenzen. Österreich brachte ein auch im internationalen Vergleich ambitioniertes Hilfspaket auf den Weg, um die wirtschaftlichen Turbulenzen abzufangen. Besondere Bedeutung kommt hier dem Kurzarbeitsmodell sowie den massiven Liquiditätshilfen für Unternehmen zu, die auch in den meisten anderen Ländern ein zentraler Baustein der finanzpolitischen Reaktion auf die Krise sind. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen laufend an die sich dynamisch ändernde Situation angepasst werden, was allen involvierten Institutionen und Ländern weiterhin ein hohes Aus-

maß an Flexibilität abverlangen wird. Zur Stabilisierung der Erwartungen und Senkung der Unsicherheit ist es wichtig, kontinuierlich Informationen und Evaluierungen über Effektivität und Effizienz der gesetzten Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise, über das weitere geplante Vorgehen, die Anpassungen bestehender Maßnahmen sowie die Dauer des "Lockdown" bereitzustellen. Vor allem dienen die Maßnahmen der Vermeidung von Beschäftigungsverlusten und Insolvenzen. Die Hilfsmaßnahmen dürfen dabei Randgruppen nicht vernachlässigen. Jene Maßnahmen, die der Soforthilfe folgen werden, sollten auch wichtige längerfristige, breiter gefächerte Ziele (wie soziale Aspekte und Klimaschutz) berücksichtigen.

5. Literaturhinweise

- Baldwin, R., Keeping the lights on: Economic medicine for a medical shock, VoxEU, CEPR Policy Portal, 2020.
- Bénassy-Quéré, A., Boot, A., Fatás, A., Fratzscher, M., Fuest, C., Giavazzi, F., Marimon, R., Martin, P., Pisani-Ferry, J., Reichlin, L., Schoenmaker, D., Teles, P., Weder di Mauro, B., A proposal for a Covid Credit Line, VoxEU, CEPR Policy Portal, 2020.
- Bénassy-Quéré, A., Marimon, R., Pisani-Ferry, J., Reichlin, L., Schoenmaker, D., Weder di Mauro, B., Europe needs a catastrophe relief plan, VoxEU, CEPR Policy Portal, 2020.
- Bloom, N., Bunn, P., Chen, S., Mizen, P., Smietanka, P., The economic impact of coronavirus on UK businesses: Early evidence from the Decision Maker Panel, VoxEU, CEPR Policy Portal, 2020.
- Correia, S., Luck, S., Verner, E., "Pandemics Depress the Economy, Public Health Interventions Do Not: Evidence from the 1918 Flu", SSRN, 2020.
- Davis, S. J., von Wachter, T., "Recessions and the costs of job loss", Brookings Papers on Economic Activity, 2011, 43(2), S. 1-72.
- Giavazzi, F., Tabellini, G., Covid Perpetual Eurobonds: Jointly guaranteed and supported by the ECB, VoxEU, CEPR Policy Portal, 2020.
- Giupponi, G., Landais, C., Building effective short-time work schemes for the COVID-19 crisis, VoxEU, CEPR Policy Portal, 2020.
- Gourinchas, P.-O., "Flattening the Pandemic and Recession Curves", econfip, Policy Brief, 2020, (23).
- Guerrieri, V., Lorenzoni, G., Straub, L., Werning, I., "Macroeconomic Implications of COVID-19: Can Negative Supply Shocks Cause Demand Shortages?", NBER Working Paper, 2020, (26918).
- Schmieder, J., von Wachter, T., Heining, J., "The costs of job displacement over the business cycle and its sources: Evidence from Germany", UCLA, Working Paper, 2019.
- Schnitzer, M., Tamesberger, D., Theurl, S., Mitigating mass layoffs in the COVID-19 crisis: Austrian short-time work as international role model, VoxEU, CEPR Policy Portal, 2020.
- Südekum, J., Felbermayr, G., Hüther, M., Schularick, M., Trebesch, C., Bofinger, P., Dullien, S., Europa muss jetzt finanziell zusammenstehen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. März 2020.
- Vandenbroucke, F., Andor, L., Beetsma, R., Burgoon, B., Fischer, G., Kuhn, T., Luigjes, C., Nicoli, F., The European Commission's SURE initiative and euro area unemployment re-insurance, VoxEU, CEPR Policy Portal, 2020.

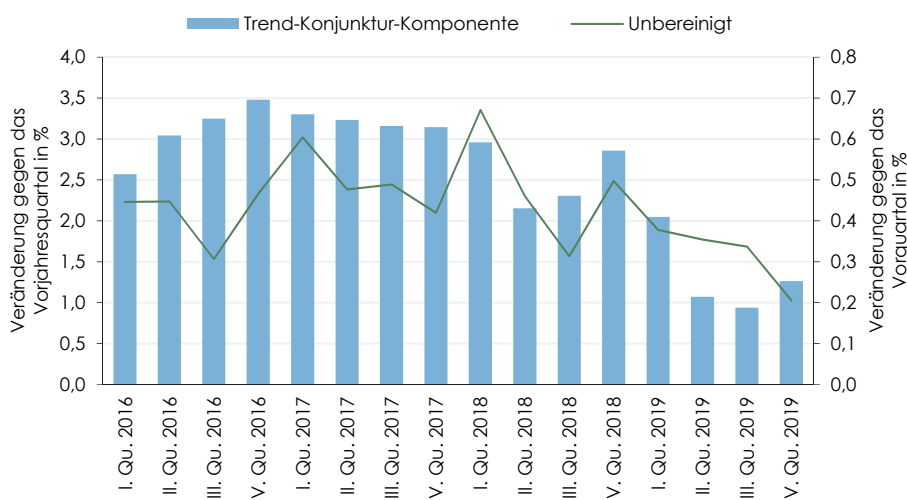
Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf 2019

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Sandra Bilek-Steindl, Thomas Leoni, Christine Mayrhuber, Stefan Schiman

- Im Jahr 2019 verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum in fast allen großen Volkswirtschaften. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China dämpfte den bilateralen Handel stark.
- Auch in Österreich verlor die Konjunktur seit Jahresbeginn deutlich an Schwung.
- Das BIP-Wachstum wurde in Österreich hauptsächlich von der Binnennachfrage getragen. In der Phase der Konjunkturabschwächung entfaltete der private Konsum seine stabilisierende Wirkung.
- Auf der Entstehungsseite erwiesen sich die Marktdienstleistungen und die Bauwirtschaft als solide Wachstumsstützen, während die Industrie in eine Rezession geriet.
- Die Tariflöhne stiegen 2019 etwas dynamischer als im Vorjahr. Auch der Familienbonus Plus erhöhte die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.
- Die Inflationsrate betrug 1,5% und lag damit unter den Werten der letzten zwei Jahre.

Entwicklung des BIP in Österreich



Dem Aufschwung der Jahre 2016 bis 2018 folgte 2019 eine Phase mäßigen Wachstums, welches im Jahresverlauf weiter abflaute.

"Im Jahr 2019 stützten die Dienstleistungen die Konjunktur in Österreich, während die Industrie in eine Rezession geriet. Nachdem sich das Wirtschaftswachstum im Jahresverlauf abgekühlt hatte, verschärfte sich die Situation aufgrund der COVID-19-Pandemie seit Anfang 2020 deutlich."

Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf 2019

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Sandra Bilek-Steindl, Thomas Leoni, Christine Mayrhuber, Stefan Schiman

Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf 2019.

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019

Wie im Ausland war die makroökonomische Entwicklung 2019 in Österreich von einem Nachlassen der Dynamik geprägt. In Österreich wurde das BIP-Wachstum hauptsächlich vom Konsum der privaten Haushalte, den Dienstleistungsbranchen und der Bauwirtschaft getragen, während die Schwäche von Industrie und Außenhandel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dämpfte. Die sich abzeichnende Erholung der Industriekonjunktur wurde durch die zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie Mitte März 2020 gesetzten Maßnahmen abrupt beendet.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Begutachtung: Andreas Reinstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at), Doris Steininger (doris.steinger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 31. 3. 2020

Kontakt: Mag. Dr. Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Dr. Jürgen Bierbaumer-Polly (juergen.bierbaumer-polly@wifo.ac.at), Mag. Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steindl@wifo.ac.at), Dr. Thomas Leoni, MA (thomas.leoni@wifo.ac.at), Mag. Christine Mayrhuber (christine.mayrhuber@wifo.ac.at), Stefan Schiman, MSc (stefan.schiman@wifo.ac.at)

Economic Slowdown in the Course of 2019. Austrian Economy in 2019

Global as well as Austrian macroeconomic development was characterised by a slowdown in 2019. In Austria, GDP growth was mainly driven by private consumption, the services sector and the construction industry, while the weakness of industry and foreign trade dampened overall economic development. The looming recovery of the industrial economy was abruptly ended by the measures taken to combat the COVID-19 pandemic in mid-March 2020.

Sowohl international als auch in Österreich nähert sich die Wirtschaft derzeit einer Rezession. Die Abkühlung der weltwirtschaftlichen Dynamik, welche im Jahr 2019 einsetzte, wird durch die Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie jäh verschärft. Mit dem erstmaligen Auftreten des Virus SARS-CoV-2 Ende 2019 und der weiteren raschen Ausbreitung in China zeigten sich erste Effekte durch lokale Produktionsausfälle und die Unterbrechung internationaler Lieferketten. In weiterer Folge setzten mit der weltweiten Ausbreitung international weitreichende negative Auswirkungen sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite ein. Auch Finanz- und Rohstoffmärkte reagierten mit deutlichen Kursschwankungen. Die zur Eindämmung gesetzten Maßnahmen schränkten in Österreich und einer Vielzahl anderer Länder die gesellschaftliche und wirtschaftliche Aktivität auf breiter Basis stark ein. In den heimischen Dienstleistungsbranchen, welche im Jahr 2019 die stabile Stütze der österreichischen Wirtschaft gewesen waren, wurden Nachfrage und Angebot im März 2020 weitgehend unterbunden.

Besonders betroffen waren die Bereiche Beherbergung und Gastronomie sowie Verkehr und Unterhaltung. Auch die Industrie und die Bauwirtschaft verzeichneten Produktionsausfälle. Die österreichische Industrie traf diese Einschränkungen in einer Schwächephase: Sie war bereits im II. Quartal 2019 in eine Rezession geraten und erholte sich bis Jahresende kaum. Vorlaufindikatoren deuteten im Jänner und Februar 2020 erstmals auf eine Verbesserung hin; diese Entwicklung kehrte sich mit der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie und den Maßnahmen zu deren Eindämmung wieder um.

Der vorliegende Bericht analysiert in einem Rückblick das Wirtschaftsgeschehen in Österreich und weltweit mit Fokus auf die heimische Lohn-, Konsum- und Preisentwicklung und schließt mit einem kurzen Ausblick auf das Jahr 2020. Eine Detailanalyse zu den Bereichen Banken und Finanzmärkte findet sich bei *Url* (2020, in diesem Heft). Berichte zur Entwicklung von Industrie, Außenhandel und Arbeitsmarkt folgen im Heft 5/2020 der WIFO-Monatsberichte.

1. Weltwirtschaft: Expansion verlangsamte sich fast überall

Die Weltwirtschaft expandierte 2019 mit real +2,9% weniger kräftig als 2018 (+3,5%). Das Wirtschaftswachstum sank in neun der zehn wichtigsten Zielmärkte Österreichs, nur im Vereinigten Königreich blieb es stabil (Übersicht 1).

Der Rohölpreis betrug Anfang 2019 etwa 55 \$ je Barrel, nachdem er in den letzten Wochen des Jahres 2018 stark nachgegeben hatte. In den ersten Monaten 2019 wurde der Preisverfall kompensiert, die Notierungen lagen im weiteren Jahresverlauf in

einer Bandbreite von 55 \$ bis 70 \$ je Barrel (Abbildung 1).

Die Verschärfung der Spannungen zwischen den USA und dem Iran im April und im November 2019 sowie der kurzfristige Ausfall von rund der Hälfte der Rohölförderung von Saudi-Arabien Mitte September hatten zwar deutliche (teilweise überschießende) Ausschläge der Notierungen zur Folge, bewirkten aber keine dauerhafte Umkehr des rückläufigen Trends¹⁾.

Der Rohölpreis stabilisierte sich 2019 auf niedrigerem Niveau.

Übersicht 1: **Wirtschaftswachstum der wichtigsten Handelspartner Österreichs**

	Gewichte 2018 in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %				
	Warenexporte ¹⁾	BIP ²⁾	2015	2016	2017	2018	2019
EU 28	69,9	16,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,5
Euro-Raum	52,0	11,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,2
Deutschland	30,1	3,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,5	+ 0,6
Italien	6,5	1,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,3
Frankreich	4,3	2,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,3
MOEL 5 ³⁾	14,6	1,6	+ 4,1	+ 2,8	+ 4,5	+ 4,5	+ 3,6
Tschechien	3,8	0,3	+ 5,3	+ 2,5	+ 4,4	+ 2,8	+ 2,4
Ungarn	3,4	0,2	+ 3,8	+ 2,2	+ 4,3	+ 5,1	+ 4,9
Polen	3,2	0,9	+ 3,8	+ 3,1	+ 4,9	+ 5,1	+ 4,1
Vereinigtes Königreich	2,8	2,2	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,4
USA	7,1	15,2	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,3
Schweiz	5,0	0,4	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9
China	2,7	18,7	+ 7,0	+ 6,6	+ 6,9	+ 6,7	+ 6,1
Insgesamt, kaufkraftgewichtet ⁴⁾		51	+ 4,1	+ 3,5	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,4
Insgesamt, exportgewichtet ⁵⁾	85		+ 2,4	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,7

Q: Eurostat, Macrobond, OECD, WIFO. – ¹⁾ Anteile an den österreichischen Warenexporten. – ²⁾ Anteile am weltweiten BIP, kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 28, USA, Schweiz, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2018. – ⁵⁾ EU 28, USA, Schweiz, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2018.

Als sich Anfang März 2020 die OPEC-Länder und 10 andere wichtige Rohölproduzenten (einschließlich Russland) weder auf eine Verlängerung der bestehenden Förderquoten (die als Minimal-Konsens erwartet wurde) noch auf eine weitere Einschränkung der Fördermengen einigen konnten, brachen die Rohölnotierungen auf unter 40 \$ je Barrel ein und lagen ab Mitte März sogar unter 30 \$ (im Jänner 2020 waren sie noch über 60 \$ gelegen). Verstärkt wurde der Preisverfall durch die Ankündigung von Saudi-Arabien, die Rohölförderung ab April 2020 sogar auszuweiten. Die Erwartung einer weltweiten Rezession als Folge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ließ die Rohölnachfrage sinken und setzte die Kurse

weiter unter Druck. Ende März 2020 notierten Brent-Futures zwischen 25 \$ und 30 \$ je Barrel.

1.1 Handelskonflikt zwischen USA und China dämpft bilateralen Handel empfindlich

In dem seit rund zwei Jahren andauernden Handelskonflikt zwischen den USA und China stiegen Chinas Zölle auf Produkte aus den USA von durchschnittlich 8% auf 21%, jene der USA auf chinesische Waren von 3% auf 21%. Der bilaterale Handel zwischen den USA und China schrumpfte bereits erheblich. Der Rückgang der Exporte der USA nach China setzte früher ein, sie verringerten sich

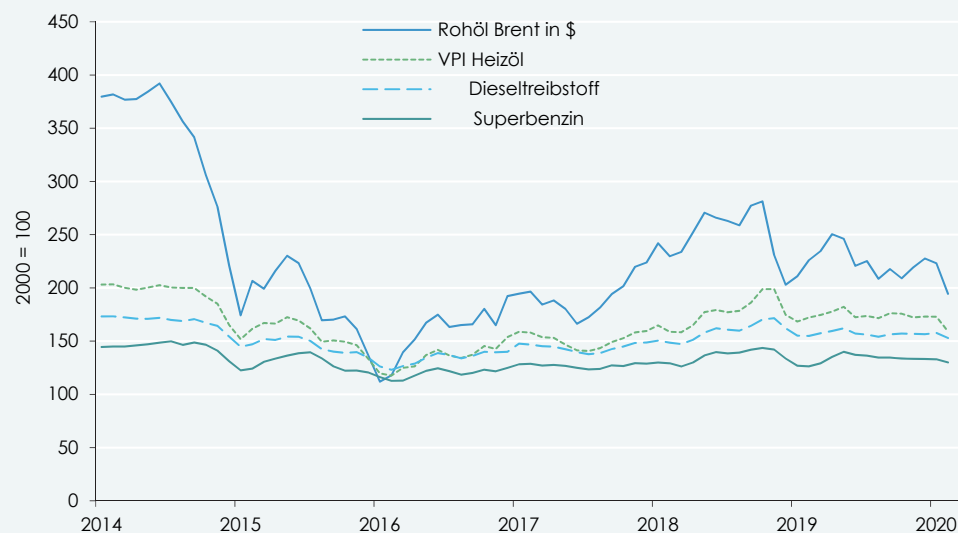
¹⁾ Die Anschläge auf die größte Rohölförderanlage in Saudi-Arabien hatten im September 2019 einen vorübergehenden Ausfall von über 50% der saudischen bzw. 5% der Weltrohölproduktion zur Folge. Am 16. September 2019, dem ersten Handelstag nach den Anschlägen, war kurzfristig ein überschießender Preisanstieg (Sorte Brent auf Dollarbasis) um gut 20% gegenüber dem letzten Handelstag vor dem Angriff

zu verzeichnen. Bereits gegen Mittag dieses Handelstages war der Preisanstieg um fast um die Hälfte korrigiert, und gegen Ende der Handelswoche lagen die Rohölnotierungen um nur noch 4½ \$ je Barrel über dem Durchschnitt der sechs Wochen vor dem Anschlag.

seit dem II. Quartal 2018 um 3 Mrd. \$ oder rund ein Viertel²⁾). Der Effekt auf die chinesischen Exporte in die USA trat später ein, sie

brachen im selben Zeitraum um 7,3 Mrd. \$ bzw. 18% ein.

Abbildung 1: Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise



Q: HWWI; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. VPI . . . Verbraucherpreisindex.

Handelsumlenkungseffekte kompensieren den Einbruch des bilateralen Handels zwischen den USA und China teilweise. Das Außenhandelsdefizit der USA verringerte sich nur wenig.

Die Anhebung der Zollsätze dämpfte aber nicht nur den bilateralen Handel, sondern löste auch Umlenkungseffekte aus. Chinas Exporteinbußen konnten so fast ganz kompensiert werden, die Exporte in andere Länder stiegen im Vergleichszeitraum trotz der Stagnation des Welthandels um 6,5 Mrd. \$ bzw. rund 4%. In den USA waren die Unternehmen diesbezüglich weniger erfolgreich, die Exporte der USA in andere Länder gingen um 2,6 Mrd. \$ bzw. 2% zurück. Gleichzeitig wurde der Ausfall an Lieferungen aus China zum Teil durch Importe aus anderen Ländern ersetzt, diese stiegen im Vergleichszeitraum um 1,2 Mrd. \$ bzw. 0,7%.

Nicht zuletzt die Handelsumlenkungseffekte beschränken die Auswirkungen des Handelskonfliktes auf das Wirtschaftswachstum bisher. Zudem wurden in beiden Ländern wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen, um den negativen Effekten entgegenzuwirken. Entgegen dem ursprünglichen Ziel der USA verringerte sich ihr Außenhandelsdefizit bislang kaum, sondern verlagerte sich von China zu den anderen Handelspartnern. Dass der Handelskonflikt keine akute Krise auslöste, sondern die Folgen langsam wirksam werden, könnte Gewöhnungseffekte mit sich bringen; die langfristigen Wohlfahrtsverluste sind gleichwohl hoch. Je länger die hohen Zollsätze bestehen bleiben, desto

schwieriger wird es, sie abzubauen, da politisch relevante Minderheiten davon profitieren und sich neue Lieferketten etablieren.

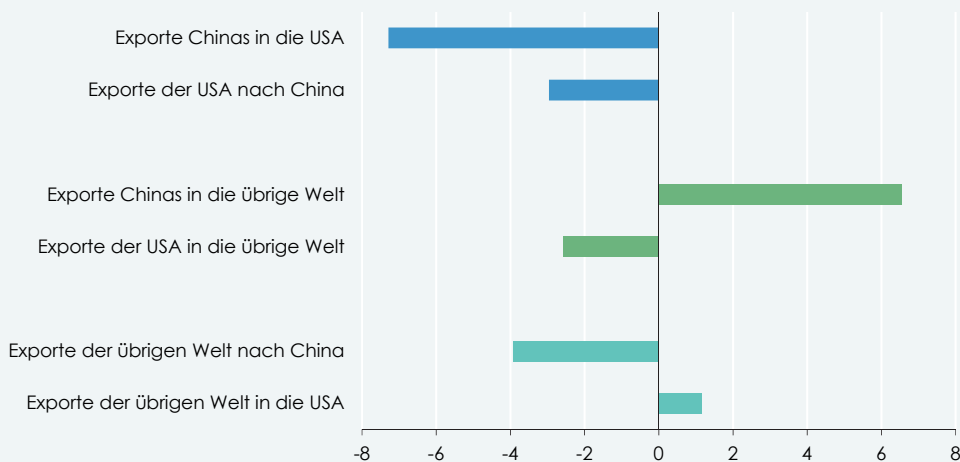
1.2 EZB lockert Geldpolitik abermals

Auch im Euro-Raum büßte die Konjunktur 2019 an Dynamik ein, das BIP-Wachstum verringerte sich von 1,9% auf 1,2%. Die Arbeitslosenquote lag in einigen Ländern noch über 10% (Griechenland, Spanien) und die Kerninflationsrate mit 1,2% unter dem Zielwert der EZB von "unter, aber nahe 2%". Die EZB senkte den Zinssatz auf die Einlagefazilität, der seit der Umstellung von Zins- auf Mengentender im Oktober 2008 als Leitzinssatz wirkt, im September 2019 von -0,40% auf -0,50%. Der Hauptrefinanzierungssatz und der Zinssatz auf die Spitzenrefinanzierungsfazilität blieben auch 2019 unverändert bei 0% bzw. 0,25%. Zudem wurde im September das dritte TLTRO-Programm aufgenommen ("targeted longer-term refinancing operations" – gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte). Es besteht aus einer Reihe von sieben Tranchen mit einer Laufzeit von jeweils drei Jahren, die seit September 2019 vierteljährlich durchgeführt werden. Ziel der Maßnahmen ist es, Banken mit günstiger Liquidität zur versorgen und dadurch deren Kreditvergabe an Unternehmen zu stimulieren.

²⁾ Veränderung zwischen den Durchschnitten April bis Juni 2018 und September bis November 2019.

Abbildung 2: Verlagerungen im weltweiten Warenhandel seit Ausbruch des Handelskonfliktes zwischen den USA und China

Veränderung Durchschnitt September bis November 2019 gegenüber Durchschnitt April bis Juni 2018 in Mrd. \$, saisonbereinigt



Q: Census Bureau, Oxford Economics, Macrobond.

2. Österreich: Abschwung im Jahresverlauf

Vor dem Hintergrund der internationalen Nachfrageschwäche wuchs Österreichs Wirtschaft im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr real um 1,6%, nominell um 3,3%. Damit kühlte sich die Konjunktur nach dem Boom 2017 und 2018 (+2½%) ab. Mitte 2019 wurde die Talsohle erreicht, nach real +0,4% im I. Quartal verlangsamte sich die Expansion auf +0,2% im II. und III. Quartal (jeweils im

Vorquartalsvergleich, Trend-Konjunktur-Komponente). Im IV. Quartal stabilisierte sich die Dynamik (+0,3%). Über das gesamte Jahr hinweg wurde das Wachstum primär von der Binnennachfrage getragen. Hier trugen die Konsumausgaben insgesamt 0,9 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei, die Bruttoinvestitionen 0,6 Prozentpunkte.

Das Wirtschaftswachstum verlor in Österreich seit Anfang 2019 deutlich an Schwung.

Übersicht 2: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2016	2017	2018	2019
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4
Staat	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9
Bruttoinvestitionen	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,6	+ 2,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,9
Ausrüstungen ²⁾	+ 9,3	+ 6,3	+ 4,3	+ 3,4
Bauten	+ 0,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,4
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 4,0	+ 1,7	+ 3,9	+ 3,1
Inländische Verwendung	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,6
Exporte	+ 3,1	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,7
Importe	+ 3,7	+ 5,0	+ 4,6	+ 2,8
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Der private Konsum (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) erwies sich 2019 durchwegs als stabile Wachstumsstütze. Neben der anhaltend guten Situation auf dem Arbeitsmarkt wurde er durch Reallohnzuwächse gestärkt. Zusätzlich erhöhte der Familienbonus Plus die verfügbaren

Einkommen der privaten Haushalte. Vor diesem Hintergrund stieg der private Konsum (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) 2019 mit +1,4% sogar etwas kräftiger als im Vorjahr (+1,1%). Die öffentliche Konsumnachfrage wurde 2019 um 0,9%

ausgeweitet. Damit nahm der Konsum insgesamt um 1,3% zu.

Auch die Unternehmen steigerten ihre Nachfrage, jedoch weniger stark als in den vorangegangenen drei Jahren. Die Bruttoanlageinvestitionen übertrafen das Vorjahresniveau um 2,9% (2018 +3,9%), wobei sich die Entwicklung nach der merklichen Zunahme zu Jahresbeginn abschwächte. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen im Jahr 2019 um 3,4%. Nach robusten Investitionen in Maschinen und Geräte zu Jahresbeginn

setzte mit dem II. Quartal eine rückläufige Entwicklung ein. Ähnlich verlief die Dynamik der anderen Komponenten der Ausrüstungsinvestitionen (Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Fahrzeuginvestitionen). Die Bauinvestitionen wurden hingegen stabil über das ganze Jahr ausgeweitet und expandierten 2019 um 2,4%. Die sonstigen Anlageinvestitionen (Landwirtschaftsinvestitionen und Investitionen in geistiges Eigentum) expandierten ebenfalls (+3,1%).

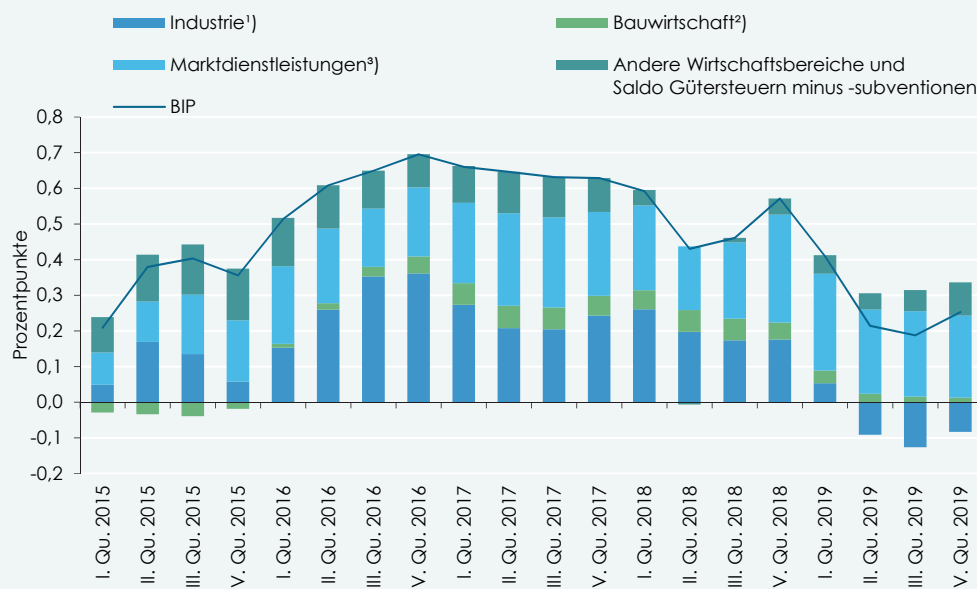
Übersicht 3: Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real

	2016	2017	2018	2019
	Prozentpunkte			
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7
Staat	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Bruttoinvestitionen	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,7
Ausrüstungen ²⁾	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3
Bauten	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Inländische Verwendung	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,5
Exporte	+ 1,6	+ 2,6	+ 3,2	+ 1,5
Importe	- 1,8	- 2,5	- 2,3	- 1,5
Bruttoinlandsprodukt	in % + 2,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Abbildung 3: Wachstumsbeitrag der Wirtschaftsbereiche zum BIP, real

Beitrag zum Wachstum gegenüber dem Vorquartal, Trend-Konjunktur-Komponente



Q: WIFO. – ¹⁾ ÖNACE B bis E. – ²⁾ ÖNACE F. – ³⁾ ÖNACE G bis N.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Nachfrageschwäche verlor auch der Außenhandel an Dynamik. Insgesamt expandierten die Warenexporte, welche durch die Ausfuhr

von Maschinen, Fahrzeugen und bearbeiteten Waren maßgeblich bestimmt werden, mit +2,1% wesentlich schwächer als 2018 (+6,4%). Unterjährig ließ das Wachstum im

Jahresverlauf schrittweise nach. Die Dienstleistungsexporte entwickelten sich 2019 vergleichsweise robust (+4,3%). Die gesamte Ausfuhr (Waren und Dienstleistungen) wuchs 2019 real um 2,7%. Die Importe expandierten mit +2,8% etwas stärker. Aufgrund des höheren Gewichtes der Exporte lieferte der Außenhandel damit einen leicht positiven Wachstumsbeitrag zum BIP (+0,1 Prozentpunkt). Dem allgemeinen Konjunkturbild entsprechend waren die Warenimporte zu Jahresende leicht rückläufig. Insgesamt wuchsen 2019 sowohl die Wareneinfuhr (+2,0%) als auch die Dienstleistungsimporte (+4,9%) schwächer als im Jahr 2018.

Während die Marktdienstleistungen im gesamten Jahresverlauf das BIP-Wachstum stützten, trug die Industrie ab Mitte 2019 nicht mehr zur Expansion bei (Abbildung 3).

Die Sachgütererzeugung geriet im II. Quartal in eine Rezession und erholte sich bis Ende 2019 nicht. Damit sank die Wertschöpfung im Vorquartalsvergleich das erste Mal seit dem Jahreswechsel 2012/13. Insgesamt wurde im Jahr 2019 noch ein Wachstum von 1% erzielt.

Die verhaltene Entwicklung spiegelte sich auch in den Vertrauensindikatoren der Industrie. Der WIFO-Konjunkturtest zeigte seit Anfang 2018 eine Abkühlung der Konjunktureinschätzungen, welche sich über das gesamte Jahr 2019 hinweg fortsetzte. Erst Anfang 2020 zeigte sich eine Verbesserung der Einschätzungen, welche sich jedoch im März mit der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie und den Maßnahmen zu deren Eindämmung wieder umkehrte.

Dienstleistungen trugen 2019 das Wachstum, während die Industrie in eine Rezession geriet.

Übersicht 4: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2016	2017	2018	2019
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 4,5	+ 2,5	+ 4,1	+ 0,7
Bergbau	- 6,4	+ 7,0	+ 2,7	- 6,2
Herstellung von Waren	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,1	+ 1,0
Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+ 3,1	+ 4,8	+ 5,4	+ 3,1
Bauwesen	+ 0,5	+ 4,3	+ 3,9	+ 2,5
Handel	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,0
Verkehr	+ 1,7	+ 3,7	+ 4,5	+ 4,4
Beherbergung und Gastronomie	+ 2,2	+ 0,2	+ 3,0	+ 2,3
Information und Kommunikation	+ 5,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,1
Kredit- und Versicherungswesen	- 1,4	+ 3,7	- 0,5	+ 3,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,8
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	+ 3,1	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,3
Öffentliche Verwaltung ²⁾	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,6
Sonstige Dienstleistungen	- 0,9	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ³⁾	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,6	+ 1,7
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE M und N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE O bis Q). – ³⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Dienstleistungsbranchen expandierten 2019 durchgehend robust bis stark. Im Verkehr stieg die Wertschöpfung um 4,4%, im Kredit- und Versicherungswesen um 3,5%, im Bereich Information und Kommunikation um 3,1%. Die Bereiche Beherbergung und Gastronomie sowie die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen verzeichneten ein Wachstum von jeweils 2,3%. Schwächere Zuwächse wurden im Handel (+1%) sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen (+1,8%) erzielt.

Die Bauwirtschaft, welche sich seit 2017 in einer Hochkonjunktur befindet, entwickelte sich auch 2019 günstig. Die Wertschöpfung wurde um 2,5% ausgeweitet (2018 +3,9%), wobei auch hier die Dynamik im Laufe des Jahres merklich nachließ.

Die öffentlichen Haushalte profitierten von der günstigen Aufkommensentwicklung, sodass ein Überschuss von 0,7% des nominellen BIP erzielt wurde (2018: 0,2% des BIP). Damit wurde der Schuldenstand weiter gesenkt und lag Ende 2019 mit 280,4 Mrd. € (70,4% des BIP) um 4,8 Mrd. € unter dem Wert von 2018. Diese Entwicklung liefert eine gute Ausgangslage für das Jahr 2020, das durch die beträchtlichen expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen (derzeit bis zu 38 Mrd. €) zur Abfederung der negativen wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie geprägt sein wird. Neben der Einführung eines umfangreichen Kurzarbeitsmodells wurden im März 2020 Kreditgarantien und weitere unterstützende Maßnahmen für Unternehmen beschlossen.

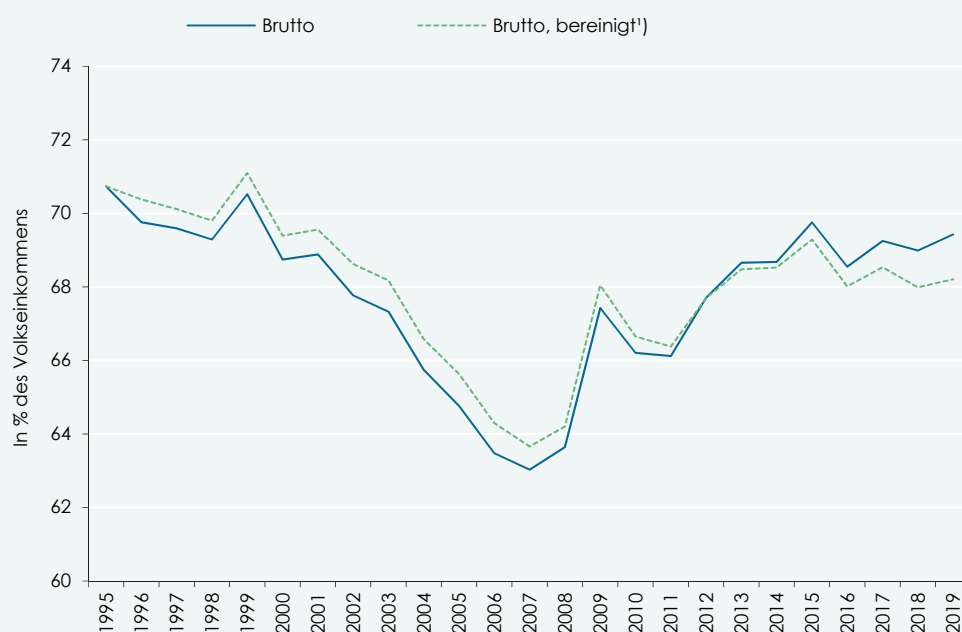
Die auslaufende gute Konjunktur zeigte 2019 sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch für die öffentlichen Haushalte positive Effekte.

Als nachwirkender Effekt der auslaufenden Konjunktur wurde 2019 auf dem Arbeitsmarkt eine günstige Entwicklung verzeichnet. Im Jahresverlauf ließ die Beschäftigungsdynamik mit der Konjunkturabschwächung allerdings nach, und der Rückgang der Arbeitslosigkeit verlangsamte sich. Die Arbeitslosenquote ging gegenüber 2018 von 7,7% auf 7,4% zurück, durch die gleichzeitige Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes stieg die Beschäftigungsquote um 1 Prozentpunkt auf insgesamt 71,3%. Das geleistete Arbeitsvolumen der unselbständig Beschäftigten

(+1,4%) entwickelte sich fast im Gleichklang mit der Beschäftigung.

Mit einer soliden Lohnentwicklung erhöhte sich die Lohnquote geringfügig, sodass der Anteil der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, den die unselbständig Beschäftigten erhalten, leicht zunahm (Abbildung 4). Weil die Kapitaleinkommen rascher als die Löhne auf den aktuellen Konjunkturverlauf reagieren, nahmen sie 2019 bereits schwächer zu.

Abbildung 4: **Entwicklung der Lohnquote**



Q: Statistik Austria, WIFO. 2019: Volkseinkommen laut WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2019. –
 ¹) Lohnquote bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995.

2.1 Tariflöhne entwickeln sich 2019 etwas dynamischer als im Vorjahr

Konjunkturelle Entwicklungen wirken sich über den Lohnfindungsprozess mit einer gewissen Verzögerung auf die effektive Lohnentwicklung aus. Löhne und Gehälter wurden im Jahr 2019 maßgeblich durch die Lohnabschlüsse vom Herbst 2018 und den folgenden Monaten bestimmt. 2018 war Österreichs Wirtschaft kräftig gewachsen, der Konjunkturzyklus hatte seinen Höhepunkt erreicht, auch in der Sachgütererzeugung wurde die Beschäftigung stark ausgeweitet. Vor diesem Hintergrund einigten sich die Sozialpartner für 2019 auf Lohnanpassungen, die in den meisten Fällen über jenen des Vorjahres und über dem langjährigen Durchschnitt lagen. In den Fachverbänden der Metallindustrie, deren Lohnabschluss traditionell die Herbstlohnrunde einleitet, legten die Tarifpartner eine Anhebung der Ist-Löhne und Ist-Gehälter um 3,5% fest, um ½ Prozent-

punkt mehr als im Vorjahr. Im öffentlichen Dienst wurde eine gestaffelte Erhöhung um 2,5% bis 3,45% vereinbart, im Handel um 2,5% (mit einem Mindestbetrag von 48 €). In den Folgemonaten setzte sich die Entwicklung mit einem ähnlichen Muster fort. So wurden die Gehälter in der Sozialwirtschaft mit Februar 2019 um 3,2% angehoben, in der chemischen Industrie betrug die Steigerung 3,4%, im Baugewerbe und in der Bauindustrie stiegen die Kollektivvertragslöhne um 3,35%.

Wie Übersicht 5 zeigt, hatten die Lohnabschlüsse 2019 im gewichteten Durchschnitt eine Erhöhung des Tariflohnindex um 3% zur Folge; die Steigerung war damit um 0,3 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Der öffentliche Dienst, der mit einem Gewicht von etwa einem Sechstel in den Index eingeht, verzeichnete einen Anstieg von 3,1%, die Industrie (Gewicht ebenfalls rund ein Sechstel) von 3,2%. In den Dienstleistungsbereichen

fielen die Steigerungsraten schwächer aus, im Handel und im Tourismussektor betragen sie etwa jeweils +2,6%.

Die tatsächliche Lohnentwicklung in den einzelnen Branchen wird durch die Tariflohnabschlüsse geprägt. Dennoch können aufgrund von Verschiebungen der Überzahlungssätze und einem gewissen Spielraum bei der Einstufung neuer Arbeitskräfte die Veränderungsrate der kollektivvertraglichen Mindestlöhne und der effektiven Bezüge im Aggregat voneinander abweichen. In einer Betrachtung der Pro-Kopf-Löhne sind zudem Änderungen der durchschnittlichen Arbeitszeit zu berücksichtigen, die sich letztlich auf die erzielten Einkommen und somit auf die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme auswirken.

Wie aus einem Vergleich zwischen Übersicht 5 und Übersicht 6 hervorgeht, verzeichnen die derzeit verfügbaren (noch vorläufigen) Daten für 2019 – im Gegensatz zu 2018 – eine negative Lohndrift: Die Steigerungsrate der Löhne war sowohl in der Betrachtung je Beschäftigungsverhältnis (+2,8%) als auch je Stunde (+2,9%) schwächer als jene der kollektivvertraglichen Mindestbezüge (+3%). Für diese negative Lohndrift, die allerdings noch genauer untersucht werden müsste, dürfte vor allem die Abschwächung der Konjunktur 2019 maßgebend gewesen sein. Eine schwächere Dynamik der Zunahme der Arbeitsplätze mit Überzahlungen bei einem insgesamt mäßigeren Beschäftigungsanstieg als im Vorjahr (+1,6% gegenüber +2,5% im Jahr 2018) kann dafür ebenso bestimmend sein wie die Verlangsamung des Rückganges der Arbeitslosigkeit.

Die Steigerungsrate der Löhne lag unter der der kollektivvertraglichen Mindestbezüge.

Übersicht 5: Entwicklung der kollektivvertraglichen Mindestbezüge

	Gewichtung	Tariflohnindex 2016	
		Beschäftigte insgesamt	
		2018	2019
Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Tariflohnindex insgesamt	1.000.000	+ 2,7	+ 3,0
Ohne öffentlichen Dienst	837.726	+ 2,7	+ 3,0
Gewerbe und Handwerk	196.327	+ 2,6	+ 3,1
Industrie	163.994	+ 2,8	+ 3,2
Handel	127.187	+ 3,3	+ 2,6
Transport und Verkehr	54.763	+ 2,6	+ 3,6
Tourismus und Freizeitwirtschaft	49.712	+ 2,5	+ 2,6
Öffentlicher Dienst	162.274	+ 2,3	+ 3,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen auf Basis des Tariflohnindex 2016.

Übersicht 6: Entwicklung der Löhne und Gehälter

	2017	2018	2019
Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Insgesamt, brutto	+ 3,5	+ 5,0	+ 4,3
Insgesamt, netto ¹⁾	+ 3,4	+ 4,6	+ 4,2
Pro Kopf ²⁾			
Brutto nominell	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,8
Brutto real ³⁾	- 0,5	+ 0,7	+ 1,2
Netto nominell ¹⁾	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,7
Netto real ¹⁾³⁾	- 0,7	+ 0,2	+ 1,1
Je geleistete Arbeitsstunde			
Brutto nominell	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,9
Brutto real ³⁾	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,3
Netto nominell ¹⁾	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,8
Netto real ¹⁾³⁾	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,2

Q: Statistik Austria, VGR. – ¹⁾ Laut WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2019. – ²⁾ Je Beschäftigungsverhältnis. – ³⁾ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI).

Die Nettolöhne und -gehälter steigen aufgrund der (kalten) Progression des Steuersystems tendenziell langsamer als die Bruttolöhne. 2018 betrug die Differenz zwischen den Veränderungsrate rund ½ Prozentpunkt. Durch die Einführung des Familien-

bonus Plus, der vor allem im mittleren Einkommenssegment eine spürbare Steuerentlastung der Beschäftigten mit Kindern brachte (Fink – Rocha-Akis, 2018), erhöhten sich 2019 dagegen die Nettoeinkommen stärker: Der nominelle Zuwachs lag bei 2,7%

Der private Konsum lieferte 2019 einen höheren Wachstumsbeitrag zum BIP als 2017 und 2018. Dies ist in Phasen der Konjunkturabschwächung zu erwarten, da der private Konsum hier zumeist seine stabilisierende Wirkung entfaltet.

gegenüber +2,2% 2018. Real (d. h. bereinigt um die Inflation) verringert sich die Steigerungsrate der Nettoeinkommen pro Kopf auf +1,1% und pro Stunde auf +1,2%.

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme nahm um 4,3% auf 159 Mrd. € zu, das entsprach 39.000 € pro Jahr und unselbständig erwerbstätige Person bzw. 3.250 € im Monat. Die Nettolohnsumme entwickelte sich im Gleichklang mit der Bruttolohnsumme.

Die Kaufkraft und der Konsumspielraum der privaten Haushalte leiten sich nur zum Teil vom Verlauf der unselbständigen Einkommen ab. Einkommen aus selbständiger Arbeit und Einkünfte aus Vermögen und Kapital spielen ebenso eine Rolle wie die Transferleistungen, die die Haushalte beziehen.

2.2 Entlastung durch Familienbonus Plus stützt privaten Konsum

Der private Konsum ist auf der Nachfrageseite die wichtigste Komponente des BIP. Im Jahr 2019 betrug der nominelle private Konsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck nach vorläufigen Berechnungen 205,8 Mrd. €; dies entsprach etwas mehr als der Hälfte des BIP. Der Konsum der Bevölkerung im Inland macht 91% aus, 9% entfallen etwa zu gleichen Teilen auf die Konsumausgaben im Ausland (Tourismusimporte) und die Ausgaben privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 7: **Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote**

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung in % p. a.				
Ø 2007/2011	+ 2,9	+ 1,0	+ 1,6	- 0,2	+ 1,3
Ø 2011/2015	+ 2,3	+ 0,3	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,3
Ø 2015/2019	+ 3,2	+ 1,4	+ 3,7	+ 1,8	- 0,4
2016	+ 3,0	+ 1,6	+ 4,1	+ 2,6	- 1,0
2017	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,1	+ 1,1	+ 0,3
2018	+ 3,3	+ 1,1	+ 3,5	+ 1,4	- 0,3
2019	+ 3,1	+ 1,4	+ 3,9	+ 2,2	- 0,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – ³⁾ Berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Übersicht 8: **Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich**

Real (auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Ø 2007/2011	Ø 2011/2015	Ø 2015/2019	2016	2017	2018	2019
	Veränderung in % p. a.						
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	- 0,5	+ 0,0	+ 0,8	- 0,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4
Tabakwaren, alkoholische Getränke	+ 1,5	- 1,0	- 0,0	- 0,5	+ 0,1	- 0,9	+ 1,2
Bekleidung, Schuhe	+ 1,1	+ 1,2	- 0,4	+ 1,8	- 0,3	- 2,3	- 0,7
Wohnen, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,2
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte	+ 1,0	- 0,2	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,2	- 0,1
Gesundheitspflege	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	- 0,9	+ 1,7
Verkehr	+ 0,5	- 1,5	+ 1,5	+ 4,3	+ 2,0	+ 0,8	- 0,9
Nachrichtenübermittlung	- 0,4	- 0,8	+ 3,4	+ 7,6	- 1,2	+ 4,9	+ 2,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	+ 3,5	+ 0,3	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,0
Bildungswesen	- 1,5	+ 1,5	+ 2,1	+ 7,1	+ 0,3	- 0,0	+ 1,1
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	+ 2,3	+ 0,7	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,8	+ 5,0
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 2,7
Ausgaben von Gebietsansässigen im Ausland	- 1,7	- 0,1	+ 5,5	+ 2,7	+ 8,5	+ 9,9	+ 1,2
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 1,8	+ 3,7	+ 1,6	- 0,5	+ 3,2	+ 2,8	+ 1,1
Privater Konsum insgesamt	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,5	- 0,9	+ 0,9	+ 2,9	+ 2,2	+ 0,4	- 1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Wichtige Determinanten der Konsumbereitschaft sind dabei das verfügbare Haushaltseinkommen und die Zusammensetzung der Einkommensbestandteile (Primäreinkommen und Transferleistungen). So fließt von Einkünften

aus unselbständiger Arbeit ein höherer Anteil in den Konsum als von Vermögenseinkommen – die Konsumquote ist hier niedriger. Im Jahr 2019 stiegen die real verfügbaren Haushaltseinkommen um 2,2% (+0,8 Pro-

zentpunkte gegenüber 2018, nominell +3,9%; Übersicht 7). Unter den Primäreinkommenskomponenten erhöhten sich dabei die Arbeitnehmerentgelte (sie machen rund drei Viertel der Primäreinkommen aus) stärker als die Vermögenseinkommen. Gegenüber 2018 ließ die Dynamik der Primäreinkommen aber infolge der Konjunkturabschwächung nach.

Positiv trugen zur Einkommensentwicklung der privaten Haushalte und in weiterer Folge zum Konsumwachstum der Anfang 2019 eingeführte Familienbonus Plus und der Kindermehrbetrag bei. Der Familienbonus Plus dämpft die Lohn- bzw. Einkommensteuerbelastung von Eltern mit Anspruch auf Familienbeihilfe, während der Kindermehrbetrag als Steuererstattung für alleinerziehende bzw. alleinverdienende Eltern mit (sehr) geringer Einkommensteuerschuld ausgestaltet ist. Aufgrund der unterschiedlichen Zeitpunkte der Inanspruchnahme verteilen sich die gesamtwirtschaftlichen Effekte dieser Entlastung auf mehrere Jahre. Für das Jahr 2019 wird anhand einer Simulation mit dem WIFO-

Macromod ein positiver Effekt auf die real verfügbaren Haushaltseinkommen von 0,35 Prozentpunkten berechnet, der private Konsum wurde dadurch um 0,2 Prozentpunkte gestützt (Baumgartner et al., 2018)³).

Die Ausweitung des Konsums aufgrund von Einkommenssteigerungen spiegelt sich typischerweise in einer höheren Dynamik der Ausgaben für langlebige Konsumgüter (Pkw, Möbel und Einrichtungsgegenstände, Elektronikgeräte usw.), da der Ausgabenspielraum für solche Käufe zunimmt. Nach vorläufigen Schätzungen blieben die Ausgaben für langlebige Konsumgüter 2019 real um 1,6% unter dem Vorjahresniveau, nach +0,4% im Jahr davor (Übersicht 8). Zurückzuführen war diese schwache Entwicklung auf die Kaufzurückhaltung vor allem im Bereich der Pkw-Neuzulassungen. Die Verschärfung der Abgasnormen und die Einführung eines neuen Systems zur Abgasmessung mit 1. September 2018 beeinflussten die Absatzzahlen auch in der ersten Jahreshälfte 2019 (Pkw-Neuzulassungen der Unselbständigen 1. Halbjahr 2019 –21,5%, 2. Halbjahr +4,7%).

Übersicht 9: Entwicklung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Umsätze, nominell				
2017	+ 5,1	+ 7,5	+ 5,7	+ 3,0
2018	+ 3,7	+ 2,1	+ 4,9	+ 2,4
2019	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 2,1
Umsätze, real				
2017	+ 2,1	+ 6,3	+ 1,8	+ 0,7
2018	+ 1,3	+ 0,7	+ 2,1	+ 0,3
2019	+ 0,6	- 1,2	+ 0,6	+ 1,2
Preise (Ø 2015 = 100)				
2017	+ 2,9	+ 1,2	+ 3,8	+ 2,2
2018	+ 2,3	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,1
2019	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,9
Beschäftigung				
2017	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,5
2018	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 0,8
2019	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9	- 0,4

Q: Statistik Austria.

Der 2018 erhebliche Rückgang des Konsumentenvertrauens verlangsamte sich im Jahresverlauf 2019. Der (saisonbereinigte) Saldo des harmonisierten Konsumklimaindikatoren der EU lag im Dezember 2019 bei –3,6 Prozentpunkten, nach –1,8 Prozentpunkten Anfang 2019. 2018 verringerte sich das Konsumentenvertrauen in der Zwölf-

monatsperiode mit –3,7 Prozentpunkten deutlich stärker.

Der Handel verzeichnete 2019 insgesamt eine weniger günstige Umsatzentwicklung (real +0,6%, nominell +1,2%) als 2018 (+1,3% bzw. +3,7%). Sowohl im Kfz-Handel als auch im Großhandel schwächte sich das reale

³) Die Verteilungswirkungen der Einführung von Familienbonus Plus und Kindermehrbetrag sowie des Wegfalls des Kinderfreibetrages und der Absetzbarkeit der

Kinderbetreuungskosten diskutieren Fink – Rocha-Akis (2018).

Wachstum deutlich ab, im Einzelhandel zog es hingegen von +0,3% im Jahr 2018 auf +1,2% im Jahr 2019 an. Die Beschäftigung war im Handel vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2019 rückläufig, insgesamt nahm sie 2019 um nur 0,2% zu, nach +1,3% im Jahr 2018. Im Einzelhandel war die Entwicklung im Jahresdurchschnitt 2019 rückläufig (-0,4%; Übersicht 9).

2.3 Dienstleistungen bestimmen Preisauftrieb

Trotz der stabilen Konsumausweitung, des noch soliden Wirtschaftswachstums und der überdurchschnittlichen Nominallohnsteigerung (+2,8% – die höchste Rate pro Kopf seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise

2008/09) ließ der Preisauftrieb 2019 nach. Die Inflationsrate (gemäß Verbraucherpreisindex) war mit 1,5% um ½ Prozentpunkt niedriger als in den zwei Jahren zuvor (Übersicht 10). Bestimmt wurde diese Entwicklung durch den mäßigen Rückgang der Preise von Mineralölprodukten, für deren Schwankungen vor allem die Volatilität der Rohölpreise bestimmend ist (Abbildung 1). Nach einem kräftigen Preisanstieg im Jahr 2018 (Inflationsbeitrag +0,34 Prozentpunkte) waren 2019 rund 80% des Inflationsrückganges von 2018 auf 2019 auf die Verbilligung der Mineralölprodukte zurückzuführen (Inflationsbeitrag -0,05 Prozentpunkte). Die Energiepreise (Mineralölprodukte, Strom, Gas u. a.) trugen mit +1% unterdurchschnittlich zur Inflation bei.

Übersicht 10: Entwicklung des Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2010	2015	2017	2018	2019
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 1,9	+ 0,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5
Kerninflationsrate des VPI ¹⁾	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,6
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 0,6	+ 1,1	+ 4,0	+ 2,6	+ 0,3
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 3,4	- 1,3	+ 3,5	+ 4,2	+ 0,7
Gebühren und Tarife	+ 0,9	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5
COICOP-Gruppen					
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,1
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 2,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,8	+ 1,0
Bekleidung und Schuhe	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,8
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,6	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,8
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,1
Gesundheitspflege	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,2	+ 1,1
Verkehr	+ 3,4	- 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 0,3
Nachrichtenübermittlung	+ 1,9	+ 0,8	- 1,3	- 2,8	- 3,2
Freizeit und Kultur	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,4
Erziehung und Unterricht	- 4,7	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,7
Restaurants und Hotels	+ 1,1	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,9
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7
Sondergliederung					
Unverarbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,3
Verarbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 0,1	+ 1,4	+ 3,0	+ 2,5	+ 0,9
Energie	+ 7,6	- 7,3	+ 2,5	+ 5,2	+ 1,0
Industriegüter	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1
Dienstleistungen	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ³⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Die Inflationsrate betrug im Jahr 2019 1,5%. Vor allem Dienstleistungen (Wohnkosten, Übernachtung und Bewirtung) verteuerten sich überdurchschnittlich.

Wie in den letzten Jahren trugen die Dienstleistungspreise (+2,0%) überproportional zur Inflation bei: Mit einem Anteil von knapp der Hälfte am Warenkorb waren sie für fast zwei Drittel des gesamten Preisauftriebes maßgebend. Die überwiegende Kostenkomponente sind bei den meisten Dienstleistungen die Arbeitnehmerentgelte, insbesondere in

arbeitsintensiven Bereichen wie der Hotellerie und dem Gastgewerbe. Dank der in den letzten Jahren hohen Tourismusnachfrage (vor allem im Städte- und Kongresstourismus)⁴⁾ konnten die Unternehmen diese Kostensteigerungen auf die Konsumentenpreise überwälzen. Im Jahr 2019 stiegen die Preise in der VPI-Hauptgruppe Restaurants und

⁴⁾ Der VPI wurde bis Ende 2019 in 20 Städten erhoben (in Wien und den acht Landeshauptstädten sowie in elf größeren Städten in den Bundesländern). Mit Jänner 2020 wurden drei Städte (Baden, Feldkirch,

Wolfsberg) durch zwei Wintersportorte (Saalbach-Hinterglemm, Schladming) ersetzt. Der VPI repräsentiert damit weiterhin die Preisentwicklung (vor allem) in den urbanen Bereichen in Österreich.

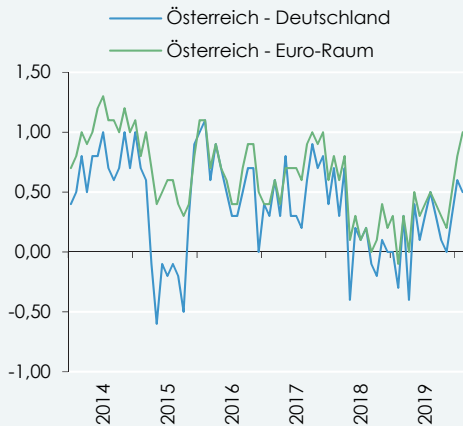
Hotels um 2,9% (Inflationsbeitrag +0,35 Prozentpunkte; 2018 +3,1%). Ein Effekt der Herabsetzung des Umsatzsteuersatzes für Nächtigungsleistungen von 13% auf 10% mit 1. November 2018 wäre überwiegend im Jahr 2019 zu erwarten gewesen. Eine Abschwächung des Preisauftriebes der Beherbergungsdienstleistungen zeigte im IV. Quartal keine preisdämpfende Wirkung. Der zweite

wichtige Dienstleistungsbereich mit überproportionaler Preissteigerung waren 2019 die Wohnungsdienstleistungen (+2,6%, Inflationsbeitrag +0,33 Prozentpunkte; Mieten +3,0%). Diese beiden Dienstleistungskomponenten erklären knapp 70% des Preisanstieges der Dienstleistungen und 45% der gesamten Inflation.

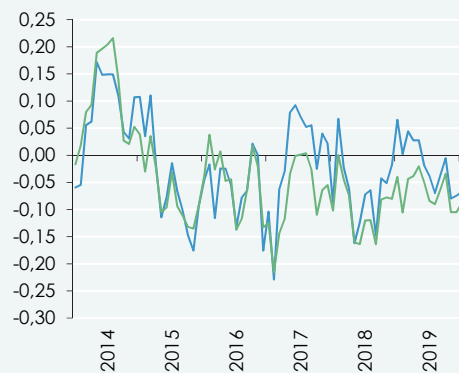
Abbildung 5: **Beiträge zur Inflationsdifferenz gegenüber Deutschland und dem Euro-Raum**

Prozentpunkte

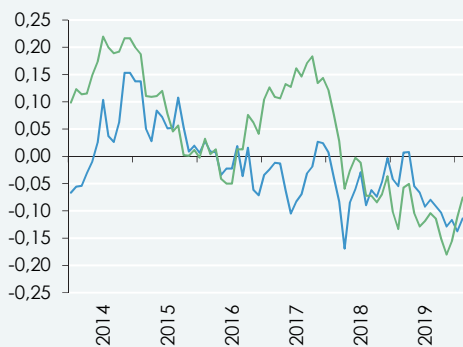
HVPI insgesamt



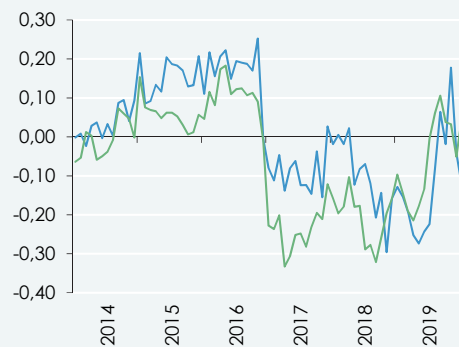
Unverarbeitete Lebensmittel



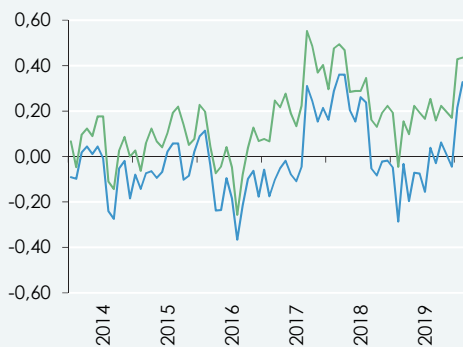
Bearbeitete Lebensmittel einschließlich Alkohol und Tabak



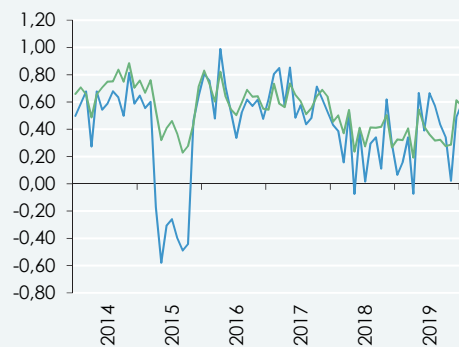
Energie



Nichtenergetische Industriegüter



Dienstleistungen



Q: Macrobond, Eurostat.

Die Kerninflation (Gesamtinflation ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie, gemäß VPI) war aufgrund des relativ höhe-

ren Inflationsbeitrages der Dienstleistungen mit 1,6% etwas höher als die Inflationsrate laut VPI.

Der Preisauftrieb war in Österreich 2019 laut HVPI (+1,5%) zwar höher als in Deutschland (+0,1 Prozentpunkt) bzw. im Durchschnitt des Euro-Raumes (+0,3 Prozentpunkte), der Inflationsunterschied war jedoch wesentlich geringer als in den Vorjahren.

Die administrierten Preise (im HVPI enthaltene Tarife und Gebühren, die von der öffentlichen Hand bestimmt werden) stiegen 2019 um 2,2% und trugen damit +0,2 Prozentpunkte zur Teuerungsrate bei. Gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) betrug die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2019 ebenfalls 1,5%. Der Preisauftrieb war in Österreich 2019 laut HVPI (+1,5%) zwar höher als in Deutschland (+0,1 Prozentpunkt) bzw. im Durchschnitt des Euro-Raumes (+0,3 Prozentpunkte), der Inflationsunterschied war jedoch wesentlich geringer als in den Vorjahren.

Das Inflationsdifferential gegenüber Deutschland und dem Durchschnitt des Euro-Raumes lag im IV. Quartal 2017 noch bei 0,8 bzw. 1 Prozentpunkt und verringerte sich bis Mitte 2018 deutlich. Von Mai 2018 bis Ende 2019 blieb der Inflationsabstand zu Deutschland bzw. dem Euro-Raum bei durchschnittlich +0,1 bzw. +0,25 Prozentpunkten. Anfang 2020 vergrößerte sich die Inflationslücke auf +0,6 bzw. +0,9 Prozentpunkte.

Maßgebend für den Inflationsabstand sind die in Österreich höheren Preissteigerungen von Dienstleistungen (2019 +2,2%, Deutschland und Euro-Raum jeweils +1,5%). Dieser

3. Zusammenfassung und Ausblick

Das makroökonomische Umfeld war 2019 von einer Konjunkturabkühlung geprägt. Vor dem Hintergrund der weltweiten Wachstumsverlangsamung expandierte auch die österreichische Wirtschaft nur mäßig. Die exportgetragene Industriekonjunktur geriet Mitte 2019 in eine Rezession, während der Konsum der privaten Haushalte, gestärkt durch die Reallohnzuwächse und den Familienbonus Plus, das Wachstum im gesamten Jahr stützte. Dem Konsum kommt aufgrund seines hohen Nachfrageanteils eine stabilisierende Rolle für die Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten eines Landes zu: In Phasen der Konjunkturschwäche stützt er die Nachfrage, in der Hochkonjunktur beugt ein stabiles Konsumverhalten einer gewissen "Überhitzung" vor.

Durch die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann der Konsum diese

4. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Fink, M., Kaniowski, S., Rocha-Akis, S., "Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Einführung des Familienbonus Plus und des Kindermehrbeitrages", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(10), S. 745-755, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61434>.

Ederer, St., WIFO-Konjunkturszenario: Scharfer, aber im besten Fall kurzer Einbruch der Konjunktur infolge der Coronavirus-Pandemie, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65840>.

Fink, M., Rocha-Akis, S., "Wirkung einer Einführung von Familienbonus und Kindermehrbeitrag auf die Haushaltseinkommen. Eine Mikrosimulationsstudie", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(5), S. 359-374, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61102>.

Url, Th., "Finanzmarkt 2019 durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen geprägt", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 299-309, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65920>.

Unterschied geht zum einen auf die stärkere Verteuerung von Tourismusdienstleistungen zurück (Bewirtung, Beherbergung sowie Freizeit und Kulturdienstleistungen +2,9%). Zum anderen weicht das kumulierte Gewicht dieser Positionen in Österreich (19,3%) erheblich von jenem in Deutschland (8,7%) bzw. im Durchschnitt des Euro-Raumes (12,3%) ab, sodass ihr Inflationsbeitrag in Österreich größer ausfällt.

Auf der Basis der relativen Preisniveau-Indizes war das Preisniveau von Konsumgütern (tatsächlicher Individualverbrauch) 2019 in Österreich um 9,3% höher als in Deutschland und um 10,1% höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Österreich zählte damit zu den Ländern mit dem höchsten Preisniveau im Euro-Raum; Nahrungsmittel sind in Österreich (nach wie vor) am teuersten.

Im Jänner und Februar 2020 zog die Inflation in Österreich wieder an, und der Inflationsunterschied zu Deutschland und dem Durchschnitt des Euro-Raumes vergrößerte sich, weil die Preise von Dienstleistungen, aber auch von Industriegütern kräftiger anzogen. Im Vergleich mit dem Durchschnitt des Euro-Raumes erhöhten sich in Österreich auch die Energiepreise stärker (Abbildung 5).

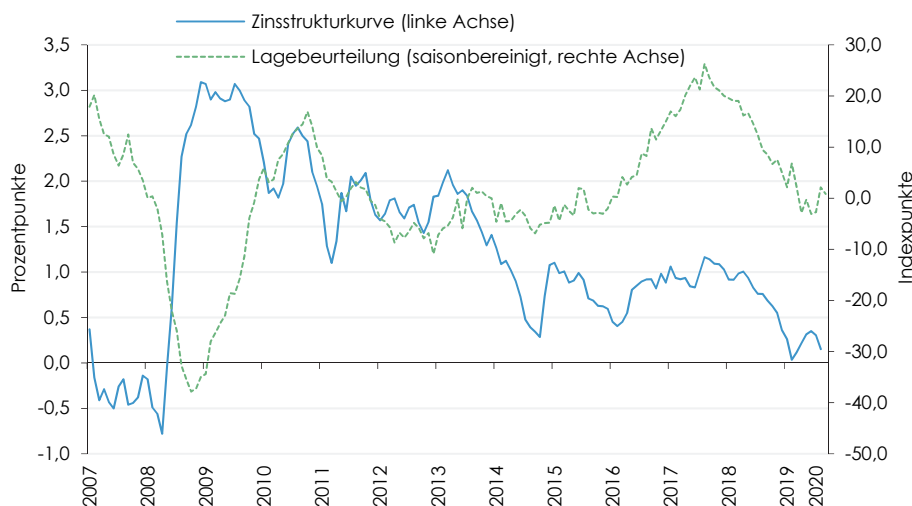
Stabilisierungsfunktion nicht übernehmen. Die temporäre Schließung von Handels- und Dienstleistungsbetrieben bewirkt unmittelbar einen negativen Nachfrageschock, der in diesem Umfang und in der Art und Weise neuartig ist. Neben dem Nachfrageausfall schränkt auch der Produktionsausfall die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Österreich auf breiter Basis ein. Das Ausmaß lässt sich zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht endgültig abschätzen. Es hängt einerseits vom Umfang und der Dauer der zur Eindämmung der Virusübertragung gesetzten gesundheitspolitischen Maßnahmen ab. Zum anderen hat die Größe und Wirksamkeit der fiskalpolitischen Maßnahmen zur Abfederung der negativen wirtschaftlichen Folgen der Schutzmaßnahmen einen markanten Einfluss auf die Gesamtwirkung (Ederer, 2020).

Finanzmärkte 2019 durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen geprägt

Thomas Url

- Im Herbst 2019 setzte die Europäische Zentralbank weitere expansive Impulse.
- Private Haushalte bevorzugten liquide Veranlagungsformen, verlängerten aber die durchschnittliche Laufzeit ihrer Kredite. Die nichtfinanziellen Unternehmen erhöhten insgesamt den Fremdkapitalanteil an ihrer Finanzierung.
- Die Ertragslage des Kreditwesens verschlechterte sich 2019.
- Der IWF bescheinigte Österreich eine relativ hohe Stabilität des Finanzmarktes.
- Im Herbst schwenkte die Geldpolitik auf einen expansiven Kurs ein; dies beflügelte die Aktienmärkte.
- Die Pensionskassen erzielten einen überdurchschnittlich hohen Veranlagungsertrag.
- Im Jahresdurchschnitt 2019 wurde die real-effektive Aufwertung aus den Vorjahren teilweise korrigiert.

Zinsstrukturkurve und Index der aktuellen Lagebeurteilung durch die österreichischen Sachgüterproduzenten



Zinsstrukturkurve: Differenz zwischen Sekundärmarktrendite und Euribor-Dreimonatssatz. Index der aktuellen Lagebeurteilung in der Sachgütererzeugung (produzierende Industrie und Gewerbe; Wertebereich +100 bis -100 Indexpunkte): Werte über 0 zeigen eine insgesamt positive Einschätzung, Werte unter 0 eine negative Einschätzung (Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; WIFO-Konjunkturtest).

"Die Zinsstrukturkurve konvergierte seit Anfang 2019 rasch gegen Null und signalisierte gemeinsam mit der Lagebeurteilung in der Sachgüterproduktion einen bevorstehenden Konjunkturabschwung. Mit der Wiederaufnahme des Anleiheankaufsprogrammes im Herbst konnte die EZB eine Trendwende beider Vorlaufindikatoren erzielen. Die negativen Effekte der COVID-19-Pandemie beeinträchtigen 2020 auch die Wertschöpfung im Finanzsektor."

Finanzmärkte 2019 durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen geprägt

Thomas Url

Finanzmärkte 2019 durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen geprägt

Die Zentralbanken schwenkten im Jahresverlauf 2019 wieder auf einen expansiven geldpolitischen Kurs ein. Die daraus folgenden günstigen Finanzierungsbedingungen veranlassten die nichtfinanziellen Unternehmen zur verstärkten Nutzung von Fremdkapital. Zugleich bauten die privaten Haushalte ihre Einlagen im Kreditwesen und den Bestand an börsennotierten Aktien aus. Bei nur leicht steigenden Erlösen verschlechterte sich die Ertragslage im Kreditwesen vorwiegend durch die kräftige Kostensteigerung. Die expansivere Geldpolitik gab auch den Aktienkursen weltweit positive Impulse und stärkte den Wechselkurs des Dollars. Für Österreich folgte daraus eine nominell- und real-effektive Abwertung.

JEL-Codes: E52, G21, G32, G52 • **Keywords:** Geldpolitik, Kreditwesen, Unternehmensfinanzierung, Sparen der privaten Haushalte

Begutachtung: Andreas Reinstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nathalie Fischer (nathalie.fischer@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 6. 4. 2020

Kontakt: Dr. Thomas Url (thomas.url@wifo.ac.at)

Financial Markets in 2019 Characterised by Continued Favourable Financing Conditions

The central banks returned to an expansive monetary policy in the course of 2019. The resulting favourable financing conditions prompted non-financial companies to make greater use of borrowing. At the same time, private households increased their deposits in the credit system and their holdings of listed shares. With earnings rising only slightly, the earnings situation in the banking sector deteriorated, mainly due to the strong increase in costs. The more expansive monetary policy also gave positive impulses to share prices worldwide and strengthened the dollar exchange rate. For Austria this resulted in a nominal and real effective devaluation.

1. Europäische Zentralbank setzt im Herbst weitere expansive Impulse

Im Jahresverlauf 2019 gestaltete die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Geldpolitik immer expansiver. Nachdem sie ihr Anleiheankaufprogramm mit Jahresende 2018 eingestellt hatte, verhielt sie sich in der ersten Jahreshälfte 2019 noch abwartend und beschränkte sich darauf, abreifende Anleihen aus dem abgelaufenen Wertpapierankaufprogramm durch Ankäufe zu ersetzen. Der Hauptrefinanzierungssatz verblieb auf 0%, die Verzinsung der Einlagenfazilität auf –0,4% und die der Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 0,25%. In ihren geldpolitischen Leitlinien verankerte die EZB diese niedrigen Sätze für die erste Jahreshälfte 2020 auf ihren Ausgangswerten und kündigte für die Zeit danach stabile Leitzinssätze an, solange die Inflationsrate nicht zum Zielniveau von 2% konvergieren würde. Mitte März 2019 kündigte die EZB dann ein drittes gezieltes langfristiges Refinanzierungsprogramm (TLTRO III) an, das der Kreditwirtschaft ab September zusätzliche Liquidität zu günstigen Konditionen versprach. Die Verzinsung dieser Refinanzierungsoperationen wurde mit dem durchschnittlichen Hauptrefinanzierungssatz über die Laufzeit der Mittelaufnahme plus 0,1 Prozentpunkt festgelegt. Institute mit einer posi-

tiven Nettokreditvergabe zwischen April 2020 und März 2021 können sogar günstigere Finanzierungskosten erzielen. Die Laufzeit der TLTRO-III-Mittel wurde allerdings mit zwei Jahren kürzer angesetzt als in den Programmen TLTRO I und II.

Im Jahresverlauf 2019 verstärkte die Regierung der USA den Druck im handelspolitischen Streit mit China und anderen Handelspartnern. Das veranlasste die Zentralbank der USA im Juli zur Trendwende in diesem vergleichsweise kurzen Zinssteigerungszyklus. Da sich im Euro-Raum im Laufe des Jahres die Erwartungen verdichteten, dass die Inflationsrate deutlich unter dem Zielwert von 2% bleiben würde, folgte die EZB im September dem Beispiel der USA und senkte den Zinssatz auf die Einlagenfazilität geringfügig um 0,1 Prozentpunkt auf –0,5%. Gleichzeitig wurde ein Teil der Einlagen der Kreditwirtschaft bei der Zentralbank von der negativen Verzinsung ausgenommen, sodass sich die Ertragslage der österreichischen Kreditwirtschaft insgesamt verbesserte. Die Laufzeit der TLTRO-III-Refinanzierungsoperationen wurde auf drei Jahre verlängert und der

Die Federal Reserve Bank leitete im Juli 2019 eine Wende in der Zinspolitik ein.

oben erwähnte Zinsaufschlag von 0,1 Prozentpunkt erlassen. Im September kündigte die EZB schließlich die Wiederaufnahme des

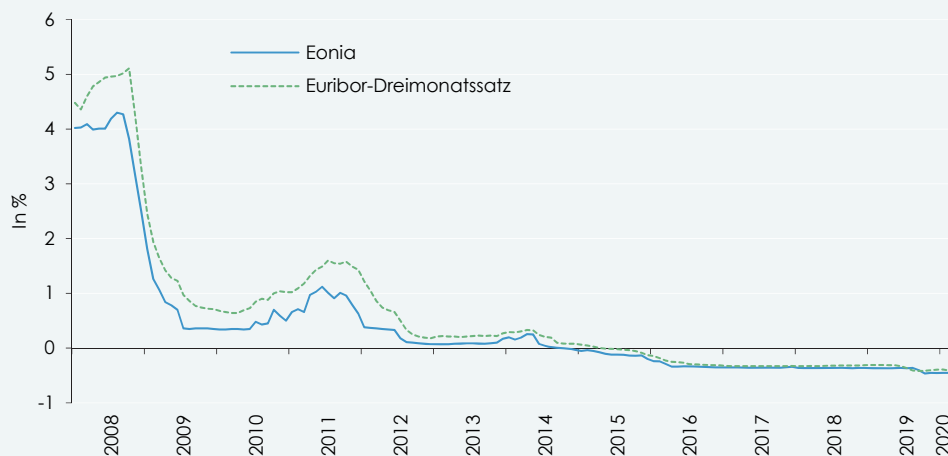
Wertpapierankaufprogrammes mit Anfang November 2019 im Ausmaß von monatlich 20 Mrd. € an.

2. Geldmarktzinssätze weiterhin auf Tiefstständen

Die Berechnung der Geldmarktzinssätze wurde 2019 an neue Leitlinien der EZB angepasst, die die in der Vergangenheit beobachteten Verabredungen von Kreditinstituten in der Erhebung der Geldmarktsätze durch das European Money Markets Institute (EMMI) unterbinden sollen. Im Jänner 2019 veröffentlichte die EZB dazu Grundsätze, die im November in Empfehlungen mündeten (*Working Group on Euro Risk-Free Rates*, 2019A, 2019B). Im Oktober begann die EZB mit der Publikation der neuen Euro Short-term Rate (€STR), die in Zukunft den umstrittenen Vorgänger Eonia ablösen wird. Die Berechnung der €STR beruht vollständig auf den am Vortag getätigten Transaktionen auf dem Taggeldmarkt. Bis Anfang 2022 wird der Eonia vom EMMI weitergeführt, weil sich viele Vertragswerke auf diesen risikolosen Zinssatz beziehen und die EZB einen schrittweisen Umstieg auf den neuen Referenzwert vorzieht. Der Eonia weicht aber in der Be-

rechnung durch das EMMI vom €STR nur durch einen fixen Aufschlag von 0,085% ab. Für den Euribor empfahl die Working Group eine andere Vorgangsweise: Die Euribor-Zinssätze beziehen sich auf Geldmarktgeschäfte zwischen Kreditinstituten und sind für mehrere Laufzeiten (von einer Woche bis zu 12 Monaten) definiert. Ab dem IV. Quartal 2019 werden sie vom EMMI mit einem hybriden Verfahren ermittelt, in dem rein auf Transaktionen beruhende Werte (Level 1) mit aus Transaktionen abgeleiteten Werten (Level 2) und mit Befragungsdaten von Kreditinstituten (Level 3) kombiniert werden (EMMI, 2019). Mit steigender Laufzeit nimmt die Bedeutung von Level-1-Informationen in der Berechnung des veröffentlichten Euribor-Wertes ab, sie werden mangels Transaktionsdaten vor allem durch abgeleitete Informationen (Level 2) und Befragungsdaten ersetzt.

Abbildung 1: **Geldmarktzinssätze in Österreich**



Q: EZB.

Seit die EZB den Zinssatz für die Einlagenfazilität auf einen negativen Wert setzte, orientieren sich die kurzfristigen Zinssätze an dieser Zielgröße und gerieten ebenfalls in den negativen Bereich (Abbildung 1). Da die Teilnehmer am Geldmarkt im Jahresverlauf 2019 keine Anhebung der Leitzinssätze erwarteten, wichen die Zinssätze für unterschiedliche Fälligkeiten kaum voneinander ab. Der Taggeldsatz bewegte sich in den ersten drei Quartalen um $-0,4\%$ und konvergierte bis zum Oktober zum neuen Zielwert von $-0,5\%$. Der Dreimonats-Euribor unterschied sich davon um etwa $+0,1$ Prozent-

punkt und nahm die Zinssenkung vorweg, indem er bereits im Sommer leicht zurückging.

Die Renditen von festverzinslichen österreichischen Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren bewegten sich 2019 in einem engen Korridor um 0% , wobei zum Jahresanfang Werte knapp unter $0,5\%$ zu verzeichnen waren, die sich gegen Ende des II. Quartals rasch verringerten und in der Folge negativ blieben. Dieses Phänomen war in mehreren Euro-Ländern zu beobachten: Die Rendite auf Benchmark-Anleihen

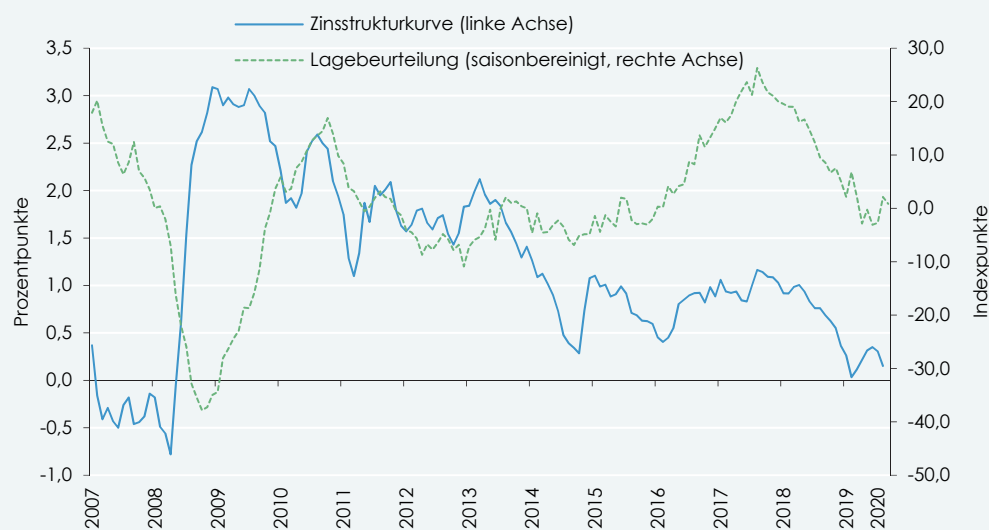
Die Geldmarktzinssätze nahmen bereits Mitte 2019 die Zinssenkung durch die EZB vorweg.

Ab dem Sommer waren die Sekundärmarkrenditen auf Benchmark-Staatsanleihen negativ.

aus Frankreich, Irland, den Niederlanden, Luxemburg und Finnland entwickelten sich ähnlich; in Deutschland setzte diese Bewegung bereits im April ein, und Schweizer Staatsanleihen verzeichneten schon seit Jahresbeginn negative Renditen. Die Rendi-

ten dänischer und schwedischer Staatsanleihen waren ab Juni ebenfalls negativ. Als Teil dieser Entwicklung schrumpften auch die Renditeabstände zwischen den Staatsanleihen europäischer Länder und der deutschen Benchmark-Anleihe im Jahresverlauf.

Abbildung 2: Zinsstrukturkurve und Index der aktuellen Lagebeurteilung durch die österreichischen Sachgüterproduzenten



Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; WIFO-Konjunkturtest. Zinsstrukturkurve: Differenz zwischen Sekundärmarktrendite und Euribor-Dreimonatssatz. Index der aktuellen Lagebeurteilung in der Sachgütererzeugung (produzierende Industrie und Gewerbe; Wertebereich +100 bis -100 Indexpunkte): Werte über 0 zeigen eine insgesamt positive Einschätzung, Werte unter 0 eine negative Einschätzung.

Trotz negativer Renditen nahm die Nachfrage institutioneller Investoren nach Staatsanleihen zu.

Wie das Beispiel Frankreichs zeigt, war diese Entwicklung nicht notwendigerweise auf eine Verbesserung der öffentlichen Finanzen bzw. des Schuldenstandes zurückzuführen, sondern dürfte aus der starken Nachfrage institutioneller Investoren und ab November auch der Wiederaufnahme des Wertpapierankaufsprogrammes der EZB entstanden sein. Zumindest in Österreich drehte sich die Nachfrage der finanziellen Kapitalgesellschaften nach langfristigen festverzinslichen Wertpapieren von -1 Mrd. € im I. Quartal 2019 auf insgesamt +1,9 Mrd. € im II. und III. Quartal.

Die Zinsstrukturkurve verflachte im Jahresverlauf.

Angesichts historisch niedriger langfristiger Renditen verflachte die Zinsstrukturkurve in

Österreich bis zum August auf Null und erhöhte sich auch bis zum Jahresende nur auf 0,4 Prozentpunkte. Im Jahresdurchschnitt ergab sich ein Wert von 0,4 Prozentpunkten (2018: 1 Prozentpunkt). Ein negativer Wert der Zinsstrukturkurve signalisiert in der Regel einen Konjunkturabschwung in naher Zukunft. Die Konjunktüreinschätzung österreichischer Sachgüterproduzenten verschlechterte sich im IV. Quartal 2019 erheblich (Hözl – Bachtrögl – Kügler, 2020) und gab mit negativen Werten ein Signal für eine bevorstehende Rezession (Abbildung 2). Der Gleichlauf monetärer und realwirtschaftlicher Vorlaufindikatoren unterstützte die EZB-Entscheidung für eine weitere Runde expansiver Maßnahmen im Herbst.

3. Dynamische Entwicklung der Einlagen ohne Bindungsfrist

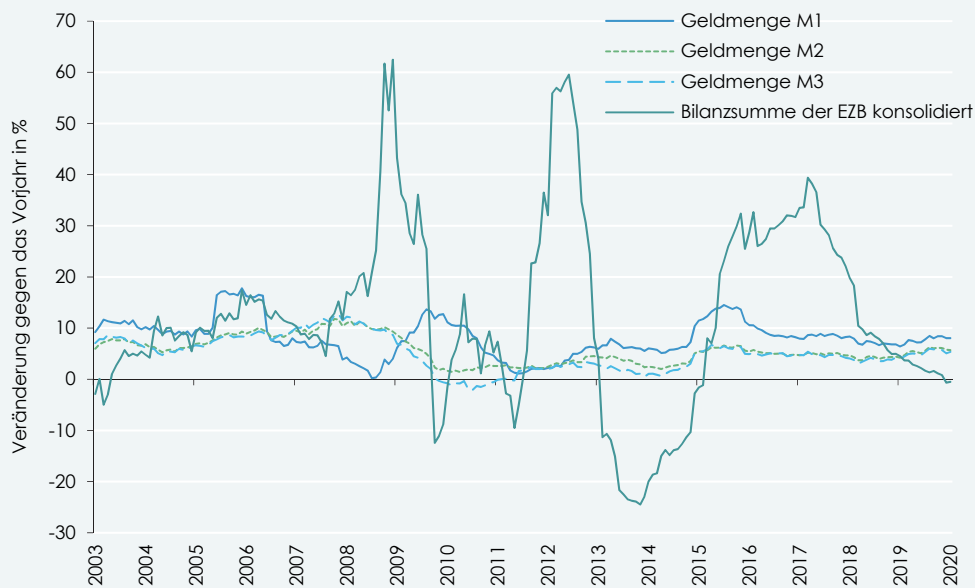
Die Wiederaufnahme des Wertpapierankaufsprogrammes im November 2019 wirkte sich kaum auf die konsolidierte Bilanzsumme der EZB aus: Sie blieb im Jahresverlauf 2019 nahezu konstant und lag am Jahresende 2019 nur leicht unter dem Anfangswert (Abbildung 3). Im Gegensatz dazu beschleunigte sich das vom Publikum stärker beeinflusste Wachstum der Geldmengenaggregate zwischen Jänner und Dezember etwas.

Davon profitierten die liquideren Formen mehr als die illiquiden. Die engste Definition M1 nahm am deutlichsten zu (+8,1%), die Aggregate, in denen auch Komponenten mit Bindungsfristen enthalten sind, wesentlich schwächer (M3 z. B. +5,1%). Diese Entwicklung wurde vor allem durch den Liquiditätshunger des Publikums und die gleichzeitig zögerliche Aufnahme zusätzlicher Sparguthaben durch die Kreditwirtschaft getrie-

ben. Während die Nichtbanken ihre Einlagen ohne Bindungsfrist im Vorjahresvergleich um 6,4% ausweiteten, schränkten sie ihre Einlagen mit zeitlicher Bindung um knapp 2% ein. Dafür waren überwiegend die Privaten

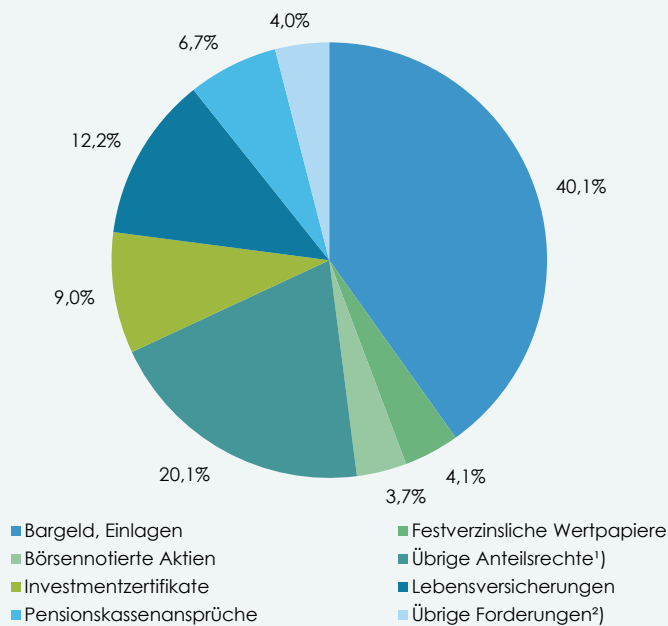
Haushalte bestimmend, die im Niedrigzinsumfeld des Jahres 2019 ihre bindungsfreien Einlagen um 13,4 Mrd. € vergrößerten und gleichzeitig ihre gebundenen Einlagen um 2,4 Mrd. € verringerten.

Abbildung 3: **Geldmengenwachstum im Euro-System**



Q: EZB, Geldmengen saisonbereinigt.

Abbildung 4: **Struktur des Finanzvermögens der Privaten Haushalte 2019**



Q: OeNB, Stand Ende III. Quartal 2019. Das Geldvermögen der Privaten Haushalte betrug insgesamt 705 Mrd. €. – ¹⁾ Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²⁾ Kredite, Nicht-Lebensversicherungsansprüche, kapitalgedeckte Pensionsansprüche, Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen, übrige Forderungen einschließlich Finanzderivate.

Die Privaten Haushalte bevorzugten 2019 liquide Veranlagungsformen, verlängerten aber die durchschnittliche Laufzeit ihrer Kredite.

Gegenüber dem Vorjahr veränderte sich die Struktur des Geldvermögens der privaten Haushalte kaum.

Auch gemäß den vorläufigen Werten der Finanzierungsrechnung bis zum III. Quartal 2019 bevorzugten die Privaten Haushalte 2019 liquide Anlageformen: Sie stießen festverzinsliche Wertpapiere im Ausmaß von 670 Mio. € ab und zogen netto Mittel aus Lebensversicherungen ab (64 Mio. €). Das Ausmaß dieser Umschichtung verringerte sich aber im Vorjahresvergleich deutlich. Neben den Einlagen in Kreditinstituten investierten die Privaten Haushalte ihre Ersparnisse hauptsächlich in börsennotierte Aktien (Transaktionen). Die Bereitschaft zu zusätzlicher Verschuldung nahm unter den privaten Haushalten 2019 etwas zu und hatte bis zum Jahresende eine Ausweitung des Kreditvolumens um 4,6% zur Folge (2018 +4,3%). Angesichts niedriger Zinssätze und der hohen Nachfrage nach Hypothekarkrediten erfolgte auch eine Umschichtung von kurz- zu langfristigen Krediten. Während die privaten Haushalte in den ersten drei Quartalen 2019 kurzfristige Kredite um 310 Mio. € abbauten, nahmen sie langfristige Kredite im Ausmaß von 5 Mrd. € auf. Insgesamt investierten die privaten Haushalte bis zum Ende des

III. Quartals 7,2 Mrd. € in Finanztitel (+9,7 Mrd. € gegenüber dem Vergleichszeitraum 2018).

Da die geldpolitischen Rahmenbedingungen im Jahr 2019 kaum angepasst wurden, änderte sich auch die Struktur des Geldvermögens der privaten Haushalte kaum gegenüber dem Vorjahr (Abbildung 4). Weiterhin dominierten die Einlagen vor den übrigen Anteilsrechten. Die übrigen Anteilswerte fassen den Wert direkter Unternehmensbeteiligungen von Selbständigen und freiberuflich Tätigen an Unternehmen zusammen, die nicht als Aktiengesellschaft firmieren, und ergänzen ihn um den Wert der nicht börsennotierten Aktien. Die Forderungen an Lebensversicherungen umfassen in Österreich auch die Forderungen an private Krankenversicherungen, weil diese Versicherungsverträge eine große Sparkomponente enthalten, mit der hohe Gesundheitsausgaben im Alter finanziert werden. Insgesamt bildete die altersbezogene Vorsorge knapp ein Fünftel des Geldvermögens.

4. Anhaltendes Kreditwachstum bei stagnierendem Nettozinsergebnis

Die Kreditnachfrage blieb 2019 dank des Niedrigzinsumfeldes bei nominell weiterhin wachsenden Bruttoanlageinvestitionen (+5%) sehr dynamisch. Zum Jahresende 2019 war das Kreditvolumen der österreichischen Kreditinstitute an österreichische Kreditnehmer (ohne Interbankkredite) mit insgesamt 372 Mrd. € um 4,3% höher als im Vorjahr. Mit 45% ging knapp die Hälfte dieser Summe an die privaten Haushalte einschließlich der freiberuflich Tätigen, der Selbständigen und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (+4,2%). 40% nahmen die nichtfinanziellen Unternehmen auf (+6,3%) und rund ein Zehntel die öffentliche Hand (-4%) und die sonstigen Finanzintermediäre (+0,9%). Auf dem Interbankenmarkt blieb das ausstehende Kreditvolumen mit 143 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr unverändert. Im gesamten Euro-Raum übertrafen die Kredite ohne Interbankkredite mit 12.580 Mrd. € das Vorjahresniveau um 2,9%.

Die Neuaufnahme von Krediten machte laut Finanzierungsrechnung in den ersten drei Quartalen 2019 7 Mrd. € aus, zusätzlich wurden festverzinsliche Wertpapiere mit einem Volumen von 3,2 Mrd. € emittiert. Dem stand ein Aufbau von Eigenkapital durch Aktien und sonstige Anteilspapiere von nur 3,1 Mrd. € gegenüber. 2019 dehnten die nichtfinanziellen Unternehmen auch die Fristigkeit ihrer Fremdfinanzierung aus: Während sie die Kredite mit einer Laufzeit unter einem Jahr um 5,1% auf 26 Mrd. € verringerten, weiteten sie die Kredite mit einer Laufzeit von einem bis fünf Jahren um 13,7% auf 33 Mrd. € und jene mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren um 7,4% auf 104 Mrd. € aus.

Trotz der Umschichtung zu einem höheren Grad an Fremdfinanzierung bestanden die Passiva der nichtfinanziellen Unternehmen weiterhin zum größten Teil aus Eigenkapital (Abbildung 5). Auf nicht an der Börse gehandelte Formen des Eigenkapitals entfiel mit knapp 40% der Passiva der größte Anteil; 10% der Passiva bestanden aus Eigenkapital in Form von börsennotierten Aktien; sie gehen mit dem Wert zum Quartalsultimo in die Finanzierungsrechnung ein und reagieren daher auf die Kursbewegungen an der Börse. Das Fremdkapital bestand überwiegend aus Krediten der Finanzinstitute und zu einem deutlich geringeren Teil aus Handelskrediten zwischen nichtfinanziellen Unternehmen. Handelskredite haben allerdings nur eine Zwischenfinanzierungsfunktion, weil sie durch annähernd gleich große Forderungen auf der Aktivseite der Bilanz ausgeglichen werden. Die im internationalen Vergleich geringe Bedeutung des Kapitalmarktes für die Fremdfinanzierung österreichischer

Wohnraumfinanzierung ist der wichtigste Grund für die Verschuldung der privaten Haushalte.

2019 weiteten die nichtfinanziellen Unternehmen den Fremdkapitalanteil an ihrer Finanzierung aus.

Zur Hälfte erfolgte die Unternehmensfinanzierung durch Eigenkapital.

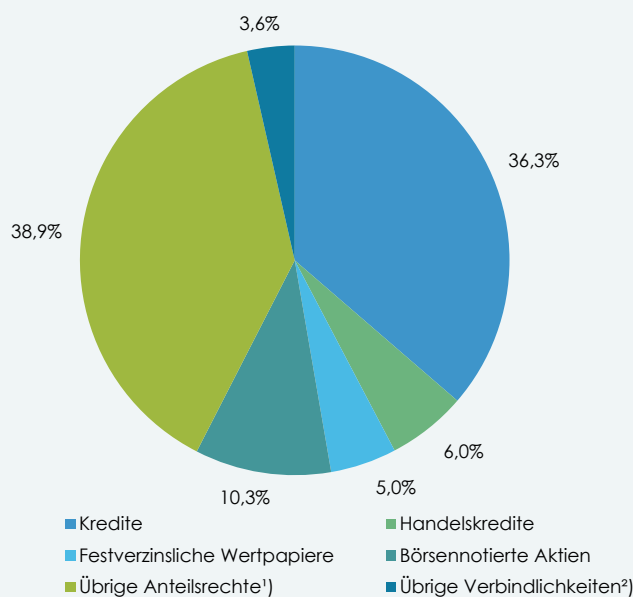
Die Kredite an österreichische private Haushalte dienen überwiegend der Wohnraumfinanzierung. Der Kapitalbedarf für diesen Zweck steigt sowohl aufgrund des Bevölkerungswachstums als auch wegen der ungünstigen Verzinsung von Einlagen im Kreditwesen bereits seit mehreren Jahren besonders dynamisch. Ende 2019 standen 117 Mrd. € an Wohnbaukrediten aus (+5,7%). Zur Finanzierung des Kaufes dauerhafter Konsumgüter wurden hingegen nur 18 Mrd. € verwendet, etwa gleich viel wie im Vorjahr (+0,6%).

Eine weitere Konsequenz niedriger Zinssätze war die Umschichtung der Finanzierungsstruktur der nichtfinanziellen Unternehmen.

Unternehmen spiegelt sich im kleinen Anteil festverzinslicher Wertpapiere an den Passiva. Österreichs Finanzsystem gehört deshalb zur Gruppe der bankbasierten Systeme (Saillard – Url, 2011). Die enge Beziehung zwischen Kreditinstituten und nichtfinanziellen Unternehmen senkt bei einer überraschenden Liquiditätskrise – wie etwa im Fall der Betriebs-schließungen anlässlich der COVID-19-Pandemie – die Insolvenzhäufigkeit, weil das Ausmaß der Informationsasymmetrie

zwischen Kreditinstitut und Unternehmenslei-tung kurzfristig deutlich geringer ist als zwi-schen den Teilnehmern am Kapitalmarkt. Darüber hinaus ist die Mehrzahl der österrei-chischen Unternehmen zu klein für eine kos-tengünstige Mittelaufnahme über den Kapi-talmarkt: Von den 340.000 in der aktuellen Leistungs- und Strukturhebung erfassten Unternehmen verzeichneten 290.000 einen Umsatz von jährlich weniger als 1 Mio. € (2017).

Abbildung 5: **Struktur der Finanzverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen**
2019



Q: OeNB, Stand Ende III. Quartal 2019. Die Finanzverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen betragen insgesamt 862 Mrd. €. – ¹) Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²) Kapitalgedeckte Pensionsansprüche und übrige Verbindlichkeiten einschließlich Finanzderivate.

Die Ertragslage der österreichischen Kreditwirtschaft litt 2019 unter dem negativen Zinssatz auf die Einlagenfazilität der EZB. Die Niedrigzinspolitik hat zwar den Vorteil, dass die Einlagen der Kunden nur geringe Kosten verursachen. Andererseits müssen die heimischen Kreditinstitute für ihre Einlagen bei der EZB Zinsen zahlen, und gleichzeitig schrumpft die Zinsmarge bei einem niedrigen Geldmarktzinssatz. Dementsprechend blieb das Nettozinsergebnis trotz der lebhaften Kreditnachfrage gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 8,6 Mrd. €. 2020 wird die weitgehende Entlastung von Zinszahlungen für Einlagen bei der EZB das Zinsergebnis verbessern.

Die Nettoprovisionserträge sind die zweitwichtigste Ertragskomponente im Kreditwesen. Mit 4,6 Mrd. € waren sie um 1,9% höher als im Vorjahr. Die Möglichkeiten zur Umschichtung des Kundengeschäftes in Bereiche mit höheren Provisionen könnte an Grenzen gestoßen sein, nicht zuletzt weil die

Digitalisierung eine vermehrte Konkurrenz von Fintech-Unternehmen mit sich bringt, die die Preise von Bankdienstleistungen ohne die Kosten aus Altlasten kalkulieren können. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung im konventionellen Bankgeschäft reagiert die Kreditwirtschaft einerseits mit der Ausweitung digitaler Angebote und andererseits mit der Ausdünnung des Filialnetzes. Im Jahr 2019 waren 573 Hauptanstalten und 3.521 Zweigstellen in Betrieb, gegenüber 2008 hat sich damit die Zahl der Hauptanstalten um 294 und die der Zweigstellen um 730 verringert. Im Gegensatz dazu ging der Beschäftigungsabbau im Kreditwesen 2019 zu Ende; mit 60.470 Vollzeitäquivalenten war der Beschäftigtenstand etwas höher als im Vorjahr (+0,3%). Trotz einer deutlichen Steigerung der sonstigen Erträge auf 3,2 Mrd. € dürfte der Jahresüberschuss der Kreditwirtschaft 2019 nach Steuern um 15,5% auf 4,8 Mrd. € gesunken sein. Ein deutlicher Anstieg der Betriebsaufwendungen um 6,9% – bedingt vor allem durch zusätzliche

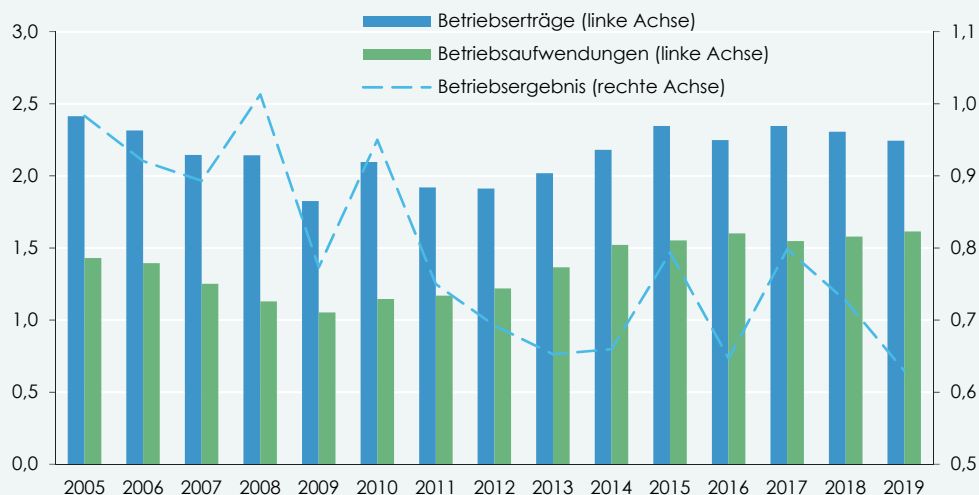
Die Ertragslage des Kreditwesens verschlechterte sich 2019.

Ausgaben für die betriebliche Altersvorsorge und höhere sonstige betriebliche Aufwendungen – sorgte für eine hohe Kostendynamik. Die Cost-Income-Ratio stieg von 68,5%

(2018) auf 71,9% (2019), und der erwartete Return on Equity sank auf 6,2% (2018: 7,6%).

Abbildung 6: Ertragslage des Bankensystems

In % der durchschnittlichen Bilanzsumme



Q: OeNB.

Der IWF bescheinigt Österreich eine relativ hohe Finanzmarktstabilität.

5. Regulatorische Kennzahlen signalisieren keine Überhitzung

Von den Indikatoren zur Stabilität des Finanzsektors ist der Anteil der notleidenden Kredite am gesamten Kreditbestand von nur 1,7% am Ende des III. Quartals erwähnenswert. Dieser Wert spiegelt die gute Beschäftigungs- und Konjunkturlage der letzten Jahre ebenso wider wie die vorsichtige, stark an der Bonität orientierte Kreditvergabepolitik. Mit 15,6% der risikogewichteten Aktiva blieb das Tier-1-Eigenkapital im Kreditwesen (DCCB) am Ende des III. Quartals 2019 auf dem Wert vom Jahresende 2018. Die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) berechnete Lücke im Kredit-BIP-Verhältnis verringerte sich von 8,7% Ende 2018 auf 9,7% im III. Quartal 2019 und signalisiert damit ein unterdurchschnittliches Kreditwachstum. Insgesamt boten die Kennzahlen keinen Anlass für makroprudenzielle Eingriffe. Dementsprechend behielt das Finanzmarktstabilitätsgremium die Vorgabe für den anti-zyklischen Eigenkapitalpuffer auf 0%.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) untersuchte 2019 eingehend die Stabilität des österreichischen Finanzsektors im Rahmen des Financial Sector Assessment Program (FSAP). Im Zentrum der Analyse standen wesentliche Risiken für die makrofinanzielle Stabilität, die Wirkung der bestehenden rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen auf die Finanzmarktstabilität und die Kapazität der nationalen Institutionen zur Bewältigung einer Finanzkrise. Der IWF schätzt sowohl die Teilnehmer am österreichischen Finanzmarkt als auch die Aufsicht und nationalen Sicherungssysteme als krisenfest ein und bestätigt Fortschritte in der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Gruppenweite Risiken österreichischer Finanzdienstleister, so die Empfehlung, und potentielle Risiken aus der starken Preissteigerung von Wohnimmobilien sind genau zu beobachten.

6. Positiver Jahresausklang auf den Aktienmärkten

Ausgehend von relativ niedrigen Werten zu Jahresbeginn bewegten sich die Kurse an der Wiener Börse bis zum Spätsommer 2019 kaum. Auf den internationalen Aktienmärkten (Abbildung 7) verlief die Entwicklung nur in Japan ähnlich. In Deutschland, dem Vereinigten Königreich und den USA stiegen die Kurse hingegen schon seit dem Jahresbeginn sehr dynamisch, obwohl die Konjunktur-

erwartungen in der europäischen Industrie stark nach unten gerichtet waren (Europäische Kommission, 2020). Die Vertrauensindikatoren lagen in der EU und im Euro-Raum seit Mitte 2019 im negativen Bereich und signalisierten damit einen bevorstehenden Rückgang der Industrieproduktion.

Einen positiven Impuls erhielten die Aktienmärkte im Herbst durch die Kehrtwende der geldpolitischen Strategie wichtiger Notenbanken. Die Notenbank der USA setzte ab dem Herbst eine Reihe von Zinssenkungsschritten, und die EZB senkte in einer eher symbolischen Maßnahme den Leitzinssatz für ihre Einlagenfazilität um 0,1 Prozentpunkt. Dennoch verlängerte dieser Stimulus im Herbst die Kursrallye bis zum Jahresende 2019 und riss schließlich auch die Wiener Börse mit. Der ATX schloss Ende 2019 um 9,8% über dem Stand zu Jahresbeginn ab, blieb damit aber deutlich hinter der Steigerung des DAX (+21,8%) und des Standard & Poors 500 für die USA (+23,7%) zurück. Die gute Stimmung an den internationalen Börsen spiegelt auch die Preisentwicklung des MSCI-Weltindex wider, er stieg auf Dollarbasis um 25,2% und ermöglichte Investoren aus dem Euro-Raum wegen der Dollaraufwertung nach der Umrechnung in Euro sogar zusätzliche Kursgewinne (+27,5%); einschließlich der Dividendenausschüttungen brachte ein internationales Portfolio entsprechend dem MSCI in Euro umgerechnet einen Wertgewinn von 30,8%. Die Volatilität – gemessen an der impliziten Volatilität von Optionen auf Aktien der Chicago Board Options Exchange (VIX) – lag im Jahresdurchschnitt unverändert bei 15,4% und damit unter dem Durchschnitt seit der Einführung dieses Index im Jahr 1986 (19,7%).

Angesichts der guten Kursentwicklung vergrößerte sich die Marktkapitalisierung der Wiener Börse auf 118,7 Mrd. € oder 29,8% des nominellen Bruttoinlandsproduktes. Der durchschnittliche Umsatz je Monat lag 2019 wieder deutlich unter dem Vorjahreswert (5,2 Mrd. €), vor allem weil die Umsätze inländischer Aktien um 13,4% und der Optionshandel um 45,3% geringer waren. Mit 97 emittierten Unternehmensanleihen wurde der Höchstwert aus dem Vorjahr übertroffen und ein Finanzierungsvolumen von insgesamt 11,7 Mrd. € eingenommen. 2,8 Mrd. € oder 24% des Gesamtvolumens gingen an österreichische Unternehmen.

Hohe Wertsteigerungen an den internationalen Börsen und Kursgewinne festverzinslicher Staatsanleihen, die mit dem leichten Rückgang der Renditen verbunden waren, ermöglichten den österreichischen Pensionskassen 2019 ein gutes Veranlagungsergebnis von durchschnittlich 11,6%. Dabei erzielten die überbetrieblichen Pensionskassen 2019 – entgegen dem langjährigen Trend – ein etwas besseres Ergebnis (11,8%) als die betrieblichen Pensionskassen (9,6%). Das verwaltete Kapital in den Pensionskassen machte Ende 2019 24,3 Mrd. € aus, das entspricht 6,1% des nominellen Bruttoinlandsproduktes.

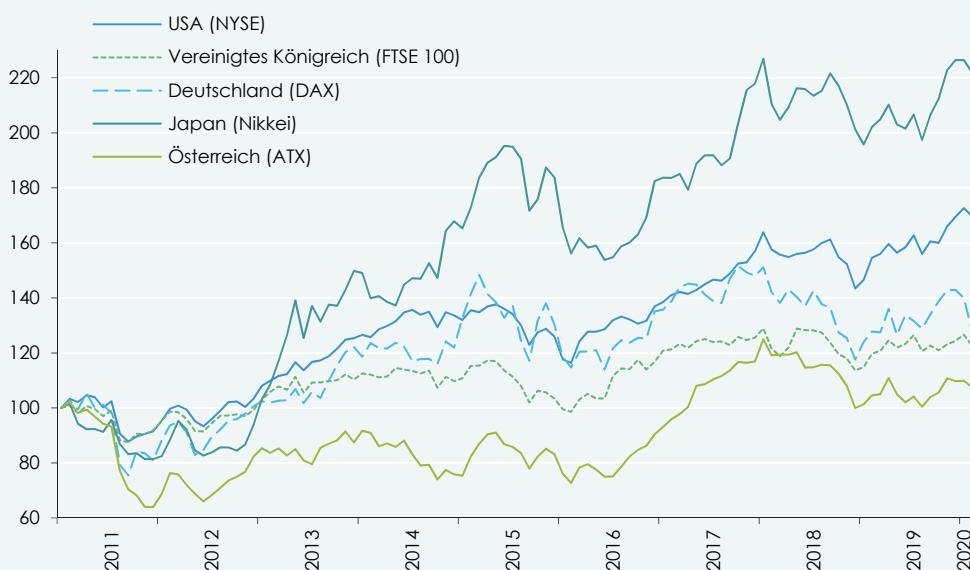
Die Kurswende der Geldpolitik zu einer expansiven Haltung beflügelte die Aktienmärkte.

2019 erreichte die Marktkapitalisierung der Wiener Börse knapp 30% des BIP.

Die Pensionskassen erzielten einen überdurchschnittlich hohen Veranlagungsertrag.

Abbildung 7: **Internationale Börsenindizes**

Jänner 2011 = 100



Q: Deutsche Bundesbank, OECD, Wiener Börse.

7. Nominell- und real-effektive Aufwertung

Erwartungsgemäß setzte die Federal Reserve Bank der USA ihre Rückkehr zum neutralen Kurs der Geldpolitik Anfang 2019 fort, wäh-

rend die EZB die Folgen der Beendigung des Wertpapierankaufprogrammes abwartend beobachtete. Die divergierende geldpoli-

2019 wurde die real-effektive Aufwertung aus den Vorjahren teilweise korrigiert.

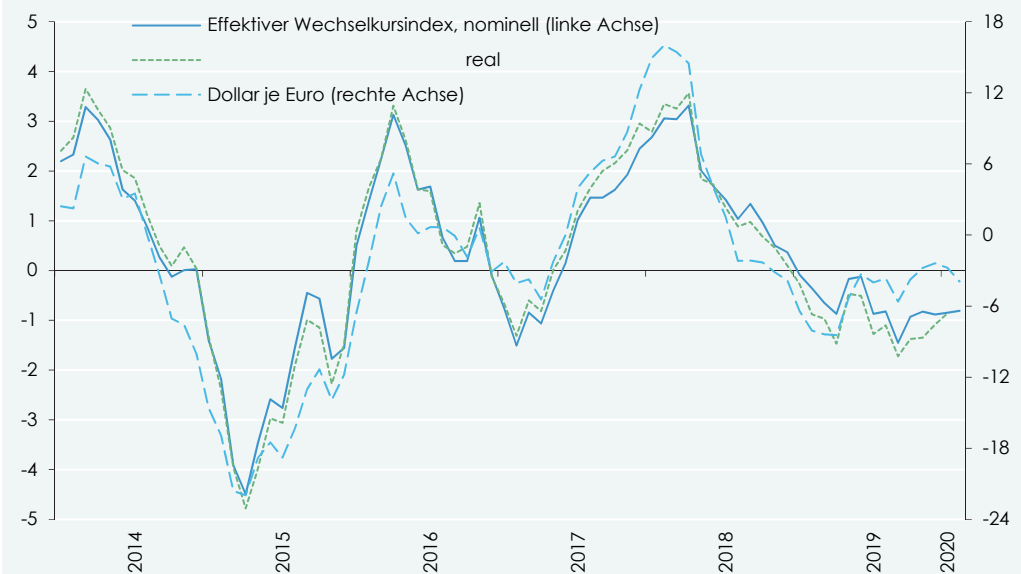
tische Strategie und der Wachstumsvorsprung der USA unterstützten den Dollar, der im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Euro aufwertete (+5,2%). Diese Kursbewegung war in Verbindung mit den Bewegungen der am Dollar mehr oder weniger stark angelegenen Währungen die Hauptursache für die nominell-effektive Abwertung um 0,7% (Abbildung 8). Zum Rückgang des effektiven Wechselkursindex trugen zudem der Schweizer Franken, der japanische Yen und – nach dem Abklingen der Bürgerkriegswirren – auch die ukrainische Hrywnja bei. Eine unzureichende Korrekturbewegung kam vom anhaltenden Verfall der türkischen Lira (2019: 12,3%), des ungarischen Forint und der schwedischen Krone.

Der real-effektive Wechselkursindex auf Grundlage der Verbraucherpreisindizes gibt

ein besseres Bild der Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Dabei wird die Wechselkursänderung um die Entwicklung der Verbraucherpreisindizes in Österreich und dem jeweiligen Handelspartner korrigiert. Im Vergleich mit den Handelspartnern war die Steigerung der Verbraucherpreise in Österreich verhalten, und die reale Abwertung fiel mit –1,1% etwas stärker aus. Allerdings stieg der real-effektive Wechselkursindex zwischen 2015 und 2018 um 3,9%, sodass mit der Abwertung des Jahres 2019 nur ein Teil der verlorenen Wettbewerbsfähigkeit wieder aufgeholt wurde. Eine leicht modifizierte Gewichtung des effektiven Wechselkursindex mit den Industriewaren ergab 2019 nur kleine Abweichungen gegenüber der Berechnung anhand der Standardgewichtung.

Abbildung 8: **Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OeNB, WIFO.

8. Ausblick

Die rasche Ausbreitung der COVID-19-Pandemie brachte weltweit einen Nachfrageeinbruch und angebotsseitige Einschränkungen mit sich. Im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf wirkt sich diese Krise vor allem als Liquiditätsengpass der Unternehmen aus. Deshalb konzentrieren sich die wirtschaftspolitischen Maßnahmen national und international auf die Stabilisierung der Einkommen, den Erhalt der Liquidität in den Unternehmen und die Vermeidung einer Insolvenzwelle. Die EZB lockerte bereits Anfang März 2020 die Liquiditätsversorgung der Kreditwirtschaft und sorgte mit dem Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) für eine Verlängerung der Niedrigzinsphase trotz

der starken Zunahme der öffentlichen Budgetdefizite im Euro-Raum. Das Volumen des PEPP entspricht mit 750 Mrd. € rund 5,5% des Bruttoinlandsproduktes im Euro-Raum. Staatliche Garantie- und Haftungsprogramme für Überbrückungskredite werden das Neugeschäft im Kreditwesen 2020 beflügeln, gleichzeitig ist jedoch ein Einbruch der Investitionstätigkeit zu erwarten, sodass das großvolumige und längerfristige Kreditgeschäft abrupt abbrechen wird. Angesichts der ungewissen Erholung der Wirtschaft wird auch die Bereitschaft der privaten Haushalte zur Neuverschuldung niedriger ausfallen. Dynamik und Profitabilität des Kreditgeschäftes hängen erheblich vom Erfolg der liquiditäts-

sichernden Maßnahmen ab. Nach dem kräftigen Wachstum der Wertschöpfung im Finanz- und Versicherungswesen 2019

(+3,5%) wird für das laufende Jahr ein leichter Rückgang um 2,5% erwartet.

9. Literaturhinweise

European Money Markets Institute (EMMI), Update on the hybrid Euribor methodology, Euro RFR Working Group, Frankfurt am Main, 2019, https://www.ecb.europa.eu/paym/initiatives/interest_rate_benchmarks/WG_euro_risk_free_rates/shared/pdf/20181018/2018-10-18_WG_on_euro_RFR_meeting_Item_4_1_Update_on_the_Euribor_hybrid_methodology.pdf.

Europäische Kommission, "European Business Cycle Indicators 4th quarter 2019", European Economy, Technical Paper, 2020, (037), https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/tp037_en.pdf.

Hözl, W., Bachtrögl, J., Kügler, A., Konjunkturbeurteilung verbessert sich trotz anhaltender Unterschiede. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Februar 2020, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65771>.

Saillard, A., Uri, Th., "Venture Capital in Bank- and Market-Based Economies", WIFO Working Papers, 2011, (389), <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/41250>.

Working Group on Euro Risk-Free Rates (2019A), Guiding principles for fallback provisions in new contracts for euro-denominated cash products, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main, 2019, <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecb.sq3guidingprinciples201901.en.pdf>.

Working Group on Euro Risk-Free Rates (2019B), High level recommendations for fallback provisions in contracts for cash products and derivatives transactions referencing EURIBOR, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main, 2019, https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecb.wqeurofr_highlevelrecommendationseuribor_fallbacks-abc6ca6268.en.pdf.

Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich

Michael Klien, Hans Pitlik, Matthias Firgo, Ulrike Famira-Mühlberger



Die vorliegende Studie analysiert die vertikale Mittelverteilung zwischen den österreichischen Gebietskörperschaften vor dem Hintergrund eines möglichen fiskalischen Ungleichgewichtes. In einem internationalen Vergleich wird aufgezeigt, wie in anderen föderalen Staaten unterschiedliche Ausgabenentwicklungen über Kennzahlen in die vertikale Mittelverteilung einfließen. Die Quantifizierung des "notwendigen" Ausgabenwachstums – ein zentrales Problem solcher Ansätze – versucht die Studie mittels einer Wachstumszerlegung (Shift-Share-Analyse) zu lösen. Die Ergebnisse unterstreichen den hohen strukturellen Ausgabendruck der österreichischen Länder und Gemeinden. Beispielhaft für den Bereich der Pflege wird zudem dargelegt, dass die hohe subnationale Ausgabendynamik in den kommenden Jahren womöglich anhalten wird. Abschließend skizziert die Studie, wie ein kennzahlbasierter, struktureller vertikaler Finanzausgleich in Österreich gestaltet sein könnte und welche Umsetzungsoptionen zu beachten sind.

Im Auftrag der Verbindungsstelle der Österreichischen Bundesländer • März 2020 • 123 Seiten • 50 € •
Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65854>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex und WIFO-Frühindikator

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2017	2018	2019	2019				2019				2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	5,8	5,3	5,2	5,3	5,2	5,2	5,1	5,1	5,1	5,1	5,0	5,1	5,0
USA	4,3	3,9	3,7	3,9	3,6	3,6	3,5	3,5	3,6	3,5	3,5	3,6	3,5
Japan	2,8	2,4	2,4	2,5	2,4	2,3	2,3	2,4	2,4	2,2	2,2	2,4	2,4
Euro-Raum	9,1	8,2	7,6	7,8	7,6	7,5	7,4	7,5	7,4	7,4	7,4	7,4	7,3
Belgien	7,1	6,0	5,4	5,5	5,5	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2
Deutschland	3,8	3,4	3,2	3,2	3,1	3,1	3,2	3,1	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
Irland	6,7	5,8	5,0	5,0	5,2	5,0	4,7	4,8	4,7	4,7	4,7	4,8	4,8
Griechenland	21,5	19,4	17,3	18,4	17,3	16,9	16,5	16,8	16,6	16,5	16,3	.	.
Spanien	17,2	15,3	14,1	14,2	14,2	14,2	13,8	14,1	14,0	13,8	13,7	13,7	13,6
Frankreich	9,4	9,0	8,5	8,7	8,5	8,5	8,2	8,4	8,3	8,2	8,2	8,2	8,1
Italien	11,3	10,6	10,0	10,3	10,0	9,8	9,7	9,9	9,7	9,7	9,8	9,8	9,7
Luxemburg	5,6	5,5	5,6	5,4	5,7	5,6	5,6	5,5	5,5	5,6	5,6	5,7	5,7
Niederlande	4,9	3,8	3,4	3,4	3,3	3,5	3,4	3,5	3,5	3,5	3,2	3,0	2,9
Österreich	5,5	4,9	4,5	4,7	4,6	4,5	4,2	4,5	4,3	4,2	4,2	4,3	4,4
Portugal	9,0	7,0	6,6	6,5	6,6	6,5	6,6	6,5	6,5	6,7	6,7	6,7	6,5
Slowakei	8,1	6,5	5,8	5,9	5,8	5,8	5,6	5,7	5,7	5,6	5,6	5,5	5,5
Finnland	8,6	7,4	6,7	6,7	6,7	6,8	6,7	6,8	6,7	6,7	6,6	6,5	6,5
Tschechien	2,9	2,2	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1	2,0	2,1	2,0	2,0	2,0
Ungarn	4,2	3,7	3,5	3,4	3,4	3,5	3,5	3,5	3,6	3,4	3,4	3,4	.
Polen	4,9	3,8	3,3	3,7	3,3	3,1	2,9	3,1	3,0	2,9	2,9	2,9	2,9
Schweiz	4,8	4,7	4,4	4,6	4,5	4,4	4,1

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2017	2018	2019	2019				2019				2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3
USA	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,3
Japan	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2
Belgien	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,0
Deutschland	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7
Irland	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9
Griechenland	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	- 0,3	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,4
Spanien	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,9
Frankreich	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6
Italien	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Luxemburg	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,8
Niederlande	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,3
Österreich	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,2
Portugal	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,6	- 0,3	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,5
Slowakei	+ 1,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1
Finnland	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1
Tschechien	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,7
Ungarn	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,4	+ 4,1	+ 4,7	+ 4,4
Polen	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,8	+ 4,1
Schweiz	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,2

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2017	2018	2019	2019			2020		2019			2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem- ber	Dezember	Jänner	Februar	März	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Europa, MSCI Europa	+13,0	- 0,7	+ 0,8	- 1,4	- 1,2	+12,2	+ 5,6	+11,9	+19,8	+19,3	+13,8	-15,3	
Euro-Raum, STOXX 50	+16,2	- 3,0	+ 1,4	- 1,9	+ 1,1	+15,1	+ 6,8	+15,9	+22,0	+21,8	+15,9	-15,3	
Deutschland, DAX 30	+22,0	- 1,3	- 1,3	- 4,5	- 2,2	+14,5	+ 8,5	+16,2	+22,4	+22,0	+18,2	-13,1	
Österreich, ATX	+34,9	+ 7,6	- 9,0	-10,1	-10,8	+ 1,1	- 6,2	+ 2,6	+ 9,8	+ 8,5	+ 2,8	-28,6	
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	+14,0	- 0,2	- 1,2	- 2,6	- 2,5	+ 4,6	- 3,0	+ 4,4	+ 9,0	+10,1	+ 2,3	-20,3	
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	+29,6	+ 1,1	- 3,1	- 0,3	- 2,3	- 1,0	-13,6	+ 0,4	- 1,9	- 2,1	- 5,9	-31,9	
Tschechien, PX 50	+14,3	+ 8,0	- 3,2	- 3,2	- 3,6	+ 0,4	- 3,5	+ 0,6	+ 7,0	+10,6	+ 2,1	-21,9	
Ungarn, BUX Index	+31,5	+ 5,4	+10,0	+11,9	+11,9	+11,6	+ 1,0	+11,5	+13,6	+ 9,7	+ 9,4	-15,0	
Polen, WIG Index	+30,1	- 2,6	- 1,3	+ 0,5	- 0,7	+ 0,4	-12,6	+ 3,0	- 2,2	- 2,0	- 6,3	-28,4	
Russland, RTS Index	+19,8	+ 5,6	+12,7	+11,2	+19,4	+27,2	+16,0	+28,9	+34,8	+37,1	+26,0	-12,6	
Amerika													
USA, Dow Jones Industrial Average	+21,4	+15,2	+ 5,3	+ 6,3	+ 4,2	+10,4	+ 5,6	+10,3	+18,6	+19,6	+11,5	-12,0	
USA, S&P 500 Index	+16,9	+12,1	+ 6,1	+ 6,6	+ 3,8	+14,2	+12,3	+14,0	+23,7	+25,7	+19,0	- 5,4	
Brasilien, BM&FBOVESPA	+27,7	+20,0	+23,3	+20,1	+32,6	+25,6	+ 7,8	+23,1	+30,1	+23,9	+17,1	-15,2	
Asien													
Japan, Nikkei 225	+19,5	+10,4	- 2,7	- 4,2	- 6,0	+ 5,0	+ 4,0	+ 5,9	+13,0	+16,0	+10,1	-11,9	
China, Shanghai Index	+ 8,2	- 9,4	- 0,8	- 2,4	+ 5,7	+13,2	+ 5,3	+11,1	+15,1	+20,3	+ 5,3	- 6,4	
Indien, Sensex 30 Index	+17,3	+14,4	+ 8,3	+11,7	+ 1,6	+13,8	+ 4,7	+14,7	+14,4	+14,7	+12,9	-12,7	

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2017	2018	2019	2019			2020		2019			2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezember	Jänner	Februar	März
	In %												
USA	1,3	2,4	2,3	2,5	2,2	1,9	1,5	2,0	1,9	1,9	1,8	1,7	1,1
Japan	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kanada	1,1	1,8	1,9	1,9	1,8	1,9	1,7	1,8	1,9	1,9	1,9	1,8	1,3
Euro-Raum	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Tschechien	0,4	1,3	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3	2,0
Dänemark	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Ungarn	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,4	0,5
Polen	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,5	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,2
Schweden	- 0,7	- 0,7	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Vereinigtes Königreich	0,4	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,5
Norwegen	0,9	1,1	1,6	1,5	1,6	1,8	1,7	1,8	1,9	1,9	1,8	1,8	1,4
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2017	2018	2019	2019			2020	2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
	In %												
USA	2,3	2,9	2,1	2,3	1,8	1,8	1,4	1,7	1,8	1,9	1,8	1,5	0,9
Japan	0,0	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0
Kanada	1,8	2,3	1,6	1,6	1,4	1,5	1,2	1,4	1,5	1,6	1,5	1,3	0,8
Euro-Raum	1,2	1,3	0,6	0,8	0,2	0,3	0,3	0,1	0,3	0,4	0,3	0,1	0,4
Belgien	0,7	0,8	0,2	0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,0	0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0
Deutschland	0,3	0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,5	- 0,5
Irland	0,8	1,0	0,3	0,4	0,0	0,0	- 0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	- 0,1	0,1
Griechenland	6,0	4,2	2,6	3,2	1,9	1,4	1,5	1,3	1,4	1,4	1,3	1,1	2,0
Spanien	1,6	1,4	0,7	0,8	0,2	0,3	0,4	0,2	0,4	0,4	0,4	0,3	0,5
Frankreich	0,8	0,8	0,1	0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,0	0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,1
Italien	2,1	2,6	2,0	2,5	1,3	1,2	1,3	1,0	1,3	1,4	1,3	1,0	1,6
Luxemburg	0,5	0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,4
Niederlande	0,5	0,6	- 0,1	0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,3
Österreich	0,6	0,7	0,1	0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,1
Portugal	3,1	1,8	0,8	0,9	0,3	0,3	0,4	0,2	0,4	0,4	0,4	0,3	0,7
Finnland	0,5	0,7	0,1	0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1
Dänemark	0,5	0,5	- 0,2	- 0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4
Schweden	0,7	0,7	0,0	0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,2	0,0	0,1	0,1	- 0,1	- 0,2
Vereinigtes Königreich	1,2	1,4	0,9	1,0	0,6	0,7	0,6	0,6	0,7	0,8	0,7	0,6	0,4
Norwegen	1,6	1,9	1,5	1,6	1,3	1,4	1,2	1,3	1,5	1,5	1,4	1,4	0,9
Schweiz	- 0,1	0,0	- 0,5	- 0,4	- 0,8	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,7	- 0,6

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2017	2018	2019	2019				2020	2019			2020		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	
	Fremdwährung je Euro													
Dollar	1,13	1,18	1,12	1,14	1,12	1,11	1,11	1,10	1,11	1,11	1,11	1,09	1,11	
Yen	126,65	130,41	122,06	125,10	123,49	119,28	120,36	120,10	120,34	121,24	121,36	120,03	118,90	
Schweizer Franken	1,11	1,15	1,11	1,13	1,13	1,10	1,10	1,07	1,10	1,09	1,08	1,06	1,06	
Pfund Sterling	0,88	0,88	0,88	0,87	0,87	0,90	0,86	0,86	0,86	0,85	0,85	0,84	0,89	
Schwedische Krone	9,64	10,26	10,59	10,42	10,62	10,66	10,64	10,67	10,65	10,48	10,55	10,57	10,88	
Dänische Krone	7,44	7,45	7,47	7,46	7,47	7,46	7,47	7,47	7,47	7,47	7,47	7,47	7,47	
Norwegische Krone	9,33	9,60	9,85	9,74	9,72	9,85	10,09	10,46	10,11	10,04	9,94	10,13	11,29	
Tschechische Krone	26,33	25,64	25,67	25,68	25,68	25,74	25,57	25,61	25,53	25,50	25,22	25,05	26,58	
Russischer Rubel	65,89	74,06	72,46	74,88	72,56	71,84	70,55	73,70	70,58	69,99	68,77	69,91	82,43	
Ungarischer Forint	309,27	318,83	325,23	317,88	322,91	328,21	331,93	339,08	333,62	330,71	334,38	337,17	345,68	
Polnischer Zloty	4,26	4,26	4,30	4,30	4,28	4,32	4,29	4,32	4,29	4,27	4,25	4,28	4,44	
Neuer Rumänischer Leu	4,57	4,65	4,75	4,74	4,75	4,73	4,77	4,80	4,77	4,78	4,78	4,78	4,83	
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	
Chinesischer Renminbi	7,63	7,81	7,73	7,66	7,67	7,80	7,80	7,69	7,76	7,80	7,68	7,63	7,77	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Effektiver Wechselkursindex														
Nominell	+ 0,5	+ 1,8	- 0,7	- 0,4	- 0,4	- 1,0	- 0,9	- 0,2	- 0,8	- 0,9	- 0,8	- 0,8	+ 1,0	
Industriewaren	+ 0,7	+ 1,7	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 1,0	- 0,9	- 0,2	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,7	+ 0,9	
Real	+ 0,8	+ 1,7	- 1,0	- 0,7	- 0,8	- 1,4	- 1,2	.	- 1,3	- 1,1	- 0,8	- 0,7	.	
Industriewaren	+ 1,0	+ 1,7	- 1,0	- 0,7	- 0,7	- 1,3	- 1,3	.	- 1,4	- 1,0	- 0,8	- 0,7	.	

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2017	2018	2019	2019			2020	2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+20,5	+23,5	-12,2	-11,4	-19,4	-11,2	-19,8	-24,0	- 9,2	+ 2,7	- 1,1	-15,7	-41,6
Ohne Energierohstoffe	+11,2	+ 1,8	- 2,2	- 5,5	+ 1,6	+ 2,2	- 0,9	- 0,5	+ 0,7	+ 6,7	+ 6,0	- 3,8	- 4,5
Auf Euro-Basis	+18,0	+18,0	- 7,5	- 6,1	-15,7	- 8,5	-17,4	-21,0	- 6,6	+ 5,2	+ 1,7	-12,2	-40,4
Ohne Energierohstoffe	+ 9,1	- 3,0	+ 3,3	+ 0,2	+ 6,3	+ 5,3	+ 2,1	+ 3,3	+ 3,5	+ 9,2	+ 9,1	+ 0,2	- 2,5
Nahrungs- und Genussmittel	- 4,6	- 9,2	- 0,1	- 6,1	+ 2,5	+ 5,5	+ 7,9	+ 1,1	+ 5,5	+10,0	+ 8,8	+ 8,0	+ 6,9
Industrierohstoffe	+19,1	+ 0,7	+ 5,0	+ 3,5	+ 8,3	+ 5,2	- 0,7	+ 4,5	+ 2,4	+ 8,9	+ 9,2	- 3,5	- 6,9
Energierohstoffe	+19,7	+21,6	- 8,9	- 6,9	-18,3	-10,3	-20,4	-24,0	- 8,0	+ 4,6	+ 0,5	-14,1	-46,0
Rohöl	+19,5	+23,7	- 5,3	- 3,8	-14,5	- 3,2	-16,4	-21,5	+ 0,1	+18,7	+11,3	- 9,2	-47,6

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESG 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2018				2019	
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,0	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,6	.	.	+ 1,6	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,0
Exporte	+ 3,0	+ 3,1	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,7	.	.	+ 6,5	+ 4,6	+ 4,1	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,6
Importe	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,0	+ 4,6	+ 2,8	.	.	+ 3,9	+ 5,6	+ 5,1	+ 1,7	+ 3,7	+ 0,8
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 1,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,6	.	.	+ 0,1	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,0	+ 0,6
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3	.	.	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,4
Private Haushalte ²⁾	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	.	.	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6
Staat	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	.	.	+ 0,2	+ 1,6	+ 1,6	- 0,5	+ 1,5	+ 1,1
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 3,2	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,6	+ 2,5	.	.	+ 1,5	+ 7,7	+ 7,5	+ 2,1	+ 2,1	- 0,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,3	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,9	.	.	+ 2,7	+ 4,6	+ 5,7	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,3
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 3,9	+ 9,3	+ 6,3	+ 4,3	+ 3,4	.	.	+ 0,7	+ 5,3	+ 8,2	+ 3,7	+ 2,7	- 0,6
Bauten	+ 0,1	+ 0,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,4	.	.	+ 3,8	+ 4,0	+ 5,1	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,5
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 4,8	+ 4,0	+ 1,7	+ 3,9	+ 3,1	.	.	+ 3,0	+ 4,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,4
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 0,9	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,1	+ 1,0	.	.	+ 2,0	+ 3,7	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	- 1,3
Trend-Konjunktur-Komponente, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt								+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Exporte								+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Importe								+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1
Inländische Verwendung ¹⁾								+ 0,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,0
Konsumausgaben insgesamt								+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Private Haushalte ²⁾								+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Staat								+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4
Bruttoinvestitionen ³⁾								+ 1,0	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen								+ 0,9	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4
Ausrüstungen und Waffensysteme								+ 0,7	+ 1,8	+ 1,4	- 0,3	- 0,8	- 0,1
Bauten								+ 1,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Sonstige Anlagen ⁴⁾								+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren								+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	- 0,3	- 0,7	- 0,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2020 und 2021: Prognose. Im März 2020 wurde eine Einschätzung zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Konjunktur veröffentlicht. Die nächste vollständige WIFO-Prognose wird am 26. Juni 2020 vorgelegt. Zu aktuellen Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung siehe die mittelfristige WIFO-Prognose vom April 2020. – 1) Einschließlich statistischer Differenz. – 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 3) Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – 4) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2018				2019		
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 2,2	+ 4,8	+ 2,7	+ 4,8	.	.	.	+ 5,2	+ 4,9	+ 4,8	+ 4,5	+ 4,1	+ 3,9	
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,3	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 3,1	+ 4,3	+ 4,2	+ 3,9	+ 2,3	.	.	+ 1,5	+ 4,7	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,4	
Gesamtwirtschaftliche Produktivität BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,3	.	.	- 0,2	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	- 0,0	
BIP nominell	Mrd. €	344,27	357,30	370,30	385,71	398,52	.	.	96,38	100,88	97,04	98,24	99,65	103,60
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	39.894	40.882	42.103	43.644	44.901	.	.	10.899	11.395	10.951	11.074	11.221	11.654
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	- 0,4	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,1	.	.	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	+ 1,4	- 0,0	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,5	.	.	- 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2020 und 2021: Prognose. Im März 2020 wurde eine Einschätzung zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Konjunktur veröffentlicht. Die nächste vollständige Prognose wird am 26. Juni 2020 vorgelegt. Zu aktuellen Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung siehe die mittelfristige WIFO-Prognose vom April 2020. – 1) Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – 2) Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex und WIFO-Frühindikator

	2019				2020		2019				2020	
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
Indexpunkte (saisonbereinigt)												
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft	+13,7	+11,1	+10,0	+ 7,9	+ 7,9	+ 8,1	+ 8,6	+ 7,1	+10,2	+10,5	+ 3,1	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+16,8	+12,8	+11,8	+ 8,8	+11,1	+ 8,6	+ 9,5	+ 8,2	+11,3	+12,7	+ 9,2	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+10,6	+ 9,2	+ 8,1	+ 7,2	+ 4,8	+ 7,6	+ 7,9	+ 6,1	+ 9,0	+ 8,3	- 3,1	
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche												
Sachgütererzeugung	+ 6,9	+ 3,9	+ 2,1	- 2,2	- 1,9	- 3,1	- 0,9	- 2,7	- 1,7	+ 1,6	- 5,5	
Bauwirtschaft	+25,1	+21,3	+20,1	+19,6	+24,3	+16,7	+21,5	+20,7	+23,7	+25,3	+23,8	
Dienstleistungen	+15,8	+13,7	+13,1	+12,4	+10,9	+13,7	+12,5	+10,9	+15,1	+13,2	+ 4,5	
WIFO-Frühindikator ¹⁾	- 0,39	- 0,42	- 0,45	- 0,37	- 0,24	- 0,78	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). – 1) Monatlicher Sammelindikator, der Konjunkturwendepunkte der österreichischen Gesamtwirtschaft zeitnah anzeigt (standardisierte Werte, saisonbereinigt). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at, astrid.czaloun@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: **Tourismusentwicklung in der laufenden Saison**

	Wintersaison 2018/19				November 2019 bis Februar 2020			
	Umsätze im Gesamtreise- verkehr	Übernachtungen			Umsätze im Gesamtreise- verkehr ²⁾	Übernachtungen ¹⁾		
		Insgesamt	Aus dem Inland	Aus dem Ausland		Insgesamt	Aus dem Inland	Aus dem Ausland
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Österreich	+ 5,5	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,8	+ 8,7	+ 7,1	+ 2,0	+ 8,6
Wien	+ 17,6	+ 13,9	+ 2,4	+ 16,9	+ 9,0	+ 5,8	+ 0,2	+ 7,1
Niederösterreich	+ 5,7	+ 3,6	+ 0,9	+ 9,8	+ 3,7	+ 2,4	+ 0,8	+ 6,0
Burgenland	+ 2,6	+ 0,7	- 0,7	+ 9,9	+ 6,9	+ 5,9	+ 4,8	+ 14,4
Steiermark	+ 3,3	- 0,1	- 2,1	+ 0,1	+ 7,6	+ 6,7	+ 2,6	+ 11,8
Kärnten	+ 3,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	+ 8,6	+ 7,6	+ 4,3	+ 9,6
Oberösterreich	+ 7,6	+ 5,8	+ 3,6	+ 9,4	+ 4,8	+ 3,8	+ 3,5	+ 4,2
Salzburg	+ 4,2	+ 0,0	+ 0,8	- 0,1	+ 9,6	+ 8,3	+ 0,7	+ 10,4
Tirol	+ 3,8	- 0,4	- 0,2	- 0,2	+ 9,7	+ 7,9	+ 2,3	+ 8,3
Vorarlberg	+ 3,4	- 1,3	- 2,3	- 1,2	+ 7,3	+ 5,7	- 0,1	+ 6,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – 1) Februar 2020: Hochrechnung. – 2) Schätzung. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, susanne.markytan@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: **Warenexporte und Warenimporte**

	2018		2019		2016		2017		2018		2019		2019		2019		
	Mrd. €	Jänner bis De- zember	Mrd. €	Jänner bis De- zember	Mrd. €	Jänner bis De- zember	Mrd. €	Jänner bis De- zember	Mrd. €	Jänner bis De- zember	Mrd. €	Jänner bis De- zember	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber
													Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Warenexporte insgesamt	150,1	153,8	100,0	100,0	- 0,3	+ 8,2	+ 5,7	+ 2,5	- 2,8	+ 3,2	+ 4,5	- 4,2	+ 2,3				
Intra-EU 28	104,9	107,2	69,9	69,7	+ 0,4	+ 8,7	+ 5,9	+ 2,2	- 4,1	+ 5,8	+ 2,6	- 4,8	+ 0,3				
Intra-EU 15	77,8	79,2	51,8	51,5	+ 0,5	+ 8,6	+ 5,3	+ 1,8	- 5,3	+ 7,4	+ 2,7	- 6,2	+ 0,6				
Deutschland	45,2	45,1	30,1	29,4	+ 1,5	+ 7,0	+ 5,5	- 0,2	- 9,2	+ 4,2	- 1,3	- 5,9	+ 3,3				
Italien	9,8	9,8	6,5	6,3	+ 1,4	+ 8,7	+ 7,2	- 0,0	+ 4,3	+ 6,9	- 1,6	- 6,6	+ 1,1				
EU-Länder seit 2004	27,2	28,0	18,1	18,2	+ 0,0	+ 8,8	+ 7,8	+ 3,2	- 0,9	+ 1,6	+ 2,3	- 0,8	- 0,8				
5 EU-Länder ¹⁾	21,8	22,6	14,6	14,7	- 0,1	+ 9,4	+ 7,5	+ 3,5	- 0,8	+ 0,7	+ 3,9	- 0,1	- 2,0				
Tschechien	5,7	5,4	3,8	3,5	+ 1,3	+ 10,0	+ 7,6	- 4,2	- 9,4	- 11,1	- 7,0	- 5,5	+ 2,8				
Ungarn	5,1	5,6	3,4	3,7	+ 1,5	+ 10,1	+ 6,1	+ 9,8	+ 6,3	+ 8,5	+ 9,1	+ 1,9	- 7,3				
Baltische Länder	0,6	0,6	0,4	0,4	+ 10,8	+ 2,9	+ 17,0	+ 3,2	+ 1,2	- 8,5	+ 4,6	- 26,5	+ 8,9				
Bulgarien, Kroatien, Rumänien	4,6	4,7	3,1	3,1	- 0,0	+ 6,4	+ 8,1	+ 1,7	- 1,6	+ 6,6	- 4,6	+ 1,0	+ 3,7				
Extra-EU 28	45,1	46,6	30,1	30,3	- 1,8	+ 7,3	+ 5,3	+ 3,2	+ 0,4	- 2,8	+ 8,7	- 2,9	+ 6,8				
Schweiz	7,0	7,3	4,7	4,7	+ 0,6	- 2,3	+ 0,2	+ 3,6	+ 15,9	+ 3,7	- 9,0	- 15,5	+ 12,4				
Westbalkanländer	1,4	1,5	0,9	1,0	+ 7,1	+ 7,7	+ 2,9	+ 12,8	+ 13,9	+ 2,2	+ 11,3	+ 9,0	+ 16,7				
GUS-Europa	2,3	2,6	1,5	1,7	- 6,1	+ 15,9	- 3,6	+ 11,5	- 2,8	+ 42,5	+ 46,5	- 3,9	+ 27,3				
Russland	2,1	2,4	1,4	1,5	- 4,8	+ 16,1	- 3,7	+ 12,3	- 1,1	+ 41,4	+ 52,3	- 4,3	+ 31,2				
Industrielländer in Übersee	17,3	17,4	11,5	11,3	+ 0,3	+ 13,4	+ 9,0	+ 0,4	- 4,3	- 11,0	+ 18,0	- 7,8	+ 0,9				
USA	10,6	10,2	7,1	6,7	- 3,9	+ 10,7	+ 9,7	- 3,4	- 4,4	- 16,6	- 12,0	- 15,4	- 2,0				
China	4,1	4,5	2,7	2,9	+ 0,2	+ 11,7	+ 9,6	+ 10,0	+ 0,9	- 4,2	- 8,8	+ 28,0	+ 16,5				
Japan	1,5	1,6	1,0	1,0	- 1,3	+ 3,7	+ 10,7	+ 5,5	- 16,4	+ 25,4	- 9,1	- 2,2	+ 3,1				
Agrarwaren	10,9	11,7	7,3	7,6	+ 3,1	+ 6,6	+ 3,7	+ 6,9	+ 5,7	+ 8,8	+ 5,8	+ 2,7	+ 15,3				
Roh- und Brennstoffe	8,2	8,3	5,4	5,4	- 2,6	+ 14,5	+ 12,2	+ 2,0	- 6,0	- 1,9	- 4,4	- 9,7	- 5,8				
Industriewaren	131,0	133,8	87,3	87,0	- 0,5	+ 8,0	+ 5,5	+ 2,1	- 3,3	+ 3,0	+ 4,9	- 4,5	+ 1,8				
Chemische Erzeugnisse	19,9	21,7	13,3	14,1	- 1,0	+ 11,9	+ 0,3	+ 9,0	+ 16,6	+ 10,6	+ 21,6	+ 4,5	- 0,8				
Bearbeitete Waren	32,9	31,9	21,9	20,8	- 2,2	+ 9,8	+ 6,5	- 3,1	- 6,6	- 1,6	- 3,1	- 11,3	- 4,3				
Maschinen, Fahrzeuge	60,2	61,8	40,1	40,2	+ 0,4	+ 7,8	+ 6,2	+ 2,5	- 7,7	+ 1,9	+ 5,4	- 5,1	+ 2,9				
Konsumnahe Fertigwaren	17,0	17,4	11,3	11,3	+ 0,7	+ 3,2	+ 7,2	+ 2,4	- 4,5	+ 7,7	+ 1,3	- 2,4	+ 6,8				
Warenimporte insgesamt	156,1	158,0	100,0	100,0	+ 1,6	+ 8,8	+ 5,8	+ 1,2	- 4,5	+ 2,9	- 2,4	- 8,0	- 2,4				
Intra-EU 28	110,3	110,8	70,7	70,1	+ 3,1	+ 7,9	+ 5,5	+ 0,4	- 5,2	+ 1,4	- 3,1	- 7,4	- 1,2				
Intra-EU 15	86,5	86,6	55,4	54,8	+ 2,6	+ 7,4	+ 4,6	+ 0,1	- 6,2	+ 0,7	- 2,8	- 7,2	+ 0,0				
Deutschland	55,9	55,3	35,8	35,0	+ 2,4	+ 7,9	+ 2,7	- 1,0	- 7,1	- 0,2	- 2,6	- 7,6	- 0,4				
Italien	10,0	10,4	6,4	6,6	+ 2,4	+ 8,3	+ 9,5	+ 4,3	- 2,7	+ 8,6	+ 1,0	- 5,4	+ 5,4				
EU-Länder seit 2004	23,9	24,2	15,3	15,3	+ 4,8	+ 9,5	+ 8,8	+ 1,4	- 1,6	+ 4,0	- 4,5	- 8,2	- 5,4				
5 EU-Länder ¹⁾	20,8	21,1	13,4	13,4	+ 4,5	+ 9,4	+ 9,2	+ 1,4	- 2,4	+ 3,4	- 4,9	- 8,8	- 4,5				
Tschechien	6,8	6,7	4,4	4,2	+ 5,2	+ 8,3	+ 6,9	- 1,6	- 11,9	+ 3,8	- 6,0	- 11,9	- 3,9				
Ungarn	4,2	4,3	2,7	2,7	+ 1,8	+ 12,4	+ 5,9	+ 2,6	- 5,2	- 0,6	+ 1,8	- 6,1	- 4,1				
Baltische Länder	0,3	0,3	0,2	0,2	+ 6,8	+ 18,6	+ 18,7	+ 21,4	+ 38,8	+ 40,5	+ 30,8	+ 24,2	+ 5,1				
Bulgarien, Kroatien, Rumänien	2,7	2,7	1,7	1,7	+ 7,3	+ 9,9	+ 5,6	- 1,1	+ 0,9	+ 4,2	- 4,6	- 5,8	- 13,3				
Extra-EU 28	45,7	47,2	29,3	29,9	- 1,9	+ 11,0	+ 6,4	+ 3,2	- 3,0	+ 6,4	- 0,5	- 9,2	- 5,3				
Schweiz	6,8	6,1	4,4	3,8	- 5,3	+ 7,4	- 10,8	- 10,7	- 0,0	+ 22,5	- 20,7	- 24,6	- 20,8				
Westbalkanländer	1,3	1,5	0,8	0,9	+ 4,1	+ 14,5	+ 9,2	+ 16,0	+ 5,7	+ 24,3	+ 14,9	+ 8,8	+ 11,3				
GUS-Europa	3,4	2,8	2,2	1,8	+ 1,3	+ 12,5	+ 19,0	- 15,9	- 30,2	- 46,1	- 37,1	- 8,7	- 8,9				
Russland	3,3	2,8	2,1	1,7	+ 1,1	+ 12,3	+ 19,0	- 16,1	- 30,4	- 47,1	- 38,4	- 8,9	- 9,1				
Industrielländer in Übersee	10,0	11,1	6,4	7,0	- 3,4	+ 14,1	+ 1,3	+ 10,8	- 1,6	+ 15,6	+ 18,6	- 10,5	- 2,6				
USA	6,0	7,1	3,8	4,5	- 4,8	+ 16,2	+ 2,9	+ 18,8	+ 0,2	+ 24,1	+ 27,7	- 18,2	+ 0,4				
China	9,1	9,8	5,8	6,2	+ 0,2	+ 6,7	+ 7,1	+ 7,8	- 0,8	+ 11,7	+ 3,2	- 4,1	+ 8,0				
Japan	2,2	2,2	1,4	1,4	+ 5,7	+ 8,9	+ 4,2	+ 0,3	- 5,9	+ 12,2	+ 5,4	- 0,9	+ 0,8				
Agrarwaren	11,2	11,7	7,2	7,4	+ 3,1	+ 5,0	+ 1,2	+ 4,8	+ 1,0	+ 9,5	+ 7,2	+ 1,6	+ 7,5				
Roh- und Brennstoffe	19,2	18,5	12,3	11,7	- 11,6	+ 16,6	+ 15,3	- 3,5	- 11,0	- 9,9	- 13,9	- 13,6	- 7,8				
Industriewaren	125,7	127,8	80,6	80,9	+ 3,4	+ 8,1	+ 4,9	+ 1,6	- 4,0	+ 4,3	- 1,4	- 8,0	- 2,5				
Chemische Erzeugnisse	21,2	21,9	13,6	13,8	+ 1,4	+ 8,7	+ 4,5	+ 3,2	- 1,0	+ 18,0	+ 2,8	- 13,0	- 1,2				
Bearbeitete Waren	25,0	24,5	16,0	15,5	+ 1,0	+ 10,3	+ 6,9	- 2,1	- 6,3	- 1,6	- 7,7	- 6,7	- 2,6				
Maschinen, Fahrzeuge	54,8	56,8	35,1	35,9	+ 6,4	+ 8,4	+ 4,4	+ 3,6	- 1,7	+ 3,0	+ 2,3	- 8,1	- 3,9				
Konsumnahe Fertigwaren	23,0	23,7	14,7	15,0	+ 4,7	+ 4,3	+ 4,6	+ 3,1	- 0,7	+ 8,1	+ 5,0	- 4,9	+ 2,0				

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at, gabriele.wellan@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2016	2017	2018	2019	2019				2019		2020			
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Novem-ber	Dezemb-ber	Jänner	Februar	
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Marktentwicklung														
Milchanlieferung ¹⁾	3.197	3.313	3.391	3.378	- 2,4	- 2,4	- 0,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,1	+ 5,7	
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.819	2.459	2.493	2.612	
BEE ³⁾ Rindfleisch	213	213	218	216	- 1,4	- 4,0	- 2,3	+ 0,7	+ 2,3	- 4,0	+ 8,5	- 3,2	- 10,0	
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	- 11,5	- 3,4	- 4,3	+ 5,7	- 7,3	- 9,8	+ 3,4	+ 2,8	- 6,0	
BEE ³⁾ Schweinefleisch	475	467	468	470	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,9	+ 1,9	- 2,4	- 8,3	+ 1,3	- 8,3	- 4,7	
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	107	108	110	116	+ 3,2	+ 7,3	+ 5,8	+ 1,4	+ 7,4	+ 2,4	+ 18,1	+ 8,5	+ 2,6	
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)														
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	303	364	352	349	- 9,3	- 2,7	+ 4,7	- 0,3	- 4,9	- 5,1	- 5,3	- 4,6	- 2,1	
Qualitätsweizen ⁵⁾	149	156	159	162	+ 3,6	+ 14,7	+ 2,1	- 1,5	- 7,2	- 3,9	- 2,5	- 8,2	- 8,4	
Körnermais ⁶⁾	143	144	149	143	- 1,2	+ 5,3	- 4,9	- 7,2	- 11,5	- 11,3	- 3,7	- 11,7	- 5,8	
Jungstiere (Handelsklasse R3) ⁴⁾⁷⁾	3.753	3.861	3.868	3.708	- 2,8	- 3,7	- 5,9	- 3,0	- 3,9	- 3,8	- 4,5	- 3,1	- 3,6	
Schweine (Handelsklasse E) ⁶⁾	1.501	1.668	1.487	1.757	- 7,2	- 2,9	+ 17,6	+ 21,0	+ 37,6	+ 36,9	+ 44,0	+ 35,7	+ 35,9	
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.093	2.082	2.731	2.665	+ 41,8	+ 40,2	- 10,0	- 14,4	- 13,5	- 17,4	- 8,0	- 18,2	- 19,0	

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – ²⁾ Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – ³⁾ Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – ⁴⁾ Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – ⁵⁾ Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – ⁶⁾ € je t Schlachtgewicht. – ⁷⁾ Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – ⁸⁾ Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2017	2018	2019	2019				2019				2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezemb-ber	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsmäßig bereinigt)													
Insgesamt	+ 5,4	+ 4,2	- 0,2	+ 4,9	- 0,5	- 0,8	- 4,1	- 1,9	+ 0,1	- 2,5	- 4,7	- 5,1	+ 0,5
Vorleistungen	+ 7,1	+ 0,7	- 6,2	+ 2,3	- 2,2	- 0,3	- 6,2	- 4,5	- 0,3	- 3,7	- 6,7	- 6,2	+ 0,4
Investitionsgüter	+ 11,4	+ 5,0	- 6,7	+ 14,8	+ 2,2	- 0,8	- 6,7	+ 1,2	- 0,8	- 1,4	- 3,2	- 6,7	- 0,6
Kfz	+ 4,7	+ 10,4	+ 5,2	+ 13,4	+ 6,2	+ 5,3	- 3,7	- 2,3	+ 2,5	+ 1,9	- 3,2	- 10,9	+ 1,2
Konsumgüter	+ 1,5	+ 2,0	- 1,6	- 1,7	- 0,3	+ 1,4	- 1,6	- 0,6	+ 1,4	- 1,8	- 3,3	- 1,6	+ 0,7
Langlebige Konsumgüter	- 3,1	+ 14,2	- 16,0	+ 2,5	- 1,8	- 4,8	- 16,0	- 1,4	- 4,8	- 2,3	- 8,7	- 16,0	+ 11,1
Kurzlebige Konsumgüter	+ 2,8	- 0,9	+ 2,4	- 2,3	+ 0,9	+ 2,8	+ 2,4	- 0,2	+ 2,8	- 1,5	- 1,9	+ 2,4	- 1,3
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	+ 3,1	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,0	.
Geleistete Stunden	+ 1,7	+ 2,6	- 0,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,7	- 2,7	+ 2,3	+ 2,3	- 1,0	+ 0,7	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	+ 3,9	+ 0,0	- 6,0	+ 3,7	- 1,9	- 1,2	- 6,0	- 2,7	- 1,2	- 3,5	- 5,4	- 6,0	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 1,0	- 0,9	- 3,2	+ 0,7	- 9,8	+ 1,6	- 2,9	- 2,5	+ 0,1	- 1,8	- 6,0	- 2,9	.
Aufträge													
Auftragseingänge	+ 11,1	+ 7,1	- 2,0	+ 3,0	- 4,3	+ 1,8	- 8,1	- 1,4	- 0,7	- 3,5	- 17,3	- 2,4	.
Inland	+ 15,6	- 0,2	+ 0,7	+ 4,2	- 0,4	- 2,4	+ 1,2	- 1,8	- 13,9	- 3,2	+ 1,8	+ 5,8	.
Ausland	+ 9,7	+ 9,4	- 2,8	+ 2,6	- 5,4	+ 3,1	- 10,7	- 2,3	+ 4,0	- 3,6	- 22,1	- 4,6	.
Auftragsbestand	+ 21,3	+ 7,7	- 1,7	+ 6,5	+ 1,4	+ 1,5	- 1,7	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,8	- 1,9	- 1,7	.
Inland	+ 21,6	- 1,5	+ 8,0	+ 3,6	+ 4,5	+ 2,7	+ 8,0	+ 8,2	+ 2,7	+ 1,4	+ 4,1	+ 8,0	.
Ausland	+ 21,2	+ 9,7	- 3,6	+ 7,1	+ 0,8	+ 1,2	- 3,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,7	- 3,1	- 3,6	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2019: vorläufig. • Rückfragen: anna.strauss-kollin@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2019				2020		2019			2020	
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾										
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	+ 6,9	+ 3,9	+ 2,1	- 2,2	- 1,9	- 3,1	- 0,9	- 2,7	- 1,7	+ 1,6	- 5,5
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 10,1	+ 6,4	+ 3,7	- 2,1	+ 0,1	- 2,8	- 0,3	- 3,1	- 2,7	+ 2,1	+ 0,9
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 3,7	+ 1,4	+ 0,4	- 2,4	- 3,9	- 3,4	- 1,6	- 2,4	- 0,7	+ 1,1	- 11,9
In % der Unternehmen (saisonbereinigt)											
Auftragsbestände zumindest ausreichend	78,4	76,0	74,3	70,4	71,3	70,4	70,9	69,8	69,1	72,5	72,4
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	71,9	69,8	68,4	64,3	64,1	60,8	67,5	64,7	62,3	65,5	64,4
Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)											
Fertigwarenlager zur Zeit	+ 6,4	+ 8,3	+ 7,9	+ 11,4	+ 7,9	+ 10,7	+ 11,2	+ 12,3	+ 9,3	+ 8,8	+ 5,5
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+ 7,6	+ 3,8	+ 4,9	+ 2,7	- 0,2	+ 0,8	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,9	+ 4,8	- 9,4
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	+ 1,0	- 0,2	- 2,1	- 4,8	- 4,6	- 5,8	- 4,7	- 4,0	- 0,1	+ 1,3	- 15,1
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+ 12,2	+ 6,5	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,4	+ 1,4	+ 2,2	+ 4,3	+ 4,1	+ 5,4	+ 0,6

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2017	2018	2019	2019			2020			2019			2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	März	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾														
Produktion ²⁾														
Bauwesen insgesamt	+ 5,5	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,3	+ 5,4	+ 4,9	.	+ 5,6	+ 2,6	+ 6,5
Hochbau	+ 4,0	+ 9,1	+ 7,2	+ 8,7	+ 6,4	+ 3,2	.	+ 6,8	+ 4,7	- 2,0
Tiefbau	+ 7,8	- 3,7	+ 4,7	+ 2,8	+ 3,5	+ 6,4	.	+ 5,3	+ 0,0	+ 14,8
Baunebengewerbe ³⁾	+ 5,7	+ 7,7	+ 6,0	+ 5,9	+ 5,5	+ 5,6	.	+ 4,9	+ 2,0	+ 9,6
Auftragsbestände	+ 16,2	+ 16,3	+ 6,3	+ 9,9	+ 4,2	- 3,8	.	- 3,9	- 3,7	- 3,8
Auftragseingänge	+ 15,9	+ 11,4	- 2,2	- 0,1	+ 2,6	- 5,9	.	- 25,3	+ 8,4	+ 8,3
Arbeitsmarkt														
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 1,7	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,6	- 1,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 3,7	+ 5,2	+ 3,3	- 10,0	
Arbeitslose	- 7,7	- 9,8	- 8,6	- 8,2	- 4,9	- 4,1	+ 14,3	- 3,7	- 7,2	- 3,1	- 7,8	- 6,6	+ 103,5	
Offene Stellen	+ 41,3	+ 48,0	+ 10,5	+ 4,9	+ 5,3	+ 15,5	+ 6,0	+ 11,1	+ 18,0	+ 20,4	+ 28,6	+ 16,9	- 16,5	
Baupreisindex														
Hoch- und Tiefbau	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,8	
Hochbau	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1	
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	
Sonstiger Hochbau	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,1	
Tiefbau	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,4	

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2019: vorläufig. – ²⁾ Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – ³⁾ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2017	2018	2019	2019				2019				2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Nettoumsätze nominell	+ 5,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,7	+ 2,6	+ 0,2	- 1,4	+ 3,2	+ 0,7	- 2,1	+ 2,0	- 0,3
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 7,5	+ 2,1	+ 0,6	- 1,4	- 2,7	+ 3,9	+ 3,3	- 1,6	+ 8,2	+ 5,0	- 1,9	+ 7,5	+ 0,9
Großhandel	+ 5,7	+ 4,9	+ 0,9	+ 2,8	+ 0,6	+ 1,8	- 1,3	- 3,3	+ 2,8	- 0,8	- 4,2	+ 1,3	- 2,1
Einzelhandel	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,9	+ 2,6	+ 3,5	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,9
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,1	- 0,5	+ 2,2	+ 0,4	- 1,7	+ 3,2	+ 1,1	- 1,6	+ 1,7	- 1,2
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 6,3	+ 0,7	- 1,2	- 3,3	- 4,3	+ 1,9	+ 1,6	- 3,5	+ 6,1	+ 3,4	- 3,7	+ 5,9	- 1,4
Großhandel	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,6	+ 1,2	- 0,5	+ 2,0	- 0,2	- 3,0	+ 3,3	+ 0,6	- 2,8	+ 1,6	- 2,3
Einzelhandel	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,2	- 0,3	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,6
Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	- 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,3	± 0,0
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 1,3	+ 2,2	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5
Großhandel	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Einzelhandel	+ 0,5	+ 0,8	- 0,4	± 0,0	- 0,2	- 0,7	- 0,8	- 0,9	- 0,5	- 0,8	- 0,9	- 0,8	- 0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – ¹⁾ Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – ²⁾ Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2017	2018	2019	2019			2020			2019			2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	März	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,2	+ 0,4	- 1,6	- 3,3	+ 1,3	+ 0,1
Sparquote ¹⁾	7,3	7,7	8,3	8,0	8,2	8,3
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens														
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)														
Konsumklima Indikator	- 1,1	+ 0,9	- 2,7	- 2,3	- 3,2	- 3,6	- 4,4	- 2,9	- 4,3	- 3,6	- 2,8	- 3,0	- 7,5	
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 1,5	- 1,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 3,1	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,6	+ 4,4	+ 3,9	+ 4,0	
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 1,8	+ 3,4	+ 6,2	+ 5,6	+ 6,8	+ 8,3	+ 5,9	+ 9,3	+ 7,2	+ 8,3	+ 7,1	+ 5,8	+ 4,8	
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	+ 7,9	+ 13,0	- 4,9	- 3,2	- 7,5	- 11,3	- 12,8	- 8,9	- 12,2	- 12,7	- 9,7	- 9,1	- 19,5	
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 12,6	- 11,5	- 14,0	- 13,6	- 15,0	- 14,7	- 15,0	- 15,4	- 15,3	- 13,3	- 13,2	- 12,6	- 19,1	

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2017	2018	2019	2019				2020				2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Güterverkehr													
Verkehrsleistung													
Straße	+ 1,7	+ 1,1	.	- 2,0	+ 3,6
Schiene	+17,9	- 1,9	.	+ 0,8	+ 1,5
Luftfahrt ¹⁾	+ 2,3	+ 4,6	.	- 7,5
Binnenschifffahrt	+ 4,8	-28,4	.	+ 3,7	+49,6
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 3,4	+ 5,6	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,4	- 0,6	- 1,5	+ 0,5	- 3,5	+ 1,6	- 1,6	+ 2,3	- 4,9
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+16,2	+10,6	+12,0	+23,2	+26,2	- 8,6	.	- 6,0	-18,2	+ 0,1	-13,3	- 5,4	.
Personenverkehr													
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	+ 7,2	- 3,5	- 3,4	- 7,2	- 0,6	+ 8,9	.	+11,7	- 1,4	+18,2	- 9,1	-10,9	.
Bahn (Personenkilometer)	+ 0,6	+ 4,7
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 4,4	+ 9,7	.	+18,3
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 2,5	+ 3,1	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,7	- 2,1	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	- 6,9
Arbeitslose	- 2,4	- 6,8	- 1,0	- 3,2	+ 1,2	+ 3,4	+29,7	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,0	+93,7
Offene Stellen	+67,6	+34,6	+ 6,0	+ 6,3	+ 0,9	- 1,5	-15,0	+ 1,1	- 1,8	- 4,3	- 6,1	- 6,5	-32,2
Kraftstoffpreise													
Dieselmotorkraftstoff	+ 7,4	+10,5	- 1,4	+ 1,0	- 3,8	- 6,8	- 3,3	- 8,0	- 8,6	- 3,6	+ 2,3	- 1,8	-10,2
Normalbenzin	+ 6,0	+ 7,5	- 2,0	+ 0,8	- 3,6	- 4,5	+ 0,2	- 6,9	- 5,9	- 0,5	+ 5,5	+ 2,4	- 7,1

Q: Statistik Austria; BMWFW; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2017	2018	2019	2019				2020				2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	In %												
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Taggeldsatz	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Sekundärmarkttrendite Bund													
Benchmark	0,6	0,7	0,1	0,4	0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,1
Umlaufgewichtete													
Durchschnittstrendite	0,2	0,3	- 0,1	0,2	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,3
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,1	4,0	4,0	3,9	4,0	4,1	4,0	.	4,1	4,0	4,0	4,0	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	2,2	2,3	1,9	2,1	2,0	1,8	1,6	.	1,6	1,6	1,6	1,5	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	1,7	1,8	1,8	1,6	1,6	.	1,7	1,6	1,7	1,7	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,4	1,3	1,2	1,3	1,3	1,1	1,3	.	1,1	1,3	1,1	1,2	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen													
In Yen	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4	1,2	.	1,3	1,2	1,5	1,2	.
In Schweizer Franken	1,2	1,0	1,0	1,2	1,1	1,1	1,2	.	1,1	1,2	0,7	0,9	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,1	.
Über 2 Jahre	0,7	0,6	0,5	0,6	0,6	0,5	0,7	.	0,4	0,7	0,4	0,5	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,1	.
Über 2 Jahre	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	.	0,4	0,6	0,4	0,4	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
Einlagen und Kredite													
Einlagen insgesamt	+ 3,0	+ 5,4	+ 3,7	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,7
Spareinlagen	+ 5,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3
Einlagen ohne Bindung	.	.	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,7	+ 6,1	+ 6,4
Einlagen mit Bindung	.	.	- 1,8	+ 2,3	- 0,7	- 1,4	- 1,8
Forderungen an inländische Nichtbanken	+ 0,7	+ 4,9	+ 4,4	+ 5,0	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,4

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktkindikatoren

	2018				2019				2019				2020	
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezember	Jänner	Februar	
	Veränderung gegen die Vorperiode in %													
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	
Arbeitslose	- 1,6	- 0,7	- 1,7	- 1,5	+ 0,5	- 0,5	- 1,2	- 0,3	- 0,3	- 0,6	- 1,0	- 0,8	- 0,4	
Offene Stellen	+ 6,7	+ 5,8	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,6	+ 0,8	
Arbeitslosenquote														
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,7	7,7	7,5	7,4	7,4	7,4	7,3	7,3	7,3	7,3	7,2	7,1	7,1	
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,8	4,9	4,8	4,7	4,6	4,5	4,2	4,5	4,3	4,2	4,2	4,3	4,4	

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Aufgrund der aktuellen Randwerte im Zuge der Corona-Krise liefert die Saisonbereinigung keine interpretierbaren Ergebnisse und wird daher bis auf Weiteres ausgesetzt. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2017	2018	2019	2019			2020			2019			2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezember	Jänner	Februar	März	
	In 1.000													
Unselbständig Beschäftigte	3.655	3.741	3.797	3.798	3.853	3.791	3.708	3.811	3.792	3.769	3.759	3.777	3.589	
Männer	1.950	2.000	2.034	2.043	2.074	2.028	1.966	2.055	2.038	1.991	1.988	2.003	1.908	
Frauen	1.706	1.741	1.763	1.755	1.779	1.763	1.742	1.756	1.755	1.778	1.772	1.773	1.682	
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.573	3.661	3.720	3.719	3.778	3.716	3.634	3.736	3.718	3.695	3.685	3.701	3.515	
Männer	1.942	1.992	2.026	2.035	2.067	2.021	1.959	2.048	2.031	1.985	1.980	1.996	1.901	
Frauen	1.631	1.669	1.694	1.684	1.711	1.695	1.675	1.688	1.686	1.710	1.704	1.706	1.614	
Ausländische Arbeitskräfte	699	753	799	797	823	801	775	807	800	795	805	815	705	
Herstellung von Waren	601	619	629	628	636	629	621	632	630	624	622	624	618	
Bauwesen	253	261	271	283	289	271	241	290	283	239	236	248	239	
Private Dienstleistungen	1.708	1.751	1.781	1.766	1.816	1.775	1.732	1.771	1.764	1.790	1.786	1.788	1.620	
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	939	955	963	963	956	970	970	967	968	974	971	972	966	
Arbeitslose	340	312	301	280	274	312	398	288	300	350	355	334	504	
Männer	193	175	167	148	143	175	235	151	161	213	219	201	285	
Frauen	147	137	135	132	132	137	163	137	139	137	136	133	219	
Personen in Schulung	72	69	62	63	56	63	63	66	66	58	65	65	58	
Offene Stellen	57	72	77	82	83	71	69	76	71	65	72	75	61	
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000													
Unselbständig Beschäftigte	+ 68,4	+ 86,2	+ 55,8	+ 62,9	+ 45,0	+ 40,2	- 38,8	+ 43,9	+ 33,0	+ 43,5	+ 42,7	+ 28,0	-187,0	
Männer	+ 40,7	+ 50,5	+ 33,9	+ 37,3	+ 26,6	+ 22,1	- 24,1	+ 24,7	+ 16,0	+ 25,6	+ 26,1	+ 15,0	-113,4	
Frauen	+ 27,7	+ 35,7	+ 22,0	+ 25,6	+ 18,5	+ 18,0	- 14,6	+ 19,2	+ 16,9	+ 17,9	+ 16,6	+ 13,0	- 73,6	
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 70,7	+ 88,0	+ 58,9	+ 65,3	+ 48,7	+ 44,9	- 33,1	+ 48,6	+ 37,8	+ 48,2	+ 48,3	+ 34,0	-181,8	
Männer	+ 41,4	+ 50,4	+ 34,1	+ 37,7	+ 26,9	+ 22,8	- 23,5	+ 25,5	+ 16,8	+ 26,1	+ 26,7	+ 15,7	-112,9	
Frauen	+ 29,3	+ 37,6	+ 24,8	+ 27,6	+ 21,8	+ 22,1	- 9,6	+ 23,1	+ 21,0	+ 22,1	+ 21,6	+ 18,4	- 68,8	
Ausländische Arbeitskräfte	+ 46,8	+ 54,4	+ 46,6	+ 48,0	+ 44,8	+ 40,9	- 1,8	+ 43,3	+ 37,3	+ 42,2	+ 41,7	+ 35,1	- 82,3	
Herstellung von Waren	+ 18,9	+ 18,6	+ 9,9	+ 11,5	+ 9,1	+ 4,7	- 2,5	+ 6,7	+ 3,6	+ 3,9	+ 1,1	- 0,1	- 8,5	
Bauwesen	+ 4,3	+ 8,5	+ 9,9	+ 9,9	+ 6,8	+ 7,0	- 2,3	+ 7,2	+ 5,1	+ 8,6	+ 11,7	+ 7,9	- 26,6	
Private Dienstleistungen	+ 27,6	+ 43,4	+ 29,9	+ 34,4	+ 26,6	+ 23,4	- 35,1	+ 25,3	+ 20,4	+ 24,6	+ 24,2	+ 16,6	-146,2	
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 19,6	+ 16,1	+ 7,8	+ 8,8	+ 4,9	+ 8,1	+ 5,9	+ 7,2	+ 7,6	+ 9,5	+ 9,3	+ 7,9	+ 0,4	
Arbeitslose	- 17,3	- 27,9	- 10,8	- 10,0	- 9,2	- 7,3	+ 59,3	- 8,2	- 7,8	- 5,8	- 12,6	- 9,4	+199,9	
Männer	- 11,6	- 18,0	- 8,2	- 8,2	- 5,6	- 2,9	+ 33,9	- 3,0	- 3,3	- 2,5	- 8,1	- 5,5	+115,4	
Frauen	- 5,7	- 9,9	- 2,6	- 1,8	- 3,6	- 4,4	+ 25,4	- 5,2	- 4,5	- 3,4	- 4,5	- 3,9	+ 84,5	
Personen in Schulung	+ 4,9	- 3,4	- 6,8	- 8,9	- 4,1	- 2,2	- 2,7	- 3,3	- 2,9	- 0,2	± 0,0	- 1,6	- 6,4	
Offene Stellen	+ 16,6	+ 14,7	+ 5,5	+ 7,1	+ 3,2	+ 1,9	- 3,3	+ 2,5	+ 3,3	+ 0,1	+ 2,8	+ 3,1	- 15,7	

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2017	2018	2019	2019			2020			2019			2020	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezember	Jänner	Februar	März	
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen													
Arbeitslosenquote	8,5	7,7	7,4	6,9	6,6	7,6	9,7	7,0	7,3	8,5	8,6	8,1	12,3	
Männer	9,0	8,0	7,6	6,8	6,4	7,9	10,7	6,9	7,3	9,7	9,9	9,1	13,0	
Frauen	7,9	7,3	7,1	7,0	6,9	7,2	8,6	7,2	7,3	7,1	7,1	7,0	11,5	
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	10,1	9,2	8,7	8,3	7,9	9,0	11,1	8,5	8,8	9,8	10,1	9,6	13,5	
	In % der Arbeitslosen insgesamt													
Unter 25-jährige Arbeitslose	11,1	10,4	10,0	9,7	10,4	10,2	10,5	10,2	10,1	10,3	9,9	9,7	11,4	
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	35,1	33,9	32,7	35,5	34,9	30,6	25,1	32,5	31,2	28,4	27,4	29,2	20,9	
	Arbeitslose je offene Stelle													
Stellenandrang	6,0	4,4	3,9	3,4	3,3	4,4	5,7	3,8	4,2	5,3	5,0	4,4	8,3	

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2017	2018	2019	2019				2020			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,6
Verbraucherpreisindex	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,6
Ohne Saisonwaren	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,6
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,8
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 3,2	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,8
Bekleidung und Schuhe	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,3
Wohnung, Wasser, Energie	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,4
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 0,7	+ 2,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9
Gesundheitspflege	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,7
Verkehr	+ 2,9	+ 2,9	+ 0,2	+ 1,0	- 0,3	- 0,5	+ 1,3	- 1,5	- 0,9	+ 0,8	+ 2,4	+ 1,8	- 0,4
Nachrichtenübermittlung	- 1,4	- 2,8	- 3,1	- 2,1	- 4,3	- 4,0	- 4,6	- 4,2	- 3,6	- 4,3	- 4,6	- 4,4	- 4,6
Freizeit und Kultur	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,7	+ 1,7
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2
Restaurants und Hotels	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,2
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0
Großhandelspreisindex	+ 4,6	+ 4,2	+ 0,0	+ 0,9	- 1,0	- 2,0	- 1,8	- 2,8	- 2,7	- 0,4	+ 0,7	- 1,2	- 4,7
Ohne Saisonprodukte	+ 4,7	+ 4,3	- 0,1	+ 0,8	- 1,1	- 2,0	- 1,8	- 2,8	- 2,8	- 0,4	+ 0,7	- 1,2	- 4,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauningner@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2017	2018	2019	2019				2020			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,5
Ohne öffentlichen Dienst	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7
Angestellte	+ 1,4	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die Werte in den Spalten 2017 und 2018 beruhen auf dem Tariflohnindex 2006, alle anderen auf dem Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2017	2018	2019	2019				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,5	+ 5,0	+ 4,3	+ 4,8	+ 4,6	+ 4,1	+ 3,9						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 3,4	+ 4,6											
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6						
Netto	+ 1,4	+ 2,2											
Netto, real ²⁾	- 0,7	+ 0,2											
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 3,8	+ 6,3	+ 4,1	+ 5,2	+ 4,5	+ 4,0	+ 3,1	+ 4,5	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,1	+ 3,6	+ 2,5
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,5
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 4,0	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,3	+ 4,8	+ 0,9	+ 2,2	+ 5,3	- 0,2
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,9	+ 7,3	+ 8,3	+ 10,2	+ 8,4	+ 8,3	+ 7,0	+ 10,2	+ 5,7	+ 9,1	+ 7,3	+ 5,4	+ 9,3
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁵⁾	+ 0,9	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,5	+ 4,1	+ 2,5	+ 5,7	+ 2,0	+ 4,6	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,1
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁵⁾	+ 1,3	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,5	+ 4,8	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Laut ESVG 2010. – 2) Referenzjahr 2015. – 3) Konjunkturerhebung (Primärerhebung). – 4) Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.311	2.305	2.324	2.341	2.364	2.380	1.078	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.915	1.912	1.929	1.945	1.966	1.980	1.091	1.114	1.136	1.155	1.187	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.070	1.062	1.066	1.069	1.073	1.076	846	862	878	892	917	945
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	845	850	864	877	893	904	1.392	1.420	1.443	1.464	1.500	1.543
Selbständige	358	357	359	360	362	364	1.006	1.034	1.057	1.079	1.110	1.145
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	179	181	185	188	193	196	1.246	1.274	1.296	1.315	1.344	1.377
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	179	176	174	171	170	168	758	777	795	811	835	863
Neuzuerkennungen insgesamt	111	100	115	117	123	132	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	93	84	96	97	102	111	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	52	47	53	54	56	58	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	41	36	43	44	47	52	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Selbständige	17	15	18	18	19	20	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	10	10	11	12	12	13	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	7	5	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.311	2.305	2.324	2.341	2.364	2.396	1.078	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212
Direktpensionen	1.803	1.801	1.822	1.841	1.867	1.902	1.196	1.222	1.244	1.265	1.298	1.338
Invaliditätspensionen ¹⁾	188	170	165	159	153	147	1.104	1.133	1.150	1.158	1.179	1.197
Alle Alterspensionen ²⁾	1.615	1.631	1.656	1.682	1.714	1.755	1.207	1.231	1.254	1.275	1.309	1.349
Normale Alterspensionen	1.504	1.534	1.569	1.603	1.639	1.680	1.162	1.194	1.219	1.242	1.276	1.317
Vorzeitige Alterspensionen	111	97	88	79	74	75	1.809	1.820	1.871	1.933	2.026	2.080
Bei langer Versicherungsdauer	5	4	3	2	2	2	1.627	1.809	2.022	2.275	2.340	2.400
Korridorpensionen	16	16	17	18	20	21	1.515	1.596	1.717	1.869	1.890	1.924
Für Langzeitversicherte ³⁾	84	67	53	39	25	21	1.880	1.875	1.915	1.990	2.224	2.345
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	6	7	9	11	14	18	1.759	1.829	1.932	2.004	1.658	2.135
Witwen- bzw. Witwerpensionen	460	456	455	452	449	447	688	725	738	747	742	762
Waisenpensionen	48	47	48	47	47	47	352	361	368	373	382	393
Neuzuerkennungen insgesamt	111	100	115	117	123	132	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213	1.275
Direktpensionen	81	70	84	86	91	101	1.032	1.201	1.300	1.329	1.194	1.453
Invaliditätspensionen ¹⁾	20	15	19	17	16	17	848	1.123	1.137	1.122	1.155	1.162
Alle Alterspensionen ²⁾	61	55	65	69	75	84	1.092	1.223	1.347	1.382	1.452	1.514
Normale Alterspensionen	30	32	37	42	46	56	502	933	984	1.035	1.098	1.232
Vorzeitige Alterspensionen	31	23	28	27	29	28	1.676	1.632	1.833	1.916	2.020	2.078
Bei langer Versicherungsdauer	4	3	3	1	0	0	1.389	1.421	1.491	1.694	2.376	2.432
Korridorpensionen	6	6	7	8	9	9	1.538	1.626	1.803	1.838	1.879	1.919
Für Langzeitversicherte ³⁾	18	9	12	11	11	9	1.769	1.612	1.900	2.001	2.197	2.300
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	2	2	3	4	5	6	1.847	1.942	2.032	2.061	1.645	2.181
Witwen- bzw. Witwerpensionen	25	25	26	26	26	26	693	710	725	732	745	769
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	282	294	297	300	286	305

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – ¹⁾ Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – ²⁾ Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – ³⁾ Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – ⁴⁾ Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,8	61,3	60,9	61,1	61,5	61,3	58,6	59,2	59,1	59,2	59,4	59,5
Invaliditätspensionen	55,7	56,0	55,4	55,1	55,7	55,0	52,8	52,8	52,5	51,9	52,2	51,4
Alle Alterspensionen	63,2	63,6	63,3	63,3	63,2	63,3	59,8	60,2	60,3	60,4	60,4	60,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.957,8	4.968,6	4.752,6	4.665,7	3.515,1	4.055,0	17,6	17,0	15,9	15,3	11,3	12,5
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	1.045,5	1.309,2	1.272,2	1.230,6	1.251,4	1.279,2	36,2	42,9	40,2	37,6	37,0	36,1
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	1.387,8	1.437,6	1.464,1	1.496,7	1.495,5	1.496,6	84,8	86,1	86,3	87,0	86,2	84,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2017	2018	2019	2019				2019				2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 2,6	+ 3,7	+ 1,9	- 2,4	+ 6,7	+ 1,9	+ 5,2	+ 1,2	+ 5,9	+ 1,4	+ 6,5	+ 5,8	+ 9,9
Wien	+ 3,7	+ 6,3	+ 6,8	+12,0	+ 9,1	+ 4,6	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,4	+ 5,3	+12,0	+ 6,4
Niederösterreich	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,6	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,2	+ 0,4	+ 5,0	+ 2,9	+ 1,0	+ 4,3	- 4,8
Burgenland	+ 0,3	- 1,4	+ 3,1	- 2,1	+ 4,7	+ 2,7	+ 5,9	+ 2,5	+ 3,7	+ 5,4	+10,0	+ 1,9	+ 7,5
Steiermark	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,7	- 2,3	+ 4,6	+ 2,5	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,7	+ 1,9	+ 5,4	+ 8,4	+ 7,7
Kärnten	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,2	- 2,3	+ 3,2	- 1,0	+ 5,8	+ 0,4	+11,4	- 1,2	+ 4,6	+ 3,7	+14,5
Oberösterreich	+ 4,2	+ 5,8	+ 4,6	+ 3,3	+ 7,6	+ 3,4	+ 4,5	+ 4,4	+ 6,9	+ 3,3	+ 2,6	+ 4,2	+ 3,9
Salzburg	+ 2,9	+ 4,2	+ 1,6	- 3,4	+ 8,5	+ 2,1	+ 7,4	+ 3,1	+ 8,3	+ 1,6	+ 8,6	+ 7,0	+10,1
Tirol	+ 2,0	+ 3,6	+ 0,5	- 4,2	+ 7,9	+ 0,8	+ 6,3	- 1,3	+ 6,8	+ 0,5	+ 7,5	+ 4,7	+11,7
Vorarlberg	- 0,1	+ 2,8	+ 0,5	- 4,5	+ 2,7	+ 5,7	+ 3,2	+ 0,4	+ 3,0	- 4,6	+ 5,3	+ 3,4	+ 9,1

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2017	2018	2019	2019				2019				Dezem- ber	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober		Novem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 6,3	+ 6,7	+ 0,6	+ 5,0	+ 1,5	+ 0,3	- 3,8	+ 3,5	- 4,7	+ 1,6	- 2,4	- 7,4	- 1,4
Wien	+ 1,5	+ 0,9	- 2,6	- 4,0	+ 1,1	- 1,8	- 5,3	+ 0,9	- 9,9	+ 3,1	+ 1,3	-12,1	- 4,3
Niederösterreich	+ 7,2	+ 9,1	- 1,6	+ 5,2	+ 0,5	- 5,0	- 6,4	+ 0,9	-10,4	- 5,7	- 7,1	- 8,3	- 3,4
Burgenland	+ 7,2	+ 2,2	- 1,0	- 2,6	- 1,5	+ 4,1	- 3,6	- 0,3	- 0,8	+13,0	- 6,2	- 3,6	+ 0,1
Steiermark	+ 7,7	+11,5	+ 3,9	+ 7,9	+ 6,6	+ 5,9	- 4,1	+ 6,8	+ 6,8	+ 4,2	- 1,4	- 7,9	- 3,0
Kärnten	+ 9,7	+ 9,5	- 2,1	+ 5,0	+ 1,0	- 3,8	- 9,4	+ 0,1	-11,4	- 0,6	- 8,6	-14,2	- 5,2
Oberösterreich	+ 7,2	+ 4,9	+ 0,4	+ 4,4	- 0,1	- 0,3	- 2,2	+ 2,5	- 7,3	+ 3,2	- 0,3	- 6,4	+ 0,5
Salzburg	+ 3,3	+ 5,3	+ 3,6	+ 7,1	+ 5,4	+ 5,1	- 2,7	+ 8,6	+ 1,9	+ 4,6	- 1,5	- 5,0	- 1,5
Tirol	+ 6,4	+ 5,5	+ 1,6	+ 4,0	- 0,3	+ 3,7	- 0,6	+ 8,4	- 1,9	+ 4,0	- 1,2	- 5,8	+ 6,0
Vorarlberg	+ 1,4	+ 4,8	+ 2,6	+11,6	- 2,3	+ 1,0	+ 0,5	+ 4,0	- 2,7	+ 1,1	+ 1,2	- 0,4	+ 0,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2019: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2017	2018	2019	2019				2019				Dezem- ber	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober		Novem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 5,5	+ 6,3	+ 6,2	+ 9,5	+ 6,3	+ 5,4	+ 4,9	+ 8,3	+ 2,9	+ 4,9	+ 5,6	+ 2,6	+ 6,5
Wien	+ 3,1	+ 6,2	+ 6,1	+12,4	+ 5,1	+ 2,1	+ 6,6	- 0,2	- 0,7	+ 7,0	+ 2,2	+12,6	+ 5,2
Niederösterreich	+ 6,9	+ 6,6	+ 7,3	+15,6	+ 5,7	+ 6,4	+ 5,1	+11,6	+ 3,2	+ 4,2	+ 5,6	+ 3,3	+ 6,3
Burgenland	+16,3	- 2,4	+16,6	+18,9	+ 7,9	+ 9,8	+29,3	+ 7,9	+13,6	+ 8,5	+ 5,4	+ 5,9	+85,7
Steiermark	+ 3,3	+ 5,4	+ 6,5	+14,9	+ 7,5	+ 5,0	+ 2,7	+ 8,2	+ 2,0	+ 4,6	+10,9	- 5,6	+ 2,9
Kärnten	+ 7,5	+ 3,9	+ 4,7	+ 4,9	+11,1	+ 5,8	- 1,1	+12,5	+ 3,8	+ 0,8	+ 0,8	- 5,4	+ 1,1
Oberösterreich	+ 6,3	+ 9,1	+ 4,3	+ 2,6	+ 6,4	+ 4,1	+ 3,9	+ 6,5	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,3	+ 1,1	+ 7,5
Salzburg	+ 0,2	+ 8,3	+ 5,2	+ 3,7	+ 8,1	+ 8,4	+ 0,9	+15,4	+ 8,7	+ 1,2	+ 5,6	- 1,8	- 0,9
Tirol	+ 8,8	+ 2,7	+11,1	+13,9	+10,8	+10,2	+10,6	+17,3	+ 2,5	+10,7	+16,9	+ 5,8	+ 9,3
Vorarlberg	+ 5,7	+ 8,7	- 1,9	- 3,4	- 7,5	+ 5,0	- 1,9	+ 4,9	+ 2,1	+ 7,6	- 2,1	+ 1,9	- 4,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2019: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2017	2018	2019	2019			2020	2019			2020		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	März
	In 1.000												
Österreich	3.573	3.661	3.720	3.719	3.778	3.716	3.634	3.736	3.718	3.695	3.685	3.701	3.515
Wien	816	836	852	853	859	857	832	863	862	846	842	844	811
Niederösterreich	591	605	615	620	626	615	601	624	619	602	605	608	592
Burgenland	100	102	104	106	107	103	100	105	104	100	100	101	98
Steiermark	497	512	520	523	530	519	504	525	521	509	510	513	491
Kärnten	205	209	211	214	220	208	200	212	208	204	203	205	192
Oberösterreich	634	650	660	663	670	661	644	668	664	651	648	649	635
Salzburg	248	253	256	252	260	256	253	251	251	264	262	263	235
Tirol	323	331	336	327	341	334	334	325	326	351	348	350	302
Vorarlberg	158	162	165	162	166	164	165	163	163	168	168	168	158
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	+70,7	+88,0	+58,9	+65,3	+48,7	+44,9	-33,1	+48,6	+37,8	+48,2	+48,3	+34,0	-181,8
Wien	+16,0	+19,6	+15,9	+16,7	+14,3	+14,3	- 6,2	+14,5	+13,2	+15,1	+ 9,2	+ 6,6	-34,4
Niederösterreich	+10,6	+13,4	+10,1	+10,7	+ 8,0	+ 7,7	+ 2,6	+ 8,5	+ 6,3	+ 8,2	+13,3	+11,3	-16,7
Burgenland	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,1	- 0,4	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,3	- 4,2
Steiermark	+12,1	+15,7	+ 8,0	+ 9,2	+ 5,6	+ 4,2	- 5,8	+ 4,7	+ 2,8	+ 5,2	+ 5,1	+ 3,1	-25,7
Kärnten	+ 3,0	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,7	- 4,4	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	-14,2
Oberösterreich	+11,9	+15,9	+10,4	+12,6	+ 8,7	+ 7,0	- 2,4	+ 8,2	+ 5,6	+ 7,2	+ 7,6	+ 3,9	-18,6
Salzburg	+ 4,3	+ 5,2	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,2	- 4,9	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,6	+ 3,7	+ 2,8	-21,2
Tirol	+ 7,7	+ 8,4	+ 5,4	+ 6,3	+ 4,6	+ 5,0	- 9,8	+ 5,2	+ 4,5	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,7	-38,4
Vorarlberg	+ 3,2	+ 4,0	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,7	- 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0	- 8,3

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2017	2018	2019	2019			2020			2020			März
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	
In 1.000													
Österreich	340	312	301	280	274	312	398	288	300	350	355	334	504
Wien	124	119	115	111	110	114	136	108	108	126	122	120	165
Niederösterreich	58	52	51	46	47	52	67	46	48	61	63	59	78
Burgenland	10	9	8	7	7	9	12	7	8	11	11	11	14
Steiermark	40	35	34	30	31	36	50	31	33	44	45	41	64
Kärnten	24	22	21	18	17	23	30	20	22	27	28	25	37
Oberösterreich	40	35	34	29	32	36	47	31	33	43	44	41	58
Salzburg	14	14	13	13	10	14	19	14	15	13	15	13	29
Tirol	20	18	16	17	12	19	25	20	22	16	18	15	43
Vorarlberg	10	9	9	9	9	10	12	10	10	10	10	10	16
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000													
Österreich	-17,3	-27,9	-10,8	-10,0	-9,2	-7,3	+59,3	-8,2	-7,8	-5,8	-12,6	-9,4	+199,9
Wien	-4,3	-5,6	-3,6	-2,3	-5,2	-5,5	+11,1	-5,2	-5,8	-5,5	-7,5	-5,6	+46,3
Niederösterreich	-1,9	-5,5	-1,7	-1,7	-1,0	-0,6	+7,9	-0,5	-0,6	-0,9	-1,8	-1,0	+26,4
Burgenland	-0,7	-0,9	-0,3	-0,2	-0,1	-0,1	+1,5	+0,1	-0,1	-0,1	-0,6	-0,3	+5,3
Steiermark	-4,2	-5,2	-1,0	-0,8	+0,1	+0,6	+10,4	+0,3	+0,8	+0,7	+0,1	+0,5	+30,5
Kärnten	-1,6	-2,2	-0,9	-1,1	-0,4	-0,2	+4,6	-0,4	-0,4	+0,2	-0,4	-1,0	+15,0
Oberösterreich	-2,0	-4,5	-1,1	-1,5	-0,7	+0,5	+7,8	-0,1	+0,6	+1,1	-0,5	-0,1	+24,0
Salzburg	-0,6	-0,8	-0,8	-0,9	-1,0	-1,0	+5,0	-1,4	-1,0	-0,7	-0,9	-1,1	+16,9
Tirol	-1,9	-2,8	-1,2	-1,6	-0,9	-1,1	+8,6	-1,1	-1,2	-0,9	-1,3	-1,4	+28,7
Vorarlberg	-0,1	-0,5	-0,0	-0,1	+0,0	+0,1	+2,5	-0,0	-0,1	+0,3	+0,2	+0,4	+7,0

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2017	2018	2019	2019			2020			2020			März
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	
In % der unselbständigen Erwerbspersonen													
Österreich	8,5	7,7	7,4	6,9	6,6	7,6	9,7	7,0	7,3	8,5	8,6	8,1	12,3
Wien	13,0	12,3	11,7	11,4	11,2	11,6	13,8	11,0	11,0	12,8	12,5	12,3	16,7
Niederösterreich	8,7	7,8	7,5	6,7	6,8	7,6	9,8	6,8	7,1	9,0	9,2	8,7	11,5
Burgenland	8,6	7,7	7,3	6,2	6,3	7,6	10,5	6,4	7,0	9,5	10,0	9,4	12,1
Steiermark	7,3	6,3	6,0	5,3	5,3	6,4	8,8	5,5	5,9	7,8	8,0	7,3	11,3
Kärnten	10,2	9,2	8,8	7,5	7,1	9,7	12,7	8,4	9,3	11,4	11,7	10,6	15,9
Oberösterreich	5,8	5,0	4,8	4,1	4,4	5,0	6,7	4,3	4,6	6,1	6,2	5,8	8,2
Salzburg	5,3	5,0	4,6	4,7	3,8	5,0	6,9	5,1	5,5	4,6	5,2	4,7	10,8
Tirol	5,8	4,9	4,5	4,9	3,3	5,4	7,0	5,8	6,1	4,2	4,8	4,1	12,2
Vorarlberg	5,8	5,4	5,3	5,3	5,1	5,7	6,6	5,7	5,9	5,5	5,6	5,4	8,9

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	49,2	49,9	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,1	48,7	48,2
Staatseinnahmenquote	47,9	48,4	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,6	48,4	48,8	49,0
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	41,6	42,4	.	41,9	.	42,6	43,4	43,5	43,9	42,5	42,4	42,8	43,0
Indikator 2	40,7	41,5	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,9	41,8	42,3	42,5
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	-1,4	-1,5	-5,3	-4,4	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,5	-0,8	0,2	0,7
Bund	-1,1	-1,3	-4,3	-3,3	-2,3	-2,1	-2,0	-2,8	-1,2	-1,2	-0,9	-0,1	0,5
Länder	0,1	-0,4	0,1	0,1	0,1
Gemeinden	0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0
Wien	-0,0	-0,1	-0,0	0,0	0,1
Sozialversicherungsträger	-0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Struktureller Budgetsaldo laut Europäischer Kommission¹⁾													
Primärsaldo	-2,6	-2,6	-3,7	-3,1	-2,5	-1,7	-0,9	-0,5	0,1	-1,1	-1,2	-1,0	-0,8
	1,8	1,5	-2,2	-1,5	0,2	0,5	0,7	-0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,2
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	65,0	68,7	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,9	78,3	74,0	70,4
Bund	70,9	70,6	73,5	74,2	72,0	67,8	63,8	60,7
Länder	6,3	5,9	5,6	5,3
Gemeinden	2,3	2,3	2,3	2,3
Wien	1,9	2,0	1,9	1,9
Sozialversicherungsträger	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – ! WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

- 4/2019** Stefan Schiman, Stabilisierung der Konjunktur im 2. Halbjahr 2019. Prognose für 2019 und 2020 • Angelina Keil, Wirtschaftsschronik. I. Quartal 2019 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019 bis 2023 • Sandra Bilek-Steindl, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Julia Bock-Schappelwein, Elisabeth Christen, Rainer Eppel, Oliver Fritz, Werner Hölzl, Ulrike Huemer, Michael Klien, Thomas Leoni, Christine Mayrhuber, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Philipp Piribauer, Stefan Schiman, Franz Sinabell, Kräftiges Wachstum 2018 – Abschwächung der Industriekonjunktur auf hohem Niveau. Österreichs Wirtschaft 2018
- 5/2019** Stefan Ederer, Konjunktur zwischen Abkühlung und Stabilisierung • Silvia Rocha-Akis, Christine Mayrhuber, Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015. Einleitende Bemerkungen • Silvia Rocha-Akis, Christine Mayrhuber, Umverteilung durch den Staat 2015 – Überblick über die Gesamteffekte • Silvia Rocha-Akis, Umverteilung durch den Staat: Heterogenität nach Haushaltstypen • Jürgen Bierbaumer-Polly, Simon Loretz, Christine Mayrhuber, Verteilungswirkungen von Steuern und Sozialbeiträgen 2015 • Hedwig Lutz, Silvia Rocha-Akis, Verteilungswirkungen der Leistungen bei Arbeitslosigkeit und der bedarfsorientierten Mindestsicherung • Silvia Rocha-Akis, Verteilungswirkungen der Familienleistungen • Julia Bock-Schappelwein, Verteilungswirkungen der Leistungen des öffentlichen Bildungssystems • Thomas Leoni, Verteilungswirkungen des österreichischen Gesundheitssystems • Michael Klien, Verteilungswirkungen der Wohnbauförderung
- 6/2019** Christian Glocker, Robuste Binnenwirtschaft stützt die Konjunktur in Österreich • Julia Bachtrögler, Matthias Firgo, Oliver Fritz, Peter Huber, Michael Klien, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher, Dank anhaltendem Wachstum Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in allen Bundesländern. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2018 • Michael Peneder, Matthias Firgo, Gerhard Streicher, Digitalisierung in Österreich: eine Standortbestimmung • Matthias Firgo, Peter Mayerhofer, Michael Peneder, Philipp Piribauer, Peter Reschenhofer, Regionale Beschäftigungseffekte der Digitalisierung in Österreich
- 7/2019** Christian Glocker, Abschwächung der Weltkonjunktur dämpft Wachstum in Österreich. Prognose für 2019 und 2020 • Angelina Keil, Wirtschaftsschronik. II. Quartal 2019 • Vasily Astrov (wiiw), Wirtschaft in Osteuropa trotz weltweiter Konjunktüreintrübung expansiv • Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Investitionswachstum verlangsamt sich 2019. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2019 • Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamani, Angela Köppl, Ina Meyer, Franz Sinabell, Mark Sommer, Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2019. Sonderthema: Klimaschutz, Ressourcenproduktivität und das Konzept der Kreislaufwirtschaft
- 8/2019** Christian Glocker, Binnenwirtschaft stützt Konjunktur in Österreich • Susanne Bärenthaler-Sieber, Klaus S. Friesenbichler (WIFO), Arash Robubi (KMU Forschung Austria), Cash-Flow-Quote stagniert 2018. Die Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung • Gunther Tichy, Das vernachlässigte Massensparen. Die wirtschaftspolitischen Folgen zunehmender Intermediation • Thomas Leoni, Entwicklung der Löhne und Gehälter in der Industrie seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise • Michael Klien, Werner Hölzl, Öffentliche Ausschreibungen und Konjunktur. Eine Analyse mit unkonventionellen Daten für die österreichische Bauwirtschaft
- 9/2019** Stefan Ederer, Konjunktur flaut allmählich ab • Thomas Url, Günstige Konjunkturlage stützt Prämienwachstum in der Privatversicherung • Werner Hölzl, Digitalisierung in Österreich: Einleitende Bemerkungen • Agnes Kügler, Andreas Reinstaller (WIFO), Bernhard Dachs (AIT), Digitalisierung der österreichischen Wirtschaft im internationalen Vergleich • Andreas Reinstaller, Auswirkungen der Digitalisierung und Herausforderungen für die Standortpolitik aus der Sicht der österreichischen Industrie • Werner Hölzl, Herausforderungen für kleinere Unternehmen durch die Digitalisierung. Bestandsaufnahme und Prioritäten • Julia Bock-Schappelwein, Klaus S. Friesenbichler, Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigung nach Tätigkeitsschwerpunkten in Österreich. Ergebnisse auf Grundlage der unselbständigen Beschäftigung
- 10/2019** Stefan Ederer, Abschwächung der Konjunktur, aber keine Rezession. Prognose für 2019 und 2020 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Michael Klien, Stefan Schiman, Wirtschaftswachstum weiterhin niedrig, aber stabil. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2024 • Werner Hölzl, Thomas Leoni, Österreichs internationale Lohnstückkostenposition 2018 neuerlich etwas verbessert • Julia Bock-Schappelwein, Franz Sinabell, Einkommenslage und Lebenssituation in Österreich. Befunde zur bisher vernachlässigten regionalen Dimension
- 11/2019** Stefan Ederer, Uneinheitliche Konjunkturaussichten • Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Konjunktur schwächt sich weiter ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2019 • Oliver Fritz (WIFO), Karin Maier (Universität Wien), Wenn Reisende zur Belastung werden. Eine ökonomische Einordnung des Phänomens Übertourismus und der tourismuspolitischen Optionen zu seiner Bekämpfung • Ina Meyer, Mark Sommer, Zur umweltökonomischen Relevanz der Abfall- und Ressourcenwirtschaft. Beschäftigungseffekte durch Restmüllverwertung • Franz Sinabell (WIFO), Martin Schönhart, Erwin Schmid (BOKU), Mittelfristiger Ausblick zur österreichischen Landwirtschaft. Projektionen der Produktivitäts- und Preisentwicklung
- 12/2019** Stefan Ederer, Vorsichtige Anzeichen einer Konjunkturstabilisierung • Yvonne Wolfmayr, Europäischer Binnenmarkt: Wirkung und Entwicklungspotentiale. Editorial • Harald Oberhofer, Die Handelseffekte von Österreichs EU-Mitgliedschaft und des Europäischen Binnenmarktes • Yvonne Wolfmayr, Ungenutzte Handels- und Wohlfahrtspotentiale des Europäischen Binnenmarktes für Waren • Klaus S. Friesenbichler, Michael Böheim, Michael Peneder, Die Effekte der EU-Osterweiterung in den Beitrittsländern. Evidenz auf Länder- und auf Unternehmensebene
- 1/2020** Christoph Badelt, Andreas Reinstaller, Editorial: Zum neuen Layout der WIFO Monatsberichte • Christoph Badelt, Österreichs Wirtschaftspolitik an der Jahreswende. Rückblick und Herausforderungen in der Zukunft • Christian Glocker, Schwäche der Weltwirtschaft dämpft Konjunktur in Österreich. Prognose für 2020 und 2021 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020 bis 2024 • Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Investitionen steigen 2020 in der Sachgütererzeugung leicht. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2019 • Marian Fink, Thomas Horvath, Martin Spielauer, microDEMS – Ein dynamisches Mikrosimulationsmodell für Österreich. Illustration am Beispiel der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung bis 2040
- 2/2020** Stefan Schiman, Abschwung fällt in Österreich mild aus • Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Konjunktüreinschätzung bleibt über Sektoren hinweg uneinheitlich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO Konjunkturtests vom Jänner 2020 • Michael Klien, Michael Weingärtler, Europäisches Bauwesen in der Abschwungphase. Euroconstruct-Prognose bis 2022 • Michael Peneder, Eine neue Taxonomie zur Gliederung von Branchen nach ihrer IKT-Intensität • Angela Köppl, Simon Loretz, Ina Meyer, Margit Schratzenstaller, Kreislaufwirtschaft und Förderung des Reparatursektors
- 3/2020** Stefan Ederer, Konjunkturindikatoren zeigen bislang kaum Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie • Atanas Pekanov, Die Europäische Währungsunion im Wandel • Margit Schratzenstaller, Reformbedarf und Reformoptionen für das EU-Budget aus österreichischer Perspektive • Gunther Tichy, Zur Prognostizierbarkeit von Krisen • Agnes Kügler, Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Andreas Reinstaller, Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2019

WIFO ■ ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Mag. Georg Kapsch, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Mag. Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Kuratorium

Wolfgang Anzengruber, Andreas Brandstetter, Renate Brauner, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Johann Kalliauer, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Rainer Seele, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walser, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

Leitung

Leiter: em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

Stellvertretende Leiterin und Leiter:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Julia Bachtrögler, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Fritz Breuss, Elisabeth Christen, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Matthias Firgo, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Kliën, Angela Köppl, Agnes Kügler, Andrea Kunnert, Thomas Leoni, Simon Loretz, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Fabian Unterlass, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Kurt Kratena, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Vorständin des Instituts für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank bis 31. August 2019

Dkfm. Dr. Claus J. Raidl, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank bis 31. August 2018

Dr. Robert Stehrer, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Mondi AG, Österreichische Hotelierversammlung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBh, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Miklós Antal, Jarko Fidrmuc, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Andrea Grabmayer, Andrea Hartmann, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt, Birgit Schuster, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Gabriele Wellan

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Michaela Gaber, Lucia Glinsner, Claudia Hirschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klozar, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Karin Reich, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Ilse Schulz, Gerhard Schwarz, Kristin Smeral, Eva Sokoll, Klara Stan, Karin Syböck, Tatjana Weber

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen